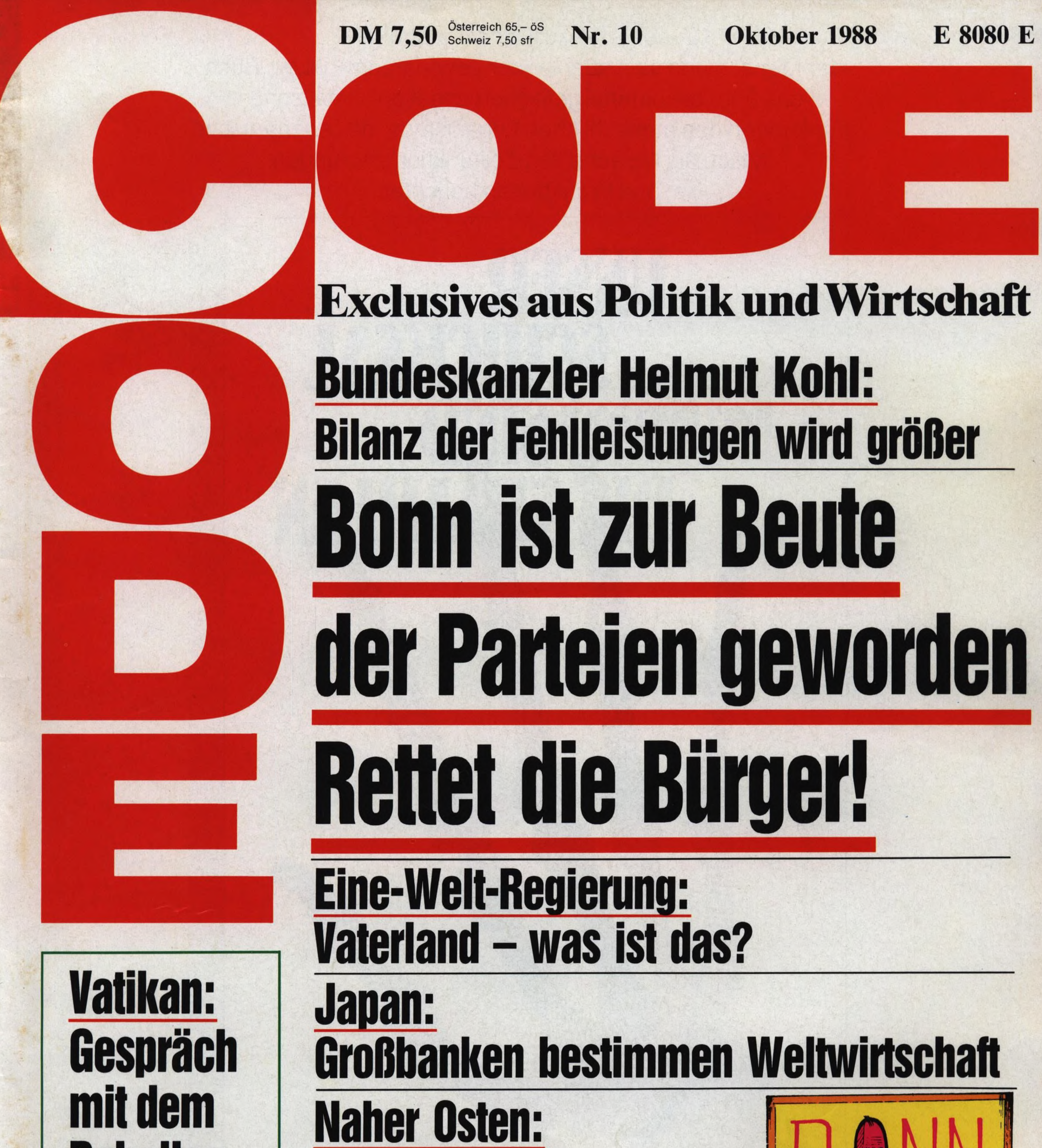
DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 10 Oktober 1988 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft



Bundeskanzler Helmut Kohl: Bilanz der Fehlleistungen wird größer

Bonn ist zur Beute der Parteien geworden Rettet die Bürger!

Eine-Welt-Regierung: Vaterland – was ist das?

Japan: Großbanken bestimmen Weltwirtschaft

Naher Osten: Angst vor Israels Atom-Bomben

Baltikum: Erinnerung an Stalins Terror

Vatikan: Gespräch mit dem Rebellen Erzbischof Marcel Lefebvre



Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun. Dadurch paßt dieses Nachrichtenmagazin auch nicht in das Schablonendenken der im Auftrage des Bonner Staates tätigen »Aufsichtsbeamten«.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land



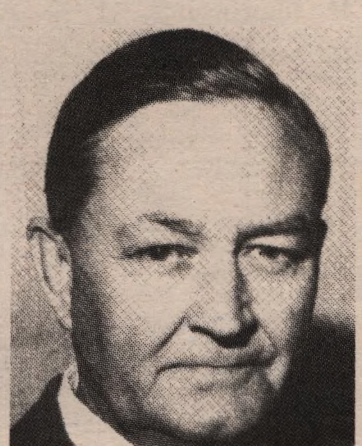
Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland



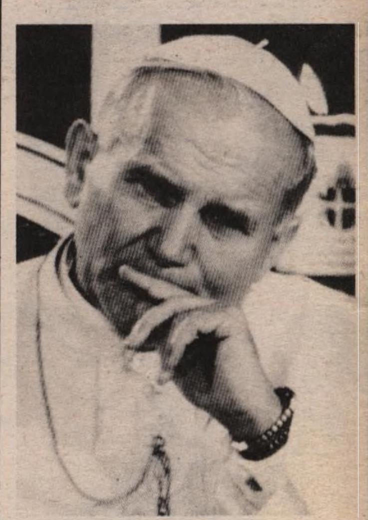
Margaret Thatcher sieht die Deutschen »als erstes Opfer, wenn die anderen die Grenzen überschreiten«.

Finanzen



Ivor Benson gehört zu den Experten, die die Hintergründe und Ursachen der Konflikte des 20. Jahrhunderts analysieren.

Internationales



Johannes Paul II. exkommunizierte Erzbischof Lefebre unter anderem auch wegen seiner Kritik an der Freimaurerei.

Nr. 10 Oktober 1988

Naher Osten



Stephen Green ist der Autor von Büchern über Israel, die sich auch eingehend mit den Beziehungen zwischen den USA und dem Nahen Osten beschäftigen.

Medizin

Ständige Rubriken

Bonn

Bilanz der Fehlleistungen

Otto K. Hügeler

Im Laufe dieses Jahres werden Bund, Länder und Gemeinden sowie die Bundesbahn und Post den Schuldenstand von 1000 Milliarden DM erreichen. Die Zinslast beträgt allein im Jahr 1988 runde 70 Milliarden DM.

Im Juni dieses Jahres feierten die stolzen Bundesrepublikaner, die das westdeutsche Teilstaat-Provisorium wahrheitswidrig gerne als »Deutschland« bezeichnen, den vierzigsten Jahrestag der Währungsreform am 20. Juni 1948. In Wahrheit war sie ein weiterer Schritt zur Teilung Deutschlands »Made in USA«.



In den Augen der britischen Premierministerin Margaret Thatcher ist Deutschland das erste Opfer in einem künftigen Atomkrieg.

Der Michel zahlt in eine Unzahl von Kassen

Im November 1947 veranlaßte der Oberbefehlshaber der US-Truppen in Deutschland, General Lucius D. Clay, die geheime »Operation Bird-Dog«. Er erteilte einer Druckerei in New York den Auftrag, eine neue Währung für Deutschland zu drucken, in Scheinen von 50 Pfennigen bis 50 Mark.

Die Währungsreform wurde ein gewaltiger Erfolg, aber sie trug auch zur Verfestigung der deutschen Teilung bei. Am 23. Juni 1948 führte die Sowjetunion in ihrer Zone eine eigene Währungsreform durch, am 24. Juni 1948 riegelte sie Berlin ab.

Der US-Währungsexperte Ted Tenenbaum hatte vorausgesagt: »Vom Tag der Währungsreform an wird Ostdeutschland zum Ausland.«

Vierzig Jahre später, im Juni 1988, hat der deutsche Regierungschef der Bildung einer EG-Währungsunion zugestimmt, die die Wege zu einer Neuvereinigung Deutschlands noch mehr versperren wird. Ein klarer Verstoß gegen den Auftrag des Grundgesetzes.

Seit Jahrzehnten zahlt nun der deutsche Michel brav und treu in eine Unzahl von Kassen. Er ist es, der allein die Europäische Gemeinschaft (EG) und alle ihre Machenschaften ermöglicht.

Da er sich nicht wehrt, wird er künftig noch mehr Milliarden zahlen, die entsprechenden Steuererhöhungen zur Finanzierung der wachsenden EG-Kosten sind schon angekündigt.

Immer noch Neid und Konkurrenzangst

Wohl plappern die »Bonner«, daß die Bundesrepublik Deutschland den größten Vorteil aus der EG zieht, da diese Staaten den Löwenanteil unserer Ausfuhr aufnehmen, aber diese »Schutzbehauptung« für eine volksfeindliche Politik ist unwahr: Die Staaten der EG kaufen unsere Waren nicht aus Liebe zu uns, sondern weil sie von uns am besten bedient werden.

Der »Exportriese BRD« bedeutet in Wirklichkeit in mehrfacher Hinsicht eine große Gefahr für den Bestand unseres deutschen Volkes. Schließlich waren Neid und Konkurrenzangst die Ursachen zweier Weltkriege.

Auch die »konventionelle Verteidigung« des Westens in Europa ist nur durch die Bereitschaft der Bundeswehr zum Selbst- und Brudermord möglich. Dabei untersteht auch der letzte deutsche Soldat praktisch fremder Befehlsgewalt.

Damit sind aber die Fehlleistungen der »Bonner Politiker und Staatsmänner« keineswegs auch nur annähernd alle genannt. So denke man auch an die Asylanten- und Ausländerpolitik und die »Roßtäuscherstücke«, die man unserem um sein Überleben kämpfenden Volk in diesen Fragen seit Jahren zumutet.

Zum Hohn, der bei so manchen Äußerungen der westlichen »befreundeten Staatsmänner« unüberhörbar anklingt, fügte nun Frau Thatcher Ausführungen hinzu, die in ihrer zynischen Arroganz nicht mehr zu überbieten sind.

Margaret Thatcher über die Bedrohung der Bundesrepublik im Atomkrieg: »Deutschland das erste Opfer!« Über die Ansichten der britischen Regierungschefin war in der Zeitschrift »Deutsch-Amerikaner« folgendes zu lesen: »Die britische Regierungschefin Margaret Thatcher hat erstmals direkt zu verstehen gegeben, daß auch in ihren Augen Deutschland das erste Opfer eines künftigen Atomkrieges wäre. Frau Thatcher meinte, daß sich daran aber nichts ändern lasse. Zugleich gab sie der faschistischen Vergangenheit Deutschlands die Schuld am aktuellen Schicksal der Deutschen und an deren prekärer Lage in der gegenwärtigen Konstellation eines Atomkrieges.

In einem Interview mit dem britischen ITV-Fernsehen zum jüngsten NATO-Gipfel in Brüssel wurde Frau Thatcher gefragt, ob sie überhaupt Verständnis für die deutsche Besorgnis habe, deutsches Territorium stelle das einzige offenkundige Schlachtfeld für modernisierte atomare Kurzstreckenwaffen dar.

›Wenn man an vorderster Front steht‹, antwortete die Premierministerin, ›dann wird man selbstverständlich das erste Opfer, wenn die anderen die Grenze überschreiten – außer man gewinnt jedes Gefecht.‹

Auf die Zusatzfrage, ob es dann einfach Pech sei, deutsch zu sein, meinte Frau Thatcher, mit Pech habe das nichts zu tun: ›Schauen Sie sich die Geschichte an! Die Geschichte kann man nicht ignorieren. Man kann nicht ignorieren, daß es Hitler war, der den letzten Weltkrieg verursacht hat und der besiegt werden mußte, und daß die deutsche Freiheit an dem Tag begann, an dem der Westen siegte. Die Deutschen wissen das. Es ist ihre Geographie, es ist ihre Geschichte, sie stehen an vorderster Front. Und je größer ihre Entschlossenheit zur Abschrekkung, desto größer die Gewißheit, daß sie in Frieden leben können.‹«

Kein deutscher Politiker protestiert

Alle Welt redet von »Abrüstung«. Welchem deutschen Michel ist eigentlich klar, was da im Moment geschieht? Wenn sich »die Großen« tatsächlich über die Abrüstung aller Mittelstrekkenraketen und dann der »strategischen« Atomraketen – das heißt der Langstreckenraketen – einigen, verbleiben allein die sogenannten »Kurzstreckenraketen«. Die will man nicht abrüsten, weil sie für die »Abschrekkung« unverzichtbar seien.

Diese mit Atomsprengköpfen bestückten »Kurzstreckenraketen« sind für unsere »Verbündeten« unproblematisch; sie können ja nur das Gebiet der Bundesrepublik und der DDR zerstören.

Daß die »Eiserne Lady« Frau Thatcher das achselzuckend hinnimmt, ist noch verständlich. Daß es aber deutsche Politiker gibt, die gegen die Vorbereitung der endgültigen Vernichtung unseres Volkes nicht aufstehen, ist unbegreiflich. □



Parteien

Freys Sorge um das Wohl der Union

Alfred König

Als Nachtrag und Ergänzung zu den beiden Artikeln in der September-Ausgabe »Freys Geschäfte mit dem Nationalen« und »Frey will das Ende der NPD« werden im folgenden Beitrag Äußerungen und persönliche Stellungnahmen des Verlegers der »National-Zeitung«, Dr. Gerhard Frey, und des Vorsitzenden der NPD, Martin Mußgnug, veröffentlicht, die Zweifel berechtigt erscheinen lassen an der wahrhaft nationalen Gesinnung dieser Herren beziehungsweise ihnen nahestehender Personen.

Besonders aufschlußreich ist dabei ein Auszug aus der 1973 erschienenen Schriftenreihe »Jugend in der Herausforderung«. Dabei sind der NPD, der Deutschen Volksunion (DVU) und der österreichischen NDP fünf gleichlautende Fragen gestellt worden. Die Fragen beinhalten die Ansichten der drei Gruppierungen über die Hochfinanz, das Christentum, den Zionismus und die Freimaurerei.

Verschleierung durch geschickte Floskeln

Wich Herr Wenzel von der DVU – gleichzeitig auch verantwortlicher Redakteur der »National-Zeitung« – den gestellten Fragen mit einer Ausnahme durch die Floskel »Sie ersehen . . ., daß die Vorstellungen und Aufgaben der Volksunion mit Ihren Fragen nichts gemein haben« noch geschickt aus, so waren und sind Herr Mußgnugs Antworten sehr aufschlußreich.

Der NPD-Vorsitzende antwortete auf die Frage: »Betrachten Sie die Freimaurerei als eine Staats- und Volksgefahr?« wie folgt: »Freimaurer sind weder eine Staats- noch eine Volksgefahr. Wer heute glaubt, dort eine Gefahr sehen zu müssen, der geht an den tatsächlichen Gefahren blind vorüber.«

Mußgnug auf die Frage, ob die Freimaurerei etwas mit dem Ersten Weltkrieg zu tun habe: »Wer sich mit der Literatur des Ersten Weltkriegs und auch des Zweiten Weltkriegs befaßt, weiß, wie es zu den Auseinandersetzungen gekommen ist. Kein ernstzunehmender Historiker hat die Behauptung aufgestellt, daß die Freimaurer den Ersten Weltkrieg entfesselt hätten. Es standen wirtschaftliche und politische Machtinteressen auf dem Spiel, weshalb die damaligen Großmächte die Macht Deutschlands zerschlagen haben.«

Wie stark die Bindungen von Frey zu den bürgerlichen Parteien sind, kann man aus folgenden Zitaten erkennen. Er schrieb am 17. November 1972 in der »National-Zeitung«: »Am 19. November 1972 werde ich CSU wählen. Und ich würde CDU wählen, wenn ich in einem westdeutschen Bundesland außerhalb Bayerns lebte. Und zwar werde ich beide Stimmen der CSU geben, wie ich beide Stimmen der CDU gäbe.«

Zwar relativiert Frey, daß er, wäre er Kommunist, seine Stimme angesichts der »Jahrhundertwahl« der SPD oder der FDP geben würde. Auch wies er darauf hin, daß er der CDU aufgrund ihres Abstimmungsverhaltens zu den Ostverträgen negativ gegenüberstehe. Doch es gebe keine Alternative.

Am 8. Oktober 1982 schrieb Frey ebenfalls in der »National-Zeitung«: »Wie aber wird der Wähler am kommenden Sonntag in Bayern entscheiden? Wird sich der Abwärtstrend von Hessen fortsetzen oder neigt sich die Gunst des Bürgers wieder mehr der veränderten FDP zu? Selbst wenn die Fünf-Prozent-Hürde diesmal nicht übersprungen werden sollte, sind die für die FDP gegebenen Stimmen nicht ›verloren‹, als sie zum größten Teil nach dem Wahlgesetz der Mehrheitspartei zufließen und sich somit bei der CSU – in Mandate ummünzen.«

Empfehlungen zugunsten der Union

Besonders aufschlußreich ist auch ein Antwortschreiben Freys vom 9. Mai 1983: »Ist es für Sie so schwer zu begreifen, daß ich eine bürgerlich-liberale Regierung einer sozialdemokratischen vorziehe (so wie ich allerdings eine sozialdemokratische einer Koalition von SPD und ›Grünen‹ vorziehe und eine solche einer rein kommunistischen). Eine Empfehlung allein zugunsten der Union hat darum keinen Sinn, weil die Union allenfalls alle Vierteljahrhunderte die absolute Mehrheit erringt (zuletzt 1957) und deshalb eines Koalitionspartners bedarf, der eben nach Lage der Dinge nur die FDP sein kann.

Dabei ist es völlig uninteressant, welche ›Schuld‹ in der Vergangenheit welche Partei auf sich geladen hat, da ich weder der Rächer noch der Richter bin, sondern allein die Interessen des deutschen Volkes im Auge habe. Mir ist unklar, was sich zum Guten wenden würde, wenn die NPD ihre Politik verwirklichen könnte, die in bezug auf die Nachrüstung und die West-Bindung sich so stark nach links entwickelt hat, daß ich dann schon gleich die SPD empfehlen könnte.«

Die Bindung der nationalen Kräfte

Als ein Leser fragte, ob Frey eine nationale Sammlungsbewegung gründen wolle, antwortete dieser am 11. Oktober 1984 wie folgt: »Auf Ihr Schreiben darf ich Ihnen mitteilen, daß ich keinen vernünftigen Sinn in der von Ihnen mir unterschobenen Absicht sehen könnte. Vielmehr hoffe ich, daß die bürgerliche Koalition in Bonn sich stabilisiert und die nächsten Bundestagswahlen wieder gewinnt.« Man beachte den Plural!

Knapp zwei Jahre später änderte Frey seine Meinung dann aber plötzlich – und zwar zu dem Zeitpunkt, als die Republikaner bei der bayerischen Landtagswahl mit über drei Prozent ein beachtenswertes Ergebnis erzielten und die Union befürchtete, in dieser Partei könne ihr ein ernstzunehmender Konkurrent erwachsen. Was wäre also seitens der Union, aber auch der FDP logischer gewesen, als dafür Sorge zu tragen, daß die Entwicklung des rechten Spektrums unter ihrer Kontrolle bleibt?

Auffällig bei den oben aufgeführten Zitaten ist für den aufmerksamen Leser jedenfalls, daß Frey niemals zu einer Unterstützung einer nationalen Partei aufruft oder sich für die Gründung einer derartigen Partei, wenn er die NPD damals ablehnte, einsetzt. Ganz im Gegenteil, er versuchte die nationalen Kräfte ans bürgerliche Lager zu binden.

Ein weiterer Verbindungspunkt der Freyschen Organisation zu den bürgerlich-liberalen Parteien ist die schon fast blind zu nennende Unterstützung der USA durch ihn und seine Publikationen. Er sprach sich stets für die atomare Aufrüstung der Vereinigten Staaten auf deutschem Boden aus, ohne jedoch genauso vehement ein deutsches Mitbestimmungsrecht für den Einsatz dieser Waffen zu fordern.

Am 11. Juni 1982 schrieb die »National-Zeitung«: »Die national-freiheitliche Rechte bekennt sich . . . zum westlichen Bündnis, unterstreicht den NATO-Nachrüstungsbeschluß und erteilt allen eine Absage, die Haß und Vorurteile an die Stelle nüchternen Abwegens setzen wollen.«

Kein Wort darüber, daß gerade diese Amerika-Abhängigkeit bis heute einen eigenständigen deutschen Weg verhindert hat. Kein Wort darüber, daß nur ein wiedervereinigtes, neutrales und eigene Atomwaffen besitzendes Deutschland den besten Schutz gegen einen dritten und damit wahrscheinlich letzten, da die Erde zerstörenden Weltkrieg bedeutet. □

Bonn kuscht vor der DDR

Alfred König

Sehr viele Ereignisse der jüngsten Vergangenheit haben es mal wieder gezeigt: So großmäulig viele Politiker und andere bundesrepublikanische Offizielle gegenüber Chile und Südafrika auftreten, so still werden diese aber, wenn es sich um die DDR handelt. Hier werden alle »Kröten« geschluckt, so lange nur nicht das »sensible« deutsch-deutsche Verhältnis belastet wird. In Wirklichkeit führt dieses Verhalten aber zu genau dem Gegenteil – nämlich zu einer Festigung des dortigen Regimes.

Fangen wir mit einem aktuellen Fall aus der Welt des Sports an. In Düsseldorf fand am 19. und 20. Juni der erste deutsch-deutsche Leichtathletik-Wettkampf statt. Viel Ärger hatte es dabei um den Diskus-Werfer Wolfgang Schmidt gegeben, der im November des vergangenen Jahres nach mehrjährigen Repressalien legal aus der DDR ausreisen durfte und danach in der Bundesrepublik die dortigen Verhältnisse angriff.

Aus Angst, die DDR zu verärgern

Obwohl Schmidt sich durch entsprechende Leistungen für diesen Wettkampf qualifiziert hatte, wurde er erst nach vielen Protesten vom Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV) und dem Nationalen Olympischen Komitee (NOK) nominiert. Doch selbst diese Peinlichkeit reichte nicht aus. Der Vizepräsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Berthold Beitz, der auch Aufsichtsratsvorsitzender der Krupp GmbH ist, übte auch noch scharfe Kritik an Schmidts Verhalten.

In einem in der »Rheinischen Post« veröffentlichten Interview erklärte Beitz: »Sein Sinneswandel (gemeint ist DLV-Präsident Munzert, der Verfasser) hängt wohl mit dem inzwischen begründeten Eindruck zusammen, daß die DDR wegen des Starts ihres früheren Stars den Länderkampf nicht platzen lassen würde. Im übrigen habe ich in der ursprünglichen Absicht des DLV, Schmidt nicht antreten zu lassen, keine Leisetreterei gesehen. Herr Munzert mußte sehr sorgfältig prüfen, ob eine Nominierung Schmidt nicht schaden würde, etwa bei einer vorzeitigen Startberechtigung bei internationalen Meisterschaften. Da ist er nämlich auf den guten Willen der DDR angewiesen. Außerdem steht die Entwicklung des deutsch-deutschen Sportverkehrs auf dem Spiel. Keine Frage, Schmidt hat als deutscher Staatsbürger das Recht, in Düsseldorf zu starten. Aber vielleicht wäre er gut beraten gewesen, von sich aus auf den Einsatz zu verzichten. Möglicherweise entsteht doch mehr Schaden, als wir uns gegenwärtig vorstellen können.«

Hintergrund dieser mehr als peinlichen Äußerungen von Beitz waren Ankündigungen aus der DDR, man werde aus der Nominierung Schmidts »die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen«, und werde dies Konsequenzen für die zukünftige Gestaltung der Protokolle über den innerdeutschen Sportverkehr haben. Auch wurde die Aufstellung Schmidts von der DDR als »Provokation« bezeichnet.

Zementierung der Trennung Deutschlands

Das Verhalten von Beitz zeigt erneut, was sich bereits viele Male in der Vergangenheit abgespielt hatte: Die DDR braucht nur den Mund aufzumachen, wenn ihr etwas nicht paßt, und schon kommen in der Bundesrepublik genügend Leute angelaufen, verzichten auf ihre Rechte und geben klein bei, aus Angst, daß sie die DDR verärgern – und das selbst dann, wenn sie hundertprozentig im Recht sind.



Egon Bahr, SPD-Abrüstungsexperte, bleibt bei DDR-Zwischenfällen seiner Methode treu: im stillen Hinterzimmer den DDR-Funktionären etwas Deutliches sagen.

Statt auf die internationalen Rechte zu pochen, anstatt der DDR auch einmal geschlossen gegenüberzutreten und Härte zu zeigen, selbst auf die Gefahr hin, daß ein Sportereignis – oder aber auch eine auf einem anderen Sektor angesiedelte Veranstaltung – kurzfristig abgesagt wird, wird gekatzbuckelt. Dabei haben dies bundesdeutsche Offizielle gar nicht nötig, ganz im Gegenteil: Jedermann weiß, daß Sport in der DDR nicht nur eine Nebensache, sondern vielmehr ein Propagandainstrument ersten Ranges ist.

Und von daher sind auch DDR-Offizielle sehr an internationalen Wettkämpfen, speziell auch an »Länderwettkämpfen« mit der Bundesrepublik interessiert. Zum einen dienen sie, wie bereits erwähnt, der Propaganda und zum anderen ist jeder Ländervergleich zugleich auch eine Bestätigung des »souveränen, von der Bundesrepublik gelösten Staates« DDR. Besonders Wettkämpfe mit der Bundesrepublik zementieren die Trennung der deutschen Teilstaaten. Dieses ist auch der alleinige Hauptgrund, warum die DDR den deutsch-deutschen Sportverkehr in den vergangenen Jahren intensiviert hat.

Ein selbstbewußtes Auftreten würde letztendlich, trotz vielleicht kurzfristiger Belastungen, mehr Erfolge zeitigen als das jetzige dienerische Anbiedern. Denn die Zeiten sind vorbei, in denen die DDR es sich noch erlauben konnte, sich selbst zu isolieren – und wenn es »nur« auf sportlichem Sektor ist. Angesichts »Glasnost« und »Perestroika«, selbst wenn diese in Wirklichkeit nur vordergründig sind, würde dies nicht ins Bild, das sich die westliche Welt vom Ostblock machen soll, passen.

Wenn die Bundesdeutschen aber bei jedem kleineren Konflikt sofort klein beigeben oder sich zumindest derart peinliche Äußerungen wie die von Beitz erlauben, dann wäre die DDR schlecht beraten, sich anders zu benehmen.

Andauernde Nachgiebigkeit der Bonner Politiker

Wie die Wirklichkeit in der DDR aussieht und wie wenig sich die Machthaber im totalitären Deutschland um das »sensible deutsch-deutsche Verhältnis« kümmern, sondern ganz im Gegenteil trotz der andauernden Nachgiebigkeit der bundesdeutschen Regierung und des schon peinlichen Anbiederns der SPD und der Grünen alleinig ihre Interessen vertreten, bewies das brutale Vorgehen des Staatssicherheitsdienstes gegen Kamerateams von ARD und ZDF

Mitte Juni, als diese Reaktionen von DDR-Jugendlichen auf ein auf dem Reichstagsgelände stattgefundenes Rockkonzert aufnehmen wollten.

Und besonders interessant ist, daß der Staatssicherheitsdienst sich selbst dann nicht scheute, diese Übergriffe zu einem Zeitpunkt zu tätigen, als nur wenige Kilometer entfernt das internationale Treffen für eine kernwaffenfreie Zonen stattfand.

Während Unionspolitiker richtigerweise diesem Propagandatreffen fernblieben, scheuten sich die FDP und die SPD nicht – von den Grünen konnte man nichts anderes erwarten –, daran teilzunehmen. Wer aber nun nach diesem bislang einzigartigen Vorgehen des Stasi erwartet hatte, daß die bundesdeutschen Teilnehmer an diesem Treffen hart und vor allem auch öffentlich – denn nur so kann man nach den Worten von Bundesarbeitsminister Blüm anläßlich seines »Besuchs« in Chile ein Regime wirksam treffen und Reformen erzwingen – gegen diese alle möglichen Verträge brechenden Vorfälle protestieren würden, sah sich – wie leider nicht anders zu erwarten war und ist – getäuscht.

Egon Bahr und Erwin Ronneburger protestierten zwar in angeblich langen Gesprächen mit SED-Chef Erich Honecker, doch damit hatte es sich auch schon. Ansonsten schwieg man. Ja, man nutzte noch nicht einmal die Möglichkeit, in einer Rede auf der Konferenz selber diese Punkte anzuschneiden. Zwar mußten die Redeinhalte vorher bekanntgegeben werden, doch hätten es die kommunistischen Machthaber wohl kaum verhindern können, wenn man dennoch auf diesen Punkt eingegangen wäre.

Selbst die »Frankfurter Allgemeine« schrieb in einem Kommentar: »Leicht hätte auf die Ausschreitungen Ost-Berliner Sicherheitskräfte gegen akkreditierte westdeutsche Fernsehberichterstatter am Brandenburger Tor am Sonntagabend eine wirksame Antwort gegeben werden können: mit klarer Stellungnahme der Bonner Teilnehmer vor der kommunistischen Mammutkonferenz . . . Aber es geschah nicht. Vor allem das sozialdemokratische Präsidiumsmitglied Bahr blieb seiner Methode treu, nur ›auf angemessener politischer Ebene‹, also in einem stillen Hinterzimmer, den Funktionären etwas Deutliches dazu zu sagen. Was immer es gewesen sein mag, es hat sie diebisch gefreut; nun können sie so weitermachen. Eine öffentliche Abreibung hätte etwas bewirken können. Vorbildlich verhielt sich der schwedische Parlamentarier, der auf Honeckers Konferenz ein von Herzen kommendes Wort sagen wollte – über die Berliner Mauer, deren Abriß er als einen ›einzigartigen Beitrag zum europäischen Frieden‹ empfahl. Als er es nicht durfte, reiste er sofort ab. Der Mann war Bahr über.«

Es bleibt beim Zynismus der DDR-Oberen

Die deutschen Parlamentarier hätten mit einer Abreise von diesem Treffen dem Ansehen der DDR weitaus mehr geschadet als mit ihren Vier-Augen-Gesprächen. Vor allem hätte dies auch für eine dementsprechende Resonanz in der Öffentlichkeit, auch der des Auslands, gesorgt, so daß die DDR sich zukünftig anders verhalten hätte.

Vielleicht hätte es kurzfristig zu einer verstärkten Spannung zwischen beiden Staaten geführt, doch hätte dies von bundesdeutscher Seite leicht hingenommen werden können. Denn, wie auch bereits dargestellt, die DDR profitiert von einem sich verbessernden deutsch-deutschen Verhältnis mehr als die Bundesrepublik. Und mittel- bis langfristig – und nur darauf muß es ankommen – hätten eindeutig die Vorteile eines solchen klaren Auftretens überwogen.

So sehr man Blüms Chile-Reise wegen seiner ungerechtfertigten Vorwürfe gegen die von Pinochet geführte Regierung ablehnen muß, so sehr hätten sich die bundesdeutschen Vertreter an diesem DDR-Propagandatreffen aber ein Beispiel an seinem Auftreten nehmen sollen. Solche klaren Worte hätte man sich auch diesmal gewünscht, doch handelte es sich um einen kommunistischen Staat, also hält man lieber den Mund.

Denn trotz der Nachgiebigkeitspolitik bundesdeutscher Politiker sind die Ergebnisse für die Bundesrepublik doch alles andere als befriedigend. Das einzige, was sich wirklich gebessert hat, ist die Ausreisepolitik der DDR. Heute dürfen viele tausend Menschen mehr als noch vor ein paar Jahren die Bundesrepublik besuchen.

Doch damit hat es sich auch schon. Zwar wurden die Todesschußapparate am Stacheldraht, der außerhalb Berlins den deutschen Staat teilt, abgebaut, doch dafür sind die Sicherheitsvorkehrungen wenige hundert Meter vor dem Zaun nahezu perfektioniert worden. Daß glücklicherweise einige Menschen weniger umgebracht werden, macht aber das dortige System doch nicht weniger grausam. Besonders wenn man bedenkt, daß der gezielte Todesschuß auf einen Flüchtigen bis heute noch trotz des sich nach den Worten »unserer« Politiker deutlich gebesserten deutsch-deutschen Verhältnisses unverändert gilt.

Hierfür gibt es lediglich wenige Ausnahmen, beispielsweise wenn der US-Präsident Berlin besucht. Dies zeigt aber auf der anderen Seite den menschenverachtenden Zynismus der DDR-Staatsoberen.

Immer mehr Geld und Kredite für die DDR

Auch die großzügige finanzielle Unterstützung der DDR durch die Bundesrepublik hat daran nichts geändert. Selbst für die überfällige Reparatur der »Autobahnen« Mitteldeutschlands muß von Bonn gezahlt werden. Die DDR bekommt Kredite zu Sonderkonditionen; was aber nichts daran ändert, daß der Umweltschutz dort nach wie vor so gut wie gänzlich unbekannt ist und die Einleitung von Giftstoffen, beispielsweise in die Elbe, immer wieder zu Problemen in der Bundesrepublik führt.

Wann werden »unsere« Politiker endlich den Mut aufbringen, die DDR nur noch gegen konkrete Zugeständnisse finanziell zu unterstützen? Wann werden dieselben Politiker, die heute bei jeder sich bietenden Gelegenheit in schärfsten Tönen gegen Chile und Südafrika angehen, dies auch bei der DDR so machen? Man stelle sich nur einmal vor, in Südafrika oder Chile wären Journalisten mit Elektrostäben, Tritten und Schlägen mißhandelt worden. Die ganze Welt und besonders die bekannten bundesdeutschen Politiker hätten aufgeschrien, wahrscheinlich wäre sogar der Botschafter zurückberufen worden oder wäre zumindest der Botschafter dieses Landes ins Bundeskanzleramt zitiert worden. Betrifft es aber die DDR, ist nach zwei, drei Tagen wieder Ruhe eingekehrt.

Niemand will heute die Zeiten des kalten Krieges wieder aufleben lassen. Ganz im Gegenteil. Nur darf dies auf der anderen Seite aber auch nicht zu einer Unterwerfungspolitik der Bundesrepublik bei gleichzeitigen winzigen Zugeständnissen der DDR führen – wie derzeit.

Wenn man Gorbatschows Glasnost- und Perestroikapolitik sicherlich skeptisch gegenüberstehen muß, zu einem hat sie aber auf jeden Fall geführt: Daß nämlich der Freiheitswille der Bürger des Ostblocks bezüglich der Verhältnisse in der Innenpolitik gewachsen ist, daß sie mehr und mehr persönliche Freiheiten für sich reklamieren und sich nicht mehr bevormunden lassen.

Auch die von Teilen der DDR-Oberen durchgeführte Verweigerungstaktik gegen Gorbatschow und das Verschweigen vieler seiner Forderungen können angesichts des in der DDR zu empfangenden Westfernsehens nichts an der Ausbreitung seiner Thesen in Mitteldeutschland ändern. Dies wird aber dazu führen, daß die DDR die innenpolitisch gewährten Freiheiten so gut wie nicht mehr ändern kann.

Da sie auf der anderen Seite aber noch immer auf westliche Devisen angewiesen ist, ist es spätestens jetzt an der Zeit, nur noch Zug-um-Zug-Geschäfte abzuwickeln, wobei die Forderungen der Bundesrepublik sicherlich nicht zu weitgehend sein dürfen, sondern vorsichtig Schritt für Schritt zu weiteren Erleichterungen unserer Landsleute im Osten führen müssen. Doch es muß angezweifelt werden, daß »unsere« Politiker dafür den Weitblick aufbringen. □



Bundesrepublik

Eine Zensur gibt es doch

Alfred König

Ein Beschluß vom Bundesverwaltungsgericht in Berlin vom 5. Mai dieses Jahres – Aktenzeichen BVerwG 7 B 8/88 – hat es nun bewiesen: Entgegen Artikel 5 des Grundgesetzes findet eben in der Bundesrepublik Deutschland doch eine Zensur statt. Dieses besonders und fast nur dann, wenn es sich der Autor zur Mühe gemacht hat, ein besonderes Kapitel der deutschen Geschichte zu erforschen und dabei zu anderen als den offiziellen Ergebnissen zu kommen.

Die Rede ist hier von Dr. Wilhelm Stäglich und seinem Buch »Der Auschwitz-Mythos, Legende oder Wirklichkeit?«. In obigem Beschluß wird die Entscheidung der Universität Göttingen bekräftigt, die Stäglich am 24. März 1983 seinen Doktorgrad wegen »Unwürdigkeit« entzogen hatte.

Nach gängiger Meinung die »freieste« Verfassung

Der Artikel 5 des Grundgesetzes lautet: »(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Die Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den rechtlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.«

Soweit die nach gängiger Meinung »freieste Verfassung, die die Deutschen je hatten« – nur, die Wirklichkeit sieht doch ganz anders aus. Kommt ein Forscher eben zu der Meinung, daß es im Dritten Reich die Verfolgung der Juden nicht oder zumindest nicht in dem Ausmaß gegeben hat wie immer behauptet wird – wobei in diesem Artikel nicht auf die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Untersuchungen eingegangen werden soll, sondern auf das in einer wahren Demokratie zwingende Recht, diese Arbeiten machen zu dürfen –, dann verstößt es eben gegen das »Recht der persönlichen Ehre« – in diesem Fall der Juden –, den »gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Jugend« – die sich aber in der ganzen Bundesrepublik ohne große Probleme mit Drogen aller Art eindecken kann – und eben und vor allem den »Vorschriften der allgemeinen Gesetze«, speziell dem 22. Strafrechtsänderungsgesetz, dem sogenannten »Auschwitzlügengesetz«. Daß Wissenschaft und Forschung »frei« sind, so jedenfalls Artikel 5 Grundgesetz, stört niemanden.

Nicht nur, daß Stäglichs Buch verboten wurde, nein, dem Autor wird sogar sein Doktortitel wegen »Unwürdigkeit« aberkannt. Damit wird die schon vor Beendigung des Krieges aufgestellte Zahl von »sechs Millionen durch die Nazis umgebrachten Juden« für alle Ewigkeiten festgeschrieben und eine Forschung auf diesem Gebiet nahezu unmöglich gemacht.

Daß direkt nach Kriegsende für einige Konzentrationslager Zahlen von getöteten Juden genannt werden, die heute auch offiziell als absolut widerlegt gelten – beispielsweise für Dachau, wo die Zahl um mehr als 200 000 Personen jüdischen Glaubens zum Glück nach unten korrigiert werden mußte –, diese Zahl von der Fixzahl »sechs Millionen« aber auf der anderen Seite nicht abgezogen wurde, stört niemanden. Wer darauf hinweist, wird, je nach Alter, als »alter Nazi« oder »Neonazi« bezeichnet und sieht sich, wenn er Pech hat, einem Ermittlungsverfahren wegen »Volksverhetzung« ausgesetzt.



»Ich appelliere an die Gerechtigkeit. Ich weiß, daß die Gerechtigkeit nicht schläft!«

Damit wird also eine Zahl für alle Ewigkeit festgeschrieben, und dies, obwohl hundertprozentig unwiderlegbare Beweise für die Richtigkeit dieser Zahl – und diese muß man angesichts der Schwere des erhobenen Vorwurfs fordern – niemals vorgelegt wurden; alleine dadurch, daß sämtliche sogenannten Vernichtungslager östlich des Eisernen Vorhangs sind und viele der von ihnen vorgelegten Beweise niemals genau überprüft werden konnten. Von daher muß seriöse Forschung erlaubt sein, während reine undokumentierte Demagogie und sogenannte Judenhetze auch weiterhin verboten sein muß.

Es hat aber nichts mehr mit Demokratie zu tun und stellt eben eine Zensur im schlimmsten Sinne dar, wenn, wie in dem sogenannten »freien Teil Deutschlands«, eine Forschung zu einem bestimmten Punkt, in diesem Fall dem Holocaust, nicht mehr möglich ist oder zumindest nur noch stark eingeschränkt.

So muß jetzt aufgrund einer Mitte Juni vom Niedersächsischen Disziplinarhof in Lüneburg ergangenen Entscheidung – Aktenzeichen NDH A (I) 6/86 – ein 49jähriger Oberstudienrat »wegen fahrlässiger Verharmlosung und falscher Darstellung nationalsozialistischer Verbrechen für drei Jahre eine Gehaltskürzung um ein Fünftel hinnehmen. Dieser hatte 1982 nach Ausstrahlung des »Holocaust«-Films dieses Thema im Unterricht behandelt: Dabei hatte er auch den Begriff der »Sechs-Millionen-Lüge« gebraucht.

Der Niedersächsische Disziplinarhof, der einen Freispruch der Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht Stade aufhob, begründete seine Entscheidung laut dpa-Meldung vom 23. Juni dieses Jahres damit, »der Lehrer habe seine beamtenrechtlichen Dienstpflichten in erheblichem Maße dadurch verletzt, daß er als historisch gesichert anzusehende Tatsachen über die Judenverfolgung so dargestellt hat, als ob daran wissenschaftlich begründete Zweifel bestünden«.

Von einem exemplarischen Fall von Zensur ist auch CODE betroffen. CODE, oder wie das Magazin damals hieß »Diagnosen«, hatte von Februar bis August 1986 in sieben Folgen das vollständige Werk des britischen Parlamentariers und Beraters des damaligen Premierministers Chamberlain, Captain Archibald Maule Ramsey, »The Nameless War« (»Der namenlose Krieg«) wortgetreu übersetzt veröffentlicht und auf eigene Kommentierung verzichtet. Das Buch ist 1952 in England erschienen und 1954 ergänzt worden.

Der namenlose Krieg

Ramsey wollte in seinem Werk aufzeigen, daß, wie er herausgefunden haben will, zwischen allen größeren Revolutionen in Europa bis hin zum Zweiten Weltkrieg eine Verbindung exi-

stiert, daß diese von bestimmten Gruppen geplant und ausgeführt wurden. Ramsey setzt sich dabei auch durchaus kritisch mit einigen jüdischen Gruppierungen auseinander, die seiner Ansicht nach daran beteiligt waren.

In diesem Zusammenhang hat der Brite auch Passagen aus Hitlers »Mein Kampf« zitiert; diese wurden in der »Diagnosen«-Ausgabe vom Mai 1986 veröffentlicht. Die Zeitschrift hatte diesen Artikel mit einem Bild versehen, das Hitler mit Hakenkreuzbinde beim deutschen Gruß zeigt. Im Hintergrund sind ebenfalls Männer mit Hakenkreuzbinden sowie Standarten mit Hakenkreuzen zu sehen. Und damit nahm das Verhängnis seinen Lauf.

Auf Anregung des Vorsitzenden der Berliner jüdischen Gemeinde und jetzigen Zentralratsvorsitzenden der Juden Deutschlands, Heinz Galinski, stellte das Amtsgericht Leonberg auf Antrag der Staatsanwaltschaft am 1. Oktober 1986 einen Strafbefehl über 100 Tagessätze zu je 50 DM aus – dazu muß man wissen, ab 90 Tagessätzen gilt man als vorbestraft. Begründet wurde dies damit, daß der Artikel den Straftatbestand des Vergehens der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen in Tateinheit mit dem Vorgehen der Volksverhetzung erfülle.

Als Beweise wurden die Zitate aus Hitlers »Mein Kampf« aufgeführt, ohne daß jedoch aus dem Strafbefehl zu erkennen war, daß diese daraus stammen. Vielmehr sah es so aus, als ob der Herausgeber der Zeitschrift, Ekkehard Franke-Gricksch, diese Äußerungen gemacht habe.

Mit Urteil vom 15. Juli 1987 milderte dann das Amtsgericht Leonberg, nachdem gegen den Strafbefehl Einspruch erhoben worden war, die Strafe auf 90 Tagessätze zu 10 DM ab und sprach ihn gleichzeitig vom Vergehen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen frei.

Mit Entscheidung vom 14. Dezember desselben Jahres änderte dann das Landgericht Stuttgart – sowohl Franke-Gricksch als auch die Staatsanwaltschaft hatten gegen das Urteil des Amtsgerichts Berufung eingelegt – die Entscheidung dahingehend ab, daß der Verleger nunmehr 100 Tagessätze zu je 15 DM zu zahlen habe. Neben der Volksverhetzung fand der Richter und die beiden Schöffen Franke-Gricksch nunmehr erneut der Verbreitung von Kennzeichen einer verbotenen Partei für schuldig.

Am 19. Mai 1988 hat dann das Oberlandesgericht Stuttgart auf zwei Seiten die Revision als »unbegründet verworfen, weil die Nachprüfung des Urteils aufgrund der Revisionsrechtfertigung keinen Rechtsfehler ergeben hat«. Das war die ganze Begründung, danach folgt der Kostenbescheid.

Jüdische Zeugen wurden abgelehnt

Ergänzend muß darauf hingewiesen werden, daß jedes Gericht andere Dinge, als im Strafbefehl aufgeführt waren, zur Begründung für ihre jeweilige Entscheidung aufführte. Dies ist aber nach deutschem Recht nicht erlaubt. In der Anklageschrift muß jede einzelne der einem vorgeworfenen Taten aufgeführt werden. Dies dient auch dazu, daß sich der Beklagte gezielt zu den ihm vorgeworfenen Punkten verteidigen kann.

Hier wurde aber willkürlich von den Gerichten ein von »Diagnosen« im Mai 1986 veröffentlichter Teilabdruck des Buches »The Nameless War« in seiner Gesamtheit als Anklagepunkt gesehen, mit der Folge, daß jedes Gericht das zitierte, was es wollte. Eine ordnungsgemäße Verteidigung war damit nicht möglich, da der Angeklagte nicht genau wußte, welche Passagen ihm denn nun vorgeworfen wurden.

Franke-Gricksch wurde vom Landgericht Stuttgart vorgeworfen, damit gerechnet und billigend in Kauf genommen zu haben, »daß er durch den genannten Artikel den Leser zum Haß gegen die Juden in Deutschland aufstacheln würde und er dadurch die Menschenwürde der Juden angreifen würde, wodurch wiederum der öffentliche Friede gestört werden würde«.

Zu dem verwendeten Hilter-Bild heißt es eine Seite weiter: Der Angeklagte »hätte jedoch bei entsprechender Anspannung seiner Gewissenskräfte« bei zuständigen deutschen Stellen eine Auskunft einholen können, ob bei einem derartigen Artikel ein Bild, auf dem Hakenkreuze zu sehen sind, gedruckt werden darf oder nicht. Zu dieser hahnebüchenen Begründung kann nur einer kommen, der eben nicht das gesamte Buch, sondern nur aus dem Gesamtzusammenhang gerissene Teilbereiche gelesen hat.

Nur am Rande soll erwähnt werden, daß das Landgericht Stuttgart einen Beweisantrag von Franke-Gricksch ablehnte, zur Feststellung der geistigen und politischen Ausrichtung von »Diagnosen«/»Code« sieben Rabbis aus den USA zu laden. Hintergrund hierfür waren mehr oder weniger versteckte Andeutungen, daß »Diagnosen«/»Code« ein antisemitisches Hetzblatt sei. Übersehen wird geflissentlich, daß in »Diagnosen«/»Code« sehr viele Juden geschrieben haben und schreiben und daß die Einstellung von »Diagnosen«/»Code« antizionistisch ist. Dieses ist aber nicht gleichbedeutend mit Judenhaß, ganz im Gegenteil.

Mit Schriftsatz vom 22. Juni dieses Jahres ist nun von einem Rechtsanwalt aus Miesbach – nachdem mehrere andere Anwälte es abgelehnt hatten, den Fall zu übernehmen, einige unter anderem aus Gründen ihrer politischen Einstellung; wo bleibt hier das Rechtsgefühl der Anwälte, die eigentlich nicht nur gegen die Unrechtsurteile angehen sollten, die ihnen selber passen, sondern gegen alle Unrechtsurteile, ganz egal, ob sie, wie in diesem Fall, die politische Meinung teilen oder nicht – Verfassungsbeschwerde eingereicht worden.

Pressefreiheit in der Bundesrepublik sollte keine Makulatur sein

Dabei geht es in erster Linie nicht um die Geldstrafe. Vielmehr steht hier das Grundrecht der Pressefreiheit auf dem Spiel. Nämlich dann, wenn bereits nicht mehr Bücher veröffentlicht werden dürfen, nur weil sie einer mächtigen Lobby, in diesem Fall der zionistischen, nicht in den Kram passen, da sie sich mit bestimmten Interessengruppen auseinandersetzen und ihnen bestimmte Dinge vorwerfen.

Wobei auch Ramsey in seinem Buch oft nur andere Personen und ihre Analysen zitiert hat: Beispielsweise aus einem Bericht, den der niederländische Botschafter Oudendyke 1918 in Moskau an den britischen Außenminister Balfour sandte, der im Jahr 1919 erschienenen britischen Weißbuch über den Bolschewismus veröffentlicht wurde und heute noch in der Bibliothek des britischen Parlaments enthalten ist. Ramsey zitiert auch aus einem am 12. April 1919 von M. Cohen geschriebenen und in der in Kharkow herausgegebenen Zeitung »Der Kommunist« erschienenen Artikel.

Zwar ist allgemein bekannt, daß nur ungefähr ein Promill aller Verfassungsbeschwerden die Vorprüfungsinstanz überwindet und zur Entscheidung angenommen wird. Angesichts der vielen Rechtsfehler und insbesondere auch der Verweigerung des rechtlichen Gehörs für Franke-Gricksch wäre es ein Skandal ohnegleichen, wenn das höchste bundesdeutsche Gericht die Urteile der Vorinstanz nicht rügen und zur neuerlichen Entscheidung rückverweisen würde. Gleichzeitig würde dies dann jedoch auch den Artikel 5 des Grundgesetzes, der die Pressefreiheit garantiert, als reine Makulatur darstellen.

Die bisherigen Gerichtsurteile bestätigen jedoch ganz eindeutig, daß es in der Bundesrepublik Deutschland sehr wohl eine Zensur gibt. Denn wie anders soll man es denn bezeichnen, wenn wissenschaftliche Werke über bestimmte Themen nicht mehr veröffentlicht werden dürfen, nur weil sie Zitate Hitlers enthalten oder sich mit bestimmten Gruppen negativ befassen.

Man sieht, daß selbst ganz respektable Personen wie Ramsey, der von 1920 bis 1945 Mitglied des britischen Parlaments war, nicht vor der einseitigen Geschichtsschreibung bestimmter Kreise ausgenommen, sondern genauso hart bekämpft werden wie Deutsche, die sich die Fälschungen der jüngsten deutschen Geschichte durch interessierte Kreise nicht länger gefallen lassen, sondern dafür kämpfen, daß dem deutschen Volk endlich seine volle Selbstbestimmung wiedergegeben wird. □

Eine neue Partei wird kommen

Michael Brandegger

»Die Verdammnis, daß wir des Landes Mark verzehren, läßt keinen Segen der Behaglichkeit grünen«, schreibt Johann Wolfgang von Goethe am 3. April 1782 an Charlotte von Stein. Die Bundesrepublik Deutschland braucht eine neue Volksbewegung, die »Gemeinnützigen«; sie sollen weder rechts noch links – weder rot, braun, schwarz oder grün – hoffentlich weiß sein.

Eigentlich könnte sich so etwas wie »Behaglichkeit« ausbreiten, denn die Volkswirtschaft der Bundesrepublik bleibt »auf stabilem Wachstumspfad« (Staatssekretär Dr. Otto Schlecht, Bundeswirtschaftsministerium). Das reale Wachstum wird im Jahr 1988 auf 2,5 bis drei Prozent geschätzt. In den Jahren 1984 bis 1987 ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um real 12,1 Prozent gewachsen. Für 1988 wird ein Zuwachs von weiteren 4,5 Prozent erwartet.

Vertrauenskrise – Politikverdrossenheit

Das private Sparaufkommen wuchs von 147,3 Milliarden DM auf 173 Milliarden im letzten Jahr. Die Preissteigerungsrate liegt seit 1983 bei durchschnittlich nur noch 1,6 Prozent; in der Zeit der sozial-liberalen Koalition betrug sie 5,1 Prozent.

In der ersten Phase der eingeleiteten Steuerreform werden die Bundesbürger um 24 Milliarden DM Einkommensteuer entlastet. In den letzten 30 Jahren hat sich der Reichtum der Bundesbürger vervierfacht. In diesem Jahr werden etwa 200 000 Deutsche von ihren Eltern, Tanten oder Onkeln mehr als 80 Milliarden DM erben.

Die Jahresarbeitszeit von durchschnittlich 1700 Stunden ist auf 1400 Stunden gesunken. 65 Prozent aller über 14jährigen machen 1988 eine Urlaubsreise und geben dabei im Ausland mehr als 35 Milliarden DM aus. Ein Bericht aus dem Paradies?

Die bundesrepublikanische Wirklichkeit weist auch noch andere, mehr als unbehaglich anmutende Züge auf. »Mehr Kasse als Klasse«, so war kürzlich eine Frühschoppen-Fernsehsendung tituliert, in der Journalisten über den Vertrauensschwund gegenüber Politikern und Parteien diskutierten. Dabei war zu erfahren, daß 70 Prozent der Wähler kein Vertrauen mehr aufbringen, daß »das Denken der Politiker nicht mehr mit dem Denken der Bevölkerung übereinstimmt«, der Staat sei »zur Beute der Parteien geworden«, Integrität zähle nichts mehr, es mangle »an vernünftigem außenpolitischem Selbstbewußtsein! Das politische Leben sei von »eigentümlicher Perspektivlosigkeit«, ganz offenbar sei »die Wiedervereinigung abgemeldet, denn niemand engagiere sich noch dafür«.

Die »Frankfurter Allgemeine« verzeichnet »keine Alternative« zu diesem Offenbarungseid der Einfallslosigkeit« und schreibt: »Die Politikverdrossenheit, der Wählerschwund und der bekannte Überdruß am öffentlichen Leben, jene Erscheinung also, die seit geraumer Zeit mit soviel Aufwand registriert und ausgedeutet werden, finden eine einfache Erklärung, wenn sie als Antwort auf die Form begriffen werden, in der in Deutschland Politik betrieben wird.«

Ein Skandal nach dem anderen

Eine Wirtschaftsmacht auf der Suche nach ihrem Daseinszweck! Bundestagspräsident Philipp Jenninger sieht in der »Vertrauenskrise eine Gefahr für die parlamentarische Demokratie»; kein Wunder, wenn selbst Bundeskanzler Kohl bei Eröffnung des diesjährigen Parteitags der CDU den Zustand seiner Partei mit der Vokabel »Verbonzung« belegen muß.

In der Tat befindet sich die Gesellschaft der Bundesrepublik in einem Prozeß fortschreitender Auflösung. Jeden Montagvormittag wartet man schon auf den »Spiegel« mit der Enthüllung eines neuen Skandals. Und fast an jedem Abend der Woche serviert die »Tagesschau« mit einem Bericht über Verbrechen und Korruption einen neuen Blick in die Verworfenheit der Gesellschaft.

Das Jahr 1988 ist wie noch nie zuvor in der Geschichte dieser Republik überschwemmt mit einer Flut von skandalösen Vorgängen. Was sich da in der Hafenstraße in Hamburg und in der Kiefernstraße in Düsseldorf abspielt, ist nackter Hohn auf den Rechtsstaat. Die Pfeiffer-Barschel-Affäre in Schleswig-Holstein legte die Verkommenheit im Kampf um die Machterhaltung bloß.

Zahllose Ermittlungsverfahren gegen Ärzte, die die Krankenkassen mit falschen Angaben auf Krankenscheinen ausbeuten, zeigen, was sich bei dem Verzicht auf alle bisher gültigen Wertvorstellungen herausbildet. Dabei ist die Ausbeutung der Krankenkasse durch eine große Zahl von Ärzten nur einer der zahlreichen Gründe von Mißwirtschaft und überzogener Gefälligkeitspolitik, die dazu beigetragen haben, daß die Kosten der Krankenversicherung von neun Milliarden DM im Jahre 1960 auf über 125 Milliarden in diesem Jahr ausgeufert sind.

Hemmungslos erhöhten in diesem Jahr die Abgeordneten des Hessischen Landtags ihre Diäten, was sie allerdings, als es an die Öffentlichkeit gelangte, wieder rückgängig machen mußten. Aber was sind das für Volksvertreter!

Die Schatzmeister aller im Bonner Parlament vertretenen Parteien kamen überein, ihren Parteien höhere Zuwendungen aus Steuermitteln in Höhe von 68 Milliarden DM zu bewilligen, nachdem Freunderlwirtschaft und Korruption bei Vergabe der Spielbanken-Lizenzen in Niedersachsen die Parteikassen offenbar nicht ausreichend gefüllt haben.

Verfall im Spiegel der Statistik

Und muß das sein, daß der deutsche Bundeskanzler ein höheres Monatssalär als Ronald Reagan, als Margaret Thatcher oder François Mitterrand bezieht? Der völlig aus der Mode geratene gesunde Menschenverstand würde doch wohl Maßhalten verlangen.

Doch der Staat ist zum Selbstbedienungsladen denaturiert, in dem Funktionäre einer Ellenbogengesellschaft das Wort führen. Da fällt es schon gar nicht mehr auf, wenn sich der niedersächsische Kultusminister für 57 164 DM neben seinem Amtszimmer eine neue Toilette einbauen läßt. Oder wenn ein der Korruption und Unfähigkeit beschuldigter Verwaltungsdirektor eines Bremer Großkrankenhauses mit »Dank und Anerkennung« als 43jähriger von seinen Parteifreunden im Senat in Pension geschickt wird.

»Eine Achtung, die nicht der Person, aber dem Amt im Staat zu gelten hätte, zerbröckelt«, so heißt es in der »Frankfurter Allgemeinen«, und: »Wenn jeder zunächst an sich und an die Chancen seiner Partei denkt, statt an den Dienst im Staat, wachsen die Fliehkräfte.« Sie machten sich in der Welle von Parteiaustritten in diesem Jahr deutlich bemerkbar. Gleiches gilt vom Schrumpfen der Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften.

Aber nicht nur bei diesen Organisationen – Fliehkräfte verzeichnet auch die Bundeswehr mit einer alljährlich wachsenden Zahl von Wehrdienstverweigerern. 1985 waren es 54 252, die nicht zum »Bund« wollten, ihre Zahl stieg 1987 schon auf 63 073. Im ersten Halbjahr 1988 zählte man bereits 37 793.

Erstaunlich ist das nicht in einem Staat, der einem Landgericht (Frankfurt) erlaubt, einen Akademiker freizusprechen, der öffentlich jeden Soldaten als »ei-

nen potentiellen Mörder« beschimpft hatte, und dessen Politiker eine Gleichwertigkeit von Wehr- und Zivildienst praktizieren.

Da konnte man Medien wie Politiker im Sommer 1988 aufheulen hören, als der CDU-Abgeordnete Sauer die Absicht kundtat, seiner Fraktion die Annahme eines Gesetzentwurfes vorzuschlagen, der neben dem Wehrdienst der Männer ein »soziales Pflichtjahr« für Frauen vorsehen sollte. Die linkslastige Gesundheitsministerin forderte denn auch sogleich, »die Phantomdiskussion« zu beenden, obschon zum Beispiel in Krankenhäusern doch Pflegenotstand ausgerufen werden mußte, weil es an Schwesternpersonal mangelt. Hierfür bedarf es solcher Menschen, die eine Erfüllung ihres beruflichen Lebens im Einsatz für andere und in persönlicher Aufopferung finden.

Aber dazu weist niemand den Weg. Die Parole des Zeitgeistes heißt: Selbstverwirklichung für den einzelnen, was krassen Egoismus ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl zur Folge hat.

Die »Null-Bock-Mentalität«

So berichtet angesichts von mehr als zwei Millionen Arbeitslosen ein Unternehmer: »Einer Frau Mitte 30 wurde für eine leichte Tätigkeit im Sitzen 1600 DM netto im Monat angeboten. Sie lehnte mit der Bemerkung ab, sie bekomme 1440 DM Sozialhilfe und habe keine Lust, für 160 DM den ganzen Monat zu arbeiten.«

Ein Sägewerksbesitzer aus dem Allgäu schreibt in der »Frankfurter Allgemeinen«, die jungen Leute, die ihm das Arbeitsamt schicke, blieben höchstens eine Woche, dann verschwänden sie oder meldeten sich krank.

Beispiele solcher Art lassen sich zu Tausenden anführen. Man muß übrigens die Empörung miterlebt haben, die der baden-württembergische Ministerpräsident Späth erntete, als er in einer Rede bemerkte, unter den Arbeitslosen seien offensichtlich viele, die sich nicht ernsthaft um eine Arbeitsstelle bemühten und sich lieber auf Kosten der Allgemeinheit durchschlügen. Etwa mittels Schwarzarbeit, die nach Schätzung des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks mit 10 Prozent des Gesamtumsatzes in diesem Bereich oder umgerechnet auf 40 Milliarden DM im Jahr veranschlagt wird.

Bezeichnend auch, daß von 783 als arbeitslos gemeldeten Junglehrern in Nordrhein-Westfalen 172 die Offerte des Kultusministers ablehnten, eine Planstelle im öffentlichen Dienst zu übernehmen. Grund: Der Arbeits- und Wohnort oder der Schultyp sagten ihnen nicht zu. Dabei beträgt das Anfangsgehalt fast 4000 DM.

Die Gewerkschaftsjugend erhob übrigens auf ihrem diesjährigen Kongreß die Forderung, »das Recht auf Faulheit« im Grundgesetz zu verankern. Da wird man als Junglehrer sich doch nicht Unbequemlichkeiten aussetzen, in irgendeiner gottverlassenen Kleinstadt eine Lehrerstelle zu übernehmen! Davor bewahre einen doch die »Null-Bock-Mentalität«!

Der Politologe Gert Klaus Kaltenbrunner kommentiert diese Zeiterscheinung so: »Geschichtliche Erfahrung lehrt, daß die Loyalität der Bürger keineswegs in dem Maße zunimmt, in dem sie versorgungsstaatlich betreut und von immer mehr Risiken entlastet werden. Der administrativ betreute Mensch überläßt sich mehr und mehr einer passiv fordernden, sozusagen oralen Haltung gegenüber dem als Selbstbedienungsladen aufgefaßten anonymen Staatsapparat.«

Dieser Apparat übernimmt auch die Kosten für die Abtreibung auf Krankenschein, unbeschadet der Beteuerung des zuständigen Arbeitsministers Blüm: »Laßt uns den Skandal von jährlich 300 000 Abtreibungen in die Welt hinausschreien, laßt uns auf Bewußtseinswandel setzen.«

Folgen der Selbstverwirklichung

Nur ein Naiver konnte angesichts der Empörung über Hitlers Euthanasie-Programm zur Vernichtung von unwertem Leben annehmen, Gleiches könne sich in einer der Menschlichkeit verpflichteten Demokratie nicht wiederholen. Nicht verwunderlich in einer Gesellschaft, in der 1972 zunächst einmal 273 000 »wilde Ehen« gezählt wurden. Heute sind es 2,5 Millionen sogenannte »Lebensgemeinschaften ohne Trauschein«.

In einem Leserbrief heißt es: »Wenn sich ein großer Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung seiner wichtigsten und natürlichen Aufgabe und Arbeit, nämlich der Aufzucht und Versorgung von Kindern, einfach verweigert, so werden dadurch Kräfte frei, die auf andere Arbeitsgebiete drängen und so wesentlich zu der derzeitigen Arbeitslosigkeit beitragen.«

Alles das fällt unter das Kapitel »Selbstverwirklichung«, deren Konsequenz im Verlangen der Grünen-Fraktion im Bundestag besteht, homosexuelle und lesbische Verbindungen rechtlich und steuerlich der vom Grundgesetz geschützten Ehe gleichzusetzen.

Neben der Masse von Abgetriebenen gilt es, der hohen Zahl der verwahrlosten Kinder und Jugendlichen sich zu erinnern, deren Eltern geschieden sind oder deren Väter beziehungsweise Mütter im Zuge ihrer Selbstverwirklichung die Erziehungsaufgabe vernachlässigt haben. Der Verhaltensforscher Konrad Lorenz hat schon in den siebziger Jahren die Todsünden der zivilisierten Menschheit beschrieben: »Fortschreitende Infantilisierung, wachsende Jugendkriminalität, Traditionsverlust, Wärmetod des Gefühls, zunehmende Indoktrinierbarkeit des Menschen, die in vielen Filmen zur Norm erhobene Sofort-Begattung.«

Aids hat dabei die verheerenden Auswirkungen der Dehumanisierung unseres Lebens nur plastisch sichtbar gemacht. Die totale Kommerzialisierung aller Lebensvorgänge, angefangen beim Sport bis hin zur Gewinnung von Nahrungsmitteln, etwas charakterisiert durch den Hormonmißbrauch bei der Kälberaufzucht oder die Überdüngung der Weideflächen mit Chemikalien – all das gehört in das Kapitel der ausufernden, hemmungslosen Geldgier, die die Verteilungskämpfe sowie das Gerangel der Lobbyisten in Bonn und überall im Staat bestimmt.

Eine alleingelassene, nicht in Liebe und Geborgenheit aufgewachsene, nicht durch harte Aufgaben geforderte Jugend ohne Vorbilder, ohne Ehrfurcht und ohne Bindung an Tradition fällt zwangsläufig Drogen und Jugendsekten anheim. Die Zahl der Konsumenten harter Drogen hat die 100 000 überschritten. Allein im ersten Halbjahr 1988 stieg die Zahl der Drogentoten in der Bundesrepublik um fast 80 Prozent.

Die Bevölkerung sieht sich einer rasant zunehmenden Beschaffungskriminalität ausgesetzt. Alle drei Minuten wird in unserem Staat eine Wohnung leergeräumt, alle 45 Sekunden ein Auto aufgebrochen – alles, um in den Besitz von Geld zu gelangen und dafür Haschisch, LSD, Kokain oder Heroin erwerben zu können, ein Gramm allein zwischen 100 und 300 DM.

Sehnsucht nach einem »kleinen Hitler«

Der Bremer Kriminologe Schäfer schätzt die Zahl der von den Fixern begangenen Delikte auf 200 Millionen Fälle im Jahr, jeder Drogenabhängige wird täglich fünfmal straffällig. Allein der Einzelhandel registrierte 1987 bereits 735 466 Ladendiebstähle. Neben dieser vornehmlich auf Süchtige zurückzuführende Beschaffungskriminalität, mehrheitlich in Händen von asylsuchenden Türken, Libanesen und Palästinensern, hat sich im Bereich der Wirtschaftskriminalität die Zahl der Delikte verdoppelt. Geschätzter Schaden: 1,9 Milliarden DM.

Vergegenwärtigt man sich schließlich, daß zwei Millionen Bundesbürger alkoholabhängig sind, so braucht man nur an die Verkehrsopfer und die durch Alkoholmißbrauch verursachten Krankheiten zu denken, um die dadurch entstandene Belastung der Allgemeinheit abzuschätzen.

Ein verurteilter Verbrecher kann dann darauf bauen, bald Hafturlaub zu erhalten, wie zum Beispiel die Geiselgangster von Gladbeck, denn Resozialisierung hat Vorrang vor allen anderen Überlegungen. Recht hat der bayerische Staatssekretär Peter Gauweiler, wenn er am 9. April 1988 sagte: »Rücksichtslosigkeit und Kriminalität, Drogen, Gewalt und Permissivität haben ein Ausmaß angenom-

Bonn

Eine neue Partei wird kommen

men, das Beobachter noch in den sechziger Jahren hätte zusammenzucken lassen. Es ist unübersehbar, daß wir uns bereits in vielen Bereichen dem Niedergang und dem Verfall ausgesetzt haben und uns zu wenig der Vorgabe verpflichtet fühlen, die im Grundgesetz ganz vorne stehe: der Unantastbarkeit der menschlichen Würde.« Es lohnt sich, diesen Satz zweimal zu lesen.

In den letzten Monaten passiert es bei Gesprächen in Bierzelten oder unter Clubkameraden immer wieder, daß bei Erörterung der gegenwärtigen Zustände in der Bundesrepublik geäußert wurde: »Was wir bräuchten, das wäre ein kleiner Hitler!« Gemeint war ein »kleiner«, der keinen Krieg anfängt und sich mit den Juden nicht anlegt, der aber das Leben auf den Straßen wieder sicherer macht, den Arbeitslosen neue Arbeitsplätze verschafft, der Jugend wieder Ziele vor Augen führt und sie Freude an der Gemeinschaft erleben läßt, der auch das Gesindel hinter Schloß und Riegel bringt, die durch Verantwortungslosigkeit streckenweise diskreditierte Medienfreiheit beschneidet, der das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes einklagt und einen Friedensschluß mit Überwindung der Teilung und Abschaffung der Mauer verlangt.

Soviel schimmert jedenfalls durch derartige Bemerkungen durch: Die verzweifelte Ausschau nach einer Alternative zu den abgewirtschafteten Parteien der Bonner Republik.

Es ist Zeit, Alarm zu schlagen. Die Flucht in die Verweigerung, an künftigen Landtags- und Bundestagswahlen teilzunehmen, hält den Verfall nicht auf. Weder die durch Gorbatschows Glasnost verunsicherten Moskau-Gläubigen, die hierzulande doch wohl nicht vor den Läden Schlange stehen wollen, noch Erzkapitalisten oder Sozialisten, weder schwarze, rote, braune oder grüne Ideologen und Parteigänger haben ein Konzept, das alles politische Handeln unter keine andere Prämisse als die des Gemeinwohles stellt.

Grundgesetz mit neuem Geist erfüllen

Im Umgang mit der Freiheit haben sie alle versagt. 2,5 Millionen Deutsche sind nach 1955 trotz Rechts- und Sozialstaat bereits ausgewandert. Ihnen zu folgen ist eine persönliche Möglichkeit, eine Lösung bringt es nicht. Wie also die Fahrt in die Anarchie stoppen und die Lebenstüchtigkeit wieder gewinnen, die gebraucht wird, um im entstehenden gemeinsamen Europa Flagge zu zeigen und um die Auseinandersetzung zu meistern, die ein in Bewegung geratenes Osteuropa uns abverlangen wird?

Die Väter des Grundgesetzes haben eine im großen und ganzen brauchbare Form für einen demokratischen Staat geschaffen. Mit diesem Grundgesetz und den Geboten der Bergpredigt läßt sich leben und Politik machen. Wenn die Demokratie nach Churchill unter allen Regierungsformen die noch am wenigsten schlechte ist, so ist es doch die Gesellschaft und ihr Zeitgeist, die den Grad der Schlechtigkeit bestimmen.

»Werden die wahren, traditionellen Werte in einer Gesellschaft auch nur teilweise aufgegeben, beginnt unaufhaltsam ihre Dekadenz, wie uns die Geschichte mit zahllosen Beispielen bestätigt«, so sagte Dr. Wilhelm Korab, Kabinettschef des österreichischen Bundespräsidenten Kirchschläger, und fuhr fort: »Dies ist auch der Grund, daß die Demokratie im Laufe der Zeiten, anstatt sich ständig zu verbessern, wiederholt durch Amtsmißbrauch, Korruption oder andere schwere Entgleisungen entartet ist und immer wieder von einem strengeren, die Freiheit einschränkenden oder vernichtenden System abgelöst wurde.«

Soll das aber nicht eintreten, so ist es höchste Zeit, das Grundgesetz mit einem neuen Geist zu erfüllen. Die schweigende Mehrheit unseres Volkes ist aufgerufen, einen Versuch zu wagen und eine neue Volksbewegung der Gemeinnützigen aufzubauen.

In der Weimarer Verfassung waren bereits »Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen« geregelt. Unter den Pflichten waren unter anderem die Steuerpflicht, die Leistung persönlicher und ehrenamtlicher Dienste erwähnt, außerdem »die sittliche Pflicht, die geistigen und körperlichen Kräfte im Interesse des Gemeinwohls zu betätigen«. Weil sich die überwiegende Mehrheit unseres Volkes im Dritten Reich einer solchen sittlichen Pflicht unterzog, verfielen die Väter des Grundgesetzes dem Irrtum, auf sie in ihrem Verfassungstext verzichten zu müssen.

Die Zeit ist reif

Aber die in die Welt der sechs Millionen Arbeitslosen und der Bürgerkriegsarmeen der Weimarer Republik hineinposaunte Parole »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« war nicht deshalb falsch, weil sich Goebbels ihrer als Werkzeug bediente. Sie bringt doch nur das Verlangen, die Sehnsucht, die Erwartung und Hoffnung der Masse der immer noch anständigen Bürger zum Ausdruck.

Man muß wirklich nicht im Geist auf einem Nürnberger Parteitag mitmarschieren, wenn man nur beherzigen würde, was an der Eingangspforte zum großen Sitzungssaal des alten Nürnberger Rathauses zu lesen ist: »Salus publica – lex suprema«, eine Überlieferung römischen und altdeutschen Rechts.

In Meyers Konversationslexikon, Ausgabe des Jahres 1894, findet sich unter dem Stichwort »Gemeinsinn« die Erläuterung: »Objektiv genommen der Geist uneigennütziger Hingebung an das Gemeinwesen von seiten des einzelnen, die eigentliche Bürgertugend, ohne welche nichts Großes durch ein Gemeinwesen geleistet werden kann.«

Das gleiche Lexikon, Ausgabe 1974, stellt unter dem Stichwort »Gemeinwohl« in kühler Distanz fest: »In der Tradition der politischen Philosophie und Soziallehre zwar meist im Gegensatz zum Privatinteresse, im übrigen aber sehr verschieden gebrauchter Terminus. Das Prinzip Gemeinwohl geht davon aus, daß die einzelnen Bürger sich zweckhaft nicht selbst genügen, das heißt sich nicht unter völlig eigenständigen Zwecksetzungen entwickeln können, sondern daß es dazu einer sozialen, vom Staat nach allgemeinen geistig-sittlichen Werten organisatorisch zu gewährleistenden Rechts- und Lebensordnung bedarf.«

Wie weit muß der Niedergang gehen, um sich der Rolle des Gemeinwohls zu erinnern – oder um sich auf den ganz einfachen, einleuchtenden Satz Goethes zu besinnen: »Unser Leben ist wie das Ganze, in dem wir enthalten sind, auf eine unbegreifliche Weise aus Freiheit und Notwendigkeit zusammengesetzt.«

Die Zeit ist reif, daß das Pendel vom Eigennutz zum Gemeinwohl schlägt, daß sich eine Zahl von Gemeinnützigen unter den Volksvertretern gegenüber den Interessenvertretern durchsetzt. Es ist Zeit, Pflöcke gegen den Zeitgeist zu setzen und scheinbar Unpopuläres anzupacken. Das ganze deutsche Volk schleppt den verlorenen Krieg mit sich herum, links blickt man über die Mauer in die Unfreiheit und Mangelwirtschaft. Unser Staat aber ist zum Selstbedienungsladen deformiert.

Es gilt darum, eine völlig neue Position zu beziehen und das heißt, alles Geschehen im Bundestag, in den Landtagen und Kommunen, in den Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, unter dem allein ausschlaggebenden Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit zu bewerten.

Freilich: Ohne Idealismus, ohne Pflichtgefühl, ohne Ehrbewußtsein wird sich keine Wende vollziehen. Wenn es so oder anders nicht gelingt, das Steuer in unserem Land radikal herumzureißen, ist es mit unserem Volk vorbei, unsere Geschichte endet im Chaos, Revolution oder in uniformierter Massenhaltung. □

One-World

Vaterland – was ist das?

Günther Viercke

Das Vaterland ist der völkische Lebensraum, ist die Vergangenheit, die Gegenwart und Zukunft einer Volksgemeinschaft. Das Vaterland ist der gemeinsam ererbte und erarbeitete Besitz des Lebensraumes als Grundlage des gegenwärtigen und zukünftigen Lebens. Das Vaterland lieben heißt, den gemeinsamen Besitz verteidigen zu wollen. Der Nationalismus oder Patriotismus der Völker ist ein völlig normales Verhalten ihrer Bürger und entspricht immer noch den Bindungskräften, die die Natur für die Gattung der Menschen vorgesehen hat: der gemeinsame Feind, die gemeinsame Sprache, die gleiche Tradition, die autoritäre Führung und Rangordnung, der gemeinsame Kampf um das Leben und Überleben. Das Vaterland ist der Lebensraum, die Geborgenheit und Zuversicht.

In der Bundesrepublik Deutschland haben wir den Begriff »Nationalismus« auf Drängen der Siegermächte des letzten Krieges abgeschafft, weil der »Nationalismus« im Zeitalter des »Internationalismus« der Feind der künftigen »Eine-Welt« ist, so denken und irren die Chefideologen. Die Sieger, die zionistische Weltgemeinschaft und ihre deutschen Helfer, sahen ihre erste und wichtigste Aufgabe darin, den deutschen Seelen jedes Nationalbewußtsein gründlich auszutreiben. Die Umerziehung der Deutschen, aber auch aller Europäer, wird seit Kriegsende mit großem Erfolg betrieben, denn der Eifer der Opportunisten ist scheinbar grenzenlos.

Ein Volk ohne Vaterland ist ein sterbendes Volk

Die »Internationalisten« haben den letzten Weltkrieg gewonnen und bekämpfen weltweit jede Form von Nationalismus, den sie mit dem zum Schimpfwort gemachten Begriff »Faschismus« als die angebliche Ursache aller vaterländischen Kriege anprangern, um ihre Welterlösung vorantreiben zu können.

Ein Volk ohne feste Bindung an ein Vaterland ist ein sterbendes Volk und der Spielball fremder Macht.

Anfänglich hatte ich Verständnis für die Sieger und ihre deutschen Helfer, wußte ich doch noch nichts über die Pläne der Weltbeglücker, aus den Ruinen sollte neues Leben erblühen, und angeblich haben die Sieger über die Verwirklichung der heilen Welt unterschiedliche Pläne, so sagte man uns.

Der späteren Bundesrepublik Deutschland wurde die Demokratie nach westlichem Vorbild verordnet. Im Gegensatz dazu wurde der Ost-Zone und den anderen osteuropäischen Verlierern, wozu auch Polen gehört, um dessen Freiheit angeblich der letzte Weltkrieg geführt wurde, die Diktatur des Proletariats nach sowjetischem Strickmuster verordnet.

Vaterland, was ist das? Ist das Wort Vaterland ein überholter Begriff oder ist es das natürliche Vorhandensein wie das Wasser und die Liberalität?

Viele meinen, das »Vaterland« als Begriff sei nur eine leere Worthülse, die nur noch in den Seelen der Alten und Unverbesserlichen eine gewisse Bedeutung hat. Andere sagen, mein Vaterland ist dort, wo ich mein Brot verdiene und gut leben kann. Diese Schlaumeier wissen nichts, sie haben nichts gelernt und nichts begriffen.

Unsere Regierungen und ihre Schulen haben die vaterländischen Fahnen verschämt begraben, einschließlich der deutschen Tradition. Das Deutschlandlied ist kaum noch bekannt, und die Bundeswehr wurde mit traditionslosen Uniformen ausgestattet. Die Verteidigung der Bürger in Uniform findet hinter verschlossenen Toren statt, um den »Volkszorn« nicht zu wekken. Armes Deutschland!

Rückblickend muß man sagen, es sind wirkliche Glanzleistungen der Regierungen und ihrer Parteien, wobei sich einige ganz besonders auszeichnen.

Inzwischen tragen die Soldaten im anderen Teil Deutschlands die Traditionsuniformen der deutschen Geschichte. Abgesehen von der Episode des Dritten Reiches wurden Tradition und die großen Männer der Geschichte auf »sozialistisch« umprogrammiert und selbst Martin Luther wurde entnazifiziert. Es soll nicht unser Thema sein. Wir wollen versuchen, das Vaterland, seinen Wert und seine Bedeutung ohne Emotionen zu beschreiben.

Das Vaterland ist das Land deiner Vorväter oder, besser gesagt, das Land deiner Mutter, deren Sprache du sprichst. Es ist aber auch die Sprache deiner Lebensgemeinschaft – der Horde, des Stammes, des Volkes.

Mit dieser Sprache kannst du dich mit allen Mitgliedern deines Volkes verständigen und sie mit dir. Die gemeinsame Sprache ist vordergründig das wichtigste Bindeglied der Gemeinschaft. Ihren großen Wert wirst du vielleicht erst dann erkennen, wenn du alleine unter Fremdsprachigen bist. Dann spürst du die Verlorenheit und versuchst mühsam, dich mit der instinktiven Zeichensprache und der Mimik aus der Vorzeit zu verständigen. Du bist ein Fremder unter Fremden, alleine schon durch die Sprache. Jeder Gastarbeiter macht diese schmerzliche Erfahrung.

Befindet man sich im Ausland, empfindet man es als eine große Freude, wenn man in der heimatlichen Sprache angesprochen wird. Ein Gefühl der Verbundenheit entsteht, wenn man einen Landsmann der engeren Heimat trifft; dazu braucht man ihn noch nicht einmal persönlich zu kennen.

Da hast du die Verbundenheit, die Verbundenheit durch die Sprache. Es ist die Sprache deiner Mutter. Du sprichst sie ein Leben lang und gibst sie weiter an deine Kinder. Die Sprache ist ein Stück Heimat, ein Stück Vaterland.

Das Vaterland ist die Erweiterung des ursprünglichen Lebensraumes der Horde und das Leben in der vergrößerten Gemeinschaft ist den gleichen Gesetzen unterworfen geblieben, auch wenn in den Massengemeinschaften nicht mehr jeder jeden kennt.

Die Bindungskräfte in allen Völkern sind die gleichen geblieben wie in der Vorzeit. Sie sind in den Seelen programmiert und nur begrenzt beeinflußbar, aber nicht einfach abzuschaffen, wie die Welterlöser und ihre wissenschaftlichen Berater glauben zu wissen.

Der gemeinsame Feind, der Glaube an den gemeinsamen Gott, die gleiche Sprache, die gemeinsame Tradition als Ausdruck der Merkmale der Rasse, das verbindliche Sozialsystem und der gemeinsame Kampf um das Leben und Überleben. Dieses Naturgesetz ist Gottes und für alle Völker dieser Erde verbindlich. Es gilt für die schwarzen, weißen, gelben und roten Rassen.

Wir wollen die Bindungskräfte, die in unserer Erbmasse verankert sind, einmal näher untersuchen: Der Ausdruck »gemeinsamer Feind« ist nicht unbedingt wörtlich zu nehmen. Es können auch Freunde sein, die an den Grenzen unseres Vaterlandes leben und sie damit deutlich markieren. In der Regel sind dort anderssprachige Rassen angesiedelt, zum Beispiel die Polen, die Tschechen, Franzosen, Italiener. Es sind weiße und europäische Rassen mit eigener Vergangenheit und Kultur.

Wir Europäer haben eine gemeinsame Vorgeschichte und die weiße Hautfarbe ist der Beweis dafür, daß die Vorfahren vor vielen Jahrtausenden oder mehr den europäischen Raum besiedelt und die Eis- und Zwischeneiszeiten in diesem rauhen Klima überlebt haben. Du bist ein Weißer, ein Europäer und trägst die Erbmasse, als das Ergebnis der Evolution, zur Anpassung an den europäischen Lebensraum in dir. Du bist ein Bestandteil von ihm wie er von dir.

One-World

Vaterland – was ist das?

Der Glaube an den gemeinsamen Gott hat die Horden, die Stämme zur größeren Einheit, zum Volk, zur Nation, zum Vaterland vereinigt. Moses und seine Nachfolger, aber auch die Römer haben die verbindende Kraft des gemeinsamen Glaubens zu nutzen gewußt. Ob du nun ein Christ bist oder nicht, du bist ein Mitglied des christlichen Abendlandes und seiner Kultur. Wir haben unterschiedliche Kulturen entwickelt und der gemeinsame Gott hat uns nicht an der Kriegslust gehindert.

Der gemeinsame Gott ist der Katalysator, die Religiosität ist die gemeinsame Kultur. Wenn es heute leichter ist, christliche Europäer in Europa umzusiedeln als Personen, die aus einem fremden Kulturkreis zu uns stoßen, dann ist es der gemeinsame Gott und die Tradition aus der Bindung an den europäischen Lebensraum.

Das Vaterland ist lebendige Vergangenheit

Das Vaterland ist die lebendige Vergangenheit, die in dir fortlebt; und ohne die Gemeinschaft im Vaterland wärst du ein »Nichts«. Alles, was du bist oder nicht bist, verdankst du deinen Eltern, die dir die Erbmasse der Tradition übertragen haben.

Du bist ein Mitglied des Vaterlandes der Deutschen und damit Nutznießer der deutschen Kultur. Du partizipierst am Wohlstand und bist Teilhaber am Netz der sozialen Sicherheit. Du bist der Nutznießer einer ganz bestimmten Gemeinschaft, die der Deutschen. Du bist gleichberechtigtes Mitglied und Mitinhaber des Vaterlandes, auch wenn es nicht als »sozialistisch« deklariert ist.

Vaterland, das sind die heimatlichen Wälder, Seen, Berge, Tiere und Pflanzen. Das sind die Kultur- und Erholungsstätten. Das sind die Städte, Straßen und Produktionsstätten.

Dein Vaterland ist dein rechtmäßiger Lebensraum, denn die Evolution hat dich diesem Lebensraum angepaßt und er ist damit nicht veräußerlich. Das Vaterland ist die Heimat der Seele.

Das Vaterland ist eine ökologische Nische, ein begrenzter Lebensraum, den du mit deinem Volk bewohnst wie auch die Tiere und Pflanzen, die hier ebenfalls seit Jahrtausenden ihren Lebensraum gefunden haben. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, diesen Lebensraum für alle hier lebenden Arten zu erhalten und unter allen Umständen zu verteidigen. Für Tiere und Pflanzen ist die Verteidigung des Lebensraumes selbstverständlich, wie sie auch für unsere Vorfahren es war.

Du und ich sind Produkte unseres vaterländischen Lebensraumes, und unsere Körper und Seelen sind darauf programmiert, das Leben in dieser Nische erfolgreich zu erhalten.

Dein Körper ist programmiert auf ein Leben im mitteleuropäischen Raum mit seinen gemäßigten Temperaturen, auf hohe Luftfeuchtigkeit, auf Eis und Schnee, auf Luftdruck des Flachlandes. Du bist nicht programmiert auf ein Leben in den Hochebenen der Anden, ein Klima in Brasilien oder das der Sahel-Zone am Äquator.

Du bist programmiert auf die Viren, Bakterien und Pilze, die



Das Vaterland ist der gemeinsam ererbte und erarbeitete Besitz, der Lebensraum, die Geborgenheit und Zuversicht, die gemeinsame Sprache und die gleiche Tradition.

dein Leben bedrohen oder aber mit dir in Symbiose leben. Dein Immunsystem hat sich erfolgreich auf die Krankheitserreger in deiner Heimat eingestellt. Die Seuchen des Mittelalters waren von anderen Teilen der Erde eingeschleppt und konnten sich voll entfalten, weil die Körper unserer Vorfahren nicht darauf eingestellt waren. Dein Körper und sein Immunsystem sind nicht auf ein Leben im Urwald, in Indien oder Alaska eingestellt.

Entartung durch Abkehr von Naturgesetzen

Dein Körper ist programmiert auf eine gemischte Kost, vorwiegend bestehend aus Fleisch, Obst und Beeren. Es waren die Nahrungsmittel der Eiszeiten. Frage einen Naturkundigen und er wird dir sagen, daß ein heimischer Apfel für dich gesünder ist als eine deinem Lebensraum nicht zugehörige Frucht.

Du bist auf das Leben in der Heimat, der ökologischen Nische, programmiert wie der Eskimo auf seinen Lebensraum. Nur er ist befähigt, ausschließlich von Fisch und Tran, ohne Obst und Gemüse leben zu können. Eine erstaunliche Leistung der Evolution und der Beweis für die Ungleichheit der Menschen und Rassen. Wir beide würden im Land der Eskimos nicht lange überleben können. Seit dieses Volk mit Konserven und sonstigen Segnungen der fremden und andersartigen Welt beglückt wird, sind die bislang gesunden Menschen für die ihnen bisher unbekannten Krankheiten höchst anfällig; wie auch die Indianer es für den europäischen Schnupfen sind.

Du meinst, dein Körper ist ein Allesfresser, in den man hineinstopfen kann, was man will. Nun, man kann und es ist wirklich erstaunlich, zu welchen phantastischen Leistungen der Körper als chemische Fabrik befähigt ist, weil er ständigen Mißhandlungen zu überstehen vermag.

Es ist nur eine scheinbare Anpassungsfähigkeit. Wir Menschen und alle anderen Arten des Lebens bezahlen die Entartung durch Abkehr von den Gesetzen der Natur mit zunehmender Anfälligkeit für Krankheiten, Leiden und Gebrechen.

Balzac hat recht mit der Feststellung: »Im Alter zahlt man für die Quersumme aller Laster in der Jugend.« Die Geschichte deiner Vorfahren ist die deiner nicht miterlebten Vergangenheit als übergebene Erbmasse. Sie unterscheidet sich erheblich von der der Afrikaner, der Araber und Chinesen, um nur einige zu nennen.

Alle menschlichen Rassen haben einen gemeinsamen Ursprung, denn sie sind durch die gemeinsame Vorgeschichte verbunden. Unsere gemeinsamen Instinkte mit unserer mörderischen Aggressivität sind das Erbe dieser Zeit.

Selbst wenn wir Europa als den Lebensraum der Weißen ansehen, die die weiße Hautfarbe als Notlösung zur Produktion von Vitamin D tragen, müssen wir doch feststellen, daß Europa unterschiedliche Rasse beherbergt. Du bist ein Deutscher und kein Italiener, Franzose oder Grieche. Auch wenn es Vermischungen gegeben hat, so sind die rassischen Merkmale immer noch unverkennbar.

Vielvölkerstaaten sind das Ergebnis von Zwang

Ich weiß, du bist ein moderner, weltoffener Mensch, der sich mit allen Europäern verbunden fühlt und von einem Großreich Europa träumt. Man kann deine Einstellung nur begrüßen, ist sie doch ein Weg dorthin. Es ist aber nur ein Schritt und die freiwillige Vollendung wird noch lange auf sich warten lassen. Wie wohl schon immer in der Geschichte, wollen die großen Weltenlenker sich noch zu Lebzeiten verwirklicht sehen, und die negativen Ergebnisse der menschlichen Schöpfung sind uns bekannt.

Jedes europäische Volk hat eine eigenständige Kultur und ein ausgeprägtes Nationalbewußtsein, abgesehen vom Reststaat der Deutschen. Vergiß bitte nicht, die beiden letzten Weltkriege tobten sich zwischen den weißen Rassen aus, abgesehen vom Kriegsschauplatz im Pazifik. Alle verlausten und ausgemergelten Verteidiger kämpften gleichermaßen für das Vaterland und seine Freiheit. Sie wußten nichts von dem dunklen Hintergrund der beiden Kriege. Sie handelten nach dem Instinkt, der die Verteidigung des Lebensraumes befiehlt.

Stalin konnte den Krieg nur noch gewinnen, als er die internationalistische »Vaterlandslosigkeit«, die Ideologie der »Eine-Welt«, scheinheilig versteckte und sich auf das verachtete Vaterland und die Tradition berief. Nicht die marxistische Ideologie hat gesiegt, sondern die Bindungskräfte der Natur.

Vielvölkerstaaten sind wohl nie das Ergebnis einer freiwilligen Vereinigung, sondern immer die des Zwangs, der Notwendigkeit oder aus anderen vorgeschobenen Gründen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind kein Beispiel, denn die Weißen, die sich dort vereinigten, hatten ihre Vaterländer aufgegeben oder aufgeben müssen und suchten nach einer neuen vaterländischen Identität und haben sie gefunden.

Solange die europäischen Staaten die Demokratie und Autonomie erhalten können, werden sie selbständig bleiben wollen und nur dann gemeinsam handeln, wenn eine gemeinsame Interessenlage es notwendig macht. Das vereinigte Europa der Vaterländer hat eine Zukunft. Nicht aber das Einheitseuropa mit einer vergewaltigten Wirtschaft und zerstörten Kulturen zugunsten der Unkultur.

Charles de Gaulle sprach von einem Europa der Vaterländer, und damit war er kein Utopist, sondern Realist.

Das Vaterland, das Nationalbewußtsein und der Patriotismus sind immer noch die mächtigsten Bindungskräfte in allen Völkern, und die Weltbeglücker sollten dieses Gesetz Gottes bei ihrer Konstruktion endlich berücksichtigen. Es gibt keine internationalistischen Menschen.

Für alle Zeiten ein gezeichnetes Volk?

Abgesehen von den Träumern und Weltbeglückern, die idealistisches Denken für die mögliche Wirklichkeit halten. Selbst die imperialistische Sowjetunion, die die Weltverbrüderung der Menschheit auf ihre Fahne geschrieben hat, wie auch ihre amerikanischen Mitstreiter, mußte sich der Erkenntnis beugen, daß Nationalbewußtsein, Kultur und Gottesglaube der von ihr zwangsintegrierten Völker nicht zu überwinden sind.

Auch wir Deutschen besitzen das natürliche Nationalbewußtsein, auch wenn es bewußt unterdrückt wurde und wird. Den Deutschen ist es nur auf den Sportplätzen dieser Welt erlaubt, ihr vaterländisches Bewußtsein zu zeigen. Sobald wir Zuschauer eines Fußballspiels sind, dann erwacht es, das Gefühl, dann ergreifen wir Partei, fein säuberlich abgestuft. Wenn die Mannschaft der engeren Heimat spielt, hält man natürlich zu dieser. Das ist doch Ehrensache, auch wenn man keinen der Spieler persönlich kennt.

Beim Spiel der deutschen Nationalmannschaft gegen eine andere halten wir in vaterländischer Verbundenheit natürlich zu unserer Mannschaft, die uns völkisch am nächsten steht. Mein junger türkischer Freund drückte die Daumen für die Mannschaft aus Kuwait, dann aber für die Sowjetunion, nicht für sein Brötchenland, die Bundesrepublik. Er ist ein gläubiger Kommunist und Moslem.

Auch wir sind Nationalisten und Patrioten. Die Siegermächte glauben, uns diese Gefühle austreiben zu müssen zugunsten der Ideologie »Eine-Welt«. Sind wir für alle Zeiten ein gezeichnetes Volk? Können wir ohne das Selbstbestimmungsrecht und Menschenwürde leben?

Wie verhältst du dich, wenn du mit deinem Wagen im Ausland bist? Begegnet dir in einer etwas abgelegenen Gegend ein Wagen mit deutschem Kennzeichen, so hupst du und winkst freundlich. Trägt das Auto sogar das Nummernschild deiner Heimatstadt, dann fallen die Signale besonders stürmisch und freundlich aus. Lebst du unter Andersfarbigen im Ausland, ist jede Begegnung mit einem Weißen eine Freude für dich, und du fühlst dich instinktiv verbunden. Triffst du gar auf einen deutschen Landsmann, dann ist das wie ein Sonnentag für dich, und du empfindest feste Verbundenheit.

Stammt der Deutsche sogar aus deiner Heimatstadt, dann ist dei-

One-World

Vaterland – was ist das?

ne Freude doppelt groß, selbst wenn du ihn nicht persönlich kennst. Er ist für kurze Zeit dein Bruder mit der gleichen Sprache, der Mentalität und der Kultur. Er ist ein Stückchen deiner Heimat und ein Teil deines Vaterlandes.

Du kennst die Sprach- und Kulturinseln in aller Welt. Menschen, die im Ausland leben, sind in Enklaven, Ghettos freiwillig dicht aneinandergerückt. Sie sind wieder zur Horde im fremden Raum geworden und geben sich gegenseitig Trost, Schutz und Hilfe. Diese Bindung ist, wie auch bei den Türken und anderen Rassen, nichts anderes als Vaterlandsersatz, die Geborgenheit der Gemeinschaft.

Das Recht, das Vaterland zu lieben

Abgrenzung und Zurückweisung des Fremden sind angeborene Verhaltensweisen der Menschheit und nicht nur der Deutschen.

Natürlich kann der einzelne auswandern und sein Glück in der Welt suchen. Aber wird das fremde Land ihm auch Heimat werden? Vielleicht muß er in einem extrem anderen Klima leben und andere, ihm nicht gemäße Nahrung zu sich nehmen. Bestimmt ist er umgeben von Menschen einer fremden Kultur und Sprache. Er wird die Werte der Heimat und des Vaterlandes erkennen, nachdem er sie vermissen muß.

Das Vaterland ist die Wehrgemeinschaft, Kulturgemeinschaft, Sprachgemeinschaft, Arbeitsgemeinschaft, Sozialgemeinschaft und die der Mentalität. Der einzelne mag ohne diese Bindungen überlebensfähig sein. Die Masse des Volkes ist es nicht. Das Fehlen dieser Bindungen bedeutet die Auflösung der Gemeinschaft, des Staates, des Vaterlandes und wird zu einer losen Wohngemeinschaft degradiert, die ohne die naturgesetzlichen Bindungskräfte auf die Dauer nicht überlebensfähig ist und im Sturm der Geschichte vernichtet wird. Die Weltbeglücker wissen und wollen es, denn ihre künftige Welt ist die der bindungslosen Weltbürger.

Unser Vaterland ist der Lebensraum der Deutschen. Wir haben ihn zu verteidigen mit Klauen und Zähnen gegen äußere und innere Feinde, genauso, wie es unsere Vorfahren in Jahrtausenden zuvor getan haben.

Wir haben das Recht, unser Vaterland zu lieben, und wir können stolz auf unsere Vorfahren sein. Sie haben die Tradition und die Kultur geprägt. Sie haben unseren Lebensraum entwickelt und ihn für uns verteidigt und erhalten. Wir dürfen auch stolz sein auf unsere Denker, Dichter und Musiker, auf die Wissenschaftler, Erfinder und Organisatoren, die unser Volk hervorgebracht hat.

Wir dürfen stolz sein auf unsere Verfassung und Rechtsstaatlichkeit. Wir dürfen stolz sein auf die teilweise Verwirklichung der Menschenrechte.

Wir sollen und wollen nationalistisch und patriotisch denken, fühlen und handeln. Der Nationalismus des Dritten Reiches gehört der Vergangenheit an, war er doch ideologisch aufgeheizt zur Wiederherstellung des völkischen Lebens- und Machtbereiches, und die Sieger des Ersten Weltkrieges sind nicht frei von Schuld.

Vaterland, Nationalstaat darf für die Zukunft nicht mehr nationaler Egoismus bedeuten, sondern jeder Staat darf sich nur als einen Teil der Weltgemeinschaft verstehen und seinen uneigennützigen Beitrag leisten für eine bessere Welt.

Ein gesundes Nationalbewußtsein

Nationalbewußtsein und Patriotismus sind instinktive Tugenden – Hochmut und nationale Arroganz sind das Ergebnis einer falschen Erziehung. Wir Deutschen müssen ein gesundes Nationalbewußtsein entwickeln und erhalten, dabei aber immer weltoffen sein. Wir müssen immer bereit sein, jedem Volk die Hand zu reichen, wenn es zu einer Freundschaft willens und befähigt ist.

Wir europäischen Völker müssen Europa als das erweiterte Vaterland betrachten, sind wir doch alle Blutsverwandte und Träger der abendländischen Kultur – und nicht nur wir Westeuropäer.

Wir bekennen uns zum Selbstbestimmungsrecht, zu den Menschenrechten und der Unverletzlichkeit der völkischen Grenzen und möchten dieses Völkerrecht auch auf Deutschland angewendet finden.

Die politischen Grenzen in der Gegenwart sind überwiegend das Ergebnis von Kriegen und sogenannten Friedensverträgen. Sie wurden von den Siegern diktiert, und das unmenschliche Diktat von Versailles ist ein Paradebeispiel wie auch die Grenzziehung des mit dem Lineal aufgeteilten Afrika als kolonialer Besitz. Es sind Grenzen, die von Macht und Ohnmacht, von Habgier, Haß und Neid gezogen wurden. Diese Grenzen sind die Symbole der menschlichen Dummheit, Arroganz und Menschenverachtung. Sie waren die Ursachen vergangener Kriege und werden sie auch künftig sein.

Wann werden die Mächtigen dieser Erde endlich begreifen, daß man Rassen, Völker und Kulturen durch künstliche Grenzen nicht zerreißen und unterdrücken darf? Politische Grenzen müssen auch immer völkische Grenzen sein.

Fragt man das Volk der Juden, das in alle Welt verstreut lebt. Sie werden sagen: Das Recht auf Heimat ist unverletzlich und verjährt nicht. Sie haben recht, aber scheinbar soll dieses Recht nur auf dieses verstreute Volk angewendet werden.

Die großen Probleme der Menschheit können nur durch ein geduldiges Miteinander gelöst werden. Die Fehler vieler Jahrhunderte sollten in aller Welt beseitigt werden, so besonders auch in Afrika. Nicht ein wesenloser Völkerbrei ist der Weg, sondern die Achtung der Menschenwürde und die gegenseitige Toleranz der Rassen und Völker ist der Weg in die Zukunft.

Das industrielle Zeitalter hat die Entfernungen überwunden und die gegenseitige Annäherung der Rassen, Völker und Kulturen sehr beschleunigt. Auch ohne den ideologischen Zwang der »Internationalisten« befruchten sie sich gegenseitig, und die instinktive Abgrenzung reduziert sich auf das Mindestmaß. Langfristig, in der Zeitrechnung der Evolution, mag sich der Traum der »Internationalisten« vielleicht erfüllen, indem die Rassen und Kulturen zu einem Einheitsbrei verschmelzen. Sie sollten es bei dem Traum belassen und nicht versuchen, ihn mit Gewalt zu realisieren.

Die Liebe zum Vaterland ist die Geborgenheit der Seele

Es ist doch heller Wahnsinn zu glauben, man könne den Unfrieden, die Abgrenzung und den Fremdenhaß dadurch abbauen, indem man Rassen, Völker und Kulturen zerstört und die Menschheit zu einem Völkerbrei verarbeitet, um daraus, sozusagen in einem Akt des Willens, eine neue und bessere Welt aufzubauen.

»Was hülfe es dem Menschen, wenn sie die ganze Welt gewönnen und nähmen doch Schaden an ihrer Seele!«

Nehmen wir den Menschen die Seele, nehmen wir ihnen das Wesen und alle Gefühle, die ihr Leben ausmachen. Nur mit dem Verstand ausgerüstet, wären die Menschen keine Menschen und nur noch Roboter, die ihr Leben fristen. Die Liebe zum Vaterland ist die Geborgenheit der Seele – nicht der materielle Besitz.

Die Heimat, der von vielen Generationen verteidigte und weitervererbte völkische Lebensraum ist immer der Besitz der kommenden Generationen, denn dieser Vorgang entspricht den Gesetzen der Schöpfung.

Kein angeblich dazu autorisierter Volksvertreter, selbst das Volk als Ganzes, kann nicht beschließen, freiwillig auf Teile des angestammten völkischen Lebensraumes zu verzichten. Die Lebenden sind immer nur die Sachverwalter des Erbes und haben kein Recht, in die Zukunft der folgenden Generationen einzugreifen. □

Währungen

Gold erlebt sein Come-back

C. Gordon Tether

Der schlafende Riese des internationalen Währungssystems, das Gold, beginnt sich zu regen. Als die US-Kampagne zur Erreichung der Entwertung (Außerkurssetzung) des Goldes im Schließen des Gold-»Schalters« des amerikanischen Schatzamtes bei 35 Dollar pro Unze im Jahr 1971 gipfelte, lag die Menge dieses Metalls in offiziellen nationalen Reserven weltweit bei rund einer Milliarde Unzen. Sie liegt heute immer noch ungefähr bei dieser Zahl, wenn man die Tatsachen berücksichtigt, daß 90 Millionen Unzen Ende der siebziger Jahre von den offiziellen Beständen der Länder der Europäischen Gemeinschaft in ihr jeweiliges Zentralbanksystem übertragen wurden.

In den Jahren dazwischen ist die Gesamtmenge um nie mehr als ein paar Millionen Unzen von dem Wert des Jahres 1971 abgewichen. Mehr noch, die einzelnen Bestände aller wichtigeren Länder auf der Welt waren in diese Einfrier-Aktion verwikkelt. Es gibt kaum einen einzelnen Fall, wo sie ihre Bestände seit dem Jahr 1971 entweder erhöht oder reduziert haben.

Der Dollar als König der Währungen

Washingtons Entschluß auf das Gold sozusagen einen Einfluß auszuüben, war im wesentlichen veranlaßt durch seinen Beschluß der wachsenden Herausforderung entgegenzutreten, die es dem Anspruch des Dollar als König des internationalen Währungsschlosses begonnen hatte zu zeigen. Es war nicht unbedingt im Interesse der anderen führenden Länder, diesen Kreuzzug mitzumachen.

Doch das Recht der Vereinigten Staaten als Wegbereiter in solchen Dingen zu fungieren, wurde Anfang der siebziger Jahre fast uneingeschränkt immer noch akzeptiert. Das Gold wurde also praktisch aus dem offiziellen Währungsbild verdrängt und blieb den Rest der siebziger und den größten Teil der achtziger Jahre außen vor.

In einem wichtigen Sinne allerdings wurde die Entwertung des Goldes niemals wirksam. Wenn man die Schließung des amerikanischen Gold-»Schalters« als definitives Ende der offiziellen Währungsfunktion des Metalles angesehen hätte, hätte man mit dem allmählichen Auslaufen der offiziellen Goldaktien rechnen können, weil man gesehen hätte, daß sie praktisch als überflüssig angesehen werden können. Wie der gegenwärtige Stand der Goldreserven zeigt, war man jedoch praktisch überall entschlossen an ihnen festzuhalten.

Sie wurden als eine Art von Reserve betrachtet, von denen man erwarten konnte, daß sie – im Gegensatz zu den Devisenbeständen – jeder Prüfung standhalten würden, die ihnen der Lauf der Zeit auferlegen würde. Selbst die USA, der große Befürworter der Entwertung des Goldes, hielt es nicht für angebracht diese Idee zurückzuweisen und die Bestände von Fort Knox veränderten sich bis zum heutigen Tage hinsichtlich des Wertes von 1971 kaum.

Das Wiedererwachen des Goldes

Es ist dieser Aspekt der Rolle des Goldes, der unterstützt durch die Tatsache, daß der Dollar an Ansehen verlor, die zum Wiedererwachen des schlafenden Riesen des internationalen Währungssystems geführt hat. Eine Manifestation dieses Phänomens läßt sich darin erkennen, daß der amerikanische Finanzminister James Baker vor kurzem eingeräumt hat, es wäre angebracht dem Gold in einem neuen Währungssystem, das von der geplanten Modernisierung des internationalen Liquiditätssystems verlangt wird, einen Platz zu reservieren.

Dies war gleichbedeutend mit dem amerikansichen Zugeständnis, daß die Zeit gekommen ist zu erkennen, daß das Metall in der Weltfinanzmaschinerie eine gewisse Rolle, wenn auch eine begrenzte, spielen sollte.

Die andere wichtige Manifestation für das offizielle Wiedererwachen des Goldes läßt sich in der Entscheidung einiger der aufwärtsstrebenden Länder auf der Welt – wie der neu industrialisierten Staaten in Fernost – erkennen, in einer größeren Diversifikation offizieller Reserven zu denken, was zu erreichen ist durch eine Erhöhung der Goldreserven auf Kosten der in Papierwährungen ausgedrückten Reserven des Dollar.

Taiwan soll im letzten Quartal des Jahres 1987 seine offiziellen Reserven um 65 Tonnen Gold erhöht und seit Anfang dieses Jahres in hohem Umfang noch mehr Käufe getätigt haben.

Angesichts der Tatsache, daß der US-Dollar verurteilt ist unter einer großen Wolke zu bleiben, bis Amerikas Defizitprobleme auf Ausmaße reduziert worden sind, mit denen man fertigwerden kann, scheint es fast sicher zu sein, daß der Prozeß Reserven aus dem Papiergeld wegzunehmen und in das Gold zu gehen in der Tat immer mehr an Bedeutung erlangen wird. Es ist damit zu rechnen, daß andere Faktoren hinzukommen, die die weltweite Nachfrage nach Gold noch verstärken werden.

Einer der Faktoren wird die tiefe Unsicherheit sein, die der Zusammenbruch des Dollar auf dem internationalen Währungssektor verursacht hat. Denn, obwohl es der Zentralbankengemeinde gelungen ist den Anschein einer Ordnung hier wiederherzustellen, dienen die Schocks, die durch die Katastrophe des vergangenen Jahres verabreicht wurden, offensichtlich dazu diese Märkte für die nächste Zukunft in einem höchst nervösen Zustand zu halten.

Deutliche Expansion der Gold-Produktion

Ein anderer Faktor, der wahrscheinlich in die gleiche Richtung zieht, ist das Wiederauftauchen der Sorge um die Inflation, das durch den jüngsten Anstieg der Zinssätze in einigen der schrittmachenden Länder signalisiert wurde, insbesondere in den Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik und Großbritannien. Da Gold nicht in der Lage gewesen ist einen Zinsertrag zu erzeugen, neigte es im Verhältnis zu Vermögenswerten in Papiergeldform weniger dazu eine Anziehungskraft auszuüben, da auch die Inflationsraten in den Industrieländern in Richtung Nullwerte absanken.

Eine Umkehr dieses Prozesses wird die Popularität des Goldes als Vermögensreserve zwangsläufig wieder steigen lassen.

Was auch nicht vergessen werden darf ist die Tatsache, daß – obwohl der Fall des Dollar das Gold in bezug auf diese Währung und andere mit ihr verbundene Währungen eher teurer gemacht hat – das Umgekehrte der Fall ist, was Währungseinheiten angeht, die im Verhältnis zum Dollar stark gestiegen sind. In Japan, Deutschland und der Schweiz zum Beispiel ist Gold jetzt deutlich billiger als in den letzten Jahren und der Enthusiasmus es für Investitionen, zur Vermögenssammlung und für die Schmuckherstellung zu erwerben ist entsprechend gewachsen.

Es stimmt, daß die größere Rentabilität im Goldbergbau jetzt in einer deutlichen Expansion der Produktion im Westen und in der Sowjetunion ihren Ausdruck findet. Dazu wird in der viel beachteten Ausgabe 1988 der Consolidated Gold Fields in London erwähnt: »Der Goldmarkt hat in der Vergangenheit seine Fähigkeit demonstriert ohne große Anstrengungen erheblich größere Goldmengen aufnehmen zu können als die, die ihm derzeit zur Verfügung gestellt werden. Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß dies nicht weiterhin der Fall sein wird.« □

Banker-Journal

Brasilien zahlt 85 Prozent des Handelsüberschusses

Der brasilianische Arbeitsminister Almir Pazzianotto verkündete, daß Brasilien 85 Prozent des Handelsüberschusses des Jahres 1988 – schätzungsweise 12,6 Milliarden Dollar – für Zinszahlungen auf die Auslandsschulden zurückstelle.

Nach den Worten Pazzianottos verhindern die Zinszahlungen die Schaffung von 330 000 neuen Arbeitsplätzen in der brasilianischen Industrie, mit durchschnittlich 30 000 Dollar pro Arbeitsplatz.

Pazzianotto sagte auch, in den letzten zehn Jahren hat Brasilien seine Schulden in Höhe eines Nettobetrags von 143 Milliarden Dollar bedient, die ins Ausland gingen. Während er versicherte, Brasilien sei weitergekommen in den Verhandlungen mit seinen Gläubigern und dem Internationalen Währungsfonds, wies er die »sozio-ökonomische und politische Strangulierung zurück, die durch die Verpflichtungen verursacht wird und die die wirtschaftliche Kapazität des Schuldnerlandes häufig überschreitet. Diese Situation fördert die Destabilisierung und kann zu sozialen Unruhen führen, die auch Auswirkungen auf die Industrieländer haben werden.« □

Was steckt hinter dem Aluminium-Preis?

Informierten Londoner Aluminiumhändlern zufolge soll der in Zug wohnhafte und in den Vereinigten Staaten wegen Betrugs angeklagte Marc Rich hinter dem astronomischen Anstieg der Aluminiumpreise im Termingeschäft auf dem Londoner Metallmarkt stehen. »Er ist ein verdammt guter Händler und hat 8 bis 12 Prozent der Weltproduktion unter seiner Kontrolle. Es ist absurd und lächerlich, was er macht. Es stimmt, daß die Nachfrage, insbesondere aus Fernost und Japan phantastisch ist, doch dies ist ein rein spekulativer Run. Er wird zusammenbrechen, und dann werden die Preise wieder fallen. Es wird einen unheimlichen Crash geben. Derzeit befindet sich das Aluminium von der ganzen Welt auf dem Weg in die Lagerhäuser. Sobald es angekommen ist wird die Seifenblase zerplatzen.«

Dieser Händler sagte, er dachte, die Preisunbeständigkeit dieses Metalls würde keinen großen Einfluß auf die Aktien- und anderen Finanzmärkte haben, doch er stelle fest, daß es zu einer starken Erhöhung von Spekulationsgeldern in Metallen gekommen ist, während die Rohstoffpreise steigen. □

US-Gericht gibt Weg frei für Wertpapiere

Der amerikanische Oberste Bundesgerichtshof (Supreme Court) hat einen Fall der Securities Industry Association (SIA) zur Rückgängigmachung einer Entscheidung des Federal Reserve Board vom April letzten Jahres abgewiesen, die es den Banken erlaubt, Hypotheken und andere, durch Vermögenswerte gestützte Wertpapiere, kurzfristige Handelspapiere und kommunale, kurzfristige Schatzanweisungen zu garantieren.

Als die SIA Anhörung des Falles vor dem amerikanischen Obersten Bundesgerichtshof verlangte, wurde eine einstweilige gerichtliche Verfügung erlassen, bis das Gericht zu einer Entscheidung kommt. Diese einstweilige Verfügung ist jetzt hinfällig, und deshalb könnten die Großbanken erneut sofort damit beginnen diese Papiere zu garantieren.

Die Entscheidung unterminiert auch den Glass-Steagall-Act vom Jahr 1933, der eine klare Entscheidung zog zwischen Institutionen, die sich mit kommerziellen Bankgeschäften beschäftigen, und jenen, die sich mit riskanten Wertpapiergeschäften befassen.

»Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs ändert nichts«, sagt ein Berater des Energie- und Handelsausschusses im amerikanischen Repräsentantenhaus. »Die Banken sind im Wertpapiergeschäft drin und die Entscheidung wird daran nicht das geringste ändern.«

Das Mitglied des Repräsentantenhauses, Fernand St. Germain, Vorsitzender des Bankenausschusses im Repräsentantenhaus, gab eine Erklärung dahingehend ab, daß die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA »nichts an der Notwendigkeit ändert, daß der Kongreß die Grundregeln im Bankenwesen festlegen müsse«.

Diese beiden Ausschüsse im Repräsentantenhaus sind verantwortlich für die Regulierung des Bankenwesens. Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs etabliert einen Präzedenzfall außerhalb der Rechtssprechung im Kongreß und neigt deshalb dazu, die Gerichte und nicht den Kongreß zu Schiedsrichtern bei den Bankenverordnungen oder der Deregulation der Banken zu machen. □

Südkorea will US-Handelspolitik ändern

Südkorea will die Vereinigten Staaten wegen ihrer protektionistischen Handelsgesetzgebung bestrafen, obwohl US-Präsident Ronald Reagan versprochen hat gegen den im Kongreß verabschiedeten Gesetzentwurf Einspruch einzulegen. Aktionen gegen die USA werden als unvermeidlich angesehen, da es der regierenden Democratic Justice Partei (DJP) bei den Parlamentswahlen im April nicht gelungen war die Mehrheit der Sitze zu gewinnen und die Oppositionsparteien jetzt in der Lage sind, Maßnahmen zu blockieren, die Teile der Wirtschaft Koreas den US-Interessen geöffnet hätten.

Einem hochrangigen Regierungsbeamten zufolge, der vom südkoreanischen Nachrichtendienst »Yonhap« zitiert wurde, wird die Regierung die amerikanische Handelsstrategie »gründlichst überprüfen«.

Zu den Änderungen wird wahrscheinlich die Zurücknahme ihres früheren Plans gehören, die Gründung von Zweigniederlassungen amerikanischer Reedereien in Südkorea zuzulassen. Der Beamte sagte auch, ein geplantes Gesetz über die Liberalisierung von Koreas landwirtschaftlichen und Kommunikationsmärkten sei ebenfalls unsicher. □

Alle zehn größten Banken sind Japaner

In der Rangliste der nach Einlagen 25 größten Banken der Welt findet sich keine amerikanische Bank mehr. Wie aus der von der Finanzzeitung »American Banker« veröffentlichten Liste hervorgeht, machen die Japaner die Top Ten der Banken unter sich aus. Auf Platz elf folgt als erstes nicht-japanisches Institut die Deutsche Bank AG, Frankfurt.

Nach der Liste konnte die Tokioter Dai-Ichi Kangyo Bank ihren Platz als weltgrößte Bank mit Einlagen von 275,3 Milliarden Dollar behaupten. Ihr folgen die Sumitomo Bank, die Fuji Bank, die Mitsubishi Bank und auf Platz fünf die Sanwa Bank.

Die größte US-Bank, die Citicorp, kommt mit 101,1 Milliarden Dollar Einlagen nur auf Rang 28. Im Vorjahr hatte sie sich noch auf Platz 17 gehalten. Als zweitgrößte deutsche Bank – nach der Höhe der Einlagen gemessen – rangiert die Dresdner Bank an 24. Stelle. □

Rohatyn sieht nächsten Crash voraus

Felix Rohatyn von Lazard Frères, Architekt der Plünderung von New York unter dem »Big Mac« (Municipal Assistance Corporation), scheint gepeinigt von der Idee, daß ein weiterer, größerer Crash kurz bevorsteht.

Er überdenkt einige der Richtlinien, die er in der Vergangenheit stets befürwortet hat.

Ein Jahr nach dem Crash, schreibt er, bleibt die Frage, was zu tun ist, und leider lautet die Antwort »nichts«. »Da es offensichtlich ist, daß keine bedeutende Aktion unternommen wird vor der nächsten Marktkrise«, schlägt er bestimmte Abhilfen vor, wenn die Zeit dafür kommt.

»Dieser kommende Crash ist das Ergebnis exzessiver Spekulationen, exzessiver Verwendung von Krediten und unangemessener Regulation.« Die Änderung eines solchen Verhaltens erfordert: Erstens, die Auferlegung einer fünfzigprozentigen Steuer auf Gewinne von Aktien, die man weniger als ein Jahr besitzt; zweitens, scharfe Begrenzung der Art und des Verhältnisses spekulativer Investitionen, die von durch den Staat gesicherten Institutionen gehalten werden.

»Schließlich«, so schlußfolgerte Rohatyn, »zu allermindest sollten wir bereit sein nach dem nächsten Schock im System Maßnahmen zu ergreifen. Ein solcher Schock könnte viel weitreichender sein als der letzte.« □

Große Sorgen um die texanischen Banken

US-Senator Lloyd Bentsen, Vorsitzender des Finanzausschusses des Senats, sagte bei einem Essen, er sei besorgt darüber, daß die Banken in Texas von der amerikanischen Bundesaufsicht nicht gehörig ins Gewissen geredet bekämen.

Bentsen meinte, er habe den Währungskommissar, die Bundesversicherungsanstalt für den Schutz von Bankeinlegern (FDIC) und andere Aufsichtsbehörden gedrängt »uns zu behandeln wie die New Yorker behandelt werden. Wenn sie Kredite an Länder der dritten Welt vergeben und nichts unternehmen, um ihr Geld bedient zu bekommen und damit eine gewisse Toleranz zeigen. Man sollte uns gegenüber jetzt auch eine gewisse Toleranz entgegenbringen, um die Dinge aufzuarbeiten.«

Bentsen bezog sich damit auf die wohlbekannte Bankrottsituation der texanischen Banken mit uneinbringlichen Schulden in der dritten Welt, bei denen die Aufsichtsbehörden bisher ein Auge zugedrückt haben. Bentsen sagte, er sähe für Texas Zeichen des Aufschwungs und fügt hinzu: »Mir ist eine Hypothek auf ein leeres Gebäude in Houston lieber als ein Kredit an Polen.«

In einem Interview war Bentsen erschrocken davon, daß man ihm vorhielt, daß die FDIC nicht ehrlich sei mit ihren offiziellen Zahlen und daß in Texas bis zu 200 Bankpleiten bevorstünden. □

Japan wird Joint-venture mit Sowjets nicht genehmigen

Die japanische Regierung ist durch ein gemeinsames sowjetisch-japanisches Joint-venture bezüglich der Förderung der Lachsbrütung auf einer der vier von den Sowjets besetzten Inseln, die von Japan beansprucht werden, in eine verzwickte Lage geraten. Die Vereinbarung wurde zwischen japanischen und sowjetischen Fischerei-Kooperativen getroffen.

Danach sollen die zwei Kooperativen ein Lachsbrütung-Venture auf Kunashiri, einer der vier von den Sowjets besetzten Inseln vor Hokkaido, in Gang setzen. Das japanische Außenministerium sagte, es könne kein Joint-venture mit den Sowjets auf irgendeiner der umstrittenen Inseln zulassen. Die Inseln waren japanisches Territorium, doch sie sind von der Sowjetunion seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges besetzt.

Die Unterzeichnung der Vereinbarung ist von Tadaichi Shiiku, dem Direktor der Utari Fischerei-Kooperativen, der Präfektur in Hokkaido berichtet worden. Shiiku sagt, er habe die Vereinbarung mit V. I. Balmuta, dem Leiter der Sakhalin Fischerei-Kooperative, während seines Besuches auf Sakhalin unterzeichnet. Moskau hat die japanische Fischereifirma und Kooperative gedrängt, Joint-ventures im Nordpazifik einschließlich Sakhalin zu unterstützen. □

China und Japan schauen auf die EG

Im Hinblick darauf, daß die Märkte der Europäischen Gemeinschaft (EG) bis zum Jahr 1992 ein einziger Handelsbereich sein werden, versuchen sowohl die Volksrepublik China als auch Japan ihre Handels-Produktions- und Investmentprogramme in Europa zu konsolidieren.

Eine chinesische staatseigene Firma kauft sich ins Off-Shore-Ölgeschäft ein und eine andere Firma hat ein Joint-venture mit einer britischen Grundstückserschließungsgruppe in dem sich rasch entwickelnden Londoner Dockland-Gebiet begonnen. Die Gesamtinvestitionen der Chinesen durch diese Gesellschaften wird auf ungefähr 75 Millionen Dollar geschätzt.

Vor einem Jahrzehnt belief sich Chinas Handel mit der EG auf 2,5 Milliarden Dollar, der nach 1985 auf über 8 Milliarden anstieg. Es wird damit gerechnet, daß er um die Jahrhundertwende bei über 10 Milliarden Dollar liegen wird. Nach Japan wird die Europäische Gemeinschaft Beijings zweitgrößter Handelspartner sein. □

Multinationale diktieren in Brasilien

Führende multinationale Unternehmen, die in Brasilien arbeiten, angeführt von Shell, Xerox und Brascan von der Bronfman-Familie, versuchten die Presse unter Druck zu setzen, um in Brasilien eine zwei Milionen Dollar schwere Lobby-Bemühung zu verkünden, mit der zwei Artikel der neu entwickelten Verfassung umgestoßen werden sollen, die gerade von der konstituierenden Versammlung des Landes genehmigt worden sind.

Im ersten Artikel der neuen Verfassung wird eine brasilianische Firma definiert als ein Unternehmen, das in brasilianischem Mehrheitsbesitz ist. Dieser Artikel stellt für jede ausländische Firma ein großes Problem dar, da Ausländer gezwungen werden, brasilianische Aktionäre mit in das Unternehmen aufzunehmen, damit sie dann als brasilianische Firma fungieren können.

In dem zweiten Artikel wird die Verstaatlichung der Erschließung und Ausbeutung der riesigen brasilianischen Bodenschätze verlangt. □

Insider-Trading-Skandal trifft Tokios Politiker

Der gegenwärtige Insider-Trading-Skandal, der Japan erschüttert, betrifft auch Spitzenpolitiker der regierenden Liberaldemokratischen Partei, einschließlich der Berater von Premierminister Noburu Takeshita, Finanzminister Miyazawa, Generalsekretär Shintaro Abe und den ehemaligen Premierminister Yasuhiro Nakasone.

Finanzexperten in der City von London sind der Meinung, daß dies der ernsteste politische Skandal in Japan seit der Lockheed-Affäre in den siebziger Jahren ist.

»Es ist ein klarer Versuch von jemandem, die Liberaldemokraten ins Visier zu nehmen«, sagte ein Experte. »Jeder weiß, daß diese Insider-Geschäfte alltägliche Angelegenheiten sind, warum sickert so etwas also heute durch?« Wenn die Affäre nicht mit Erfolg vertuscht wird, fügte er hinzu, könnte sie möglicherweise eine ernsthafte Auswirkung auf einen zunehmend nervösen japanischen Aktienmarkt haben.

Der Leiter einer Immobiliengesellschaft, Recruit Cosmos, soll die betroffenen offiziellen Aktien seiner Firma zu Niedrigstpreisen vergeben haben, was in den vergangenen drei Jahren ihm ermöglichte in dem Immobilienboom große persönliche Vermögen zu machen. Ko Morita, der Leiter von Japans führender Wirtschaftstageszeitung »Nihon Keizai Shimbun« ist im Zusammenhang mit diesem Skandal zurückgetreten. □

Geld

Ende des Dollar-Abschwungs?

C. Gordon Tether

Der dreieinhalbjährige Abrutsch des amerikanischen Dollar hat schließlich sein Ende gefunden. In gewissem Sinne hat sich dieser Abschwung sogar umgekehrt. Ist das ein Schlag ins Wasser?

Im Frühjahr dieses Jahres erreichte der Dollar seinen niedrigsten Wert im Verhältnis zu anderen wichtigen Weltwährungen seit Beginn der Reagan-Ära. Zu diesem Zeitpunkt lag er bei weniger als der Hälfte seiner Spitzenwerte aus der Mitte der achtziger Jahre im Verhältnis zu den wichtigsten starken Währungen – dem Schweizer Franken, der Deutschen Mark und dem japanischen Yen. Er fiel sogar um 30 Prozent oder mehr im Verhältnis zu weniger stabilen internationalen Währungen wie dem Pfund Sterling und dem französischen Franc.

Der Abbau von Dollar-Beständen

In den folgenden Wochen begannen sich die Dinge jedoch zu ändern. Dies geschah in einer so entschiedenen Weise, daß der Dollar sich bis Mitte des Jahres gegenüber fast allen führenden Währungen um 10 Prozent oder mehr erholt hatte. Dies darüber hinaus noch trotz der Tatsache, daß die Zentralbankengemeinde sich die Wende zum Besseren hin in ihrem Angebot-Nachfrage-Verhältnis zunutze gemacht hatte und begann, die beträchtlichen Dollar-Bestände abzubauen, die sie in den internationalen Unterstützungsoperationen erworben hat, die organisiert worden waren, um die frühere Schwäche der amerikanischen Währung zu bekämpfen.

Die Erklärung für diese eindrucksvolle Trendwende liegt offensichtlich teilweise in dem wachsenden Glauben auf den Geldmärkten, daß der lange Abrutsch des Dollar ihn im Hinblick auf die internationale Kaufkraft so billig gemacht hat, daß er zu einem »guten Kauf« geworden ist. Doch es kann nur wenig Zweifel darüber bestehen, daß der Hauptgrund in dem konkreten Beweis – der vorher durch Abwesenheit geglänzt und Beunruhigung hervorgerufen hat – liegt, daß die massive Dollar-Abwertung der letzten Jahre schließlich Früchte trägt in Form einer spektakulären Verringerung in Amerikas Zahlungsbilanzdefizit.

Die erste Hälfte des Jahres 1988 zeigte eine scharfe Umkehr beider Trends, die das amerikanische Handelsbilanzdefizit in den achtziger Jahren auf beispiellose Werte hat ansteigen lassen.

So ist nicht nur die anhaltende Expansion an Importen ausländischer Waren praktisch zum Stillstand gekommen; der Verkauf amerikanischer Waren im Ausland hat durch die Dollar-Abwertung einen solch starken Aufschwung bekommen, daß die Exporte um bis zu 40 Prozent über den Vorjahreswerten lagen.

Selbst wenn diese Verbesserung im Export-Import-Verhältnis in diesem Stadium zu einem Stillstand käme, läge die Lücke in der amerikanischen Handelsbilanz für 1988 insgesamt um rund 30 Milliarden Dollar unter der des Jahres 1987 mit rund 140 Milliarden Dollar. Wenn die Export- und Importtrends für 1988, wie sie jetzt existieren, aufrechterhalten werden, ist es sehr gut vorstellbar, daß das Defizit innerhalb ungefähr eines Jahres völlig beseitigt werden könnte.

Wende im US-Handelsklima

Die große Frage ist natürlich, ob die Grundsituation sich in dem Maße geändert hat, wie es nötig wäre, um die optimistischere Einschätzung zu rechtfertigen. Es muß akzeptiert werden, daß vorübergehende Faktoren sehr wohl eine Rolle dabei gespielt haben mögen, eine solch dramatische Änderung im amerikanischen Handelsklima hervorzurufen, wie das, was sich durch das Verhalten der Zahlen in der ersten Hälfte dieses Jahres gezeigt hat.

Es muß auch erkannt werden, daß die Tendenz des Dollar als Reaktion auf die geänderte Atmosphäre auf den Geldmärkten wieder anfangen könnte zu steigen, und damit könnte die größere Wettbewerbsfähigkeit, die amerikanische Waren seit kurzem erleben, unterminiert werden.

Da ist noch der weitere wichtige Punkt, daß eine Umwandlung der internationalen Zahlungsbilanzszene der Größenordnung, die erforderlich wäre, um eine vollständige Rehabilitierung der amerikanischen Zahlungsbilanz zu erreichen, nicht erreicht werden kann, ohne den anderen Teilen in dem Gefüge große Belastungen aufzuerlegen. Daß dies prompte Reaktionen von anderen Ländern hervorrufen könnte, die der Erholung der USA in den Weg geraten, läßt sich aus dem erkennen, was in Großbritannien in den letzten Monaten beziehungsweise letzten drei Monaten passiert ist.

Großbritannien ist ein Land, das infolge der Wende zum Besseren hin im amerikanischen Export-Import-Verhältnis in hohem Maße negativ beeinflußt worden ist. Denn eine der Folgen dieser Verbesserungen war ein hoher Beitrag zum Aufschwung bei den britischen Importen, der die Regierung Thatcher mit der schlechtesten Zahlungsbilanz zurückließ, die das Land jemals hatte.

Das ist eine Entwicklung, die ihrerseits die weitere Erholung in der amerikanischen Zahlungsbilanz verhindern könnte. Denn Whitehall hat darauf reagiert, indem man die Zinssätze im Land angehoben hat mit dem Ziel, die inländische Konjunktur zu bremsen ebenso wie das Wachstum an britischen Importen, das damit im Zusammenhang steht.

Rehabilitierung der US-Finanzen

Kurz gesagt: Amerikanische Exporteure werden es jetzt schwieriger haben, ihre Waren nach Großbritannien und in ähnlich denkende Länder hineinzubekommen, obwohl die Preise weitaus wettbewerbsfreundlicher sind als bisher. Außerdem werden steigende Zinssätze im Ausland daran hindern, daß es den US-Behörden zu leicht gemacht wird, die Kapitalkontoseite ihrer Zahlungsbilanz zu stärken, dadurch wird die amerikanische Währungspolitik immer schärfer werden müssen. Dies kann nur auf unvermeidliche Kosten der Tatsache geschehen, daß das Leben für die amerikanischen Geschäftsleute im allgemeinen problematischer wird.

Wenn man jedoch sagt, daß die Erholung der amerikanischen Zahlungsbilanz von jetzt an wahrscheinlich schwieriger sein wird als in der ersten Hälfte dieses Jahres, dann heißt das nicht, daß sie sich nicht fortsetzen wird, und zwar in vernünftigem Tempo. Selbst unter Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeit, daß es zu einer weiteren Erosion der Dollar-Abwertung kommt, sieht es so aus, als ob die größere Wettbewerbsfähigkeit der US-Exporteure weiterhin eine wichtige Rolle im Handel spielen wird.

Was auch berücksichtigt werden muß ist, daß alle Anzeichen darauf hindeuten, daß – egal, wer nach den Wahlen im November die Zügel im Weißen Haus in der Hand halten wird – danach eine stärkere Betonung auf die Rehabilitierung von Amerikas Finanzen gelegt werden wird, und zwar sowohl intern wie extern. Es scheint jetzt generell anerkannt zu sein, daß die Haltung, die den Haushalt und die Zahlungsbilanz der USA in solche Schwierigkeiten gebracht hat, jetzt umgekehrt werden muß, wenn das internationale Ansehen des Landes keinen irreparablen Schaden erleiden soll. □

Segnung des Insider-Handels

C. Gordon Tether

Eines der weniger publizierten Ergebnisse der diesjährigen Tagungen der Absprachegremien und des letzten Gipfels führender westlicher Politiker ist die Tatsache, daß man rundum der großen Übernahme von Unternehmen durch die Internationalisten stillschweigend Segen und Zustimmung erteilt hat.

In einem Interview betonte die britische Premierministerin Margaret Thatcher die Bedeutung, die die schrittmachenden Länder der Tatsache beimessen, sicherzustellen, daß der »Protektionismus« den Expansionsbestrebungen der Firmen über die Grenzen hinaus nicht in den Weg kommt. Dies ist scheinbar als eines der guten Dinge angesehen worden, von denen die kapitalistische Welt nicht genug bekommen kann.

Eine weltweite Plünderung

Das Thema, das dem zugrunde liegt, war kurze Zeit zuvor in einer Debatte im britischen Parlament zur Sprache gekommen, hervorgerufen durch den Kampf zwischen den Schweizer Schokoladengiganten Nestle und Suchard um die Inbesitznahme des britischen Schokoladengiganten Rowntree.

Als Antwort auf das Argument, daß die Zukunft der 30 000 Angestellten des britischen Unternehmens nicht so ohne weiteres ausländischen Geschäftsleuten überlassen werden sollte, versicherte Mrs. Thatchers Industriesprecher, daß die Nationalität von Besitz und Firmeneigentum »zunehmend irrelevant« werde. Über die Nationalität einer Firma zu argumentieren, sei tatsächlich »chauvinistischer Unsinn«.

Nichts könnte natürlich den Zwecken des internationalen Big-Business mehr nützen als die allgemeine Anerkennung dieser Philosophie. Da der Prozeß, andere Firmen im inländischen Bereich zu übernehmen, zunehmend schwieriger geworden ist, da die Anzahl möglicher Ziele schwindet, wird jetzt mehr und mehr Aufmerksamkeit darauf gelenkt, die Industriegiganten anderer Länder zu erwerben.

Selbst die Länder, die traditionell eher Kapitalexporteure als Kapitalimporteure waren – besonders die Vereinigten Staaten und Großbritannien –, sind weit davon entfernt, dieser internationalen Plünderung gegenüber immun zu sein.

Die Rowntree-Geschichte bezeugt all dies nur allzu deutlich im Fall des Vereinigten Königreichs. Die japanische Invasion auf die amerikanische Industrie tut dies nicht weniger deutlich im Fall der Vereinigten Staaten.

Es ist keine Frage, daß der einzig effektive Widerstand für den Vorwärtsmarsch dieser Version von »One-Worldismus« von den Regierungen kommen muß. Der Patriotismus der inländischen Aktionäre von Firmen, die Übernahmeziele sind, wird schließlich kaum ins Gewicht fallen, wenn sie – wie es gewöhnlich unter diesen Umständen der Fall ist – mit ausländischen Angeboten konfrontiert werden, die sie einfach nicht ablehnen können.

Ausschaltung von mißliebiger Konkurrenz

Wenn sie als Agenten von Pensionsfonds fungieren oder ähnliche Rollen haben, haben sie keine andere rechtliche Möglichkeit, als patriotische Überlegungen beiseite zu schieben.

Wenn Regierungen also die Haltung einnehmen werden, daß das Eigentum von Firmen »irrelevant« ist – in der Tat das letzte Wort an Rückständigkeit –, ist die Tür weit offen für die Internationalisierung eines jeden Aspekts der Wirtschaftsstruktur eines Landes, was auch die möglichen Konsequenzen für sein Wirtschaftsleben im allgemeinen und das seiner Arbeiter im besonderen sein mögen.

Unnötig zu sagen, daß es für eine Firma und deren Belegschaft sehr viel bedeuten kann, ob sie in inländischem oder ausländischem Besitz ist. So wie die Wirtschaft nun einmal organisiert ist, befindet sich zunächst einmal ein großer Teil der Belegschaft eines Unternehmens in dem Land, in dem sich die Hauptverwaltung befindet. Wenn es also in ausländischen Besitz übergeht, wird es folglich so sein, daß mit einem großen Teil der Arbeitsplätze, die die Firma zur Verfügung stellt, das gleiche passiert. Und das ist nur der Anfang.

Internationale Industriekonzerne denken offensichtlich international. Der Grund dafür, warum sie vielleicht ausländische Konzerne in ihre Imperien aufnehmen wollen, ist unter Umständen von höchster Rangordnung. Doch sie sind vielleicht gleichermaßen den Interessen des »Ziel«-Landes im allgemeinen und denen seiner Arbeiterschaft im besonderen gegenüber feindlich eingestellt.

Die Achillessehne des Westens

Natürlich werden nicht automatisch alle Karten von Anfang an auf den Tisch gelegt. Die Gründe, die also für den Plan zum Kauf angeführt werden, müssen also offensichtlich immer mit einigem Mißtrauen betrachtet werden. Und es ist in der Tat durchaus vorstellbar, daß in einigen Fällen die Erklärung für die versuchte Übernahme durch ein ausländisches Unternehmen in dem Wunsch liegt, einen störenden Konkurrenten von der internationalen Marktszene zu verdrängen, sobald dies bequem geschehen kann.

Selbst wenn ein ausländischer Konzern ein Unternehmen in einem anderen Land mit den besten Absichten übernimmt, könnte er in der Folge feststellen, daß dies ein Teil seines internationalen Gefüges ist, dessen Schließung mit Vorteilen verbunden wäre. Kurz gesagt, ein international orientierter Gigant wird niemals den gleichen Enthusiasmus an den Tag legen, wenn es darum geht, ein Unternehmen am Leben zu erhalten, als das bei einem inländischen Unternehmen der Fall sein wird.

Es muß erkannt werden, daß der ausländische Besitzer eines großen Unternehmens in einer viel besseren Position ist, sich dem Druck der Regierung im Hinblick auf Befolgung der offiziellen politischen Linie zu widersetzen, als ein inländischer Eigentümer.

Das ist von großer Bedeutung, was die Sicherheit des Landes angeht. Denn je größer das Ausmaß ist, in dem seine wichtigen Industrieunternehmen in ausländische Hände fallen können, um so größer wird auch die Aufsplitterung seiner Wirtschaftsstruktur. Am Ende könnte es sich in einer Lage wiederfinden, in der es von Importen abhängt, um auch nur den grundlegendsten Bedarf in der Verteidigung zu decken.

Es muß kaum darauf hingewiesen werden, daß dies eine Schwäche ist, die sich in Kriegszeiten rasch als fatal erweisen kann, egal wie angemessen die militärische Vorbereitungen des betreffenden Landes sein mögen.

Mit anderen Worten: Die Nationalität des Eigentums der Industrieunternehmen eines Landes ist noch genauso wichtig wie je zuvor. Die kommunistischen Länder auf der Welt sehen das noch. Bis sie zur entgegengesetzten Ansicht umgedreht werden – wenn dies jemals passieren wird –, bedeutet es für den Westen, sich zu verhalten als ob Firmeneigentum unter dem kapitalistischen System irrelevant sei, als wenn man dieses System mit einer Achillessehne ausstatten würde. □

Banker

Die Mächte des Geldes

Richard Scales

»The Age of Conflict« von dem politischen Kommentator und Mitarbeiter von CODE, Ivor Benson, ist ein dramatisches Buch, das auf knapp 58 Seiten einige der verheimlichten Ursachen des Konflikts des 20. Jahrhunderts beschreibt. Benson liefert einen logischen Bericht darüber, wie die »Veränderung auf der Ebene des Geldes und des Intellekts« dieses Jahrhundert »zum blutigen Jahrhundert in der Menschheitsgeschichte« gemacht haben. Er erläutert, wie »moderne Superkapitalisten« diese Veränderungen genutzt haben, um in die Systeme von Weltpolitik und Weltwirtschaft einzugreifen und sie zur Vergrößerung ihres eigenen Machtbereichs zu verzerren.

»Vieles von dem, was in unserem Jahrhundert geschehen ist, ist veranlaßt worden«, schreibt Benson. »Es gibt eine konspiratorische Geschichtstheorie, in die zahlreiche geheime und halbgeheime Organisationen verwikkelt sind wie der Rhodes Scholarship Trust, die Round-Table-Bewegung, das Royal Institute of International Affairs und das American Council on Foreign Relations.«

Das Geld wurde zum Maß aller Dinge

Benson verfolgt die Ursprünge des Konflikts des 20. Jahrhunderts bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück, als das Geld als »die große Machtquelle« auf den Plan trat.

»Das Geld hat in menschlichen Angelegenheiten eine neue Rolle und Bedeutung erhalten«, sagt Benson. »Die Wirtschaft begann gegenüber der Politik die Oberhand zu gewinnen, das Geld wurde zum Maß aller Dinge.«

Schließlich bekam das Geld natürlich die Macht, »die Weltangelegenheiten zu bestimmen«, was in sich selbst einen Konflikt schuf.

In den dreißiger Jahren beispielsweise führten Rivalitäten zwischen großen, finanzstarken Gruppen zu »leidenschaftlichen politischen Kämpfen« im Westen und verursachten Benson zufolge schließlich den Zweiten Weltkrieg.



Der Name »Rockefeller« ist zum Synonym geworden für Reichtum und Macht. Dieses Foto wurde am 26. Mai 1937 aufgenommen, von links nach rechts: John D. Rockefeller und seine Söhne, David, Nelson, Winthrop, Laurence und John D. III.

Gründung eines neuen Imperiums

Unterdessen begann ein »politischer Idealismus«, bekannt als Sozialismus, »Anhänger auf der ganzen Welt zu gewinnen«, besonders im Westen. Das Auftauchen des Sozialismus als einer politischen Kraft fiel zusammen mit dem Niedergang des Christentums im Westen, und seine Ideale ersetzten in der Tat jene des Christentums.

Wie Benson es beschreibt, gab es eine »fast unwiderstehliche Anziehungskraft des Sozialismus für die gebildeten Klassen, die sich im letzten Jahrhundert plötzlich ohne die Unterstützung des christlichen Glaubens ihrer Vorfahren fanden.

Der Sozialismus lieferte ein höchst plausibles und genial ausgearbeitetes System von Ideen, das die Welt von vielen offensichtlichen Übeln befreien und der Menschheit Glück und Zufriedenheit bringen sollte.«

Doch in Wahrheit, sagt Benson, hat dieser Idealismus der Welt ein Jahrhundert des beispiellosen Konflikts und der Tragödie gebracht, wie es in der Geschichte bisher derart noch nie vorkam.

Benson gibt den »modernen Superkapitalisten« – einer höchst geheimen Clique von internationalistischen Wall Street Bankern, die die Weltfinanzsysteme kontrollieren – einen großen Teil der Schuld für die Unruhen in diesem Jahrhundert.

Diese internationalistischen Banker, schreibt Benson, sind »stark vereint durch langfristige politische Zielsetzungen« und verwenden ihre Macht und ihren Einfluß, um die staatlichen Angelegenheiten anderer Länder zu durchkreuzen und zu kontrollieren. »Sie, die internationalistischen Banker, haben Konflikte und Aufruhr verbreitet in dem Versuch, geheim und indirekt durch künstliche Marionetten-Regime zu regieren.«

Um den wahren Einfluß, den diese Banker auf die Weltangelegenheiten haben, zu verstehen, stellt Benson sie den Finanziers gegenüber, die zuvor an der Wall Street geherrscht haben.

Die Vereinigten Staaten, schreibt Benson, wurden »hinter den Kulissen durch das Vermögen der großen amerikanischen Pionierfamilien regiert, einer Machtkonstellation mit J. P. Morgan als dem Bankenzentrum«.

Benson zufolge waren die »Pionierfamilien« »Mitglieder der Episkopalkirche, anglophil, Anhänger der Ivy League und mit einem Bewußtsein für europäische Kultur«.

Ende der dreißiger Jahre wurden die »Pionierfamilien« durch eine Reihe von Steuergesetzen von der Wall Street vertrieben, wodurch die Wall Street »wie eine reife Pflaume in die Hände der internationalistischen Banker fiel«. Benson nennt dies die Gründung eines »neuen Imperiums«.

Mit dem Westen eine Gehirnwäsche betrieben

»Eine deutliche Unterscheidung muß getroffen werden zwischen dem Umfang und Tempo der Veränderung und des Konflikts auf der Welt bis zum Jahr 1939, als sich das neue Imperium noch immer im Aufbau befand, und dem Umfang und Tempo nachdem das neue Imperium etabliert war«, schreibt Benson.

Benson beschreibt dieses neue Imperium als eine »fremde Hochfinanz«, die, wie der Kommunismus, »dem Nationalismus unversöhnlich antagonistisch gegenübersteht«. Folglich beraubt diese fremde Hochfinanz die einzelnen Länderregierungen ihrer nationalen Souveränität.

»Eine dem Westen fremde Geldmacht kann Wohlergehen, Stärke und Ordnung im Westen nicht tolerieren; sie ist zwanghaft einer Politik der Zerstörung verschrieben. Wohlergehen, Stärke und Ordnung in irgendeinem Teil der Welt können nur Selbstwillen und Selbstbestimmung in diesem Teil bedeuten, ein Hindernis für die die Weltmacht konzentrierenden Ziele des Geldes; das neue Imperium findet seine Stärke in der Schwäche all jener, die es kontrollieren will.«

Es überrascht deshalb also nicht, so Benson, daß dem neuen Imperium der durch den Kapitalismus und den Sozialismus verursachte Kampf willkommen ist, denn dieser Kampf macht es dem neuen Imperium möglich, seine Kontrolle auszuweiten. Das neue Imperium hat durch eine Reihe von Krediten und Technologietransfers tatsächlich »die Sowjetunion als eine industrielle und militärische Supermacht hingesetzt«.

Außerdem unterstützt es weiterhin »alle Arten abwegiger nationalistischer Bewegungen« in Afrika und anderen Teilen der dritten Welt.

Vielleicht noch beunruhigender ist das Ausmaß der Kontrolle, die dieses neue Imperium über den Westen ausübt. Benson zufolge kontrolliert es die Massenmedien, die politischen Parteien und die Volkswirtschaften des Westens. Es beherrscht auch die externe und interne Politik der westlichen Länder.

Die Kontrolle des neuen Imperiums ist so durchdringend und allumfassend, schreibt Benson, daß es mit der westlichen Welt eine derartige Gehirnwäsche betrieben hat, so daß diese seine Politik akzeptiert.

»Man könnte sich kaum eine weltweite Nachrichtensperre in dem Ausmaß vorstellen, wie es die Unterdrückung von Informationen über den Transfer westlichen Reichtums und Technologie in die Sowjetunion darstellte«, sagte Benson und zitiert ein Beispiel. »Die industrielle und militärische Macht der Sowjetunion ist fast ausschließlich die Schöpfung der westlichen Hochfinanz und des Big Business, besonders des amerikanischen.«

Weil die Macht des neuen Imperiums so allumfassend ist, meint Benson, daß kaum eine Chance besteht, daß sie verlorengeht. Und Benson kommt zu der Schlußfolgerung, daß dieses Zeitalter des Konflikts sich wahrscheinlich bis weit in das nächste Jahrhundert hinein erstrecken wird.

»Unser Jahrhundert des Konflikts hat viele Bedeutungen. Einige davon liegen jenseits unserer Verständnismöglichkeiten.«

Wenn man Bensons Buch liest, versteht man einige der fundamentalen Ursachen hinter den Konflikten des 20. Jahrhunderts besser, ebenso die Gründe und Ursachen, über die das Establishment allerdings nicht gerne spricht. □

»The Age of Conflict« von Ivor Benson erhalten Sie als Buch über Liberty Library, 300 Independence Ave. SE, Washington D. C. 20003, USA, für 4 Dollar.



Internationalisten

Die Pläne werden ausgeführt

James P. Tucker

Das Weltprogramm, das von der Trilateralen Kommission in Tokio im April und ihrer Schwestergruppierung, den Bilderbergern, Anfang Juni in Innsbruck aufgestellt worden ist, macht in seiner Verwirklichung rasante Fortschritte. Die Regierungen erweisen sich als gehorsame Handlanger.

Die Betonung im Weltprogramm liegt auf folgenden Punkten: Dramatische Erhöhung der Steuerlasten für die Amerikaner nach den Präsidentschaftswahlen. Steuererhöhungen beziehungsweise Erhöhungen von Verbrauchssteuern auch in den anderen westlichen Industriestaaten.

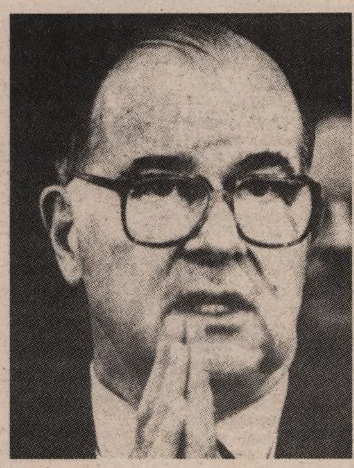
Hohe Ausgaben für Waffen

Unterstützung der internationalen Banker für die großen Kredite an kreditunwürdige Länder in der dritten Welt und an kommunistische Staaten. Neuer Transfer von Milliarden Dollar von westlichen Steuergeldern an die Weltbank.

Erhöhung der Ausgaben für konventionelle Waffen als Ausgleich für die erwartete Reduzierung an Atomwaffen, die sich aus den jüngsten und noch zu erwartenden Abrüstungsabkommen ergeben wird.

Die Unterstützung der Banken durch alle westlichen Industrienationen. Die amerikanischen Steuerzahler mußten über einen Zeitraum von mehr als vier Jahren 70 Milliarden Dollar aufbringen.

Obwohl der Präsidentschaftskandidat der Republikaner George Bush, ein Trilateraler, Steuererhöhungen glatt ablehnen kann, wenn er zum neuen US-Präsidenten gewählt ist, bleibt sein Mund geschlossen, während die neu gebildete gemeinsame Wirtschaftskommission in aller Ruhe Pläne für eine Steuererhöhung in den Vereinigten Staaten vorbereitet.



Barber Conable, Präsident der Weltbank, wirft schlechtem Geld gutes Geld bedenkenlos und in Milliardenhöhe hinterher.

Der demokratische Präsidentschaftskandidat Michael Dukakis lehnt es ab, eine Steuererhöhung auszuschließen und nennt sie »ein letztes Zufluchtsmittel«. Anfang Juli griff Dukakis auf sein »letztes Zufluchtsmittel« zurück und erhöhte die Steuer im US-Bundesstaat Massachusetts.

Die dramatischste und direkteste Auswirkung der Bilderberger-Trilateralen-Forderung nach Erhöhung der konventionellen Waffen, damit die ungeheueren Profite aus Militärausgaben auf dem Gebiet der Abrüstung aufrechterhalten werden können, kamen vom raschen Meinungswandel des Michael Dukakis. Er hatte eine »Einfrierung« der Verteidigungsausgaben befürwortet, die – so sagten seine Anhänger – zu einer 30prozentigen Reduzierung führen sollte, wenn man die Inflation mit einbezieht.

Die Brigade der Banker-Handlanger

Unmittelbar nachdem die Botschaft aus Innsbruck kam, forderte Dukakis den Aufbau konventioneller Waffen, damit Amerika einen nicht-nuklearen Krieg mit der Sowjetunion führen und gewinnen kann. Der Druck, die öffentliche Meinung dazu zu bringen, hohe Ausgaben für den militärisch-industriellen Komplex zu akzeptieren, geht weiter und nimmt manchmal recht seltsame Wege dabei.

Normalerweise konzentriert sich der US-Innenminister auf solche Probleme wie den Verfall der amerikanischen Nationalparks. Doch nicht so Don Hodel, derzeitiger US-Innenminister. In einer Rede vor dem World Affairs Council in Los Angeles hörte er sich an wie ein Verteidigungsminister. Er hielt seine Rede nach dem Treffen der Bilderberger in Innsbruck.

»In militärischer Hinsicht hat die Sowjetunion ihre Präsenz im Pazifik im letzten Jahrzehnt spektakulär erhöht«, erzählte Hodel dem World Affairs Council, das Vertreter hat sowohl bei den Bilderbergern als auch in der Trilateralen Kommission, deren Führung sich ihrerseits überschneidet. Hodel sagte, es habe einen größeren Aufbau der sowjetischen bewaffneten Streitkräfte, Panzer und Flugzeuge in der letzten Zeit gegeben.

»Wir dürfen nicht vergessen, daß die sowjetischen Vorhaben im Pazifik zur weltweiten Strategie der UdSSR gehören«, meinte Hodel. »Die Vereinigten Staaten als Führer der Welt haben die Verantwortung der Herausforderung der Sowjetunion überall zu begegnen, nicht nur, um die Freiheit der Völker auf der ganzen Welt zu erhalten und zu steigern, sondern um sicherzustellen, daß der Pazifik ein ›Meer des Friedens‹ bleibt.«

US-Präsident Ronald Reagan, der amerikanische Finanzminister James Baker und Weltbank-Präsident Barber Conable haben die ängstlichen Kongreßmitglieder in Washington gedrängt, die neuen Gelder für die Schuldnerländer zu genehmigen, mit der Begründung, daß ansonsten Amerikas »Einfluß« reduziert werden könnte. Doch die Dokumente der Weltbank beweisen, daß der Einfluß der USA bereits heute unbedeutend ist, obwohl die Amerikaner vier Jahrzehnte lang den Löwenanteil der Kosten getragen haben.

Das amerikanische Finanzministerium hatte sich in den letzten fünf Jahren 73 Projekten der Weltbank widersetzt, doch jedes von ihnen wurde genehmigt und finanziert. Aus den Prüfungen der Bankdokumente ging hervor, daß 75 Prozent der Agrarprojekte und 40 Prozent der Bildungsprojekte in Afrika Fehlschläge waren.

Die Banken bekommen ihre Zinsen

Die Weltbank verwendet auch westliche Steuergelder, um wirtschaftliche Fehlschläge in kommunistischen Ostblockländern zu verhindern, die andernfalls unter ihrem zweifelhaften politischen System zusammenbrechen würden. Die Weltbank hat über 10 Milliarden Dollar an die kommunistischen Regierungen von Ungarn, Rumänien und Jugoslawien geschickt. Auch Polen wird von der Weltbank demnächst höhere Geldsummen erhalten.

Bei der Weltbank schlechtem Geld gutes Geld hinterherwerfen steht ganz hoch auf der Tagesordnung der Internationalisten. Manchmal werden die Extragelder direkt zur Zahlung der Zinsen an die internationalen Banken verwendet, die die Kredite vermittelt haben.

Um politisch heikle Situationen zu mindern, schlagen die Regierungen, deren Staaten Mitglieder der Weltbank sind, vor, daß neue Gelder direkt in die Schuldnerländer gehen. Doch die Politiker geben rasch zu, daß die Beiträge »alternative Geldbeträge freisetzen würden«, so daß die Banker ihre hohen Zinszahlungen auf die ausstehenden Kredite bekommen können.

Ob das Geld der westlichen Industriestaaten zu den Banken der Schuldnerländer geht oder vorrübergehend in den Empfängerländern verbleibt, es endet am gleichen Ort: in den Kellern der internationalen Banker. □

Internationalisten

Mrs. Thatcher widersetzt sich

James P. Tucker

Die internationalistischen Absprachegremien haben es mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher schwer. Der Druck dieser Insider-Gruppierungen und verschiedener westlicher Regierungen eine europäische Zentralbank und eine gemeinsame europäische Währung zu akzeptieren, findet bei der britischen Regierungschefin wenig Gegenliebe.

Großer Druck auf Mrs. Thatcher kam dabei aus den eigenen Reihen, nämlich von Lord Henry Plumb, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments und Mitglied der Bilderberger. Noch mehr Druck kam vom deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl, der ebenfalls zu dem Kreis der Bilderberger zu rechnen ist. Mrs. Thatcher stimmte schließlich zu, eine Gruppe von »Experten« zu benennen, die eine engere Währungskooperation durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft untersuchen solle, doch sie lehnte es heftig ab, die »Unvermeidlichkeit« einer europäischen Zentralbank und einer gemeinsamen Währung zu akzeptieren.



Margaret Thatcher wehrt sich gegen die Pläne zur Errichtung einer europäischen Zentralbank, da sie die britische Souveränität einschränkt.

Kohl verwirklicht Bilderberger-Pläne

Die Bank- und Währungspläne sind Teil des Programmes, um die zwölf Länder der Europäischen Gemeinschaft bis zum Jahr 1992 in einen einzigen Superstaat zu verwandeln. Die Themen wurden heftig verfochten in dem geheimen Bilderberger-Treffen in der Nähe von Innsbruck Anfang Juni und beim Wirtschaftsgipfel der sieben führenden Industrieländer in Toronto Mitte Juni. In kleinerem Ausmaß war das Programm des europäischen Superstaats auch Teil der Tagesordnung der Trilateralen Kommission im April in Tokio.

Es hat bereits große Fortschritte in Richtung der Schaffung des Superstaats gegeben. Bis zum Jahr 1992 soll es keine internen Handelsschranken unter den zwölf Ländern Westeuropas mehr geben. Das Europäische Parlament wird die Importgebühren und Kontingente festlegen, die dann für alle Mitgliedsländer im Hinblick auf den Außenhandel gelten werden.

Das Europäische Parlament kann bereits jetzt Gesetze verabschieden und sie den Mitgliedsstaaten der EG auferlegen. Mrs. Thatcher mußte mit anhören wie ihr Landsmann, Lord Plumb, das Europäische Parlament ermahnte, die Schaffung einer europäischen Zentralbank und einer gemeinsamen EG-Währung anzustreben.

Nachdem Bundeskanzler Kohl ebenfalls die Bank- und Währungsschritte der Internationalisten befürwortet hatte, drängte er darauf, daß ein Ausschuß einberufen werde, um den Plan auszuarbeiten. Mrs. Thatcher stimmte dem zu, doch sie blieb skeptisch. Sie beklagte, daß solche Schritte die einheimischen Kontrollen gegenüber der Währungspolitik verringern würden.

Diese Einstellung führte zu inoffizieller Kritik über »Nationalismus« und »Provinzialismus«. Über Nationalismus und Provinzialismus hat sich die Gruppe der Bilderberger und Trilateralen, bestehend aus internationalen Bankern und Politiker unter der Führung von Rothschild und Rockefeller schon lange erzürnt.

Geschäfte mit den Kommunisten

Die Führung dieser beiden geheimen Absprachegremien überschneidet sich und sie treffen sich jedes Frühjahr hinter verschlossenen und bewachten Türen, um die Politik festzulegen, die sie den gewählten Vertreter westlicher Regierungen auferlegen.



Bundeskanzler Kohl setzt sich energisch ein, die Pläne der Bilderberger für eine EG-Zentralbank zu verwirklichen.

Lord Plumb sagte, er habe die Zentralbank und eine gemeinsame Währung gefordert, weil diese Dinge wichtig seien für das EG-Ziel bis zum Jahr 1992 einen gemeinsamen Binnenmarkt frei von Schranken zu erreichen.

Doch die Schattenregierung der Absprachegremien hat offenbar mit Mrs. Thatcher und ihrem »Nationalismus« mehr Probleme als vorauszusehen war. In einer Depesche zitierte die Nachrichtenagentur Associated Press einen ungenannten Sprecher der britischen Delegation, der gesagt haben soll, Mrs. Thatcher sei heftig dagegen, so viel britische Souveränität aufzugeben.

»Sie werden eine Zentralbank haben, wenn Sie unter anderem politischen Institutionen das britische Unterhaus auflösen. Wir halten es nicht für nützlich, eine europäische Zentralbank zu schaffen.«

Im Juni unterzeichnete die Europäische Gemeinschaft und die osteuropäische Wirtschaftsorganisation COMECON eine Erklärung der gegenseitigen Anerkennung, mit der 31 Jahre der Entfremdung beendet wurden und die Ost-West-Handelsabkommen leichter machen wird. Die Sowjetunion hatte es abgelehnt, die Europäische Gemeinschaft anzuerkennen, bis Michail Gorbatschow an die Macht kam und diese Politik umkehrte.

Im April dieses Jahres fuhren 500 amerikanische Geschäftsleute in die Sowjetunion, um für noch mehr Ost-West-Handel zu werben. Unterdessen haben westliche Militärs große Sorge darüber zum Ausdruck gebracht, ob verstärkter Handel mit den kommunistischen Ländern zu Technologie-Transfers führen wird, die die amerikanische nationale und europäische Sicherheit verletzen könnten.

Und Vertreter des amerikanischen Außenministeriums sagen voraus, daß die dramatischen Handelssteigerungen, die von den amerikanischen und westeuropäischen Aktionen erwartet werden, die ungeheueren Wirtschaftsprobleme der Sowjets erleichtern können, die das System des Kommunismus seit seiner Gründung in sich trägt. Ihre Schlußfolgerung ist es, daß die letztendlichen Auswirkungen dem Weltkommunismus nutzen und den internationalen Bankern ungeheuere Profite bringen werden. □

Japan

Großbanken bestimmen den Weltmarkt

Martin Burns

Europäer und Amerikaner wissen, daß japanische Hersteller große Teile des Weltmarktes in vielen Bereichen übernommen haben. Nissan, Toyota, Honda und Isuzu verkaufen Automobile; Sony und Hitachi produzieren Fernseher und andere elektronische Konsumgüter; Canon, Mita und die verrufene Toshiba liefern Kopiergeräte und vieles mehr; Epson verkauft Personal-Computer.

Und die Profite aus diesen Umsätzen kommen jetzt zurück, wenn die Japaner amerikanische Immobilien, Staatspapiere und Unternehmenspapiere und sogar ganze Banken aufkaufen. Es wurde viel Wirbel gemacht um die Kooperation zwischen Wirtschaft und Regierung in Japan und wie Japan seit dem Zweiten Weltkrieg eine protektionistische Politik verfolgt hat, während die internationalen Banker Amerika und den anderen westlichen Industriestaaten den ruinösen »Freihandel« aufgezwungen hat. Doch bis heute wird relativ wenig über die Rolle der japanischen Banken gesprochen, die jetzt auf der Liste der dreißig internationalen Megabanken die zehn ersten Plätze einnehmen.

Japans starke Währung

Sony, Toyota und Nissan sind im Westen vertraute Namen; die Dai-Ichi Kangyo-Bank, die Fuji Bank und Sumitomo Bank sind es nicht. Gemessen an ihren Vermögenswerten (Kreditplafonds) sind die größten Banken der Welt japanische Banken, auf der Position 11 ist die Deutsche Bank. Lediglich zwei US-Banken befinden sich unter den Top 30 – an 28. Position die Citibank und an Platz 29 die Bank of America. Und die Bank of America hat vor kurzem eine 540-Millionen-Dollar-Spritze japanischen Kapitals erhalten.



Japanische Waren überschwemmen die westlichen Länder. Durch eine geschickte Kalkulation können sie weltweit die Preise mit ihren Produkten unterbieten.

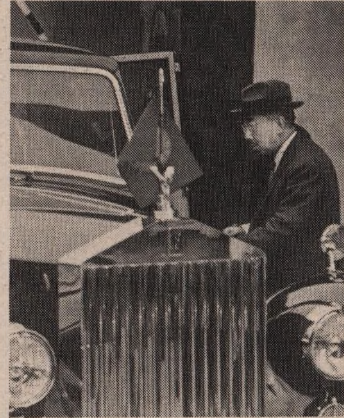
Ein großer Teil dieser dominierenden Stellung, die Japan jetzt auf dem Bankensektor einnimmt, ist das Ergebnis des starken Yen, die Währung, in der die japanischen Banken die meisten ihrer Kredite vergeben haben. Zu der Zeit, als dieser Artikel geschrieben wurde, gibt es für einen US-Dollar um die 120 Yen. Im Jahr 1982 war ein Dollar 250 Yen wert. Bezogen auf den Dollar hat sich der Wert der Kreditplafonds der japanischen Banken verdoppelt ohne daß auch nur ein einziger Yen »ins Dasein« geliehen wurde – obwohl viele Yen natürlich auf diese Weise geschaffen werden.

Die Dollar-Schwäche hat auch die relative Position der westdeutschen, britischen und anderer europäischen Banken im Verhältnis zu den amerikanischen Banken verbessert, was die weltweite Hackordnung angeht.

Zusätzlich zu einem starken Yen hat Japan auch hohe Handelsüberschüsse mit dem Rest der Welt. Solange diese Überschüsse mit einem starken Yen kombiniert sind, werden die japanischen Banken ihre dominierende Stellung weiterhin behalten. Doch ebenso wie amerikanische Banken Kräften unterworfen sind, die jenseits ihrer vollständigen Kontrolle liegen – obwohl man dies durchaus versucht, gilt das auch für Japans Banken.

Jahrelang eine gespaltete Preisstruktur

Zu diesem Druck gehören Währungsschwankungen – die sich jetzt zu ihrem Vorteil auswirken –, erhöhter Wettbewerb durch Wertpapierfirmen als Geldquelle für ihre traditionellen Kreditnehmer; das allgegenwärtige Risiko der Darlehensverluste, das zunehmen wird, in dem Maße wie diese Banken zunehmend außerhalb Japans aktiv sind; internationaler Druck zur Deregulierung der inländischen japanischen Finanzsysteme und Druck auf die japanischen Unternehmen – ihre wichtigsten Kunden – ihre Buchhaltungspraktiken zu ändern, so daß ihre Exporte in Übersee teurer werden.



Kaiser Hirohito ist Symbol für die japanische Tradition und für die Wirtschaftsmacht, die die US-Wirtschaft kontrolliert.

Japan hat jahrelang eine gespaltene Preisstruktur für seine Hersteller gehabt, bei der die im Inland verkauften Waren die Verbraucher viel mehr gekostet haben als ähnliche, exportierte Produkte. Dieser teure, geschützte Inlandsmarkt garantiert den japanischen Unternehmen ihren Gewinn und bedeutete, daß Japans Banken bei der Kreditvergabe an einheimische Hersteller kaum ein Risiko eingingen. Die Zinssätze waren weitaus niedriger als in den Vereinigten Staaten.

Die japanische Industrie schaute wie die amerikanische Industrie auf die Banken, die ihnen das Arbeitskapital und das Geld für die Modernisierung und die Expansion liefern sollten. Doch die Zinskosten waren niedriger und gaben ihnen somit einen Wettbewerbsvorteil.

Diese Praktik ist jetzt Angriffen ausgesetzt sowohl von seiten japanischer Handelspartner als auch der japanischen Verbraucher. Zunehmend wissen die japanischen Verbraucher, daß sie viel höhere Preise zahlen für die

in Japan hergestellten Produkte als die Ausländer. Japanische Besucher haben in Hawaii und Kalifornien täglich zweieinhalb bis dreimal so viel ausgegeben wie amerikanische Touristen. Sie geben nicht mehr aus für Hotels und Besichtigungen, da die meisten japanischen Touristen Pauschalreisen buchen sind solche Leistungen für sie durch die Gruppenreise sogar noch billiger.

Nein, sie kaufen japanische Kameras, Uhren, Videorecorder, Rechner und vieles andere mehr in den amerikanischen Kaufhäusern. Einige Japaner »sparen«, so viel bei ihren Einkaufsreisen nach Amerika, daß sie mit dem Eingesparten ihre Reisekosten einschließlich Flugkosten bezahlen können.

Die Überschußproduktion ist für den Export

Dies kam alles in äußerst peinlicher Weise im Februar 1988 ans Tageslicht, als japanische Läden anfingen, drahtlose Telefone von Panasonic zum Preis von 80 Dollar zu verkaufen anstatt des »normalen« japanischen Inlandpreises von 615 Dollar. Die Verbraucher freuten sich, doch nicht so sehr der Hersteller Matsushita Electric Co. Voller Panik »erklärte« Matsushita, diese Telefone seien für den »weniger anspruchsvollen« amerikanischen Markt hergestellt worden. Man schickte die Japaner, die bereits das Bargeld in der Hand hatten, nach Hause.

Tatsache ist, daß die Telefone für ihre japanischen Käufer perfekt funktionierten, obwohl sie für den Export bestimmt waren. Und diese Telefone waren tatsächlich exportiert und dann von einer japanischen Handelsfirma wieder re-importiert worden. Trotz der Versandkosten konnten die Einzelhändler sie mit Gewinn für weniger als einem Siebtel des Preises für vergleichbare Inlandsprodukte verkaufen.

Die japanischen Hersteller können aufgrund ihres gespaltenen Rechnungssystems im Ausland so viel billiger verkaufen. Die Waren, die auf dem Inlandsmarkt verkauft werden, haben Preise, mit denen fast 100 Prozent der allgemeinen Unkosten für die Entwicklung und Herstellung bereits wieder hereingeholt werden können. Damit bleiben lediglich noch die Frachtkosten, der Absatz und das Marketing in Übersee, die durch die völlig getrennten Kostenkriterien zu dekken sind, die für die Überschußproduktion gelten, die für den Export bestimmt ist.

Mit anderen Worten: Allgemeine Unkosten, Werkzeuge und Herstellungskosten werden vom japanischen Sektor getragen, was die Durchdringung der Exportmärkte auf Großhandelsbasis erlaubt sowie die Anhäufung großer Handelsüberschüsse. Die Deckung des größten Teils der allgemeinen Unkosten und anderer Betriebskosten aus dem Inlandsmarkt bedeutet, daß die Banken sicher sind, daß ihre Kredite bedient werden.

Inzwischen allerdings beginnt der Rest der Welt aufzuwachen und diese Praktiken zu erkennen. Die USA und andere Industrieländer verlangen von den japanischen Herstellern, daß diese ihre Realkosten und nicht nur ihre Mindestkosten bei der Preisfestsetzung ihrer Exportwaren voll berücksichtigen. Wenn dies in vollem Umfang und auf faire Weise geschehen würde, so müßten sich damit die Preise japanischer Waren im Ausland erhöhen und die Preise im Inland würden sinken.

Das würde automatisch zu einem reduzierten Cash-flow führen, da die Produkte der anderen Länder plötzlich wettbewerbsfähiger werden, und zwar sowohl im Inland als auch auf dem Weltmarkt. Damit würden sich die Zinssätze in Japan uneingeschränkt erhöhen, da die Kreditvergabe an die japanische Industrie nicht mehr länger der todsichere Geldmacher wäre, wie das zur Zeit der Fall ist.

Die Stärke der Banken

Die Banken Japans verdanken ihre dominierende Stellung auf der Welt noch anderen Dingen als einem starken Yen und dem kreativen Rechnungswesen ihrer größten Kreditnehmer, der japanischen Industrie. Die Banken expandieren über Japan hinaus in großem Rahmen. Die japanische Regierung steht hinter ihnen, sogar noch mehr als die amerikanische Regierung hinter den Megabanken der USA steht. Sie verfügen über einen Stamm an Einlegern – Normalbürger –, die weitaus sparsamer sind als der Durchschnittseuropäer oder Amerikaner.

Doch die japanischen Banken haben auch reale und potentielle Probleme. Sie sehen sich Maßnahmen zur Befreiung von einschränkenden Bestimmungen im Inland gegenüber und vielleicht sogar dem Wettbewerb aus dem Ausland auf eigenen Boden.

Die Stärke der japanischen Banken hängt von der Stärke des japanischen Aktienmarktes ab, auf dem derzeit mit Rekordwerten gehandelt wird und der sich von dem Crash am 19. Oktober 1987 vollständig erholt hat. Während es amerikanischen Banken verboten ist selbst Stammaktien zu halten – im Gegensatz zur Treuhandabteilung, die Aktien für ihre Kunden hält – sind japanische Banken auf dem Aktienmarkt ganz groß im Geschäft.

In der »Financial News Analysis« schreibt Dr. Edward T. Yorke: »Japanische Banken haben ein Drittel ihrer Vermögenswerte in Aktien angelegt. Sie kontrollieren praktisch die Aktivität an der Börse in Tokio.«

Es ist natürlich selbstverständlich, daß sie ein Interesse an einem gesunden Aktienmarkt haben. Doch kann sich dieser Haussemarkt an japanischen Aktien halten?

Ein Grund für die Stärke der japanischen Aktien sind die ungeheueren, versteckten Reserven japanischer Firmen im Vergleich zu der lähmenden Schuldenlast der amerikanischen Unternehmen, die zu einem nicht geringen Teil aus der gegenwärtigen Fusionsmanie an der Wall Street resultiert, die seit Oktober letzten Jahres unvermindert anhält.

Viele dieser japanischen Unternehmen verfügen über Reserven für Sonderinvestitionen, Reserven für Exportmarkt-Erschließung und Reserven für Versicherungen gegen Währungsschwankungen. Diese Reserven existieren zusätzlich zu großzügigen Reserven für Forschung und Entwicklung sowie für uneinbringliche Schulden. Diese Reserven drücken den ausgewiesenen Gewinn und führen zu hohen Preis-Rentabilitätsverhältnissen, über die in der Establishmentpresse viel geschrieben wird.

Dem Markt Stabilität verleihen

Es gibt in hohem Maße Überschneidungen im Eigentum von Aktien bei den großen japanischen Unternehmen, die der »Newsletter« von Sanwa Finanz in der Schweiz mit 50 Prozent einschätzt. Darin sind natürlich auch das eine Drittel Vermögenswerte enthalten, das die Banken an Aktien halten. In dem »Newsletter« heißt es weiter: »Durch den Erwerb bestimmter Aktien an der Börse in Tokio kauft der Käufer auch die Aktien dieses Unternehmens bei anderen Firmen.«

Das soll dem Markt Stabilität verleihen. Doch wie bei der Aufnahme von Fremdkapital bis zur oberen Verschuldungsgrenze kann das ein zweischneidiges Schwert sein. Sollte es zu einem ausgedehnten Abgleiten bei den japanischen Aktienwerten kommen, könnte sich das gut selbst halten und das Eigenkapital der Firmen und Banken könnte fallen. Das könnte wiederum für die Reserveposition der Banken besonders unheilvoll sein.

Damit sich ein Haussemarkt wie der anhaltende Haussemarkt an japanischen Aktien hält, sind zwei Dinge nötig: Jene, die bereit sind zu kaufen, und jene, die in der Lage sind zu kaufen. Bis zum 19. Oktober 1987 hatte der japanische Markt beides. Als die Käufer nicht mehr bereit waren, kamen jene, die in der Lage waren – die Banken und Maklerfirmen – auf Geheiß des Finanzministeriums zu Hilfe, um den Markt zu stützen.

Sie hatten Erfolg und dem Herausgeber des »World Money Analyst«, Mark Tier, zufolge, gab es einen Grund für das »Arm umdrehen« und dessen Erfolg: »Sie waren dabei den zweiten Stoß Aktien von NTT (Nippon Telephone) mit einem unglaublichen Preis-Rentabilitätsverhältnis auszugeben, was 250 Jahre gebraucht hätte, bis man sein Geld zurückbekam. Meine Meinung ist nun, daß diese Ausgabe zusammen mit der Unterstützung, die die japanischen Institute dem Aktienmarkt in Tokio gegeben haben im Grunde alles Geld aufgesaugt

Japan

Großbanken bestimmen den Weltmarkt

hat, das die japanischen Investoren übrighatten.

Natürlich waren die Ausländer die Hauptverkäufer; die Japaner die Käufer. Wenn es also das nächste Mal mit der Börse in Tokio bergab geht, werden nicht mehr viel Leute übrig sein mit Geld, die kaufen können.

Meiner Meinung nach leitet dieser Markt die nächste Etappe des Abstiegs auf den weltweiten Aktienmärkten ein.«

Doch die japanischen Banken haben mehr über das sie sich Sorgen zu machen haben als über ihr Aktienportefeuille. Gerade jetzt werden sie mit dem Wunder der »Befreiung von einschränkenden Bestimmungen« konfrontiert.

Unter dem Druck amerikanischer und europäischer Banken und Regierungen zur Öffnung ihrer Märkte für den Wettbewerb – so wie die amerikanischen und europäischen Märkte für japanische und andere ausländische Banken offen sind –, werden die japanischen Banken »gedrängt das in ein paar Jahren zu tun, was wir in zwei Jahrzehnten getan haben. Man verlangt von ihnen Dinge um so vieles schneller zu machen in einem System, was eigentlich in viel mehr Einzelabschnitte eingeteilt ist.« So Charles Lucas, Vizepräsident der Federal Reserve Bank von New York.

Weniger Banken sollen überleben

Diese Änderung soll wie in den Vereinigten Staaten zu weniger Banken und anderen Finanzinstituten führen, die überleben. Wenn der Yen stark bleibt, wird das nur die internationale Vorherrschaft der überlebenden japanischen Megabanken erhöhen.

Die amerikanischen Banken haben zu ihrem Schrecken festgestellt, daß Wachstum – zu schnelles Wachstum – gefährlich sein kann für ihre Gesundheit. Zweifelhafte Energie- und Hypothekenkredite, ganz zu schweigen von den Krediten an die dritte Welt, haben Banken in diesem Jahrzehnt in Rekordzahlen in die roten Zahlen gebracht und der wahre Zustand anderer Banken wird vor Einlegern und Aktienbesitzern verborgen gehalten.

Können sich japanische Banken den gleichen Problemen gegenübersehen?

»Moody's Investors Service« hat vor kurzem vier japanische Großbanken – die Bank von Tokio, die Long-term Credit Bank of Japan, Mitsubishi Trust und Banking Corporation und die Sanwa Bank Ltd. – herabgesetzt, von denen drei zu den 30 Spitzenbanken auf der Welt gehören. Moody's überprüft auch noch andere japanische Banken hinsichtlich einer eventuellen Herabstufung, so unter anderem die Dai-Ichi Kangyo Bank, die größte Bank der Welt.

Moody's Vizepräsident Donald Noe sagte gegenüber dem »Banker's Monthly Magazin«: »Wir sind besorgt darüber, daß die japanischen Banker plötzlich zu Risikoträgern werden.«

Die Regierung hilft immer wieder

Die Befreiung von einschränkenden Bestimmungen zwingt japanische Banken in neue Bereiche zu gehen wie Devisen-Swapgeschäfte, Terminhandel und Effektendifferenzgeschäfte.

»Sie wollen Geschäfte machen in Bereichen, in denen sie kaum Erfahrungen haben. Diese Aktivitäten erfordern Erfahrung und Zeit, bevor man sie von der Risikoseite her wirklich verstehen kann.«

In diesen Bereichen gibt es keinen Ersatz für Erfahrung. Keine noch so große Menge an Studium mit Hilfe hochbezahlter Berater kann hier die Erfahrung ersetzen.

Noe fügte hinzu: »Seit dem Jahr 1985 haben diese Banken zunehmend an Unternehmen Kredite vergeben, die dazu neigen, an der Börse in Tokio und auf dem Immobiliensektor hohe Investitionen zu tätigen.« Gekoppelt mit ihren eigenen Investitionen auf dem Aktienmarkt könnte ein Baissemarkt an Aktien die größten japanischen Banken zerstören, selbst wenn ihre Kreditnehmer alle ihre Zinszahlungen einhalten würden.

Wie steht es mit der Möglichkeit eines Zusammenbruchs der Immobilienpreise? Japanische Immobilien – im Geschäfts- und im Privatsektor – sind die teuersten auf der Welt. Das Zentrum von Manhattan und Beverly Hills sind spottbillig im Vergleich zu Tokio und Osaka. Das ist ein Grund dafür, warum mit japanischem Geld so viele amerikanische Hotels und Bürohäuser gekauft werden. Eine Korrektur hier würde den Banken schaden.

Die japanische Regierung unterstützt alle ihre Banken, nicht nur die großen. Im Jahr 1986 kam die kleine Heiwa Sogo Bank wegen falschen Managements in Schwierigkeiten. Die Citibank, die in Japan auch existiert, wollte mit der Heiwa Sogo fusionieren, um Zugang zum japanischen Inlandsmarkt zu bekommen. Doch das Finanzministerium überredete die Sumimoto-Bank dazu helfend einzuspringen.

Noe sagt: »Die größte Stärke der japanischen Banken besteht in der vollen staatlichen Unterstützung, die sie alle genießen.«

H. Clifton Whiteman, eine Führungskraft im New Yorker Büro der Bank of Tokyo, meint: »Die meisten – wenn nicht gar alle – großen Banken halten jeglichem Druck einfach deshalb stand, weil sie soviel Unterstützung von der japanischen Regierung bekommen.«

Japanische Banken auf dem US-Markt

Viele ausländische Banken, so unter anderem auch praktisch jede große japanische Bank, ist in den Vereinigten Staaten vorhanden. Einige von ihnen stellen kaum mehr als eine Vertretung dar mit normalerweise lediglich einer Handvoll Angestellten der mittleren Ebene und Abteilungsleiter, deren Aufgabe es ist, ihren Kreditnehmern zu Diensten zu sein, die in die Vereinigten Staaten exportieren oder aus den Vereinigten Staaten nach Japan importieren.

Andere wiederum sind weitaus ehrgeiziger. Barclay's, der britische Bankenriese, verfügt über ein ganzes Bankennetz sowohl in New York als auch in Kalifornien. Japanische Banken verstärken ihre Präsenz in den Vereinigten Staaten immer stärker. Worauf deutet das hin?

Ein Punkt könnte ein von den Japanern angeführter Vorstoß in Richtung automatischer, scheckloser und bargeldloser Bankgeschäfte sein, wogegen sich amerikanische Firmen und Verbraucher bisher gewehrt haben. Das ist eindeutig das Ziel, was die Dai-Ichi Kangyo, die größte Bank Japans und die größte der Welt, vorhat.

Dai-Ichi arbeitet jetzt in New York mit Vermögenswerten von über 24 Milliarden Dollar. Sie vergibt Kredite an japanische und amerikanische, multinationale Unternehmen, tätigt auch einige unumschränkte Kreditvergaben und beteiligt sich sogar an kommunalen Finanzierungen in den USA. Doch sie verfügt noch nicht über ein Bankennetz in den USA.

Der Grund dafür liegt dem Generalmanager von Dai-Ichi in New York, Yuko Ona, zufolge in Amerikas »steinzeitlichen Bankmethoden«, wie er dem »Banker's Monthly« gegenüber äußerte. Bei dem Vergleich amerikanischer und japanischer Bankenpraxis meinte er:

»Wir sind im Bankenwesen von der Steinzeit direkt in das Automatisierungszeitalter übergegangen. Wir haben nicht in der Eiszeit haltgemacht. Wir haben die Notwendigkeit für Schecks und Scheckbearbeitung beseitigt. Sämtliche Gehälter in Japan werden automatisch auf persönliche Konten eingezahlt. Sie werden nicht mit Schecks ausgezahlt. Das gleiche gilt für die Bezahlung von Benzin-, Auto- und Stromrechnungen und selbst Mieten, wenn es der Kontoinhaber verlangt. Damit werden unnötige Arbeitskräfte und Scheckbearbeitungskosten eingespart und da unsere Computer so gefeilt sind, machen wir keine Fehler.«

Am stärksten unter den japanischen Banken ist die Fuji

Bank, Japans zweitgrößte Bank, in den USA vertreten. Die New Yorker Tochtergesellschaft, Fuji Bank and Trust Corporation, ist anders als die größere Dai-Ichi Kangyo im Bankeneinzelhandel tätig. Doch diese Aktivität wird durch die Heller Financial Inc., die der Fuji Bank gehört, eingeschränkt.

Fuji kaufte die in Schwierigkeiten steckende Walter E. Heller Company im Jahr 1984 für 425 Millionen Dollar und investierte in der Folge weitere 725 Millionen Dollar in die Tochtergesellschaft in Amerika, was eine Gesamtinvestition von 1,15 Milliarden Dollar ergab. Diese Firma, die sich auf die Kreditvergabe an den »mittleren Markt« – mittelgroße und kleinere Unternehmen – in Amerika spezialisiert hat, verschaffte der Fuji den unmittelbaren Zugang zu diesem Teil des amerikanischen Marktes auf einer Stufe, die andere japanische Banken nicht aufweisen konnten.

Fuji reduzierte die 70 Büros von Heller auf 40 und hat schließlich damit begonnen, Gewinne zu machen. Doch die gesamte Tochtergesellschaft wird mit amerikanischem Personal von Amerikanern geleitet; das obere Management von Fuji ist sich darüber im klaren, daß sie selbst diesen Markt nicht kennen.

Zusätzlich zu der Bedienung der Märkte, die auch die Dai-Ichi Kangyo bedient, vergeben andere japanische Banken Immobilienkredite an ausgewählte geographische Gebiete in den Vereinigten Staaten, engagieren sich in Transaktionen auf dem Geld- und Devisenmarkt und allen möglichen Arten anderer Praktiken, die japanische Banken in Japan bisher zu Hause nicht tun durften. Doch angesichts der bevorstehenden Befreiung von einschränkenden Bestimmungen zu Hause spielen Japans Banken mit Finanzexperimenten in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern herum.

Japan beherrscht das Weltbankensystem

Wenn das zwischenstaatliche Bankenwesen in den Vereinigten Staaten im Jahr 1991 schließlich Realität werden wird, wird die Bank of Tokyo, Japans neuntgrößte Bank, gut plaziert sein, um daraus einen Nutzen zu ziehen. Ihr gehören 75 Prozent der California First – ehemals die California First Bank – mit sitz in San Francisco mit sechs Milliarden Dollar Kapital. Die California First verfügt auch über 135 Zweigstellen in Kalifornien und es gibt sie auch in Seattle, Portland, New York und Chicago.

Es ist klar, daß sich die japanischen Banken für einen Angriff auf das Bankenwesen in den Vereinigten Staaten rüsten. Ihre wichtigsten Kunden, Sony, Toyota, Nissan und Hitachi machen ihr Geld alle mit dem Umsatz auf amerikanischen Märkten, warum können dann also japanische Banken keine Gewinne machen, indem sie Geld ins Dasein verleihen? Sie sind ganz sicher der Meinung, daß sie das können.

Selbst mit einem starken Yen und durch den Export geförderten Wohlstand ist das Bruttosozialprodukt in Japan nur etwa halb so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Wieso beherrschen die japanischen Großbanken also das Weltbankensystem derart?

Einfach weil die japanische Bankentradition über ein Bankensystem verfügt, das sich über das ganze Land hinweg erstreckt, während das in Amerika nur über den einzelnen Staat hinweg geht. Und in den Vereinigten Staaten müssen die Banken mit den Spar- und Darlehensinstituten, Kreditgenossenschaften und den Geldmarktkonten, die von Maklerhäusern angeboten werden, um Einleger und Kreditnehmer konkurrieren.

Es heißt, japanische Investoren – und dazu gehören ganz eindeutig auch die japanischen Banken – operieren mit einer langen Sicht. Dazu gehört es Höchstpreise für Spitzenwerte auf der ganzen Welt zu zahlen und geduldig darauf zu warten, daß sie Gewinne bringen.

Doch das könnte sich unter dem internationalen Druck alles ändern. Im April 1986 drängte der Maekawa-Report, der unter der Anleitung eines ehemaligen Chefs der Bank of Japan – dem japanischen Äquivalent des Federal Reserve Systems – geschrieben worden war, die Japaner beim Geschäftemachen eine amerikanischere oder europäischere Haltung einzunehmen.

Insbesondere ging es darum, die Arbeitszeiten zu reduzieren, bezahlten Urlaub zu gewähren, die Arbeitszeit pro Jahr mit der der westlichen Industrieländer in Einklang zu bringen und bald die Fünf-Tage-Woche zu realisieren.

Der Druck auf Japan ist real

Trotz der Tatsache, daß die japanische Bevölkerung länger und härter arbeitet sowie mehr spart als das amerikanische Volk, fragt man sich, ob dieser Trend anhalten wird. Japan ermutigt offiziell seine Bürger im Urlaub ins Ausland zu reisen, einen Teil seiner peinlich hohen Handelsüberschüsse wieder in Umlauf zu bringen.

Wenn die Japaner dann sehen, um wie vieles weniger die Dinge im Ausland kosten – einschließlich japanischer Waren, die exportiert werden –, könnte es dann nicht sein, daß sie mehr Freizeit und niedrigere Preise für die Waren im Inland fordern?

Der Druck auf Japan ist real. Wir berichteten über das Treffen der Trilateralen Kommission in Tokio. Genauso wie diese Trilateralen ihre eigenen Pläne für die Vereinigten Staaten haben, haben sie auch Pläne für Japan. Flora Lewis von der »New York Times«, die nur das veröffentlicht, was erlaubt wird – zumindest was die Trilaterale Kommission angeht – schrieb:

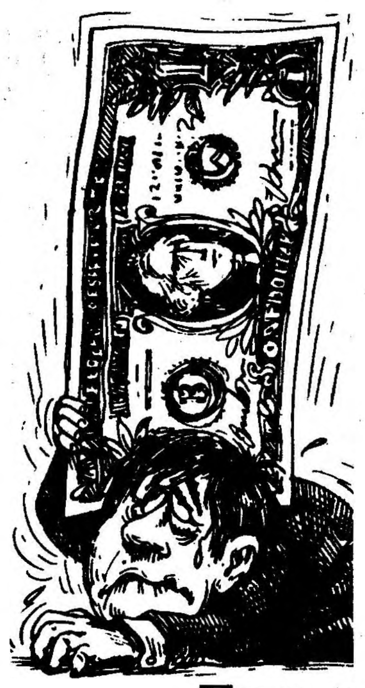
»Japans Haltung hinsichtlich der Übernahme der Verantwortung für seine ins Schwanken geratene wirtschaftliche Stärke scheint sich zu wandeln. Der Premierminister, der Außenminister und der Finanzminister bestätigten alle die Notwendigkeit der Welt gegenüber einen ›angemessenen Beitrag‹ zu leisten, als sie vor kurzem vor Mitglieder der Trilateralen Kommission sprachen. Die führenden Politiker und jene, die die Entscheidungen treffen, haben jetzt den richtigen Ton erwischt. Die Frage ist nun, wie gut das Land nach der neuen Melodie laufen wird. Japan, das sich noch nie großartig um weniger Begüterte jenseits seiner Grenzen gekümmert hat, hat ein umfangreiches Auslandshilfeprogramm in Gang gesetzt. Es übertrifft jetzt sogar die US-Hilfe an die Philippinen. Zum ersten Mal sind Länder in Lateinamerika und Afrika die Hauptempfänger.

Tokio plant einen großen Beitrag für die Rücksiedlung und den Wiederaufbau in Afghanistan. Es ist eine neue Vorstellung für die Japaner, daß es in ihrem Interesse liegt, ihren Reichtum auszuteilen, um den Frieden und die Wirtschaftsstabilität auf der Welt zu fördern.«

Die Japaner werden also zusammen mit den Amerikanern in Anspruch genommen, um den internationalen Banken zu helfen. Wenn es stimmt, daß geteiltes Leid halbes Leid ist, dann werden wir eins sein mit den Japanern. Doch das hilft dem arbeitenden Volk nicht.

Es ist schlimm genug, daß japanische und andere Importe so viele amerikanische und europäische Erzeugnisse verdrängt haben, aber brauchen wir die japanischen Banken wirklich?

Oder ist es Japan inzwischen total gelungen, die amerikanische Wirtschaft zu kontrollieren. An welcher Stelle könnte eine solche Kontrolle besser beginnen als beim Bankensystem. □



Europa-Journal

Bedrohung durch intensive Landwirtschaft

Baden in Nord- und Ostsee oder der nördlichen Adria ist schon längst kein reines Vergnügen mehr. Durch eine Vielzahl chemischer Stoffe werden die Meere zunehmend durchseucht. Der erhöhte Phosphat- und Nitratgehalt führt zu einer unnatürlichen Vermehrung der Algen, die eine ernste Bedrohung jedweder Form von Leben darstellen. Umweltkatastrophen – wie in jüngster Zeit die Algenpest vor der dänischen und deutschen Küste – können sich daher jederzeit wiederholen.

Einen Teil der Schuld an dieser Misere trägt auch die europäische Landwirtschaft mit ihren modernen Anbaumethoden. Der Einsatz von chemischen und organischen Düngemitteln hat zwar zu erheblichen Ertragssteigerungen geführt. Die Kehrseite der Medaille ist jedoch eine ständig steigende Belastung unserer natürlichen Lebensräume durch die übermäßige und zuweilen unsachgemäße Verwendung von Düngemitteln und Pestiziden.

Die Folgen des Raubbaus lassen sich am ehesten an der sich rapide verschlechternden Qualität unserer Süßwasserreservoire (Flüsse, Talsperren, Grundwasser) ablesen. Erschwerend hinzu treten eine Reihe weiterer Faktoren wie Abholzen und unsachgemäße Aufforstung von Waldgebieten, Trockenlegung von Sumpfgebieten, Zerstörung von Heckenlandschaften, Übersäuerung der Böden durch massiven Einsatz von chemischen Düngemitteln und Bodenerosion infolge intensiver Landwirtschaft. Die bei intensiver Tierhaltung sowie bei der Felderdüngung auftretender Ammoniakemission belastet zusätzlich die Luft.

Die EG-Kommission in Brüssel hat aus diesem Grund eine stärkere Einbeziehung ökologischer Gesichtspunkte in die Agrarpolitik gefordert. Bis zum Jahresende will die Kommission deshalb einen Vorschlag ausarbeiten, der die Ausdehnung der Richtlinie über die Einschätzung der Folgen bestimmter öffentlicher und privater Vorhaben für die Umwelt auf landwirtschaftliche Projekte vorsieht. Dies würde eine bessere Kontrolle über die zu erwartenden Eingriffe in den Wasserhaushalt durch Flurbereinigung oder Straßenbauvorhaben ermöglichen.

Ebenfalls bis Ende 1988 will Brüssel Maßnahmen für die Produktion und Kommerzialisierung von Produkten aus alternativem Anbau vorschlagen. Zum Schutz der natürlichen Lebensräume und insbesondere der fließenden Gewässer befürwortet die Kommission die Einrichtung ökologischer Nischen in Gebieten mit intensiver Landwirtschaft. Ferner spricht sie sich für eine rigorose Einschränkung der Pestizide aus. Dies ist nicht nur wegen der erwiesenen negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und Umwelt erforderlich, sondern auch wegen der noch nicht absehbaren langfristigen Schäden.

Eine strengere Überwachung strebt die Kommission auch für intensive Zucht- und Abbaumethoden an. In besonders gefährdeten Gebieten soll künftig die Einrichtung neuer und die Ausweitung bestehender großer Tierhaltungsbetriebe erst nach eingehender Prüfung der möglichen Auswirkungen auf die Umwelt genehmigt werden.

Schließlich befürwortet die Kommission eine stärkere Förderung der alternativen Landwirtschaft. Auch in diesem Bereich fordert sie jedoch Kontrollen, um einen Mißbrauch des Markenzeichens »biologischer Anbau« zu verhindern. □

Ausländerzahl auf dem Höchststand

Im ersten Halbjahr 1988 ist die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik um zwei Prozent oder 87 000 auf den neuen Höchststand von 4,717 Millionen gestiegen. Gegenüber Ende Juni 1987, als 4,535 Millionen registriert wurden, beträgt die Zunahme 182 000 Personen oder vier Prozent, teilte das Statistische Bundesamt mit. Eine ähnlich hohe Zahl gab es schon einmal: Von 1979 an stieg sie auf 4,667 Ende September 1982, dann ging sie bis Ende September 1984 auf 4,364 Millionen zurück.

Die stärksten Gruppen stellen 1,5 Millionen (32 Prozent) Türken, 603 000 (13 Prozent) Jugoslawen, 548 000 (zwölf Prozent) Italiener, 287 000 (sechs Prozent) Griechen und 178 000 (vier Prozent) Österreicher. □

Neue Tötungspille RU 486

Als eine Gefahr hat der internationale »Pro-Life-Kongreß« das Abtreibungsmittel RU 486 bezeichnet. Die Substanz dieses Mittels des französischen Konzerns »Roussel Uclaf« sei in der Lage, einen Embryo »hormonell auszutrocknen« und trotz Schwangerschaft eine Blutung der Frau herbeizuführen. Nach Angaben des Herstellers können damit bis zu achtzig Prozent der chirurgischen Abtreibungen vermieden werden.

Noch ist das Mittel in keinem europäischen Land zugelassen. In einer Resolution forderten die Teilnehmer des Kongresses, die aus den Vereinigten Staaten, Kanada und Europa kamen, Politiker und den Konzern selbst auf, eine Weiterentwicklung nicht zu fördern. Das Mittel mache den Embryo zur Fäkalie. □

New Age und Johannes Paul II.

Im Jahre 1875 gründete die Russin Blavatsky die »Theosophische Gesellschaft«, die vor dem Ersten Weltkrieg mehrere Jahre der Gründer der Anthroposophie, Rudolf Steiner, als Generalsekretär ideologisch inspirierte. Die dritte Präsidentin war die bereits 1949 verstorbene Alice Bailey, die behauptete, ihre niedergeschriebenen Texte inspiriert bekommen zu haben – von einer »Hierarchie der Meister«, um den Plan eines »neuen Zeitalters«, eben das »New Age« zu realisieren.

Dieser Plan und die Ideen haben in den letzten Jahren in den USA und in Europa einen ungeheuren Zulauf erhalten, da in ihnen rationale mit irrationalen, ja sogar satanischen Momenten vermischt sind. Die Literatur, die sich mit dem Thema »New Age« befaßt – die propagandistische und auch die kritisch warnende – hat in den letzten Jahren einen ungeheuren Aufschwung erlebt.

Im letzten Jahr ist nun ein Buch von Günther Schiwy mit dem Titel »Der Geist des neuen Zeitalters. New-Age-Spiritualität und Christentum« erschienen, das sich eingehend mit Teilhard de Chardin beschäftigt. Der Autor versucht nachzuweisen, daß die New-Age-Ideologie nur eine Variante der Enzyklika Johannes Paul II: »Dominum et vivificantam« (über den Heiligen Geist) vom 18. Mai 1986 sei und daß diese Enzyklika auf dem Gedankengut von New Age fuße.

Schiwy legt deshalb nahe, daß Christen und New-Age-Anhänger sich untereinander verständigen und voneinander lernen sollten. Gemeinsame Basis sei Teilhard de Chardin, der nicht zufällig von den Ideologen der New-Age-Bewegung als einer der ihren vereinnahmt worden sei. □

New-Age und Aids

»Wir müssen unsere halbherzige Einstellung dem Leben und der Liebe gegenüber verwandeln in Ganz-Herzigkeit, um die erkrankte Liebe zu heilen. Das ist die Botschaft von Aids«, lehrt der New-Age-Psychotherapeut Willfried Gürtler. Bei Vorträgen verbreitet er auch diese Mitteilung über Aids: »In einer Reinkarnationssitzung haben wir diese Botschaft erhalten, daß Aids-Viren bereits zur Zeit der Inkas ähnliche Krankheitsphänomene auslösten wie heute.«

Und: »In Wirklichkeit aber sterben die Leute nicht am Aids-Virus selbst, sondern an dem Glauben daran. Es kommt also darauf an, eine Therapie einzusetzen, die den Patienten wie eine Gehirnwäsche umkrempelt, die seine Krankheit umformt in Bewußtsein.«

Gürtlers Therapie besteht unter anderem aus einem »Überle-

benstanz« und »Trance-Reisen in mittelalterliche Inkarnationen«. □

Kritik an der Reformdebatte des § 218

Auf der Jahrestagung der »Juristenvereinigung Lebensrecht« in Köln, der namhafte Juristen angehören, überraschte Professor Spaemann, Dozent für Philosophie an der Universität München, mit der Feststellung, die Diskussion um die Abtreibung sei eigentlich beendet. Die Argumentationsschwäche der Befürworter sei notorisch dünn. Die sogenannte Reformdebatte des Paragraphen 218 sei mit bewußten Falschinformationen gesteuert worden, die Zahl der Abtreibungen habe sich nach der sogenannten Reform des Paragraphen 218 drastisch erhöht und die bewußtseinsbildende Kraft des Strafrechtes sei verlorengegangen, das heißt, Abtreibung wird nicht mehr als Straftat bewertet.

Spaemann bewertete die soziale Indikation als Bankrotterklärung des Sozialstaates. Wenn die sozialen Verhältnisse im Einzelfall so schwierig sein sollten, daß das Kind nicht bei den Eltern aufwachsen könne, dann sei eine staatliche Adoptionsgarantie als Lösungsweg einzuschlagen und nicht eine staatliche Tötungserlaubnis anzubieten.

Spaemann kritisierte auch das Verhalten der sogenannten »kirchlichen Beratungsstellen«. Die sogenannte kirchliche Schwangerenberatung im Sinne des Strafgesetzbuches versuche zwar in dem amoralischen Tötungssystem zu retten, was zu retten ist, trage aber durch die Mitwirkung am »Bescheinigungsverfahren« zur Legitimation dieses Systems bei.

Spaemann zog einen hypothetischen Vergleich: Könne man sich vorstellen, daß es eine kirchliche Mitwirkung an einer »Euthanasieregelung« gäbe, in der Beratungsbescheinigungen ausgestellt würden, die zum hunderttausendfachen Tod alter und kranker Menschen führten? Spaemann empfahl eine »begrenzte Konfliktstrategie, die Beratung ohne Ausstellung des Beratungsscheines durchführen und gegen die Krankenkassenfinanzierung vorzugehen. □

Der Feminismus der Rita Süssmuth

»Ich möchte eine Lanze für die feministische Theologie brechen.« Mit diesen Worten leitete die CDU-Familienministerin Rita Süssmuth kürzlich in einer Zeitschrift ihren Kommentar ein. Feministische Theologie sei »ein Dienst an allen«, vornehmlich »ein Dienst von Frauen für Frauen«. Außerdem sorge sie für eine »gerechte Sprache in der Kirche«.

Damit greift die Bundesfamilienministerin in ein Wespennest. In einem sind sich die verschiedenen Strömungen feministischer Theologie einig. Sie lehnen das »patriarchale Gottesbild« ab: »Freiheit für Frauen könne es nur geben, wenn Gott-Vater zu einer Metapher unter vielen verblaßt«, wenn der »alte Gott stirbt«. Gesprochen wird von »Gott-Mutter, Tochter, Heilige Geistin oder von Jesa Christa«.

Ist das gemeint, wenn Frau Süssmuth von einer »gerechten Sprache in der Kirche« fabuliert? Eine feministische Alternative für den Gott der Väter ist die Anbetung weiblicher Göttinnen. Ob Isis, Astrate, Jörd oder Hera – alle sind recht.

»Das Demeterlein zieht bei mir ein«, schreibt Ursa Krattinger. Sie nimmt eines Tages »wortlos das Kruzifix aus dem Sterbezimmer meiner Mutter« und erklärt glücklich: »Einzug hat bei mir die große Göttin gehalten, die große Mutter, der Schoß aller Dinge.«

Hat Frau Süssmuth daran gedacht, als sie die These »damit gelingt es feministische Theologie, Ökumene zu schaffen, nicht nur zwischen den Konfessionen, sondern auch zwischen den Kulturen« formulierte?

Einige Vertreterinnen feministischer Theologie knüpfen bewußt an die Tradition der Hexen an. In einem 1981 von der Evangelischen Akademie Bad Boll herausgegebenen »Werkstattbuch« findet sich eine »Schwestern-Hexegese«. Auszug: »Wieso brauchen die Männer eigentlich Blut aus der Kreuzeswunde und nicht das Blut, das Frauen ständig vergießen?«

Mary Daly geht noch einen Schritt weiter und nennt das Abendmahl »verkappten Vampirismus« und den christlichen Kelch »Mittelpunkt eines kanibalistischen aasfressenden Rituals«.

Katholische Kirche verteidigt Beratungsstellen

Die sogenannten »Beratungsstellen«, die von den deutschen »Bischöfen« unterstützt werden, sind beschuldigt worden, an der schließlich erfolgten Abtreibung Mitschuld im rechtlichen Sinne zu tragen, da das Ausstellen des Beratungsscheins Teil der Maßnahme ist, die schließlich das Abtreiben selbst »legalisiert«. Neben dem Bundesarbeitsminister Blüm und dem CDU-Generalsekretär Geißler, die die derzeitige Rechtslage des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch beibehalten, beziehungsweise die Finanzierung durch die Krankenkassen gesichert sehen wollen, hat sich für die Beibehaltung der sogenannten katholischen Beratungsstellen nun auch das katholische Zentralkomitee eingesetzt: »Der kirchlichen Beratungsarbeit im Zusammenhang mit Paragraph 218 des Strafgesetzbuches liegen gründlich durchdachte und verantwortlich formulierte Entscheidungen unserer Bischöfe zugrunde.« □

Katholiken greifen EG-Binnenmarkt an

Italiens führende römisch-katholische Tageszeitung »Avvenire« hat eine harte Attacke gegen die Maßnahmen für ein »Einziges Europa 1992« veröffentlicht, die von der Bürokratie der Europäischen Gemeinschaft (EG) unter dem Stichwort »Europäischer Binnenmarkt« geplant worden sind. Diesen Maßnahmen zufolge werden alle Grenzkontrollen für Menschen und Waren fallengelassen, offenbar um Europa in wirtschaftlicher Hinsicht zu einem Nachbild der Vereinigten Staaten von Amerika zu machen.

Doch so schreibt die italienische Zeitung »Avvenire«, »das vereinigte Europa, das geschaffen wird, ist nicht – zumindest bis jetzt nicht – das der Völker, der Geschichte und Kultur der Gemeinschaft, sondern das der Finanziers, die in einem engen Kreis die Entscheidungen als Oligarchen treffen«.

»Avvenire« berichtet, in Moskau sei vor kurzem das Handelabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem sowjetischen Comecon-Block abgeschlossen worden, das man in jahrelangen Geheimverhandlungen vorbereitet hatte.

Der britische Banker James Goldsmith wird in der italienischen Zeitung in diesem Zusammenhang mit den Worten zitiert, der Zweck sei, Westeuropa in ein sowjetisches Protektorat zu verwandeln, und das, so »Avvenire«, ist der Grund dafür, warum die Oligarchen es so eilig mit dem europäischen Binnenmarkt haben.

Es ist auch der Grund dafür, daß die Internationalisten eine europäische Zentralbank schaffen möchten. »Die Europäische Bank soll nach dem Modell des amerikanischen Federal Reserve Systems geschaffen werden, einem öffentlichen Organ, das aber von einer handvoll privaten Bankern kontrolliert wird.«

Die Trilaterale Kommission inszenierte dieses Modell europäischer Integration auf der Grundlage strategischer Pläne von Zbigniew Brzezinski, die im Jahr 1984 in der Zeitschrift »Foreign Affairs« veröffentlicht wurden und denen zufolge West- und Osteuropa »integriert« und die US-Truppen vom europäischen Kontinent abgezogen werden sollen.

»Was vor unseren Augen passiert, wird präsentiert als die ›Wiedervereinigung‹, als die Schaffung eines ›unabhängigen Europas auf der Grundlage seiner eigenen Identität‹. Jetzt wissen wir, wo diese Slogans herkommen, nämlich aus Moskau«, schlußfolgert »Avvenire«. □

Religion

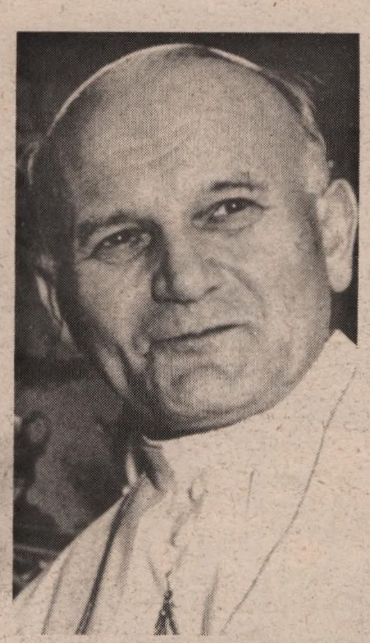
Gespräch mit Erzbischof Marcel Lefebvre

Erzbischof Marcel Lefebvre aus Frankreich hat vor kurzem Schlagzeilen gemacht, als er von Papst Johannes Paul II. aus der römisch-katholischen Kirche exkommuniziert wurde, weil er entgegen der Anordnung von Rom Bischöfe geweiht hat. Während viel über den umstrittenen Geistlichen geschrieben worden ist, hat man doch sehr wenig direkt von ihm gehört. Folglich sind viele Menschen verwirrt darüber, um was es in seiner sogenannten Rebellion geht und von welchen Motiven er gelenkt wird.

Das folgende Interview mit dem Erzbischof Marcel Lefebvre sollte im Jahr 1978 in einer führenden katholischen Zeitschrift in Amerika veröffentlicht werden. Die amerikanische Konferenz der katholischen Bischöfe drohte dem Verleger jedoch mit der Exkommunikation und ordnete das praktische Verbot der Zeitschrift selbst an, falls das Interview gebracht werden würde. Die Bischöfe verfügten sogar, daß keine katholische Zeitschrift ein Interview mit Lefebvre machen dürfe.

CODE tritt nicht für oder gegen die doktrinären Positionen von Lefebvre ein. Wir bringen das Interview lediglich, damit dieser Mann für sich selbst sprechen kann. Wir finden, daß seine Aussagen, die vor zehn Jahren gemacht wurden, im Licht gegenwärtiger Ereignisse äußerst zeitgemäß sind.

Die Welt selbst finden wir in einem Stadium nahe dem Zusammenbruch und die katholische Kirche, eine Institution, die einst von Freunden und Feinden gleichermaßen als beständig angesehen wurde, ist jetzt geschüttelt von Elementen moralischer Relativität, Homosexualität und großer Unsicherheit. Lefebvre soll kürzlich gesagt haben: »Sie (die Kirche) haben den Modernismus, den Kommunismus und den Zionismus gutgeheißen.« Im folgenden Interview spricht Lefebvre sich gegen diesen Trend aus.



Papst Johannes Paul II. hat Lefebvre wegen seiner Kritik an den illuministischen und freimaurerischen Tendenzen des Vatikans exkommuniziert.

Sie haben an den Debatten und Diskussionen des zweiten Vatikanischen Konzils teilgenommen?

Lefebvre: Ja.

Haben Sie mit den Resolutionen dieses Konzils nicht übereingestimmt und sie doch mit unterzeichnet?

Lefebvre: Nein. Zunächst einmal habe ich nicht alle Dokumente des zweiten Vatikanischen Konzils unterzeichnet wegen der letzten zwei Beschlüsse. Den ersten über »Religion und Freiheit« habe ich nicht unterzeichnet. Den anderen über »Die Kirche in der modernen Welt« habe ich auch nicht unterzeichnet. Der letztere ist meiner Meinung nach am meisten in Richtung Modernismus und Liberalismus orientiert.

Sind Sie amtlich aufgefallen, weil Sie nicht nur die Dokumente nicht unterzeichnet haben, sondern auch weil Sie sich öffentlich dagegen aussprechen?

Lefebvre: Ja. In einem Buch, das ich in Frankreich veröffentlicht habe, beschuldige ich den Rat, mit diesen Resolutionen Fehler begangen zu haben, und ich habe alle Dokumente angegeben, mit denen ich die Position des Rats angreife – im wesentlichen die zwei Resolutionen über die Themen »Religion und Freiheit« und »Die Kirche in der modernen Welt«.

Auf dem Weg der Freimaurer

Warum waren Sie gegen diese Erlasse?

Lefebvre: Weil diese zwei Resolutionen von einer liberalen Ideologie inspiriert sind, die uns von früheren Päpsten hingestellt worden ist, das heißt, eine religiöse Einstellung, wie sie von den Freimaurern, den Humanisten, den Modernisten und den Liberalen verstanden und unterstützt worden ist.

Warum sind Sie dagegen?

Lefebvre: Diese Ideologie sagt, daß alle Kulturen gleich sind, alle Religionen gleich sind, daß es nicht nur einen einzigen wahren Glauben gibt. All dies führt zum Mißbrauch und zur Perversion der Gedankenfreiheit. All diese Perversionen der Freiheit, die in den ganzen Jahrhunderten von allen Päpsten verurteilt worden sind, sind jetzt vom zweiten Vatikanischen Konzil akzeptiert worden.

Wer hat diese speziellen Resolutionen auf die Tagesordnung gesetzt?

Lefebvre: Ich denke, es war eine Reihe von Kardinälen, unterstützt durch theologische Experten, die mit liberalen Ideen übereingestimmt haben.

Wer zum Beispiel?

Lefebvre: Kardinal Augustine Bea (ein deutscher Jesuit), Kardinal Leo Suenens aus Belgien, Kardinal Joseph Frings aus Deutschland, Kardinal Franz König aus Österreich. Diese Personen hatten diese Resolutionen bereits vor dem Konzil zusammengetragen und diskutiert und es war ihr exaktes Ziel, einen Kompromiß mit der säkularen Welt einzugehen, um illuministische und modernistische Ideen in die Kirchendoktrinen einzuführen.

Haben Sie Papst Paul VI. von Ihrer Sorge und Angst über diese Resolution wissen lassen?

Lefebvre: Ich habe mit dem Papst gesprochen. Ich habe mit dem Konzil gesprochen. Ich habe drei öffentliche Interventionen gemacht, zwei davon sind beim Sekretariat registriert. Es gab also fünf Interventionen gegen diese Resolutionen des zweiten Vatikanischen Konzils.

Die Opposition gegen diese Resolutionen war sogar so groß, daß der Papst versuchte, eine Kommission einzuberufen mit dem Ziel, die opponierenden Parteien innerhalb des Konzils in Einklang zu bringen. Sie sollte drei Mitglieder haben, von denen ich eines war.

Als die liberalen Kardinäle erfuhren, daß mein Name im Zusammenhang mit der Kommission auftrat, gingen sie zum Heiligen Vater (dem Papst) und sagten ihm frei heraus, daß sie diese Kommission nicht akzeptieren und daß sie meine Gegenwart in dieser Kommission nicht akzeptieren würden. Der Druck auf den Papst war so groß, daß er den Gedanken aufgab.

Ich habe alles getan, was ich konnte, um diese Resolutionen zu stoppen, von denen ich der Meinung bin, daß sie dem katholischen Glauben widersprechen

und destruktiv für ihn sind. Das Konzil wurde rechtmäßig einberufen, doch sein Zweck war es, alle diese Ideen durchzusetzen.

Sind Sie von anderen Kardinälen unterstützt worden?

Lefebvre: Ja. Da waren Kardinal Ernesto Ruffini von Palermo, Kardinal Giuseppe Siri von Genua und Kardinal Antonio Caggiano aus Buenos Aires.

Haben irgendwelche Bischöfe Sie unterstützt?

Lefebvre: Es gab über 250 Bischöfe. Sie hatten sich sogar zu einer Gruppe zusammengeschlossen, um den wahren katholischen Glauben zu verteidigen.

Was ist mit all diesen Anhängern passiert?

Lefebvre: Einige von ihnen sind tot; einige sind auf der ganzen Welt zerstreut. Viele unterstützen mich noch immer in ihrem Herzen, doch sie haben Angst, die Position zu verlieren, die ihnen zu einem späteren Zeitpunkt vielleicht nützlich sein mag.

Unterstützt Sie heute (im Jahr 1978) irgend jemand?

Lefebvre: Ja. Zum Beispiel Bischof Pintinello aus Italien; Bischof Castro de Mayer aus Brasilien. Viele andere Bischöfe und Kardinäle kontaktieren mich oft, um ihre Unterstützung zum Ausdruck zu bringen, doch sie möchten zu diesem Zeitpunkt anonym bleiben.

Blinder Gehorsam ohne wahren Glauben

Was ist mit jenen Bischöfen, die keine Liberalen sind, aber dennoch gegen Sie sind und Sie kritisieren?

Lefebvre: Ihre Opposition basiert auf einem falschen Verständnis von Gehorsam gegenüber dem Papst. Es ist vielleicht ein gutgemeinter Gehorsam, der zurückgeführt werden könnte auf den Gehorsam des letzten Jahrhunderts, der in jenen Tagen eine gute Sache war, weil die Päpste gut waren. Heute ist es dagegen ein blinder Gehorsam, der wenig zu tun hat mit einer Praxis und Akzeptierung des wahren katholischen Glaubens.

In diesem Stadium ist es wichtig, alle Katholiken auf der ganzen Welt daran zu erinnern, daß Gehorsam gegenüber dem Papst nicht eine primäre Tugend ist.

Die Hierarchie der Tugenden beginnt mit den drei theologischen Tugenden Glaube, Hoffnung und Nächstenliebe, gefolgt von den vier Kardinaltugenden Gerechtigkeit, Enthaltsamkeit, Klugheit und Seelenstärke. Gehorsam ist abgeleitet aus der Kardinalstugend Gerechtigkeit. Sie rangiert also bei weitem nicht als erste in der Hierarchie der Tugenden.

Bestimmte Bischöfe möchten nicht im geringsten den Eindruck vermitteln, daß sie in Opposition zum Heiligen Vater stehen. Ich verstehe, wie sie fühlen. Es ist offensichtlich sehr unerfreulich, wenn nicht sehr schmerzhaft.

Mir gefällt es sicher nicht, in Opposition zum Heiligen Vater zu stehen, doch ich habe keine Wahl angesichts dessen, was zur Zeit von Rom zu uns kommt und was in Opposition steht zur katholischen Doktrin und für die Katholiken unakzeptabel ist.

Meinen Sie, daß der Heilige Vater diese Ideen akzeptiert?

Lefebvre: Ja. Das tut er. Doch nicht nur der Heilige Vater. Es ist ein ganzer Trend. Ich habe Ihnen einige Kardinäle genannt, die in diese Ideen verwickelt sind. Vor über einem Jahrhundert bereiteten sich Geheimgesellschaften, Illuminaten, Humanisten, Modernisten und andere, von denen wir jetzt alle Texte und Beweise haben, für ein vatikanisches Konzil vor, in das sie ihre eigenen Ideen für eine humanistische Kirche einfließen lassen wollten.

Meinen Sie, daß einige Kardinäle Mitglieder solcher Geheimgesellschaften gewesen sein könnten?



Der verfemte Erzbischof Marcel Lefebvre aus Frankreich weiht vier Bischöfe in einer Zeremonie in Econe. Diese Handlung war der offizielle Anlaß für die Exkommunikation.

Religion

Gespräch mit Erzbischof Marcel Lefebvre

Lefebvre: Es ist in diesem Stadium nicht sehr wichtig, ob sie es sind oder nicht. Was sehr wichtig und schwerwiegend ist, ist die Tatsache, daß sie auf jeden Fall handeln, als wären sie Agenten oder Diener humanistischer Geheimgesellschaften.

Der Papst ist ein Liberaler

Meinen Sie, daß diese Kardinäle solche Ideen absichtlich aufgegriffen haben, oder haben Sie die falschen Informationen bekommen und wurden Sie getäuscht oder ist es eine Kombination von allem?

Lefebvre: Ich denke, daß humanistische und liberale Ideen im ganzen 19. und 20. Jahrhundert verbreitet waren. Diese säkularen Ideen verbreiteten sich überall, bei den Regierenden und Kirchen gleichermaßen. Diese Ideen verbreiteten sich in den Priesterseminaren und innerhalb der ganzen Kirche. Und heute wacht die Kirche auf und findet sich selbst in einer liberalen Zwangsjacke.

Deshalb trifft man auf liberale Einflüsse, die in den letzten zwei Jahrhunderten innerhalb der Kirche alle Ebenen des säkularen Lebens durchdrungen haben. Das zweite Vatikanische Konzil wurde von Liberalen inszeniert; es war ein liberales Konzil. Der Papst ist ein Liberaler und jene, die ihn umgeben, sind Liberale.

Meinen Sie der Papst ist ein Liberaler, obwohl er selbst nie erklärt hat, ein Liberaler zu sein?

Lefebvre: Der Papst hat niemals geleugnet, ein Liberaler zu sein.

Wann hat der Papst Hinweise dafür gegeben, liberal zu sein?

Lefebvre: Der Papst hat bei vielen Gelegenheiten gesagt, daß er für modernistische Ideen ist, für einen Kompromiß mit der Welt. In seinen eigenen Worten war es nötig, »eine Brücke zwischen der Kirche und der säkularen Welt zu schlagen«.

Der Papst hat gesagt, daß es nötig sei, humanistische Ideen zu akzeptieren, daß es nötig sei, solche Ideen zu diskutieren; da es nötig sei, Dialoge zu haben. In diesem Stadium ist es wichtig zu sagen, daß Dialoge im Gegensatz zu den Doktrinen des katholischen Glaubens stehen. Dialoge verlangen das Zusammenkommen von zwei gleichen und einander entgegengesetzten Seiten; deshalb könnte ein Dialog in keinster Weise mit dem katholischen Glauben etwas zu tun haben.

Wir glauben und akzeptieren unseren Glauben als den einzig wahren Glauben auf der Welt. All diese Verwirrung endet in Kompromissen, die die Doktrinen der Kirche zerstören, zum Unglück der Menschheit und der Kirche gleichermaßen. Modernistische Ideen sind überall seit langem durchgedrungen, und das ist für die Kirche nicht gut gewesen.

Die Idee, daß alle Wahrheiten gleich sind, alle Religionen die gleichen sind und folglich alle Moral die gleiche ist, daß jedermanns Gewissen gleich ist, daß jeder in theologischer Hinsicht entscheiden kann, was er tun kann – dies sind wirklich humanistische Ideen –, die Idee totaler Freiheit mit keiner Gedankendisziplin führt zu der Position, daß jeder tun kann, was er will. All das steht unserem katholischen Glauben total entgegen.

Sie treffen Gott nicht mehr in den Kirchen

Sie haben gesagt, die meisten dieser theologischen Berater und Experten geben nur vor, die Mehrheit des Volkes zu repräsentieren, daß in Wirklichkeit die Leute nicht wirklich von diesen liberalen Theologen repräsentiert werden. Könnten Sie das näher erläutern?

Lefebvre: Mit »Mehrheit des Volkes« meine ich alle Menschen, die ehrlich ihr Brot verdienen. Ich meine die Menschen auf dem Land, die Menschen mit gesundem Menschenverstand, die in Kontakt sind mit der realen Welt, der dauerhaften Welt. Dies ist die Mehrheit der Leute, die Traditionen und Ordnung dem Chaos vorziehen.

Es gibt eine Bewegung all dieser Menschen auf der ganzen Welt, die langsam zusammenwachsen in totaler Opposition gegen alle Veränderungen, die in ihrem Namen, die mit ihrer Religion gemacht worden sind.

Diese Menschen mit gutem Willen und gesundem Menschenverstand sind von diesen dramatischen Veränderungen traumatisiert worden, daß sie jetzt nur noch widerwillig bei der Kirche bleiben. Wenn sie in eine modernistische Kirche gehen, finden sie nichts Heiliges mehr, den mystischen Charakter der Kirche, alles, was wirklich göttlich ist.

Was zu Gott führt, ist göttlich, und sie treffen Gott nicht mehr in diesen Kirchen. Warum sollten sie an einen Ort kommen, wo es Gott nicht mehr gibt?

Die Menschen erkennen dies sehr gut und die liberalen Kardinäle und ihre Berater haben die Loyalität der Mehrheit gegenüber ihrem wahren Glauben ernstlich unterschätzt. Wie sonst können Sie erklären, daß alle von überall her hereinkommen, sobald wir eine traditionelle Kirche oder Kapelle aufmachen? Die Leute haben nur noch Platz zum Stehen.

Diejenigen, die die Messe halten, sind täglich unterwegs, den Gläubigen zu begegnen. Warum? Weil sie wieder finden, was sie brauchen: das Heilige, das Mystische, die Achtung vor dem Heiligen.

Zum Beispiel können Sie am Flughafen verschiedene Menschen sehen, die nicht kamen, um mich zu sehen, als ich zu den Priestern kam, die aber da waren, um meine Hände zu schütteln – völlig fremde Menschen? Warum? Weil Menschen, die einen Priester sehen, einen wirklichen Priester, einen Priester, der sich wie ein Priester verhält, der sich wie ein Priester kleidet, von ihm angezogen werden und ihm folgen.

Dies passiert in Europa und überall auf der Welt. Die Leute auf der Straße kommen her und grüßen einen Priester; sie kommen, um ihm einfach so zu gratulieren und ihm zu sagen, wie froh sie sind, einen wirklichen Priester zu sehen, um ihm zu sagen, wie froh sie sind, daß es noch einige Priester gibt.

Wichtig für die Einheit der Kirche

Meinen Sie, daß Kleidung und Gewohnheiten bei den Eigenschaften eines Priesters eine Rolle spielen?

Lefebvre: Gewohnheiten und Kleidung sind natürlich nur ein Symbol, doch die Menschen werden von dem angezogen, was dieses Symbol repräsentiert, nicht von dem Symbol selbst natürlich.

Die Anhänger von Ihnen bestehen auf der Beibehaltung der sogenannten Tridentiner Messe. Das war die Messe und das dazugehörige Ritual, die nach dem Trienter Konzil folgte und die von Papst St. Pius V. im Jahr 1570 als permanent und unwiderruflich verkündet wurde. Das war die Messe, die die Römisch-Katholischen mit der lateinischen Liturgie 400 Jahre lang kannten, bis der Gottesdienst nach dem zweiten Vatikanischen Konzil umgeschrieben wurde. Warum geben Sie den Ritualen der Tridentiner Messe eine so große Bedeutung?

Lefebvre: Wir bestehen auf Ritualen sicherlich nicht einfach um der Rituale willen, sondern einfach als ein Symbol unseres Glaubens. In diesem Zusammenhang glauben wir, daß sie wichtig sind. Es ist jedoch die Substanz und nicht die Rituale der Tridentiner Messe, die abgeschafft worden sind.

Könnten Sie sich etwas genauer ausdrücken?

Lefebvre: Die neuen Einleitungsgebete drücken nicht den katholischen Begriff des Opfers aus. Sie bringen lediglich die Vorstellung des Zusichnehmens von Brot und Wein zum Ausdruck.

Warum geben Sie der lateinischen Messe offenbar so viel Bedeutung und nicht so sehr der vom zweiten Vatikanischen Konzil gutgeheißenen einheimischen Messe?

Lefebvre: Erstens ist die Frage der lateinischen Messe unter bestimmten Umständen eine zweit-

rangige Frage. Doch unter einem anderen Aspekt ist es eine sehr wichtige Frage. Sie ist wichtig, weil es eine Art ist, das Wort unseres Glaubens, das katholische Dogma und die Doktrinen festzumachen. Es ist eine Art, unseren Glauben nicht zu ändern, denn in den Übersetzungen dieser lateinischen Worte wird die Wahrheit unseres Glaubens nicht so genau wiedergegeben, wie sie im Lateinischen ausgedrückt und verkörpert ist.

Es ist tatsächlich sehr gefährlich, weil man nach und nach den Glauben selbst verlieren kann. Diese Übersetzungen geben nicht die genauen Worte der Weihe wieder. Diese Worte sind bei der einheimischen Messe geändert. Latein ist auch wichtig, um die Einheit der Kirche zu erhalten, denn wenn man reist – und die Menschen reisen heutzutage immer mehr ins Ausland –, ist es wichtig für sie, daß sie die gleichen Verse von einem Priester hören wie zu Hause, egal ob sie nun in den Vereinigten Staaten, in Südamerika, in Europa oder in irgendeinem Teil der Welt sind. Sie sind in jeder Kirche zu Hause. Es ist ihre katholische Messe, die abgehalten wird. Sie haben die lateinischen Worte seit ihrer Kindheit gehört, ihre Eltern vor ihnen und ihre Großeltern davor. Es ist ein Kennzeichen ihres Glaubens.

Wenn sie jetzt dann in eine Kirche im Ausland gehen, verstehen sie kein Wort. Ausländer, die hierher kommen, verstehen kein Wort. Was bringt es, eine Messe auf Englisch, Italienisch oder Spanisch zu besuchen, wenn niemand ein Wort versteht?

Humanistische Befehle statt Glauben

Aber würden nicht die meisten dieser Menschen Latein noch weniger verstehen? Wo ist da der Unterschied?

Lefebvre: Der Unterschied besteht darin, daß das Latein der katholischen Messe seit der Kindheit immer in der religiösen Unterweisung gelehrt worden ist. Es ist die ganzen Generationen hindurch gelehrt worden – es ist nicht so schwer zu behalten.

Latein ist eine exakte Ausdrucksweise, die Generationen von Katholiken vertraut gewesen ist. Immer wenn man in einer anderen Kirche auf Latein trifft, so schafft das sofort die richtige Atmosphäre für die Anbetung Gottes. Es ist die spezielle Sprache des katholischen Glaubens, die alle Katholiken auf der ganzen Welt vereint, unabhängig von ihrer eigenen Landessprache.

Sie sind nicht verwirrt oder verblüfft. Sie sagen: Das ist meine Messe, es ist die Messe meiner Eltern, es ist die Messe, an die man sich halten kann, es ist die Messe unseres Herrn Jesus Christus. Vom Gesichtspunkt der Einheit aus ist es deshalb eine sehr wichtige symbolische Verbindung; es ist ein Zeichen der Identität für alle Katholiken.

Doch so wie die alten Bischöfe den Päpsten ihrer Zeit gehorchten, sollten Sie nicht dem Papst Ihrer Zeit gehorchen?

Lefebvre: Die Bischöfe müssen nicht den humanistischen Befehlen gehorchen, die im Widerspruch stehen zu dem katholischen Glauben und der Doktrin, wie sie von Jesus Christus und den verschiedenen Päpsten in den Jahrhunderten aufgestellt worden ist.

Sie gehorchen also dem gegenwärtigen Papst absichtlich nicht?

Lefebvre: Es war eine schmerzliche Entscheidung, bei der ich sehr in mich gegangen bin. Denn die Ereignisse haben einen tatsächlich vor die Wahl gestellt, wem man nicht gehorchen und wem man eher gehorchen sollte. Ich treffe diese Entscheidung ohne Zweifeln und Zögern. Ich habe mich entschieden, dem gegenwärtigen Papst nicht zu gehorchen, um in Einklang zu sein mit 262 früheren Päpsten.

Wie haben diese Kämpfe die Priesterschaft beeinflußt?

Lefebvre: Die heutigen Priesterseminare lehren überhaupt nichts darüber, wie man Priester wird. Sie lehren liberale Psychologie, Soziologie, Humanismus, Modernismus und viele andere Wissenschaften und Halbwissenschaften, die entweder im Gegensatz stehen zur katholischen Doktrin oder überhaupt nichts mit der Kirchenlehre zu tun haben oder mit dem, was ein Priester wissen sollte. Was die katholischen Lehren angeht, so werden diese in den heutigen Priesterseminaren kaum gelehrt.

Fühlen Sie sich allein und isoliert?

Lefebvre: Wie kann ich mich allein fühlen, wenn ich mit 262 Päpsten und dem gesamten katholischen Glauben in Einklang bin. Wenn Sie meinen, allein unter anderen Bischöfen, so ist die Antwort nein. Es vergeht kaum ein Tag, an dem ich nicht eine Kommunikation von einigen Bischöfen, einigen Priestern, einigen Laien aus den verschiedenen Teilen der Erde erhalte, die ihre Unterstützung und Ermunterung zum Ausdruck bringen.

Entfernt Sie Ihre Haltung mehr von anderen christlichen Konfessionen?

Lefebvre: Überhaupt nicht. Erst vor fünf Tagen haben mich einige Oberhäupter der orthodoxen Kirche besucht, um mir ihre Unterstützung für unsere Haltung zum Ausdruck zu bringen.

Warum sollten sie ihre Unterstützung zum Ausdruck bringen, wenn Sie sagen, daß Sie im Recht sind und die anderen im Unrecht?

Lefebvre: Sie unterstützen mich genau deshalb, weil mein Standpunkt eindeutig ist. Viele andere christliche Konfessionen haben Rom immer als einen stabilen Anker in einer tumultreichen Welt angesehen. Egal, was passierte, Rom war immer da, ewig und unverändert. Diese Gegenwart hat ihnen Trost und Zuversicht gegeben.

Noch überraschender sind die islamischen Führer, die mich zu meinem Standpunkt sehr beglückwünscht haben, obwohl sie wissen, daß ich ihre Religion nicht akzeptiere.

Würde die christliche Nächstenliebe nicht versuchen, die Verfestigung von Differenzen und Trennungen zu vermeiden, welche beseitigt werden könnten?

Lefebvre: Differenzen und Trennungen sind Teil dieser Welt. Die Einheit der Kirche kann nur erreicht werden durch beispielhaftes und unentwegtes Engagement gegenüber unserem katholischen Glauben. Nächstenliebe beginnt mit Loyalität zu unserem Glauben.

Was bringt Sie dazu zu glauben, daß viele Orthodoxe, Protestanten oder Moslems Sie unterstützen?

Lefebvre: Abgesehen von dem direkten, häufigen Kontakt mit mir hat es beispielsweise eine umfangreiche Umfrage von einer angesehenen Zeitung in Paris gegeben, die Mitglieder dieser verschiedenen Konfessionen befragte. Das Ergebnis war, daß sie unseren Glauben bei weitem nicht für offensiv oder bedrohlich für ihre Religionen halten, sie bewunderten den eindeutigen Standpunkt, den wir einnehmen. Auf der anderen Seite zeigen sie ihre totale Verachtung gegenüber all denjenigen, die versuchten, aus unserem Glauben ebenso wie aus ihrer Religion einen Mischmasch zu machen.

Hat der Papst nicht eine Versöhnung mit Ihnen angeboten? Haben Sie diese Einladung zur Versöhnung angenommen?

Lefebvre: Ich bat im vergangenen August um eine Audienz beim Papst. Der Papst lehnte ab, es sei denn, ich würde eine Erklärung unterzeichnen, in der ich alle Beschlüsse des zweiten Vatikanischen Konzils bedingungslos akzeptieren würde. Ich würde sehr gern mit dem Papst sprechen, aber ich kann keine Beschlüsse unterzeichnen, die den Weg für die Zerstörung der Kirche bilden.

Wie können Sie der Kirche gegenüber loyal und dem Papst gegenüber ungehorsam sein?

Lefebvre: Man muß die Bedeutung von Ungehorsam verstehen und muß unterscheiden zwischen blindem Gehorsam und der Tugend von Gehorsam. Kritikloser Gehorsam ist tatsächlich eine Sünde gegen die Tugend Gehorsam.

Wenn wir also ungehorsam sind, um die Tugend Gehorsam zu praktizieren, und uns nicht den gesetzeswidrigen Anweisungen unterwerfen, die im Gegensatz zu den moralischen Lehren des Katholizismus stehen, dann braucht man lediglich katholische Theologiebücher zu Rate zu ziehen, um zu erkennen, daß wir nicht gegen die Tugend Gehorsam sündigen. □

Baltikum

Erinnerung an Stalins Terror

Mike Blair

In Demonstrationen, die gekennzeichnet sind von äußerster Courage und Zähigkeit, sind Hunderttausende der versklavten Menschen in den sowjetisch besetzten Staaten des Baltikums, Litauen, Lettland und Estland, auf die Straße gegangen. Ihre Absicht ist es, Freiheit für das Baltikum zu fordern und den stark bewaffneten Truppen und Panzern der Sowjetunion in aller Öffentlichkeit die Stirn zu bieten.

Berichten zufolge, die von baltischen Untergrundorganisationen und sie unterstützende Organisationen in den Vereinigten Staaten verbreitet werden, sind die anti-sowjetischen Demonstrationen groß und lautstark in ihrem Protest gegen die illegale Annektierung der baltischen Staaten durch die Sowjetunion. In Massendemonstrationen wird der zwangsweisen Deportation von mindestens 650 000 Landsleuten in den vierziger Jahren nach Sibirien gedacht, wo sie zu Sklaven der Kommunisten wurden. Von den meisten hat man nie wieder etwas gehört.

Die Rache der Sowjets ist brutal

Trotz Glasnost, der von den Kreml-Bossen unter Generalsekretär Michail Gorbatschow proklamierten angeblichen »neuen Öffnung«, sind die Marxisten, die das sowjetische Sklavenimperium regieren, die Antwort auf die Frage nach dem Schicksal der 650 000 Menschen noch schuldig.

Alle drei Staaten des Baltikums wurden von den Sowjets im Jahr 1940 überfallen und als Teil der Sowjetunion annektiert.

Die Bevölkerung der drei Länder kämpfte mit der deutschen Wehrmacht, die die verhaßten Sowjets im Jahr 1941 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges aus ihrer Heimat vertrieb und Stalin und seine Truppen fast bis vor die Toren Moskaus zurücktrieb. Die deutsche Wehrmacht und ihre Verbündeten wurden schließlich jedoch von den Sowjets geschlagen – in hohem Maße dank der Milliarden an amerikanischer Pacht- und Leihhilfe – und die Staaten des Baltikums wurden erneut von den Kommunisten besetzt. Die Rache der Sowjets für das Verlangen der Bewohner des Baltikums nach Freiheit war brutal.

Zusätzlich zu 10 000 Esten, die am 14. Juni 1941 nach Sibirien deportiert wurden, schickten die Sowjets kurz vor der Befreiung Estlands durch die Deutschen weitere 60 000 – vorwiegend Frauen und Kinder – in Güterzügen zur Sklavenarbeit nach Sibirien.

Estland ist das kleinste der drei Länder des Baltikums mit einer Größe von nur 45 100 Quadratkilometern und einer Bevölkerungszahl von 1 474 000. Und dennoch demonstrierten in den letzten Monaten Zehntausende von Esten in der Hauptstadt Tallinn (Reval) und in anderen Städten im ganzen Land gegen die Sowjets.

Zum Gedenken an die Deportierten

Leider sind die Aussichten auf Unabhängigkeit für Estland in naher Zukunft äußerst düster. Moskau hält das an Agrar- und Molkereierzeugnisse reiche Land fest im Griff. Vor dem Zweiten Weltkrieg waren fast 90 Prozent der Bevölkerung Esten. Die von den Sowjets geförderte russische Bevölkerung der Region hat diese Zahl in den letzten Jahren auf 68 Prozent reduziert.

Aufgrund hochwertiger Ölschiefervorkommen im Nordosten der einstmals freien Republik erfolgt die Lieferung von Erdgas in viele Städte der Sowjetunion, unter anderem Leningrad. Durch riesige Torfmoore wird in hohem Maße Strom für die übrige Sowjetunion erzeugt.

Demonstranten marschierten in der letzten Zeit auch durch Litauens Hauptstadt Riga und legten im Gedenken an die Deportierten dieses Landes Blumen nieder. Die Sowjets geben heute zu, daß nach »strengen Prozessen« in den Jahren 1941 und 1949 über 31 000 Menschen in entfernte Gebiete der Sowjetunion gebracht worden sind.

Die westlichen Schätzungen der Anzahl deportierter litauischer Bürger, die unter sowjetischer Herrschaft von der Zeit an, als Stalin in den Ländern des Baltikums die Macht übernahm, bis etwa zum Jahr 1950 verschleppt wurden, liegen bei 320 000. Es gab von 1940 bis 1941, von 1945 bis 1946 und im Jahr 1949 mindestens drei Wellen von Deportationen, in denen 210 000 Menschen weggebracht wurden. Die Zahl 210 000 wird von verschiedenen Experten der osteuropäischen Geschichte als vorsichtig bezeichnet.

Zu den Demonstranten heute gehören »viele alte Menschen, die die schlimme Stalinzeit noch mitgemacht haben«, so heißt es in einem Bericht.

Die Sowjets scheinen die Demonstrationen in Litauen zu dulden und größeren »inoffiziellen« Demonstrationen vorzubeugen. Dennoch meinten Exilgruppen im Westen, daß mindestens 10 000 Menschen an diesen Protesten teilgenommen haben und die dabei in Kauf nehmen, daß sie sich unter ständiger Überwachung durch den sowjetischen KGB, der Geheimpolizei, befinden.

Litauen hat eine Bevölkerung von 2 538 000 Menschen und eine Größe von 65 200 Quadratkilometern. Als ein sogenannter Gliedstaat der Sowjetunion wurde Litauen von einer überwiegenden Agrargesellschaft in ein Industriezentrum verwandelt. Im Jahr 1939 kamen noch zwei litauische Bauern auf einen Stadtbewohner. Heute ist das Verhältnis umgekehrt.

Die schwarzen Tage des Juni 1941

Sowjetische Behörden haben eine Versammlung von 3000 Menschen in der litauischen Hauptstadt Vilnius im Mai dieses Jahres zerschlagen, die zusammengekommen waren, um dem 40. Jahrestag einer Deportation von 20 000 Litauer durch Stalin im Mai 1948 zu gedenken. Davor hatte Stalin vom 14. bis 22. Juni 1941 die Deportation von 36 000 Litauer angeordnet.

In den Demonstrationen vom 14. Juni dieses Jahres wurde der Deportationen vom Juni 1941 als der »ersten Welle des stalinistischen Terrors« gedacht. Am Abend dieses 14. Juni 1941 begannen die Sowjets ein massives Deportationsprogramm mit Verhaftungen von Einzelpersonen und ganzen Familien mitten in der Nacht und deren Verladung in Güterwagen zum Abtransport nach Nordrußland, Sibirien, Kasachstan und den fernen Osten der Sowjetunion.

Augenzeugenberichten zufolge starben Tausende Deportierter auf dem Weg ins Exil oder später dann nach ihrer Ankunft infolge der Kälte, des Hungers, Überfüllung der Waggons, Krankheit und anderer Mißstände.

An jedem 14. Juni seit den Deportationen haben Gedenkgottesdienste in der litauischen Diaspora weltweit das Gedenken an den Tag, der als der »schwarze Tag im Juni« bezeichnet wird, aufrechterhalten.

Seit dem Jahr 1982 hat der amerikanische Kongreß Resolutionen verabschiedet, die den 14. Juni zum »Baltischen Freiheitstag« machen. Die Sowjets haben den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan dafür angegriffen, daß er den »Baltischen Freiheitstag« erklärt hat und behaupten, seine Berater »hätten ihm offenbar nicht erklärt, daß Litauen, Lettland und Estland ein unveräußerlicher Teil der Sowjetunion aus eigenem, freiem Willen seien und keine unterjochte Bevölkerung«, wie es von der kalifornischen Ranch des amerikanischen Präsidenten aus erscheinen mag. □

Abrüstung

Kommunisten reden nur vom Frieden

Mike Blair

Sowjetführer behaupten, sie stimmen US-Präsident Ronald Reagan zu, daß ein Atomkrieg »undenkbar« sei und nicht gewonnen werden kann. Doch sie bereiten eifrig eine streng geheime Untergrundabwehr vor, die es ihnen ermöglicht, gerade einen solchen Krieg zu überleben und zu gewinnen.

Die Spitze dieses Eisbergs, diese massiven sowjetischen Vorbereitungen, kam jetzt in dem vom amerikanischen Verteidigungsministerium veröffentlichten Bericht mit dem Titel »Sowjetische Militärmacht« zum Vorschein. Der Umfang des geheimen Aufbaus dieser sowjetischen Militärstrategie ist weitaus ernster als die Warnungen, die dann und wann an die Öffentlichkeit bisher gedrungen sind.

Im Widerspruch zu sowjetischen Beteuerungen

Während die Sowjets von Frieden reden und die USA zu angeblichen Verträgen über gegenseitige atomare Abrüstung überreden, wie der vor kurzem vom US-Senat ratifizierte Vertrag über atomare Mittelstreckenwaffen (INF), bauen die Herren des Kremls einen riesigen Komplex von Tunneln, Bunkern und geheimen Untergrundstraßen unter ihre wichtigsten Städte, um sich selbst im Falle eines Atomkriegs zu schützen.

Selbst solche »Gemäßigten« in der Reagan-Regierung wie US-Verteidigungsminister Frank C. Carlucci sind besorgt: »Für diese Schutzräume kann es nur einen Zweck geben, der Sowjetführung die Möglichkeit zu geben, einen sich hinziehenden Atomkrieg auszutragen. Diese Einrichtungen in Stahl und Beton stehen im Widerspruch zu den sowjetischen Beteuerungen, daß sie Präsident Reagans Absicht teilen würden, daß ein Atomkrieg niemals gewonnen werden könne und nie stattfinden dürfe.«

»Diese tiefen Untergrundeinrichtungen liegen heute in manchen Fällen Hunderte von Metern tief und können Tausende von Menschen aufnehmen«, heißt es in dem Bericht des US-Verteidigungsministeriums. »Die Geheimhaltung des Programms und die Unsicherheit über das Ausmaß und die Art dieser Einrichtungen sind die Hauptursachen für eine Besorgnis.«

In dem Bericht heißt es weiter, daß diese Komplexe unter einer Vielzahl von sowjetischen Großstädten errichtet worden sind. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums sagte, die Arbeit an diesen Schutzräumen, die vor 40 Jahren in der Stalin-Ära begonnen haben, würde bis zum heutigen Tag fortgesetzt.

»Erst vor kurzem konnten wir das ungeheuere Ausmaß dieses Programms, Hunderte von Metern tief mit Straßen unter mehreren Städten, analysieren«, sagte Carlucci. »Das ist also das erste Mal, daß wir in der Lage gewesen sind, es in allen Einzelheiten zu beschreiben.«

Unterirdisch vom Kreml zum Flughafen

»Die Untergrundeinrichtungen tief unter der Stadt Moskau sind direkt verbunden mit den Hauptzentren der Staatsmacht«, heißt es in dem Bericht. »Sie geben den Führern der verschiedensten Organe der Staatskontrolle die Gelegenheit, von ihren Büros, in denen sie sich in Friedenszeiten aufhalten, über verborgene Eingänge in die Schutzräume unter der Stadt zu gelangen.«

In dem Bericht wird auch behauptet, daß die Einrichtungen unter der Stadt Moskau mit anderen Zentren außerhalb der Stadt verbunden sind, »wo Sowjetführer planen, atomare Angriffe zu überleben und die Kriegsbemühungen zu lenken«.

Eine »geheime Untergrundstraße« führt vom Kreml direkt südwestlich zum Flughafen Vnukovo, heißt es in dem Bericht.

Die Bunker sind so gut ausgestattet, »daß sie viele Monate lang nach einem atomaren Angriff die Durchführung unabhängiger Operationen ermöglichen«, heißt es weiter in dem Dokument über die sowjetische Militärmacht.

Experten erläuterten, daß die Untergrundeinrichtungen von Stalin im Zweiten Weltkrieg begonnen wurden, als deutsche Streitkräfte in der Sowjetunion bis vor die Tore Moskaus kamen.

Viktor Suworow, einem hochrangigen GRU-Offizier (sowjetischer militärischer Geheimdienst), zufolge, der in den Westen übergelaufen ist, befindet sich im Zentrum Moskaus ein scheinbar endloses, leeres Feld, bekannt unter dem Namen Khodinka oder »zentrales Flugfeld«. Suworow zufolge ist das Feld durch eine Untergrundstraße mit dem Kreml verbunden.

Vor dem Zweiten Weltkrieg wurden viele großräumige unterirdische Gänge für die Moskauer Metro-Stationen gebaut und die Feierlichkeiten zum Jahrestag der bolschewistischen Revolution am 6. November 1941 fanden in der Metrostation Mayakoskiy statt, die zu dem Flugfeld führt.

»Jeder der geladenen Gäste mußte die Station von oben erreichen, weil die Linie geschlossen war«, erklärte Suworow. »Sobald alle da waren, traf ein Metro-Sonderzug ein mit Stalin, dem sowjetischen Außenminister Molotow und dem Chef der Geheimpolizei Beria.«

»Sie kamen von der Metrostation am Swerdlow-Platz. Um diese zu erreichen, verlassen die Sowjetführer den Kreml natürlich nicht. Sie haben ihre eigenen Geheimausgänge.«

Oberste Heeresführung in einem Steinblock

Die oberste Heeresführung der UdSSR befindet sich in Zhiguli, einer Untergrundstadt, die aus einem einzigen 80 Kilometer langen und 40 Kilometer breiten Granitblock an der Wolga, 50 Meilen westlich von Kuybishew und 475 Meilen östlich von Moskau gelegen, erbaut werden soll.

Geologen behaupten, Zhiguli sei ein einziger Steinblock, der an den Enden leicht abbröckelt, doch sonst sein Gewicht von Millionen von Tonnen beibehält.

»In Zhiguli wurden kilometerlange Tunnel gebaut, Hunderte von Metern tief in den Granitblock hinein. Ebenso Kommandoposten, Kommunikationszentren, Läden und Schutzräume wurden errichtet für jene, die die gigantische Armeen in einem Krieg kontrollieren werden«, sagte Suworow.

»In Friedenszeiten darf kein Flugzeug über dieses Gebiet fliegen«, fuhr er fort. »Nicht einmal der freundlichste Ausländer darf das Gebiet um Zhiguli betreten, das von einem Corps der nationalen Verteidigungsstreitkräfte und einer Abteilung des KGB beschützt wird. In der Nähe befindet sich ein riesiges Flugfeld in Murumoch, das völlig leer ist. Dort werden die Sonderflugzeuge landen, doch es soll auch für zusätzliche Kampfflugzeuge dienen, um die Abwehr im Kriegsfalle zu stärken. In der Nähe von Zhiguli befindet sich die Stadt Kuybishew. Auch sie ist für Ausländer nicht zugänglich.«

Die sowjetische Regierung unter Stalin befand sich zur Zeit der Invasion der Deutschen im Zweiten Weltkrieg in Kuybishew.

Zhiguli erhebt sich aus der endlosen Steppe, nahezu umgeben von der großen Wolga, die es in eine Halbinsel verwandelt, mit felsiger Küste, die sich 150 Kilometer lang erstreckt und im Wasser endet. Es ist eine gigantische Festung. □

Kanada

Die Zensur an der Grenze

Robin Ludlow

Dem kanadischen Geheimdienst »Canadian Intelligence Service« zufolge stellt eine Serie von Reporter Robin Ludlow von der »Southam News« die gründlichste und aufschlußreichste Untersuchung über die Zensur und das Verbieten von Büchern von seiten der kanadischen Regierung mit Bezug auf die Nachrichtenmedien dar. Die Serie erschien in einer Reihe von Tageszeitungen in Kanada, die bei dem »Southam-Nachrichtendienst« unter Vertrag stehen. Der folgende Artikel ist ein Auszug aus dem Nachdruck der Ludlow-Serie durch den Canadian Intelligence Service (CIS).

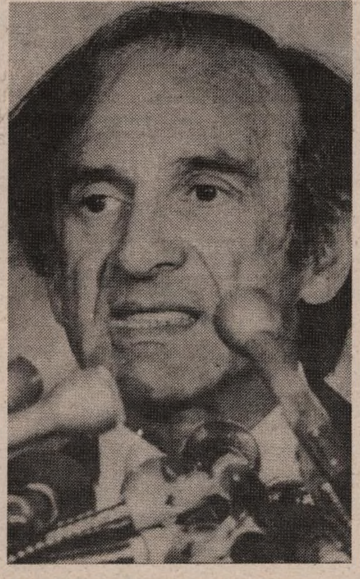
»Haßliteratur« spricht für sich selbst. Die meisten Leute denken, sie wissen, was es bedeutet. Doch es gibt beträchtliche Meinungsverschiedenheiten darüber, was es ist und wann, wenn überhaupt, es verboten werden sollte. Es ist ein äußerst heikles Thema, gekennzeichnet durch große Grauzonen und beunruhigende Fragen intellektueller Freiheit.

Verbot trifft auch Texte von Martin Luther

Bürgerliche Liberalisten sind sauer mit Regierungen, die sich als »großer Bruder« aufspielen, Gedanken-Verbrechen definieren und dafür sorgen, daß nur genehmigte Versionen von Geschichte, Politik, Religion und Wirtschaft zugelassen werden. Doch der kanadische Zoll scheint Haßpropaganda zu kennen, wenn er sie zu Gesicht bekommt, und beschlagnahmt Hunderte von Titeln an der Grenze.

Dokumente, die »Southam News« über das kanadische Gesetz über den »Zugang zu Informationen« bekam, weisen auf eine Vielzahl verbotenen, nicht-pornographischen Materials hin.

Am 3. Dezember 1987 standen 500 Titel auf der Liste über verbotene Haßliteratur – mindestens 70 Bücher, 150 Audio- und Videokassetten und über 270 Zeitungen, Broschüren, Magazine und Flugblätter. Dazu gehörten »Die Juden und ihre Lügen« von Martin Luther, der allgemein als Begründer des Protestantismus angesehen wird, und Tonbänder einer Fernsehsendung mit dem Titel »Phil Donahue« mit Bill Wilkinson vom Ku-Klux-Klan.



Elie Wiesel lebt in der Vergangenheit und ist nicht bereit, von dieser Vergangenheit wegzukommen, und redet dennoch von Fortschritt.

Ebenso sind Aufnahmen der früheren NBC-Fernsehsendung »Tomorrow« und eine Radiosendung mit dem Titel »Larry King« mit Wilkinson verboten. Alle kann man über Funk zwar in Kanada empfangen, doch auf Band sind sie verboten.

Der Zoll äußert sich nicht darüber, was genau gegen die meisten dieser Materialien einzuwenden ist, denn die Rechtsmeinungen, die er vom Justizministerium bekommt, »sind nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Diese Informationen sind Anwalt und Klienten vorbehalten.« und sozialen oder politischen Kommentaren«.

Viele Kanadier würden nicht die Ansichten in dem verbotenen Material vertreten, doch die bürgerlichen Liberalisten verteidigen ihr Recht, es zu Gesicht zu bekommen.



Das Buch »The Hoax of the Twentieth Century« von Arthur Butz ist tabu für die Kanadier, da es hier um die Judenverfolgung im Zweiten Weltkrieg geht.

Folglich erhalten selbst Parlamentsabgeordnete, die die Beschwerden von Wählern aufgreifen, nur ungenaue Antworten. Doch es existiert ein gewisses Muster hinsichtlich dessen, was verboten ist und was nicht.

Ungleiche Behandlung von Gruppen

Der Zoll scheint härter vorzugehen bei der Kritik an Juden, Zionisten, Kommunisten und Schwarzen als bei der Kritik an Deutschen, Nazis, Arabern, Gruppen des rechten Flügels und fundamentalistischen Christen.

Manche mögen behaupten, daß dies auch so sein sollte. Kritiker verweisen mit Freude auf das Vorhandensein einer solchen Zensur als Beweis für ein konspiratives Netzwerk zur Verbergung ihrer Version von der Wahrheit.

In seinem Standard-Antwortschreiben an Beschwerdeführer schreibt der für die Zollbehörde zuständige Minister Elmer MacKay, der Zoll unterscheide »zwischen Haßpropaganda . . . und ehrlicher historischer Forschung

Linda Murphy, Leiterin der Zollabteilung für verbotene Einfuhren, stritt ab, daß es Ungereimtheiten bei der Durchsetzung der Richtlinien über Haßpropaganda gäbe.

»Das gesamte Material wird individuell und in gleicher Weise und im Zusammenhang gesehen. Es kann sich um offensives Material oder Material in sehr schlechtem Stil handeln, doch es muß weitergehend als nur herabsetzend sein«, sagt sie.

Sie räumt ein, daß die Liste über verbotenes Material nicht endgültig und absolut sei und »keine Rechtskraft« besitze, sondern lediglich als Richtlinie für die Zollbeamten gelte.

»Es bedeutet nicht, daß ein Gericht die aufgeführten Titel als Haßpropaganda eingestuft hat«, sagt sie.

Viele Titel auf der verbotenen Liste könnten angefochten werden, doch es obliegt den geschädigten Importeuren sich zu beschweren, mit allen Kosten, die damit verbunden sind, wenn sie ihr beschlagnahmtes Material wiederbekommen wollen.

Das ist eine Art Bestimmung der »umgekehrten Beweislast«, so daß, wenn Zoll und Justizministerium beschließen, das Material zu verbieten, das Material »schuldig« ist, solange der Importeur nicht beweist, daß es »unschuldig« ist.

Haß auf das, was das Deutsche personifiziert

Bestimmte Materialien sind der Regierung zufolge offen rassistisch. Doch der Haß gegen Deutsche, Araber, Hindus, Katholiken und christliche Fundamentalisten unterscheidet sich.

Es hat Beschwerden gegeben von deutsch-kanadischen Gruppen über das Buch »Legenden unserer Zeit« von Elie Wiesel. In einem Kapitel mit der Überschrift »Verabredung mit dem Haß« schreibt er: »Jeder Jude sollte irgendwo in seinem Wesen einen Bereich von Haß – gesundem, kräftigem Haß – vorsehen für das, was das ›Deutsche‹ personifiziert und was im Deutschen besteht.«

Als Antwort auf Beschwerden, daß dies bedingungsloser Haß gegen die heutigen Deutschen sei, sagte MacKay, der für die Zollbehörde zuständige Minister: »Einige Materialien, die zwar offensiv und von schlechtem Geschmack und Stil sein mögen für manche Leute, fallen nicht in die Verbotskategorie.«

Im Sommer letzten Jahres beschwerte sich ein Arabo-Kanadier über eine Schallplatte der britischen Rockgruppe »The Cure« mit dem Titel »Killing an Arab«. Im Text heißt es: »Ich stehe am Strand mit einem Gewehr in der Hand und starre aufs Meer, starre in den Sand. Ich schaue auf den Araber am Boden . . . Ich bin der Fremde, der den Araber tötete. Ich könnte umdrehen und weggehen oder schießen . . . Egal, was ich tue, es läuft auf das gleiche hinaus – absolut nichts.«

Die Araber behaupteten, das Lied unterstütze rassistische Gewalt gegen Araber und sei besonders schädlich für die Kinder, da es sie dazu veranlassen würde, ihre Herkunft zu leugnen.

Bei seiner Antwort im August letzten Jahres schrieb MacKay: »Wir verbieten Material, daß den Haß einer identifizierbaren Gruppe fördert . . . doch allein aufgrund des Textes, der Lyrik . . . ist es unwahrscheinlich, daß diese Schallplatte verboten werden würde.«

Der Zoll verbietet nicht das Buch wie »Internal and External



Eine »Phil Donahue Show« mit Bill Wilkinson vom Ku-Klux-Klan (links) und dem US-Senator Julian Bond ist in Kanada verboten.

CODE
Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Nicole Franke-Gricksch (Medizin), Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7% Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats. Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verlag Diagnosen GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 26. Oktober 1988 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Kanada

Die Zensur an der Grenze

Threats to Sikhism«, das den Hindu-»Faschismus« kritisiert, weil es sich um eine »identifizierbare Gruppe außerhalb Kanadas handelt, die in einen politischen Kampf außerhalb von Kanada verwickelt ist«.

Eine Broschüre von dem Lehrer Malcolm Ross aus New Brunswick mit dem Titel »The Real Holocaust« greift die Abtreibung und den »säkularen Humanismus« an. Sie darf nicht nach Kanada eingeführt werden, obwohl sie in Kanada geschrieben und vertrieben wurde.

Im Frühjahr haben die Zollbehörden zunächst einige anti-katholische Comics »Alberto and the Big Betrayal« verboten, weil sie die Katholiken angreifen, indem sie die »Meinung fördern, es gäbe eine Verschwörung . . ., um andere Glaubensrichtungen in Mißkredit zu bringen oder zu zerstören«.

Die Entscheidung wurde ohne Angaben von Gründen revidiert und die Bücher wurden im Juni freigegeben.

Kritik an den Bankern ist erlaubt

Nach der Durchsicht von »The Secret History of the Jesuits« von Edmond Paris stellte der Zoll fest, daß es sich nicht um Haßpropaganda gegen eine bestimmte Gruppe handelt, obwohl die Jesuiten – wie das in anti-jüdischem Material der Fall ist – beschuldigt werden, Kriege und Revolutionen zu beginnen, um ihre gewissermaßen kommunistische Sache zu fördern.

Auch Material, in dem die Christian Identity Movement kritisiert wird, ist zulässig. Unter Zitierung der Bibel behauptet die Bewegung, die auch unter dem Namen britische Israeliten bekannt ist, das keltische und angelsächsische Volk, das in Großbritannien und Nordamerika lebe, und nicht die Juden sei Gottes »auserwähltes Volk«. Sie sagen »Saxon – das englische Wort für »Sächsisch« – bedeutet »Saacson« oder »Sohn Isaaks«.

Die Gruppe beschwerte sich darüber, daß ein Buch des jüdischen Autors Leonard Zeskind, in dem sie als »pervers, anti-semitisch und rassistisch« bezeichnet würden, Haß gegen Christen im allgemeinen und gegen ihre Bewegung im besonderen fördere.

Der Zoll war nicht der gleichen Meinung und meinte: »Obwohl manche diese Zeskind-Publikation für offensiv halten mögen . . ., wird sie nicht als haßfördernd angesehen, weil es sich bei der Christian Identity Movement nicht um eine identifizierbare Gruppe handelt.«

Doch Bücher fallen in Ungnade, in denen behauptet wird, die meisten Juden in der heutigen Zeit seien keine homogene, wirklich semitische aus dem Nahen Osten stammende Rasse, sondern osteuropäischen (Khazar) Ursprungs und deshalb kein »auserwähltes Volk«, das von Abraham abstammt.

Es gibt eine Bemühung, zwischen der Kritik an dem Zionismus, einer sechzigjährigen, pro-israelischen, politischen Bewegung, und dem Judentum, einer jahrhundertealten Religion, zu unterscheiden.

Doch das Buch »The Ultimate World Order« von Robert Williams, in dem der Zionismus beschuldigt wird, eine Verschwörung zur Beherrschung der Welt zu planen, wird verboten, weil impliziert wird, daß die Juden im allgemeinen »die Weltfinanzen, den Kommunismus, die Gewerkschaften und politische Organisationen einschließlich der Vereinten Nationen zum Nachteil der Heiden manipulieren«.

Anti-zionistisches und anti-kommunistisches Material und Theorien über weltpolitische Verschwörungen werden freigegeben, wenn nicht die Juden im allgemeinen beschuldigt werden.

Der Staat muß nachweisen, daß der Haß Absicht war

Ebenso wird Kritik am US-Federal Reserve System und an den internationalen Bankern akzeptiert, solange die Banker nicht speziell als Juden dargestellt werden.

Der Nazi-Jäger Sol Littman von den Canadian Friends des Simon-Wiesenthal-Zentrums hat zweimal versucht, durch die Zollbehörden ein Buch alter ukrainischer Armee-Angehöriger verbieten zu lassen, das den Titel trägt »Why is One Holocaust Worth More than Others?«, weil es die zionistischen Juden beschuldigt, die Sowjetunion zu regieren und osteuropäische Länder entehrt.

Der Zoll und das Justizministerium sind mit Littman nicht einer Meinung, daß das Buch antijüdisch sei, weil es die Zionisten als Zielscheibe habe, doch MacKay dankte Littman für sein Angebot, »bei der Klärung der rechtlichen Definition von Haßliteratur zu helfen . . . Wir werden Ihre Stellungnahme und Vorschläge sicherlich begrüßen«, schrieb MacKay.

Die Verbote der Zollbehörden beziehen sich nicht auf den Besitz von Material, das sich bereits in Kanada befindet, doch dessen Verkauf und Vertrieb könnte nach Paragraph 281 des Strafgesetzbuches illegal sein.

Im August 1984 beschlagnahmte die Royal Canadian Mounted Police (RCMP) das Buch »The Hoax of the Twentieth Century« von Professor Arthur Butz aus den Regalen der Universitätsbibliothek von Calgary. In dem Buch werden Umfang und Ausmaß der Judenverfolgung durch die Nazis im Zweiten Weltkrieg in Frage gestellt.

Als das Buch im Januar desselben Jahres eingeführt wurde, stand es nicht auf der Verbotsliste und konnte deshalb legal importiert werden. Nach Protesten von seiten der Bibliothekare, Studenten und Professoren kam das Buch wieder auf die Regale zurück.

Anmerkung des Herausgebers: Ludlow stellte fest, daß Paragraph 281 des kanadischen Strafgesetzbuches die Förderung oder Unterstützung von Völkermord oder Haß gegen jede identifizierbare Gruppe verbietet, doch der Staat muß nachweisen, daß der Haß »beabsichtigt war, und eine Person kann nicht bestraft werden, wenn nachgewiesen werden kann, daß die Aussagen wahr sind, daß sie einen Versuch darstellen, in gutem Glauben eine Meinung zu einem religiösen Thema zu etablieren, wenn die Aussagen im öffentlichen Interesse lagen oder die Person billigerweise glaubte, sie seien wahr«.

Ludlow untersuchte daraufhin die neuen Richtlinien, die vor kurzem von Ottawa verkündet wurden und die weit über das Strafgesetzbuch hinausgehen. Nach diesen neuen Richtlinien, sagt Ludlow, ist es jetzt schon eine Straftat, wenn man einer Gruppe auch nur die Schuld gibt für schwere wirtschaftliche oder gesellschaftliche Probleme oder behauptet, eine Gruppe »manipuliere die Medien, die Wirtschaft und die Finanzen, die Regierungen oder die Weltpolitik zum Schaden der Gesellschaft«.

Es ist bezeichnend, daß »Southam News« ein wichtiger Nachrichtendienst des Establishments ist und Ludlow ein bekannter Reporter. Nach einer intensiven Ermittlung berichtete er, daß die kanadische Regierung tatsächlich Zensur ausübt, Bücher verbietet und die Redefreiheit einschränkt und daß sie diese totalitäre Politik mit krassen, unterschiedlichen Maßstäben durchführt; nämlich, daß es zulässig ist, Araber, Deutsche und Weiße allgemein anzugreifen, doch ein Vergehen, Juden oder Schwarze zu kritisieren oder die Aktivitäten oder die Politik sogenannter Minderheiten auch nur aufzudecken und zu kritisieren. □



Panama

US-Kontakte mit Noriega

Martin Mann

Fünf Stahlschränke mit Tonbändern und Aufzeichnungen von Telefongesprächen zwischen Panamas starkem Mann General Manuel Antonio Noriega und seinen Geschäftskontakten sind die strengbewachtesten Geheimnisse der Regierung von Ronald Reagan.

Eingeschlossen in einem elektronisch gesicherten Kellergewölbe im Fort Meade im US-Bundesstaat Maryland, enthalten sie Beweise über die Verwicklung einer Reihe von US-Beamten und Wall-Street-Persönlichkeiten in die lange kriminelle Vergangenheit des lateinamerikanischen Diktators, sagten kenntnisreiche Washingtoner Justizquellen.

Es ist eine tickende Zeitbombe

»Es ist der ›Zündstoff‹ des Panama-Skandals«, sagt ein ehemaliger höhergestellter US-Zollinspektor, der uns jahrelang vertrauenswürdige Informationen geliefert hat. »Wenn diese Akten ans Tageslicht kämen, könnten sie der Wahlkampagne von Bush – um nur einen Aspekt zu nennen – das gleiche antun, was die Watergate-Tonbänder Präsident Nixon antaten.«

Andere gutunterrichtete Justizquellen neigen dazu, mit dieser Einschätzung einer Meinung zu sein. »Es ist eine tickende Zeitbombe im Keller des Weißen Hauses«, sagt ein ehemaliger Sicherheitsbeamter, der für seine Kenntnisse in der elektronischen Überwachungstechnik bekannt ist.

»Einerseits waren da Noriega und seine Genossen, die auf eigenem Boden ziemlich offene Worte gebrauchten, weil in jenen Ländern die Polizei – und in manchen Fällen, wie zum Beispiel in Bolivien, die ganze Regierung – gekauft ist und in Panama war natürlich Noriega die Polizei, ebenso wie die Armee und der Geheimdienstchef.

Auf der anderen Seite war da die Nationale Sicherheitsbehörde (NSA) der Vereinigten Staaten im fernen Fort Meade, die den Himmel mit ihren riesigen elektronischen Ohren abhorchte, das ganze mittelamerikanische Telekommunikationssystem überwachte, mit seinen Riesencomputern Noriega aus dem ganzen Geschwätz herauslas und insgeheim jedes Wort mitschrieb und analysierte. Es war die eine Fallgrube, auf die selbst perfekte Verbrecher hereinfallen.«

Und Noriega, obwohl hart und schlau, war oft bei weitem nicht perfekt und meisterhaft am Telefon. Als Panamas Sicherheits- und Geheimdienstchef befahl er im Jahr 1973 die Ermordung eines katholischen Priesters, Oscar Gallegos, dessen Versuche, eine Kooperative armer Bauern zu organisieren, einige von Noriegas Freunden provoziert hatten. Gallegos wurde von Panamas Verteidigungsstreitkräften (PDF) entführt, gefoltert und über einem Dschungelgebiet aus einem Militärhubschrauber geworfen.

Aufzeichnungen über Treffen mit Drogenkönigen

Erstaunlicherweise war er immer noch am Leben, als er Stunden später von Jägern gefunden wurde. Zum Glück für Noriega konnte er nicht mehr sprechen und starb noch am gleichen Tag. In der Öffentlichkeit brachte die Regierung Panamas ihren Zorn über die Ermordung des Priesters zum Ausdruck und schwor, die Missetäter zu verhaften.

Doch ein Telefongespräch zwischen Noriega und einem anderen Beamten Panamas, das von der NSA Tage später festgehalten wurde, wies auf den wahren Mörder hin: »Eine Sache, die ich daraus gelernt habe«, sagte Noriega, »ist die, niemals wieder jemanden lebend aus einem Hubschrauber zu werfen; er muß immer erst erschossen werden.«

In ähnlicher Weise beteuerte der General seine Unschuld, als einer seiner führenden politischen Gegner in Panama, Dr. Hugo Spadafora, am 13. Juni 1985 von zivilen PDF-Beamten verhaftet, brutal gefoltert und dann geköpft worden war: »Ich habe nie über diesen Vorfall etwas gehört«, sagte Noriega gegenüber Associated Press. »Ich war an jenem Tag in Paris.«

Doch die geheimen Tonbandaufzeichnungen der NSA sagen etwas anderes. Aus ihnen geht hervor, daß eine Stunde nach Spadaforas Verhaftung Noriega in seinem Pariser Hotel von einem Berater in Panama, Major Luis Cordoba, einen Telefonanruf erhielt: »Wir haben den tollwütigen Hund im Käfig«, berichtete Cordoba.

»Okay«, hört man Noriega auf dem Tonband sagen. »Und wissen Sie, was wir mit einem Hund machen, der die Tollwut hat?«

Cordoba wußte es. Er erteilte den unmittelbaren Befehl für Spadaforas Folterung und Ermordung.

Die wichtigsten Enthüllungen der von NSA abgefangenen Informationen bestehen darin, daß trotz solch ungeheuerer Mengen von Beweisen für Noriegas Verbrechen seine Beziehungen zur Reagan-Regierung eng blieben und man sich gegenseitig unterstützte.

»Der schlüssigste Beweis von den NSA-Tonbändern bezieht sich nicht auf Noriegas Morde, sondern seine Schlüsselrolle im Drogenhandel«, sagt der ehemalige Zollbeamte. »Es gibt Aufzeichnungen über Treffen mit Drogenkönigen in Panama, Kolumbien, Bolivien, Peru und in Europa. Die anschließenden Telefongespräche sowohl von Noriega als auch seinen Partnern aus dem Drogenhandel zeigen – obwohl normalerweise primitiv verschlüsselt – die Entstehung Panamas als zentrale Verladungs- und Freihandelszone für Drogen in dieser Hemisphäre.«

Ein Gefallen für David Rockefeller

Doch trotz allem blieb Noriega für den CIA, das Weiße Haus und die Wall Street die rechte Hand in der Region. »Wenn Sie in den achtziger Jahren ein illegales Geschäft verbergen wollten, hat man es außer Landes – ›offshore‹ – gebracht«, sagt ein langjähriger Rechercheur des amerikanischen Kongresses, der mit Panama vertraut ist. »Noriega war ›Mr. Offshore‹. David Rockefeller hat Geschäfte mit ihm gemacht. George Bush hat Geschäfte mit ihm gemacht. Tausende anderer wichtiger Figuren ebenfalls.«

Aus den von der NSA abgefangenen Informationen geht hervor, daß Noriega den amerikanischen Vizepräsidenten als eine Art Freund zu betrachten begann und über ihn mit herablassendem Sarkasmus sprach. In einem aufgenommenen Gespräch mit einer britischen Journalistin nannte Noriega Bush einen »Zuhälter« (englisch »pimp«).

»Sie meinen einen ›Versager‹ (englisch ›wimp‹)«, antwortete die Reporterin. Noriega lachte: »Sie meinen also, ich kann kein Englisch?« fragte er spöttisch.

Noriega erzählte auch Bekannten am Telefon, Rockefeller sei sein Freund und sei ihm »im Zusammenhang mit dem Schah« zu Dank verpflichtet, das heißt, weil er dem Schah des Iran im Jahr 1979 auf der Flucht Asyl geboten hat, einen Gefallen, den Noriega gegen Geld geleistet hat, nachdem Rockefeller ihn persönlich gebeten hatte.

Eine Reihe anderer führender Banker und Beamte wird auf den Noriega-Tonbändern im Zusammenhang mit geheimen und dubiosen Unternehmungen genannt. Der geheime Schatz der NSA bietet dem amerikanischen Kongreß Gelegenheit – gibt ihm sogar die Pflicht –, die Freigabe dieser Aufnahmen zu verlangen, die Noriegas Rätsel besser als jedes andere Beweismittel aufzuklären versprechen. □

Waffengeschäfte

Korruption im Pentagon

Martin Mann

Die immer weiter um sich greifenden Ermittlungen in den Pentagon-Bestechungsaffären vermitteln den Amerikanern und ihren Verbündeten einen außergewöhnlichen Einblick in den verborgenen inneren Kreis hinter den Skandalfolgen, die die Reagan-Regierung in ihrem letzten Jahr überschwemmt und überschattet haben.

»Wir haben es offenbar nicht mit vereinzelten Fehltritten zu tun«, sagte Dr. T. Lamar Wallace, Soziologe an der Universität von Georgia, der von kurzem eine Studie über Wirtschaftsverbrechen abgeschlossen hat. »Wir sehen uns hier einem ganzen Netzwerk gegenüber. Die Schlüsselfiguren in jedem Fall variieren von Staat zu Staat. Doch sie sind durch vielschichtige Mißachtung miteinander verbunden, in denen es um Hunderte von Milliarden Dollar geht.«



Rechtsanwalt E. Robert Wallach (links) speist in einem Washingtoner Luxusrestaurant mit Suzanne und Leonard Garment. Die drei sind langjährige Freunde.

Viele wurden zu Milliardären

Wer sind die Schlüsselfiguren in dem unsichtbaren Netz von Manipulierern, Geschäftemachern und Mächtigen, die reich und mächtig geworden sind – in vielen Fällen wurden sie zu Milliardären – indem sie die Reichtümer der Vereinigten Staaten ausbeuteten? Fortgesetzte Ermittlungen haben einige aufschlußreiche Fakten ans Tageslicht gebracht.

Edward Luttwak, 51 Jahre alt, ein untersetzter, bebrillter Autor über Rüstungsprobleme, ist ein im Ausland geborener Intellektueller, der nie eine Militäruniform getragen hat und der einigen Berichten zufolge noch immer eine doppelte Staatsbürgerschaft – die amerikanische und die israelische – besitzen könnte.

Dennoch ist Luttwak, der lediglich ein Mitglied des Washingtoner Zentrums für Strategische und Internationale Studien sein soll, bekannt als der »Pate« der Rüstungsberater, einer der einflußreichsten Entscheidungsträger im amerikanischen Verteidigungsministerium.

»Wenn Luttwak spricht, hören die Generäle zu«, sagte ein Oberst der US-Luftwaffe, der im vergangenen Jahr aus dem System Command ausgeschieden ist, um für die Privatwirtschaft zu arbeiten. »Luttwak ist ein furchtloser Förderer des Militär- und Industriesektors. Er selbst verwendet diesen negativen Begriff allerdings nie. Er spricht von der ›natürlichen Intimität‹, die das Militär mit den Geschäftsleuten verbindet, die ihre Bedürfnisse decken – gegen Bezahlung.«

Drei kleine Tyrannen

Fast jedem Experten zufolge hat Luttwak schon lange die »zügellosen« Rüstungsfabrikanten in ihrem räuberischen Drang nach mehr Steuergeldern unterstützt. Vor ein paar Jahren schrieb er einen Zeitschriftenartikel mit der Überschrift »Wir brauchen mehr Betrug, Verschwendung und Mismanagement im Pentagon«.

»Es sollte ein Witz sein, eine witzige Überschrift für sein Argument gegen die Verwendung von traditioneller Buchführungsmethoden beim Kauf von Rüstungserzeugnissen«, sagte ein Berufsoffizier, ein Major der US-Armee, der im Jahr 1986 einen Posten im Büro des amerikanischen Generalstabs verlassen hat. »Niemand wagte laut auszusprechen, was viele vermuteten, daß Luttwak genau das meinte, was er sagte.«

Ein ehrgeiziger, junger Washingtoner Beamter, der Luttwak ernst nahm, war John Lehman, ein Berater Henry Kissingers, den Präsident Ronald Reagan im Jahr 1981 angeblich auf Drängen der israelischen Lobby zum amerikanischen Marineminister ernannt hat.

»Lehman hat nicht einfach nur das Amt im Verteidigungsministerium übernommen«, sagte der langjährige britische Korrespondent Lionel Barber in Washington, »er inszenierte einen Macht-Coup der Marine und riß die Kontrolle des sich ausweitenden Beschaffungsverfahrens an sich.«

Viele Rüstungsproduzenten und Schiffsbauer, die die US-Marine beliefern wollten, hatten es ausschließlich mit einem Beamten-Triumvirat aus Lehman und seinen beiden engsten Kollegen zu tun: Melvon R. Paisley, 63 Jahre, Staatssekretär für Forschung, Technik und Systeme im US-Marineministerium, und Everett Pyatt, 52 Jahre, einem anderen Staatssekretär, der für den Schiffsbau zuständig war.

»Diese drei kleinen Tyrannen haben viele, lange etablierte Verfahren im US-Verteidigungsministerium über Bord geworfen«, sagte ein Ermittler im US-Kongreß. »Sie arbeiteten nach Luttwaks Regeln. Das Ergebnis war eine Welle von Übergriffen und Diebstählen in jedem Bereich.«

Sie kamen damit durch, weil sie hinter den Kulissen eine Menge Unterstützung bekamen, behaupten diese Quellen. »Leonard Garment, ein Washingtoner Anwalt, der als Insider mit vielen guten Verbindungen bekannt ist, war ein Anhänger von Luttwaks Theorien und Lehmans Anwendung dieser Theorien«, sagte der ermittelnde Kongreßbeamte.

Der König der Rüstungsberater

Vor kurzem allerdings haben die Ereignisse für diese begünstigten Insider eine ungünstige Wendung genommen. E. Robert Wallach ist ein sogenannter Star-Anwalt, bekannt als Garments Partner und Mitberater in mindestens einem wichtigen Fall, der Verteidigung des inzwischen zurückgetretenen amerikanischen Justizministers Edwin Meese bei seinen Anhörungen im US-Senat. Wallach ist weiterhin ein Interessenvertreter der Rüstungsindustrie für die schwer beschuldigte Wedtech Corporation.

Wallach ist zahlreicher Vergehen des Betrugs und der gewissenlosen Geschäftemacherei angeklagt. Ermittelnde amerikanische Bundesbeamte untersuchen insgeheim, in welchem Ausmaß Garment in Wallachs fragliche Bemühungen der Lobbytätigkeit verwickelt ist, so wird in Justizkreisen behauptet.

Paisleys Büro und Wohnung wurde von FBI-Agenten untersucht. Er hat die amerikanische Marine im vergangenen Jahr verlassen und beschäftigt sich wieder ausschließlich mit Lobbyaktivitäten für das Militär. Er ist eins der Hauptziele in den sich ausbreitenden Ermittlungen.

Pyatt, der mit Entscheidungen zu tun haben soll, in denen die zweifelhafte Wedtech Corporation begünstigt wurde, steht unter der Beobachtung der gleichen Ermittler, die Wallach bereits angeklagt haben. □

Spionage

Pollard-Affäre gärt noch

Victor Marchetti

Der überführte israelische Spion Jonathan Pollard ist von dem Gefängniskrankenhaus in Springfield im US-Bundesstaat Missouri nach Marion, Illinois, einem Gefängnis mit höchsten Sicherheitsvorkehrungen, gebracht worden. Dort trifft er auf einen anderen berüchtigten Verräter, den überführten Sowjetspion Christopher Boyce.

Die amerikanischen Gefängnisbehörden sagen, Pollard wird in Marion in Einzelhaft bleiben. Ein weiterer Mitinsasse von Pollard in dem Einzelhaft-Gebäude ist Edwin Wilson, ehemaliger CIA-Beamter und Waffenhändler. Unterdessen gehen die Bemühungen in der pro-israelischen jüdischen Gemeinde in Amerika weiter, das lebenslange Urteil für den Spion und die fünfjährige Strafe für seine Frau und Komplizin Anne zu reduzieren.

Das Image des Juden

In einem jüngst in der »Washington Jewish Week« erschienenen Leitartikel mit dem Titel »Wird ein Fehler wiederholt?« werden die Spionageaktivitäten und das Urteil gegen Pollard und seine Frau mit dem gegen die »Atomspione« Julius und Ethel Rosenberg verglichen, die Ende der vierziger Jahre wegen Spionage für die Sowjetunion hingerichtet worden sind.

In dem Leitartikel wird erstaunlicherweise die Schlußfolgerung gezogen: »Es ist zu spät, um das harte und ungerechte Urteil gegen die Rosenbergs wieder aufzuheben und sie wieder zum Leben zu erwecken. Doch vielleicht kann für die Pollards noch etwas getan werden.«

Mit verdrehter Logik wird in dem Artikel argumentiert, da beide, die Pollards wie die Rosenbergs, »angeblich für einen Verbündeten, nicht ein Feindesland gearbeitet haben und die Motive ideologischer und nicht selbstsüchtiger Natur waren«, waren die Urteile, die sie bekommen haben, »sehr hart«. Und fälschlicherweise wird behauptet, die Pollards und Rosenbergs hätten »viel härtere Urteile erhalten als Nichtjuden, die ähnlicher Verbrechen überführt worden seien«.

Schließlich wird in dem Leitartikel, triefend vor Selbstmitleid, gefragt: »Sollten mit den äußerst harten Urteilen in beiden Fällen – den Rosenbergs vor 35 Jahren und den Pollards vor kurzem – die Juden gewarnt werden, daß die Anklage der doppelten Loyalität eine Anklage war, der sie immer beschuldigt werden könnten? Schließlich ist das Image des Juden als Verräter in der westlichen Kultur tief verwurzelt.«

Anstatt zu versuchen, Entschuldigungen und vernünftige Erklärungen für Pollard und sein Verbrechen zu finden, täten die Herausgeber der »Washington Jewish Week« gut daran, sich eher anzuhören, was der Verräter selbst über seine schändlichen Taten und deren Motive zu sagen hat.

Pollards Taschenbuch-Zionismus

Seit seiner Verhaftung hat Pollard den Interviewern von Nachrichtenmedien ständig erzählt und in zahlreichen Briefen an Freunde geschrieben, daß seine Loyalität – wie das für alle Juden der Fall sein sollte – in erster Linie Israel gilt. Und er hat ständig auf die Regierung von Israel – nicht die amerikanische – nach Erleichterung für seine gegenwärtigen Umstände geschaut.

Somit ist die Sache jüdischer »doppelter Loyalität« kein Thema im Pollard-Fall. Was allerdings hier in Frage steht, ist die jüdische »erste Loyalität«. Und was Pollard und seine Frau betrifft, gilt diese »erste Loyalität« Israel und nicht den Vereinigten Staaten.

In einem seiner vielen Briefe aus dem Gefängnis schrieb Pollard: »Was für mich wirklich erstaunlich ist, ist die Tatsache, daß so viele amerikanische Juden, die Israel besuchen und sich zumindest in der Öffentlichkeit für sein Überleben engagieren, absolut keine Ahnung haben, was nötig ist, um den Staat sicher zu halten . . .

Ich weise die Vorstellung entschieden zurück, daß Israel mit seinem Blut für die Verteidigung unserer Heimat zahlen kann, während selbstgefällige amerikanische Juden – sicher hinter ihren Kreditkarten und vielen Meilen Ozean, der dazwischen liegt – sich in, was ich ›Taschenbuch‹-Zionismus nenne, ergehen können. So funktioniert das nicht.«

Nach Pollards Ansicht werden »Taschenbuch«-Zionisten von doppelter Loyalität geplagt, einer Form jüdischer Schizophrenie, die aus der Diaspora geboren wurde. Das einzige Heilmittel, sagt er, ist unbestrittene Treue zu Israel.

»Als wir das vertragliche Joch akzeptiert haben, haben wir unsere Körper und Seelen versprochen, nicht einen steuerabzugsfähigen Jahresbeitrag an ein Land, das man sich warmhält«, schrieb Pollard. »Eilat und Kiryat Arba und Jerusalem sind in erster Linie jüdische Städte, die zum heiligen territorialen Erbe Gottes gehören. Als solches verlangt das Land die eindeutige Loyalität jedes Juden in der Diaspora – selbst wenn das beinhaltet, daß man sein Leben dadurch gefährdet.«

Reagans naiver Mythos von Israel

Hier haben wir es also. Die amerikanischen Juden sollen alles tun, was sie nur können – einschließlich der Spionage in der amerikanischen Regierung auf Lebensgefahr hin –, um Israel zu unterstützen. Das ist genau das, was Pollard getan hat, und das haben offenbar auch viele andere amerikanische Juden in der US-Regierung getan.

In einem anderen Brief enthüllte Pollard, daß ermittelnde Beamte des US-Justizministeriums ihm eine »kurze Liste« von 25 amerikanischen Juden gezeigt haben, die vorrangig verdächtigt werden und ebenfalls israelische Spione sein könnten. Pollard schrieb, daß die Liste »nur einen kleinen Prozentsatz jener repräsentiere, die unter Beobachtung stünden«.

Im gleichen Brief behauptet Pollard weiterhin, daß »sich das ADL-Hauptquartier (die Anti-Defamation League der B'nai B'rith-Loge) unter besonderer Beobachtung des amerikanischen Justizministeriums befände, da die Frau eines meiner israelischen Kollegen im Verlaufe der Spionage-Operation dort als Anwältin angestellt gewesen ist«.

In einem weiteren Brief erklärt Pollard, warum er die USA verraten hat. »Israel wird mit einem tierartigen Caspar Weinberger konfrontiert«, schrieb er, »dessen Politik sich auf die zynische Gleichgültigkeit gegenüber dem anhaltenden Wohlergehen unseres geplagten Heimatlandes stützt. Und während viele amerikanische Juden den kunstvoll geschmiedeten Mythos von Reagans scheinbarer ›Liebe zu Israel‹ naiv gekauft haben, sollten sie aufwachen und Lunte riechen. Der beispiellose militärische Aufbau in den sogenannten ›gemäßigten‹ arabischen Staaten, der sich in den letzten sieben Jahren vollzogen hat, war das direkte Ergebnis der ›unparteiischen‹ Nahost-Doktrin seiner Regierung.«

Somit kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Pollard keinerlei Probleme hat mit »doppelter Loyalität«. Für ihn gibt es nur eine Loyalität, und die besteht gegenüber Israel. Seine Ehrlichkeit und Offenheit in dieser Angelegenheit ist allerdings peinlich für jene amerikanischen Juden – die wirklichen »Doppeltloyalen« –, die weiterhin versuchen, beides zu erreichen. □

Armand Hammer finanziert Israels Parteien

Sowohl die Labor-Partei als auch die Likud konzentrieren sich jetzt auf die Beschaffung von Geldmitteln, nachdem sie die Aufstellung der Kandidatenlisten für die Nationalwahlen im November abgeschlossen haben. Die meisten dieser Gelder werden aus privaten Spenden in den USA, Kanada und Westeuropa kommen.

Labor rechnet damit, unter den Juden in Amerika etwa zehn Millionen Dollar aufzutreiben, die Likud rechnet mit fünf Millionen Dollar. Howard Squadron, ein früherer Präsident des American Jewish Congress (AJC), sagte, daß die New Yorker Juden durch die Beiträge für die amerikanischen Wahlen »ausgelaugt« seien und daß es schwer sein wird, eine Reaktion auf die Appelle der politischen Parteien Israels zu bekommen.

Squadron meinte, daß die New Yorker Juden etwa 20 Millionen Dollar für die Senatswahlkampagnen in den gesamten Vereinigten Staaten gespendet haben – was ungefähr 35 Prozent der Gesamtgeldmittel ausmacht, die bei den kommenden amerikanischen Wahlen ausgegeben werden.

Er meinte auch, viele Israelis glaubten, die amerikanischen Juden sollten sich nicht an Israels interner politischer Debatte über Themen beteiligen, die die nationale Sicherheit des zionistischen Staates betreffen. So fragte er mit einigem Sarkasmus: »Wenn wir Geld für eure Wahlen auftreiben, ist es dann in Ordnung, wenn wir uns äußern? Sie wollen mein Geld? Wollen Sie auch meine Meinung hören?«

Squadron behauptete, einige amerikanische Juden seien bereitwilliger geworden Beiträge für israelische Parteien zu geben wegen ihres großen Interesses und ihrer Sorgen über die Themen, die in den diesjährigen Wahlen zur Diskussion stehen. Sie sind auch bereit beizutragen, um persönlichen Zugang zu den Parteiführern zu haben.

Ein Beispiel für diese Haltung wurde von dem amerikanischen Ölmagnaten Armand Hammer bei dessen jüngstem Besuch in Israel geliefert, um ein Ölgeschäft mit der Regierung zu unterzeichnen. Mit dem Vertrag erhält Hammers Occidental Petroleum die Exklusivrechte, um in einem Gebiet vor der israelischen Küste nach Öl zu bohren, in der es große Ölvorkommen geben soll.

Hammer traf sowohl mit Premierminister Yitzhak Shamir von der Likud-Partei als auch mit Außenminister Shimon Peres von der Labor-Partei zusammen und soll beiden Parteien hohe Spenden für die Wahlkampagne gegeben haben. □

Waffengeschäfte mit den Saudis

Die meisten führenden Zeitungen Israels beklagen die großen Waffengeschäfte zwischen Saudi-Arabien und Großbritannien. Sie weisen darauf hin, daß die Waffen gleichermaßen gegen den Iran und Israel eingesetzt werden können. Einige Zeitungen haben die israelische Regierung kritisiert und die pro-israelische jüdische Lobby in Amerika und meinten, wenn das Geschäft durch die USA zustande gekommen wäre, wären für den Einsatz der Waffen Begrenzungen auferlegt worden. Diese Zeitungen schlugen auch vor, Israel solle seine traditionelle Opposition gegenüber allen amerikanischen Waffengeschäften mit arabischen Ländern etwas überdenken. □

Kahane von der Knesset suspendiert

Die israelische Knesset hat einstimmig dafür gestimmt, Rabbi Meir Kahane fünf aufeinanderfolgende Plenarsitzungen lang zu suspendieren, weil er vor einigen Monaten in einer Debatte im Parlament einem arabischen Mitglied der Legislative gedroht hatte. Kahane leugnete seinen Kollegen bedroht zu haben und meinte, er habe dem »Araber lediglich versprochen«, wenn er, Kahane, Premierminister wird, würde er die Araber abschaffen.

Kahane wurde von der Knesset im vergangenen Jahr mehrere Sitzungen lang suspendiert, weil er es abgelehnt hatte, dem Staat Israel gegenüber den Treueeid zu leisten, was von allen Knesset-Mitgliedern verlangt wird. Wenn er dies getan hätte, wäre damit Kahanes amerikanische Staatsbürgerschaft gefährdet, die er noch immer besitzt. □

Pipeline-Geschäft wurde bestätigt

E. Robert Wallach, der enge Freund und Partner des ausgeschiedenen amerikanischen Justizministers Edwin Meese, hat bestätigt, daß Israel zehn Jahre lang im Rahmen eines politisch heiklen Pipelinegeschäfts, an dem Wallach zwischen 1985 und 1986 beteiligt gewesen ist, jährlich Öl im Wert von 70 bis 100 Millionen Dollar erhalten sollte. Er sagte jedoch, daß es niemals einen Hinweis dafür gab, daß Israels damaliger Premierminister Shimon Peres oder seine Labor-Partei Bestechungsgelder für ihre Kooperation in dem Geschäft bekommen sollten. □

Für Feuerspritzen wird gesammelt

Der Jewish National Fund (JNF), die größte israelische Spendensammelorganisation in den USA, wirbt jetzt um Spenden zum Kauf von Feuerspritzen für die israelische Forstwirtschaft. Jahrzehntelang hat der JNF in den USA Spenden gesammelt, damit in Israel Bäume angepflanzt werden konnten. Jetzt werden diese Bäume von palästinensischen Brandstiftern vernichtet, behauptet der JNF. Deshalb sind weitere Gelder unmittelbar erforderlich, um »eine nationale Katastrophe in Israel zu vermeiden« sowie für »die Wiederaufforstung dieser abgebrannten Gebiete und für den Kauf von Feuerlöschgeräten, um künftige Zerstörungen so gering wie möglich zu halten«. □

Zu wenig Spenden für Israel

Der Vorsitzende der Israelischen Jewish Agency, Simcha Dinitz, beschwerte sich vor kurzem in Jerusalem über die Situation der Spendensammel-Aktionen in Amerika. Er meinte, während die Höhe der Spenden zwar gestiegen sei, habe sich Israels Anteil dagegen vermindert.

»Israel verliert seinen zentralen Platz bei der Verteilung von Spenden«, meinte Dinitz. Etwas über die Hälfte der Spendensammlungen in den USA ginge an den United Jewish Appeal, eine amerikanische Wohltätigkeitsorganisation. »In Israel kommt weniger als die Hälfte dessen an, was gespendet wird«, beschwerte er sich. »Und das reicht nicht aus für die Dinge, für die hier gesorgt werden muß.« □

Israel will Exportland werden

Israel möchte ein Exportland werden, besonders ein großer Exporteur für High-Tech-Erzeugnisse, die hohe Profite einbringen. Doch wie sehr das Land sich auch bemühen mag, der kleine zionistische Staat scheint dieses ehrgeiziges Ziel nicht erreichen zu können. Der Traum besteht jedoch weiterhin.

Etwa ein Drittel von Israels jährlichen 8,5 Milliarden Dollar an Exporten gehen in die Vereinigten Staaten, ein weiteres Drittel nach Europa und das restliche Drittel an andere Länder auf der ganzen Welt. Unglücklicherweise für Israel allerdings importiert das Land immer noch mehr als es exportiert.

Die ungünstigste Handelsbilanz ist am deutlichsten mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) und in geringerem Ausmaß mit Amerika. Dies trotz der Tatsache, daß der jüdische Staat ein zollfreies Handelsabkommen sowohl mit den USA als auch mit der EG hat. Israel ist das einzige Land, mit dem die USA ein solches zollfreies Handelsabkommen abgeschlossen haben.

Diese äußerst günstigen Handelsvereinbarungen, so dachte Israel ursprünglich, würden sich zu seinem Vorteil auswirken. Doch der jüdische Staat – teilweise wegen des Wunsches, den verbraucherorientierten Lebensstandard und Lebensstil der westlichen Industrienationen nachzuahmen – ist ständig dabei viel mehr im Ausland zu kaufen als das Land verkauft.

In seinem Bemühen seine Exportposition zu verbessern, hat die israelische Regierung die angeblichen technologischen Leistungen des Landes groß herausgestellt. Yoram Belizovsky, Generaldirektor des Ministeriums für Industrie und Handel, hat zum Beispiel seit langem betont, daß Israel – weil ihm die Rohstoffe wie in Europa und Amerika sowie die Billigarbeitskräfte wie in Japan und dem Orient fehlen – die Ressourcen nutzen sollte, die es in Mengen hat: die geistige Stärke.

Doch auch hierin hat Israel eine ungünstige Handelsbilanz. Seit Jahren findet eine Abwanderung von Intellektuellen und Wissenschaftlern statt und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß es auch in Zukunft weiterhin High-Tech-Personal verlieren wird. Es überrascht nicht, daß die USA der größte Abnehmer für diese israelischen »Exporte« sind.

Diese Abwanderung von Intellektuellen und Wissenschaftlern hat ihrerseits wiederum eine nachteilige Auswirkung auf die israelische Wirtschaftsstrategie gehabt, durch die Schaffung von Joint-Venture-Projekten Kapitalinvestitionen aus dem Ausland sowie Management-Marketing-Experten zu ködern. Dies und die unglaubliche Bürokratie des zionistischen Staates sowie die hohen Steuern, die durch das sozialistische Wohlfahrtssystem erforderlich sind, haben Israels Versuch in der High-Tech-Entwicklung fast völlig untergraben.

Nur im Bereich militärischer Ausrüstung ist Israel in der Lage gewesen Exporterfolge zu erzielen. Erstens, indem es ein wichtiger Waffenlieferant für die dritte Welt wurde, und zweitens, durch den Erwerb von Rüstungsaufträgen aus dem US-Verteidigungsministerium mit Sonderprivilegien von der amerikanischen Regierung. □

Korrekturen am Masada-Mythos

Die legendären jüdischen Kämpfer von Masada, die lieber Selbstmord begingen als sich im Jahre 73 nach Christus den Römern zu ergeben, waren vielleicht bei weitem nicht so heldenhaft wie uns beigebracht wird, sagt Shaye J. D. Cohen, Professor für jüdische Geschichte am Jüdisch-Theologischen Seminar von Amerika.

Historischen Unterlagen zufolge, sagt Shaye, »waren die Kämpfer von Masada keine weltlichen Nationalisten, die für die politische Freiheit ihrer Heimat kämpften, wie es vor einigen Jahren in einer Fernsehserie dargestellt worden ist«. Statt dessen, sagt Professor Cohen, waren sie »religiöse Fanatiker, die hofften, daß der Krieg das Ende der Zeit einleiten und ihnen selbst Ruhm bringen würde, doch der Rest der Juden gehörte scheinbar nicht zu der gesegneten Zukunft«. □

Autoren für historische Fiktionen gesucht

Ein Gründungsmitglied der Jüdischen Lesbischen Töchter der Überlebenden des Holocaust (JLDHS), ein internationales Netzwerk und eine Hilfegruppe, sucht Beiträge für eine Anthologie von Schriften jüdischer lesbischer Töchter von Holocaust-Überlebenden. Unter dem vorläufigen Titel »Die Stunde des Hahns, die Stunde der Eule« wird die Sammlung Gedichte, Fotos, Kunst, Grafik und Kurzgeschichten über das Leben einer jüdischen lesbischen Tochter der Holocaust-Überlebenden umfassen. Fiktion, historische Fiktion, Biographien, Autobiographien und andere Formen werden von der JLDHS in Betracht gezogen. □

Israelische Generäle für Rückzug von der West Bank

In den besetzten Territorien gibt es keine Rückkehr zu der Situation vor dem November 1987, warnte ein ungenannter, hochrangiger israelischer Militärbeamter in einem Hintergrund-Briefing gegenüber der Presse. Einige sagen, es habe sich dabei um General Miznea gehandelt, den Befehlshaber an der West Bank.

Er sagte dann, er stimme einer Aussage von General Shakak, dem Leiter des militärischen Geheimdienstes zu, daß es »keine Alternative zur PLO-Führung« in den Territorien gäbe. Je weiter die Armee hineinmarschiert, »desto mehr Terrorismus wird es geben«.

Die anonyme Erklärung kommt zu einem Zeitpunkt, wo der Militärrat für Frieden, angeführt von Gene Ya'ariv und pensionierte Militäroffiziere eine Reise durch Israel begonnen haben, um die Bevölkerung von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Territorien aufzugeben. Frankreichs »Le Monde« berichtet, daß ihre Ansicht von den meisten israelischen Offizieren bis zur Ebene des Stabschefs hinauf geteilt wird. □

Israel mit der PLO in geheimen Verhandlungen

Der israelische Premierminister Yitzhak Shamir wird von seinen Gegnern in der Labor-Partei beschuldigt, in Rumänien mit der Palästinensischen Befreiungs-Organisation (PLO) in geheimen Verhandlungen über die besetzten Gebieten zu stehen. Der israelische Energieminister Moshe Shahal soll der Unterhändler sein.

PLO-Sprecher Abu Sharif hatte zu einem früheren Zeitpunkt gesagt, die Likud habe der PLO die Möglichkeit der Verwaltung von Teilen der West Bank und des Gaza-Streifens angeboten. Shamir hatte diese Behauptung dementiert, doch der Sprecher des israelischen Friedensrats, Moshe Amirav, sagte, vor seiner Abreise zu einem Besuch Rumäniens habe der Premierminister ihn nach den Aufzeichnungen von Amiravs Treffen mit PLO-Vertretern gefragt, um herauszufinden, wie weit die PLO bereit sei in den Verhandlungen zu gehen.

Die Pariser Tageszeitung »Le Figaro« berichtete, die PLO, die fürchte die Unruhen in den besetzten Gebieten »könnten außer Kontrolle geraten«, sei stark daran interessiert mit der Likud zu verhandeln, da die PLO glaube, »daß nur eine starke Regierung des rechten Flügels Frieden schaffen könne«.

Abu Sharifs Aussage ist jedoch Wahlkampfmunition für die israelische Labor-Partei geworden, denn sie kann jetzt zeigen, daß die Likud das tut, wofür sie die Labor-Partei beschuldigt, daß sie es nur sagen würde.

Energieminister Shahal hat Shamir gedrängt das Protokoll der Besprechung mit dem rumänischen Führer Nikolai Ceaucescu zu veröffentlichen und sagte, Likud-PLO-Verhandlungen fänden noch immer in Bukarest mit dem früheren Verteidigungsminister Ariel Sharon statt.

In einem Interview mit der »Jerusalem Post« bestätigte Shamir, daß die PLO ihm über Rumänien eine Sonderbotschaft geschickt hätte, in der sie direkte Verhandlungen vorschlug. Shamir lehnte es ab mehr über den Vorschlag zu sagen. Er sagte lediglich, die PLO versuche »die Ideen auszunutzen, von denen sie weiß, daß wir sie unterstützen«. Er fügte hinzu, daß es sehr schwierig sei an irgendwelche Signale oder Memoranden zu glauben, »die von einer solchen Organisation kommen«.

Der Druck innerhalb Israels nach Verhandlungen und Beilegung wächst täglich. Ezer Weizman, amtierender Generalsekretär der Labor-Partei, betonte, daß Israel »bereit sein solle seine Grenzen mit Jordanien zu ändern«. □

Israel

Auf dem Weg zum Atomkrieg

Stephen Green ist der Autor des Buches »Taking Sides« und dem vor kurzen veröffentlichten Buch »Living by the Sword«, die beide von der Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und Israel handeln. Green beschreibt Israel als eine militante Nation, die »sich in Richtung eines Atomkriegs mit ihren arabischen Nachbarn bewegt«. Er berichtet über eine Reihe von israelischen Angriffen auf die benachbarten arabischen Länder, deren Meldungen von den westlichen Establishment-Medien unterdrückt werden. Das allein öffnet einem die Augen, wenn man die beiden Bücher liest. Bei einem kürzlichen Besuch in Washington wurde Green von unseren Mitarbeitern interviewt.

In Ihrem Buch »Living by the Sword« beschuldigen Sie die »New York Times«, daß sie nicht wahrheitsgetreu darüber berichtet, was im Nahen Osten vor sich geht. Warum greifen Sie sich dabei gerade die »New York Times« heraus?

Green: Ich lebe und arbeite in Vermont und dort gibt es eine kleine Universitätsbibliothek, die über ein Ausgabenverzeichnis der »New York Times« verfügt.

Als ich mit meiner Arbeit anhand der Dokumente und Interviews begann, die ich bereits hatte, brauchte ich Zeittabellen für jedes Kapitel. Es war praktisch für mich in diese Universitätsbibliothek am Ort zu gehen und mir das Verzeichnis der »New York Times« zu besorgen.

Keine ernsthaften Recherchen über den Nahen Osten

Im Laufe der Erstellung dieser Zeittabellen war ich dann überrascht über die teilweise bewußt täuschende oder bewußt irreführende Berichterstattung der Ereignisse, die ich vom Standpunkt originalen Quellenmaterials aus studierte. Ich hatte wirklich nicht die Absicht, die Berichterstattung der »New York Times« zu einer Art Unterthema des Buches zu machen.



Es kann im Nahen Osten eine Situation entstehen, in der Israel direkt und sofort gezwungen werden könnte, den Einsatz von Atomwaffen in Erwägung zu ziehen.

Schließlich begann ich die Berichterstattung der »New York Times« bei Botschaftern und Journalisten von Rundfunkstationen zur Sprache zu bringen, mit denen ich zu tun hatte.

Einer insbesondere, Robert Dillion, der amerikanische Botschafter im Libanon war, behauptete mir gegenüber, er habe großen Respekt vor den Leuten von der »New York Times«, die hier »im Land« seien. Als wir uns darauf beide hinsetzten und im einzelnen seine Berichte und Aktennotizen auf der einen Seite mit der Berichterstattung in der »New York Times« verglichen, war er bestürzt. Er mußte dann zugeben, daß die Berichterstattung verdreht worden ist.

Er sagte: »Ich kann nicht glauben, daß es der Fehler des Reporters war, der über die Sache zu der Zeit berichtet hat; ich muß glauben, daß es sich um eine redaktionelle Entscheidung handelte.«

Ich neige auch dazu dies zu glauben.

Die gemeinsamen wunden Punkte

Ist die »New York Times«, angeblich die Zeitung mit einem ausgezeichneten Ruf, am schlimmsten bei der Verzerrung der Ereignisse in Nahost?

Green: Ich denke, daß es andere Zeitungen gibt, die noch schlimmer sind, doch es sind keine Zeitungen, auf die ein ernsthaft Recherchierender Bezug nehmen würde. Die »New York Post« zum Beispiel oder die »New York Daily News« verzerren und täuschen sicherlich noch mehr als die »New York Times«.

Wie würden Sie die Gesamtberichterstattung der Medien über den Nahen Osten beurteilen?

Green: Ich denke, es ist eine Art strittiges Thema, weil ich der Meinung bin, daß wir in den letzten sechs bis zwölf Monaten einen langen Weg zurückgelegt haben. Jedermann, der die Berichterstattung des »Boston Globe« über den Aufstand verfolgt hat, könnte nicht mehr verlangen, was objektive, von hohen Grundsätzen geleitete Berichterstattung betrifft.

Ich nenne den »Globe« nur als ein Beispiel. Ich denke, der Aufstand der Palästinenser und die Pollard-Affäre haben die Abneigung der Leute reduziert, Israel als eine dominierende Militärstreitmacht und Besatzungsmacht darzustellen.

Warum gibt es in den Vereinigten Staaten eine so spürbare Unterstützung für Israel?

Green: Ich glaube nicht, daß es dafür eine einzige Antwort gibt. Teilweise liegt es an dem Vorhandensein einer amerikanischen jüdischen Gemeinde, die dem amerikanischen Volk beharrlich und wirksam ihre Ansicht präsentiert. Teilweise liegt es an der Art und Weise wie Israel zustande kam, dem verzweifelten Versuch in den USA, Geld und Waffen für das jüdische Palästina aufzutreiben. Sicher handelte es sich hier um eine Reihe großer Länder, die

sich um ein kleines Land zusammengerottet haben.

Teilweise liegt es auch daran, daß wir selbst das Ziel von Terrorakten sind, bei den Israel das andere Hauptziel ist. Es gibt da eine Art Blutsverwandtschaft – gemeinsame wunde Punkte.

Ich glaube nicht, daß es eine einzige Sache gibt, die für die öffentlich verzerrte amerikanische Nahostpolitik verantwortlich ist. Meiner Meinung nach sind es viele diese Dinge zusammengenommen und dazu eine sehr gute Public-Relations-Maschinerie, die diese Themen am Leben erhält.

Unzufriedenheit über die Beziehungen

Ich möchte rasch hinzufügen, daß ich Ihre Frage hinsichtlich dessen beantworte, was damals geschehen ist. Ich glaube, die Lage ändert sich und meine, daß man Israel heute anders sieht.

niemals die USA ausspioniert. Jetzt habe ich Hunderte, Hunderte, Hunderte von Dokumenten und zahlreiche Fälle, die das Gegenteil beweisen. Ich sprach mit dem FBI und ich spreche mit den Israelischen Verteidigungsstreitkräften (IDF).

Ich habe wahrscheinlich neue, nachgewiesene Informationen über drei oder vier Fälle, die veröffentlicht wurden. Ich habe dokumentierte Informationen über weitere drei oder vier, die niemals veröffentlicht wurden und in den israelische Beamte verwickelt waren, die man stillschweigend gebeten hat, die USA zu verlassen.

Dennoch hat mir das amerikanische Außenministerium fünf Jahre lang erzählt, daß genau dies nicht passiert sei – es ist einfach nicht geschehen. Ich denke, daß die Pollard-Affäre neu definiert hat, wo Amerika steht im Hinblick auf Israel und Israels nationales Sicherheitsinteresse.



Stephen Green, Autor der Bücher »Taking Sides« und »Living by the Sword«: »Ich glaube, Israel bewegt sich auf einen Atomkrieg mit seinen Nachbarn zu.«

Für diese gleiche Public-Relations-Maschinerie wird es immer schwieriger eine einheitliche Ansicht über Israel in den Vereinigten Staaten zu erreichen, selbst innerhalb der jüdischen Gemeinden in Amerika. Es hat zwei Bereiche gegeben, die uns kristallklare Beispiele dafür gaben, wo Israel steht im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und im Verhältnis zu anderen Ländern in der Region. Das eindringlichste Beispiel ist der Fall Pollard.

Das amerikanische Außenministerium behauptete, Israel habe

Wenn es irgend jemand gegeben hat, der der Meinung war, daß die beiden Synonyme sind – daß Amerikas nationales Sicherheitsinteresse synonym war mit dem Israels –, dann hat das sicher mit der Pollard-Affäre aufgehört. Mit dem Fall Pollard ist das ein für allemal vorbei. Ich weiß das sehr genau, weil ich versucht habe das US-Außenministerium in den letzten sechs Jahren davon zu überzeugen, daß Israel in Spionage verwikkelt ist.

Auch der Aufstand der Palästinenser hat gezeigt, so denke ich, daß Israel nicht so demokratisch ist, was die Presse betrifft und was den Umgang mit den Arabern in den besetzten Gebieten angeht.

Es sind nicht die Araber

Zweitens haben die Israelis ihre Macht gegen die Zivilisten eingesetzt. Sie haben israelische Soldaten hart, ja brutal mit Zivilisten umgehen sehen. Natürlich läuft das dem Klischee entgegen, daß es die Araber sind, die die Zivilisten bombardieren und angreifen und Angst davor haben dem israelischen Militär Mann für Mann gegenüberzutreten.

Das ist Unsinn und die Dokumente, die meine Bücher »Taking Sides« und »Living by the Sword« in die Öffentlichkeit bringen, handeln davon. Dennoch bleibt diese Vorstellung bestehen.

Als ich mir den CBS-Film anschaute, wo israelische Soldaten einem kleinen Jungen systematisch beide Arme brachen, war mir klar, daß man Israel nie wieder in der gleichen Weise betrachten würde. Ich denke, Ereignisse wie diese werden jetzt immer mehr bekannt. Ich hätte gerne, daß die Menschen, die mein Buch »Taking Sides« gelesen haben, begreifen, daß Israel sich in der Vergangenheit immer wieder gegenüber der Zivilbevölkerung in der Region so verhalten hat.

Herrscht genug Unzufriedenheit im amerikanischen Außenministerium über Amerikas Beziehung zu Israel, daß es schwierig wird für die Israelis die amerikanische Regierung weiterhin zu manipulieren?

Green: Ich glaube nicht. Ich halte es für fraglich, daß auf der mittleren Ebene Unzufriedenheit über die israelisch-amerikanischen Beziehungen herrscht.

Ich spreche jetzt nicht von den »araber-freundlichen« Menschen, die Karriere gemacht haben und mit dieser Karriere und ihren Aufgaben in der arabischen Welt angefangen haben und die dann zurückgekehrt sind und einen Job im amerikanischen Außenministerium oder in anderen Behörden bekommen haben. Sie werden beiseitegeschoben, weil sie zumindest was ihre Kontakte zu Israel betrifft als durch ihre Erfahrungen beeinflußt angesehen werden.

Es gibt allerdings nicht viele Beamte aus diesem Kreis. Es sind nicht die Leute, über die ich in meinem Buch »Living by the Sword« gesprochen habe. Vielmehr ist es mir gelungen an die Menschen heranzukommen, die die Kontaktpersonen zu Israel sind und denen Israel vertraut, wenn sie mit mir sprechen. Es sind auch die einzigen, die zuverlässige Informationen über das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Israel haben, weil die anderen eifrigst umgangen werden.

Egal, welchen Titel sie tragen, die Israelis sind sehr klug in ihrer sorgfältigen Einschätzung darüber, wer ihre Freunde und Feinde sind und gehen entsprechen vor.

Ich hätte meine Bücher nicht ohne die Kooperation mit Menschen in der amerikanischen Regierung schreiben können, denen Israel vertraut, die jedoch heute unzufrieden sind.

Das Szenario für einen Atomkrieg deutet sich an

Glauben Sie, daß die Israelis jemals die Atomwaffen benutzen würden, von denen der israelische Atomtechniker Mordechai Vanunu gesprochen hat?

Green: Ja. Im letzten Kapitel des Buches »Living by the Sword« deute ich ein Szenario eines Atomkrieges an von dem das amerikanische Verteidigungsministerium derzeit der Meinung ist, daß es ein glaubwürdiges Szenario sei.

Truppen sammeln sich an den Grenzen zu Syrien und Ägypten. Die eine oder die andere Seite beginnt mit den Aktivitäten. Israelische Flugzeuge starten; die taktischen Raketen der Araber regnen auf die israelischen Flugplätze nieder. Die israelischen Flugzeuge führen einen verheerenden ersten Schlag aus und haben dann keinen Platz mehr zum Landen und keine Service-Möglichkeiten bestehen mehr.

Die Flugfelder sind übersäht mit konventionellen Sprengstoffen und Reparaturen sind nicht mehr möglich, weil chemisch-biologische Mittel und Raketen mit hundertprozentiger Genau-

Israel

Auf dem Weg zum Atomkrieg

igkeit auf jedes israelische Flugfeld abgeschossen worden sind.

In dieser Situation ist die israelische Luftwaffe praktisch aus dem Vorgang herausgenommen. Das ist ein Szenario, in dem Israel direkt und sofort gezwungen werden würde, den Einsatz von taktischen Atomwaffen in Erwägung zu ziehen.

Wenn Israel in einem Konflikt mit seinen arabischen Nachbarn Atomwaffen einsetzt, würden die Vereinigten Staaten in den Konflikt und somit in einen Atomkrieg hineingezogen?

Green: Ich glaube, ja. Ich glaube nicht, daß die Amerikaner danebenstehen könnten und zuschauen, wie sich das Szenario entwickelt.

Wie würden die Vereinigten Staaten auf einen Angriff gegen Israel reagieren?

Green: Erneut wären die USA in einer Position, in der der Schwanz den Hund veranlaßt zu wackeln. Israel würde in der Situation die Entscheidungen treffen und die Amerikaner wären an die Folgen gebunden.

Bewegt sich Israel auf einen Atomkrieg mit seinen arabischen Nachbarn zu?

Green: Ich glaube nicht, daß Zweifel darüber bestehen. Ich denke, daß sich die Umstände, die dahin führen, langsam in diese Richtung sich entwickeln. Israel hat eine rudimentäre Waffe entwickelt, hat sie verbessert, getestet. Das Land hat eine Reihe von aggressiven Aktionen gegen seine Nachbarn unternommen. Die Araber haben reagiert, indem sie sich Waffen, insbesondere Offensivwaffen, besorgen.

Am Ende wird Israel recht behalten

Ich denke, eine der Entwicklungen, die in die Richtung deutet, daß Israel in Zukunft Atomwaffen einsetzen muß, besteht darin, daß die Araber jetzt gegenüber Israel den Krieg beginnen können, wenn sie es wollen.

Israel stehen sämtliche militärischen Optionen zur Verfügung. Wenn es weiter weg von den Golan-Höhen in Richtung Damaskus gehen will, dann kann es das tun. Wenn es einen gepanzerten Angriff gegen den Libanon führen will, dann kann es das tun und tut es mit großer Regelmäßigkeit.

Wenn es einen intensiven Luftangriff auf Tunis oder Bagdad durchführen will, so kann es auch das tun.

Die Araber haben nicht so viele Möglichkeiten. Sie haben all diesen Unsinn in einem Bocksprung übersprungen. Sie haben gesagt: »Gut, ihr habt diese wunderbaren Beziehungen zur Reagan-Regierung. Ihr habt all diese schönen High-Tech-Waffen. Ihr könntet uns auf viele Arten schlagen. Wir werden darum die Fähigkeit entwickeln, ein paar tausend Menschen in euren Städten zu töten.«

Am Ende wird Israel recht behalten. Am Ende gehen alle diese guten Reiseführer her und führen diese jungen Pioniere und all die amerikanischen Touristen auf einen Berg und sagen: »Dort ist Jordanien und da ist das Meer und versteht Ihr nun, warum wir alle diese gemeinen, schlimmen Dinge tun, die wir tun? Und wie sehr wir Eure Hilfe brauchen? Wir sind so verwundbar.«

Das war meiner Meinung nach alles Unsinn in den früheren Jahren. Es war sicherlich Unsinn in den Augen des amerikanischen Geheimdienstes CIA und des US-Generalstabs. Sie sind die Professionellen, die die politische und militärische Einschätzung dieser Dinge vorzunehmen haben.

Heute ist das allerdings alles kein Unsinn mehr. Es ist das perfekte Beispiel für den Jungen, der schrie: »Hilfe, ein Wolf«. Jetzt steht dieser Wolf vor der Tür der Vereinigten Staaten. □

Die beiden Bücher von Stephen Green »Talking Side« und »Living by the Sword« können Sie bestellen bei Liberty Library, 300 Independence Ave., S.E., Washington, D. C. 20003, USA.

Naher Osten

Wer zündet den Funken?

Leon Dobbs

Im Jahre 1986 wurde Leon Dobbs aus Israel abgeschoben, wo er damals wohnte, nachdem er verhaftet und fünf Tage lang in Abu Khabir in Haft gehalten worden war. Seine Verhaftung war die direkte Folge seiner Verbindung mit der afrikanisch-amerikanischen Gemeinde der Hebräer in Dimona, Israel. Seit den letzten zwei Jahrzehnten versucht diese Gemeinde im Heiligen Land zu leben. Als die israelische Regierung über seine Absicht als Journalist zurückkehren und den Status der afrikanisch-amerikanischen Gemeinde zu beobachten und seine Feststellungen einem Sonderstab des amerikanischen Kongresses mitzuteilen, wurde ihm die Einreise verweigert. In den folgenden zwei Wochen haben die Israelis aufgrund der Beharrlichkeit des US-Außenministeriums und dem schwarzen Parteigremium im US-Kongreß ihre Entscheidung revidiert und ihm die Einreise erlaubt. Prominenten Bürgerrechtsquellen in Israel zufolge soll es in der Geschichte das erste Mal vorgekommen sein, daß eine abgeschobene Person erneut die Erlaubnis zur Einreise bekommen hat. Im Mai dieses Jahres reiste Leon Dobbs durch das Land und die besetzten Gebieten und traf sich und sprach mit Israelis und Palästinensern. In den nächsten Ausgaben wird CODE die Berichte von Leon Dobbs über seine Reise in das verheißene Land veröffentlichen. Die Schwerpunkte werden sein: Der Aufstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten, die Kontroverse der afrikanisch-amerikanischen Hebräer in Israel und die anhaltende Notlage der Äthiopier (Falashas) im Heiligen Land.

Vor zwei Jahren verließ ich Israel in Handschellen und wurde bei meiner Rückkehr mit den Worten begrüßt: »Willkommen in Israel. Wir haben Sie erwartet. Wir wünschen Ihnen eine gute Reise.« Das war wirklich ironisch, wenn man an die Spannungen und Gewalt denkt, von denen der Staat Israel derzeit geschüttelt wird.



Elazar Granot, Generalsekretär der Mapam-Partei, links, begleitet Israels Präsident Chaim Herzog zu einer Parteiversammlung.

Die Araber haben mehr als Steine geworfen

Das schwelende Feuer im Heiligen Land ist gekennzeichnet durch Frustration und Reaktionismus. Die Auswirkungen der 21jährigen israelischen Militärbesetzung der West Bank und des Gaza-Streifens werden deutlich in der wachsenden Spannung und der Angst auf den Gesichtern der Israelis und Palästinenser sowie in der eskalierenden Friedensbewegung und in der Politik des harten Kurses der Likud-Regierung.

Zu den weiteren Anzeichen der Spannung gehören die zehn Meter hohen Zäune links und rechts der Straßen an der West Bank, um zu verhindern, daß Steine von den Flüchtlingslagern aus auf die vorbeifahrenden Fahrzeuge geworfen werden und nach Hause eilende palästinensische Kinder, wenn sich israelische Militärpatrouillen nähern.

Es ist eine Frustration, geboren aus einer Unfähigkeit heraus mit einem Problem fertigzuwerden, das nach zwei Jahrzehnten scheinbar jeder Lösung trotz; seltsam zu einer Zeit, wo jeder – absolut jeder, Palästinenser und

Israeli – sagt, er wolle den Frieden. Doch der Augenblick, wo eine Gewaltaktion »einem der ihren schadet« – wie ein israelischer Soldat erklärte –, ist der erste Impuls für Israelis und Palästinenser nicht ein Augenblick, der Frieden bringen wird, sondern ein Akt der Rache.

Intifada ist zum Symbol geworden

»Jedes einzelne Dorf und Flüchtlingslager in den Territorien kann auf eine Geschichte bombardierter Häuser, Abschiebungen, zerbrochener Familien, Schlägereien und Verhaftungen zurückblicken«, sagte ein Palästinenser, der hier »Mahmoud« genannt wird. »Es wird hier nie wieder so sein wie früher. Die Leute haben zu viel gelitten als daß sie vergessen könnten.«

Seine Worte erinnerten an den Grundton der Unterhaltung mit einer jüdischen Mutter auf einer Taxifahrt von Tel Aviv nach Jerusalem. »Die Araber haben mehr als nur Steine geworfen«, sagte sie. »Es gibt jetzt nichts mehr zu reden.« Ihrer Meinung nach ist die Chance für einen Frieden weggeworfen worden wie die vielen Steine, die fielen.

Es ist kein Wunder, daß Sari Anwar Nusseibeh, palästinensischer Professor für Philosophie an Hebrons Bir Zeit Universität sagte: »Ich habe niemals so sehr auf den Frieden gehofft und mich dennoch so sehr vor dem Krieg gefürchtet.«

Intifada, das arabische Wort für »Aufstand«, ist der Begriff, der die letzten sechs Monate des Widerstandes gegen die Besatzung beschreibt. Mehr noch als das, er scheint das Symbol geworden zu sein für das Engagement der Palästinenser den Status quo zu ändern. Trotz des internationalen Gebrauchs hat die israelische Pressezensur arabische Publikationen daran gehindert, das Wort in Artikeln und Berichten zu verwenden.

In den letzten sechs Monaten war der Widerstand der Palästinenser gegen die Gegenwart der Israelis sehr intensiv und weit verbreitet. Wie ein Waldbrand, der vom Wind weiter getragen wird, entzündete er sich in einem Dorf und setzte sich unmittelbar im nächsten Ort fort.

»Ich bin zwei Mal verhaftet und geschlagen worden und ich habe keine Angst davor wieder geschlagen zu werden«, erklärte Mahmoud. Etwas in Zweifel darüber, daß er jetzt mit einem Journalisten darüber spricht, fügte er hinzu: »Doch ich kann mir einen besseren Grund vorstellen geschlagen zu werden als den, daß ich mit Ihnen gesprochen habe.«

Die Lage ist mehr als angespannt

Die meisten Palästinenser hatten zunächst eine Scheu davor offen zu sprechen. Mitglieder der Shin Bet, den internen israelischen Sicherheitskräften, geben sich oft als Journalisten aus, um herauszufinden, wer hinter der palästinensischen Widerstandsbewegung steckt.

»Besonders die Veröffentlichung der Broschüren, die in den Dörfern an der West Bank und in Gaza im Umlauf sind, mit denen die Leute über die nächste Phase im Kampf informiert werden«, sagte Mahmoud.



Eine palästinensische Familie im Dorf Beita steht vor den Trümmern ihres Hauses, das von Israelis zerstört wurde.

»Vor drei Monaten hat es eine große Erklärung im isralischen Rundfunk und Fernsehen gegeben, daß die IDF (israelischen Verteidigungsstreitkräfte) die Presse beschlagnahmt haben, die die Broschüren für die Intifada veröffentlicht hat. Doch zwei Tage später kam die neue heraus. Dann sagten sie, sie würden diejenigen gefangennehmen, die die Broschüren verfaßt haben und sie hätten sogar einige der führenden Leute abgeschoben. Doch die Dinge gehen weiter. Aber jetzt ist jeder angespannt.«

Wie angespannt, das wird deutlich in Nablus, der größten Stadt an der West Bank, wo wir nach der Aufhebung des Ausnahmezustands über die Stadt mit einem Fahrer in die Nähe der Moschee fuhren und auf eine Militärpatrouille trafen, die die Straße gesperrt hatte. Als Schüsse fielen, sprang unser Begleiter aus dem Auto und rannte davon, weil er nicht zusammen mit einem Journalisten erwischt werden wollte.

Als wir davonfuhren, wurden wir kurz darauf von einem Jeep überholt, auf dem ein Maschinengewehr montiert war. »Sie spielen mit uns?« behauptete der verantwortliche Soldat. Sein Helfer wollte uns ins Gefängnis werfen, weil wir bei der Moschee Fotos gemacht hatten. Sie entschlossen sich, uns nur den Film wegzunehmen.

Als sie dem Fahrer Fragen stellten, machte sich die Jugend der Soldaten bemerkbar. Als junge Männer, sicher nicht älter als die Besatzung selbst, waren beide nervös und versuchten mit einer Situation fertigzuwerden, die ihre Eltern durcheinandergebracht hatten.

Da die Schulen geschlossen waren hatten palästinensische Jugendliche die israelischen Truppen regelmäßig in Steinewerf-Aktionen verwickelt.

Die Taktik der Armee bestand unter anderem darin, die Straßen in den Dörfern mit Fässern zu blockieren, um den Steinewerfern die Fluchtwege abzuschneiden. Den Arabern an der West Bank zufolge, binden sie seit kurzem Jugendliche vorne an die Jeeps als Abschreckung für die Steinewerfer.

In dem Dorf Beita haben Sicherheitskräfte sogar die Lautsprecher der Moschee am Ort beschlagnahmt, aus Angst sie könnten dazu benutzt werden die Dorfbewohner zusammenzutrommeln oder aufzuwiegeln.

Niemand ist jetzt glücklich

Viele Male, wenn die israelischen Siedler oder Armeepatrouillen kamen, waren die Lautsprecher das einzige Mittel, um den Leuten mitzuteilen, was vor sich ging. Viele Imams (islamische Religionsführer) sind verhaftet worden, weil sie der Intifada geholfen haben.

Vor kurzem sprachen die israelischen Behörden von einem Rückgang der Gewalttätigkeiten in den Territorien als Beweis dafür, daß ihre harte Reakton darauf funktioniert. Doch andere weisen darauf hin, daß der Rückgang der Aktivitäten genauer erklärt wird durch eine Kombination des monatelangen islamischen Fastens, des Ramadan, und einer Rekordhitzewelle, die die Zustände untragbar gemacht hat.

»Die Leute waren einfach zu schwach und ausgelaugt von der Hitze und dem Fasten, um noch protestieren zu können«, sagte Imam Talib Abdul-Azziz.

Gewalt brach aus, als Tausende moslemischer Gläubiger auf dem Tempelberg zusammenkamen, um in der Moschee Al-Aqsa als Zeichen des Endes der heiligen Tage zu beten. In Zusammenstößen mit der Polizei und Soldaten wurden drei getötet und Dutzende verwundet. Die Dinge beruhigten sich jedoch wieder während der Eid Al-Fatr Feier, des zweitägigen Fests zum Ende des Ramadan.

»Niemand ist jetzt glücklich«, sagte Talib. »Es gibt nichts zu feiern. Man wird anfangen zu feiern, wenn die Besatzung vorüber ist.«

Doch trotz all der religiösen Untertöne ist die Intifada für die Mehrheit der Palästinenser ein nationalistischer Kampf, ein säkularer Kampf, der wenig mit Religion zu tun hat.

»Die Israelis haben die Welt versucht davon zu überzeugen, daß der Aufstand das gleiche ist wie die schiitische Revolution im

Naher Osten

Wer zündet den Funken?

Iran. Das stimmt nicht. Doch die Welt will kein zweites Iran, deshalb unterstützen die Leute die Palästinenser nicht«, sagte Charlie Biton, ein Mitglied der Knesset. »Für die Palästinenser ist die fortgesetzte Existenz des Staates Israel keine Frage. Es ist eine Tatsache. Doch wie wir wollen sie einen eigenen Staat – souverän, mit sicheren Grenzen.«

Friedensgespräche in Nahost sind niemals richtig in Gang gekommen aus vornehmlich zwei Gründen: Israels Ablehnung die Palästinensische Befreiungs-Organisation (PLO) anzuerkennen und der Aufgabe der besetzten Territorien. Mehr Israelis als je zuvor glauben heute jedoch, daß irgendeine Art von Austausch Land für Frieden unvermeidlich ist.

Es ist alles wegen der Besatzung

Einige der Soldaten, die ins Gefängnis gesteckt wurden, weil sie es abgelehnt hatten, in den besetzten Gebieten Dienst zu tun, haben ihre eigene Protestbewegung mit dem »Yesh Givul« (»Es gibt keine Grenze«) gegründet. Niemand weiß wie viele Mitglieder die Bewegung hat.

»Man kann spüren, daß einige der Soldaten nicht glücklich sind mit der Aufgabe die sie verrichten«, sagte ein israelischer Soldat. »Die Leute haben uns gesagt: ›Ihr solltet hingehen und Armeen und Soldaten in einem Krieg bekämpfen‹, und hier kommen wir mit all unseren Waffen, um gegen Frauen und Kinder zu kämpfen, die nur nach ihren Grundrechten verlangen. Ich konnte feststellen, daß vielen von uns der Gedanke nicht behagte.«

Peace Now, die nach dem historischen Besuch des verstorbenen ägyptischen Präsidenten Anwar Sadat in Jerusalem gegründet wurde, ist weiterhin die größte Bewegung. Doch die Freunde Israels reagieren empfindlich auf die Sticheleien, sie seien unpatriotisch, weil sie zu einer Zeit der Konfrontation den Frieden befürworten. Viele beklagen sich darüber, daß sie mit ihren Familien und Freunden einen Drahtseilakt zu diesem Thema vollführen müssen.

Ein Einwohner von Tel Aviv sprach von einer kürzlichen Reise nach Europa, wo er auf eine Reihe von Europäern traf, die Israels Existenzrecht offen in Frage stellten. »Ich war niemals so deprimiert hinsichtlich der Zukunft wie ich es jetzt bin«, sagte er. »Es ist alles wegen der Besatzung. Nach 21 Jahren sagen die Leute auf der ganzen Welt: ›Es ist genug!‹«

Ron Cohen, ein Knesset-Mitglied der Bürgerrechtspartei, verglich die Besatzung und die Belastung, die sie auf die israelische Gesellschaft ausübt, mit dem amerikanischen Engagement in Vietnam oder dem der Franzosen in Algerien. Doch trotz all dieser zunehmenden Rufe nach Frieden wächst auch die Zahl der jüdischen Siedler an der West Bank.

Fast niemand glaubt, daß der von dem amerikanischen Außenminister George Shultz vorgeschlagene Plan eine Friedenschance bietet. Beobachter glauben, daß Shultz selbst das Friedensangebot nie ernsthaft beabsichtigt hat. Es wurde gemacht, damit die Reagan-Regierung in der Öffentlichkeit sagen kann, daß sie etwas versucht hat.

In Jerusalem flüstert man sich ins Ohr, daß der einzige Plan, der die Chance hat zu funktionieren, ein Vorschlag linksgerichteter Parteien in Israel ist. Informanten zufolge wird sich die Sowjetunion im Austausch für volle diplomatische Beziehungen zu Israel an einer internationalen Friedenskonferenz über den Nahen Osten beteiligen. Im Austausch dafür werden die Amerikaner dem Recht der Palästinenser zustimmen, ihre eigenen Unterhändler zu wählen.

Statt der PLO wären die Vertreter der Palästinenser Hanna Siniora, Herausgeber der Zeitung »Al-Fajr«, der englischsprachigen palästinensischen Wochenzeitung, und Rechtsanwalt Fayez Abu Rahme. Die beiden wurden mit stillschweigender Genehmigung der PLO ausgewählt. Es gehen Gerüchte , daß der Plan in allen Einzelheiten mit US-Außenminister Shultz und dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewadnaze besprochen worden ist.

Awad wird zum Symbol der Sammlung

»Wir haben eine Likud-Regierung, die nicht wirklich bereit ist Frieden zu schaffen«, beschwerte sich Elazar Granot, Generalsekretär der Mapam-Partei und Verfechter einer erneuten internationalen Friedensinitiative. »Obwohl sie es behaupten sind die Bedingungen, die sie verlangen, nicht vernünftig. Wir sind festgefahren und wir brauchen den Frieden. Ich mache mir Sorgen darüber, was damit meinem Volk angetan wird. Wenn die Menschen die ganze Zeit kämpfen, verringert sich der Wert menschlichen Lebens. Das jüdische Volk hat moralische Vorstellungen und nur im Frieden können wir diese Vorstellungen verwirklichen.«

US-Vertreter an der Botschaft in Tel Aviv sind eindeutig verärgert darüber, daß es ihnen nicht gelingt mit der gegenwärtigen israelischen Regierung Fortschritte zu erzielen. Die meisten sind der Meinung, daß der nächste Schritt von den Israelis kommen muß, jenen die die Macht in der Arena haben.

Mit der mitternächtlichen Verhaftung und anschließenden Verweisung des amerikanischen Palästinensers Mubarak Awad außer Landes hat die israelische Regierung wahrscheinlich ein Symbol der Sammlung für den palästinensischen Widerstand geschaffen und ihr eigenes internationales Image geschädigt.

Außerhalb Israels wenig bekannt und von den meisten Palästinensern als wunderlicher Kauz angesehen, weil er in einem durch Gewalt gekennzeichneten Kampf Gewaltlosigkeit vorgeschlagen hat, ist Awad jetzt stark gefragt.

Als amerikanisch erzogener Christ in Ost-Jerusalem geboren, paßte Awad nicht in das stereotype Bild eines palästinensischen Terroristen. Egal wie intensiv sich die israelische Regierung bemüht hat, ihn als einen terroristischen Führer der Intifada hinzustellen, die Israelis waren zu dem Thema geteilter Meinung.

»Ich kenne Mubarak Awad jetzt seit vier Jahren gut. Er ist kein Terrorist«, sagte Eddie Kaufman, ein jüdischer Professor an der Hebräischen Universität in Jerusalem.

Kaufman war so überzeugt, daß er zur Unterstützung Awads, der in den ersten Tagen seiner Gefangennahme das Essen ablehnte, ebenfalls in den Hungerstreik trat.

Keine Gefährdung der Regierung

»Ursprünglich hat man ihn mit ungeheuerem Argwohn betrachtet«, sagte Nancy Nye, Awads Frau. »Die Leute waren absolut davon überzeugt, wenn man sagte: ›Trage kein Gewehr, unterstütze den bewaffneten Kampf nicht‹ – bedeutet das, daß man einfach aufgeben wolle. Sie konnten sich nicht vorstellen, daß Gewaltlosigkeit bedeutet, daß man dennoch etwas tut. Doch seit Jahren benutzen Palästinenser gewaltlose Taktiken wie eine Anzahl erfolgreicher kommerzieller Streiks oder die Frauen, die Sit-ins veranstalten, wenn sie ihre Söhne oder Ehemänner im Gefängnis nicht besuchen konnten.

Bei dem Aufstand hat jeder beschlossen teilzunehmen anstatt sich zurückzulehnen und zu sagen: ›Ich warte auf eine Lösung‹.«

Mrs. Nye, die an der Quaker-Mädchenschule in Ramallah, einer Stadt an der West Bank, unterrichtet, sagte, der Glauben ihres Mannes an die Gewaltlosigkeit stamme von dem gewaltsamen Tod seines Vaters im Jahr 1948 her. Seine Mutter hat die Kinder aufgezogen mit der Lehre sich der Gewalt zu widersetzen, damit andere Kinder nicht vaterlos aufwachsen müßten wie die ihren.

Mrs. Nye zufolge wird die Strategie der Gewaltlosigkeit in den ländlichen Gebieten bereitwillig angenommen. Im Grunde hat der Aufstand ein neues Gefühl der Kooperation geschaffen, da die Dorfbewohner mit kollektiven Gärten und Schulen begonnen haben. □

Israel

Probleme mit der Bericht-erstattung

Peter Blackwood

Die Berichterstattung über Israel aus erster Hand ist keine leichte Aufgabe besonders, wenn man eine harte, objektive und möglicherweise kritische Ansicht der gegenwärtigen Ereignisse im Land von Zion einnehmen will. Unser Sonderkorrespondent stieß auf große Probleme, noch bevor er überhaupt dort ankam. Das heißt, er wäre sogar beinahe gar nicht angekommen.

Zunächst lehnte die israelische Botschaft in Washington es ab, ihm ein Visum zu erteilen, weil er, so sagten sie, drei Jahre zuvor abgeschoben worden war, da er seinen Aufenthalt in der Demokratie in der Wüste bei seiner letzten Reise überzogen hatte.

Wochenlange Treffen und Rücksprachen

Obwohl Victor Marchetti mit Empfehlungsschreiben ausgestattet war, die seine journalistische Aufgabenstellung bestätigten, obwohl er Schreiben von verschiedenen amerikanischen Kongreß-Abgeordneten vorlegte – von denen einige selbst Gäste der israelischen Regierung gewesen sind –, die seinen professionellen Status bestätigten und sich für seine unmittelbare Rückkehr in die Vereinigten Staaten nach Abschluß seiner Aufgabe verbürgten, weigerte sich die Botschaft weiterhin.

Es waren wochenlange Treffen mit Vertretern der Botschaft, zahlreiche Rücksprachen von deren Seite mit dem Außenministerium in Israel und schließlich die Vermittlung des amerikanischen Außenministeriums nötig, bevor das Visum erteilt wurde. Als unser Mitarbeiter schließlich Ende April in Israel eintraf, wurde er von Sicherheitsbeamten am Flughafen in Tel Aviv begrüßt. »Guten Tag«, sagten sie, »wir haben Sie erwartet.«

"THE WILD WEST BANK"

Somit hinreichend gewarnt, begann er seine Aufgabe. Doch er sollte von der israelischen Regierung keinerlei Hilfe bekommen.

Als er seinen Presseausweis beantragte, erfuhr er die gleiche Art von schleppender Behandlung wie in Washington, als er sein Visum beantragt hatte. Nach mehreren erfolglosen Versuchen begab sich unser Mitarbeiter eines Tages erneut zu dem israelischen Amt, um nach seinem Presseausweis zu fragen. Während er auf die zuständige Person wartete, die gerade nicht an ihrem Schreibtisch war, bemerkte er neben dem Telefon eine Notiz. Darauf stand: »Victor Marchetti, pro-amerikanisch, nicht unbedingt pro-palästinensisch, (dann auf Hebräisch) anti-israelisch, rechts.«

»Als ich diese Notiz las«, sagte uns unser Mann bei seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten, »stand ich auf und ging hinaus. Damit wußte ich, daß ich niemals einen Presseausweis bekommen würde.«

Dennoch fuhr er fort, durch das Land zu reisen und so viele Leute wie möglich zu interviewen und seine Aufgabe unter den restriktiven Umständen so gut wie möglich durchzuführen. Wie restriktiv diese Umstände genau waren, läßt sich am besten an zwei Ereignissen demonstrieren.

Nach Abschluß seiner ersten drei Interviews mit israelischen Politikern schickte unser Reporter Tonbänder zusammen mit internen Dokumenten der Mapan-Partei, die ihm der Generalsekretär der Partei gegeben hatte, an unser Büro in Washington. Das Paket kam nie an. Anschließende Überprüfungen in Israel und in Amerika durch die Kuriergesellschaft »bestätigten, daß das Paket an uns ausgeliefert und die Lieferung durch Unterschrift bestätigt worden ist«.

Es war eine brenzlige Lage

Das ist natürlich eindeutig nicht der Fall. Doch was mit dem Material unseres Mitarbeiters tatsächlich passiert ist, läßt sich nur vermuten. Wir haben unseren Verdacht, besonders nachdem wir von palästinensischen und für den Frieden eingestellten Quellen in Israel erfahren haben, daß »das, was hier abgeschickt wird, nicht immer am Bestimmungsort ankommt«.

Der zweite Zwischenfall ereignete sich an der West Bank in der Nähe der Stadt Nablus. Unser Reporter fuhr mit seinem Fahrer und einem Ortsansässigen, der ihn über die Situation in dem Gebiet unterrichtete, in einem Wagen, als eine Schießerei losging. Plötzlich stellten sie fest, daß eine Patrouille der israelischen Armee die Straße vor ihnen blockierte. Sie bogen nach einer Seite ab und fuhren der Patrouille davon. Mit den Worten, er wolle nicht zusammen mit einem Journalisten erwischt werden, sprang der Führer aus dem Wagen und rannte davon.

Nachdem sie den Kontrollpunkt umfahren hatten, setzten unser Reporter und sein Fahrer die Fahrt fort und wurden kurz darauf von einer Militärpatrouille überholt. Während ein Soldat sie befragte, verlangten die beiden anderen, daß sie verhaftet werden sollten, weil »sie uns an der Nase herumgeführt haben«.

Unser Reporter zeigte seinen Paß und die Dokumente, um seinen Befrager davon zu überzeugen, daß er tatsächlich Amerikaner ist und im journalistischen Einsatz. »Es war eine brenzlige Lage«, erzählte er uns. »Das letzte, was mir noch gefehlt hätte, wäre eine Verhaftung durch die IDF gewesen.«

Unterdessen entdeckten die anderen Soldaten die Kamera unseres Mannes, die hinten im Wagen am Boden lag. »Er hat in verbotenem Gebiet Fotos gemacht«, rief der Soldat. Und wieder wurde verlangt, man solle ihn verhaften. »Er führt uns an der Nase herum«, beharrte der andere Soldat.

Der verantwortliche Soldat wurde unschlüssig. Unser Mann sprach so schnell und so überzeugend, wie er nur konnte. Schließlich beschloß der Soldat, den Film aus der Kamera zu konfiszieren und unserem Reporter und dem Fahrer zu erlauben, weiterzufahren – mit einer ernsten Warnung, nicht wiederzukommen. □

Israel

Bericht aus dem Inneren Israels

Victor Marchetti

»Frustration. Das ist ein Wort, das die Stimmung in Israel heute am besten beschreibt. Jedermann ist frustriert. Die Israelis, die Palästinenser, die politischen Führer beider Seiten, die Bevölkerung in den Städten und Dörfern, selbst die Ausländer, besonders die Mitarbeiter an der amerikanischen Botschaft«, so beschrieb unser Mitarbeiter nach der Rückkehr von einer vierwöchigen Reise durch Israel und die besetzte West Bank seine Eindrücke.

Und Überdruß. Das war die Stimmung, die als nächstes durchkam. Jedermann ist müde. Die Soldaten sind müde zu versuchen, die Intifada (den Aufstand) niederzuhalten. Die jüngeren sind müde, Dienst zu tun und von ihren Familien weg zu sein. Einige von ihnen sprechen davon, in die USA oder nach Australien auszuwandern. Sie haben den anti-arabischen Rassismus, die Schläge und Verhaftungen, den konstanten Druck, unter dem sie stehen, satt.

Eine Atmosphäre der Feindseligkeit

Auch die Palästinenser haben es satt. Sie haben alle die Probleme satt, die die Intifada verursacht hat, und alle die Entbehrungen, die sie ertragen müssen. Das Schließen der Schulen, die Streiks, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, den Ärger. Es war besonders schwer für die Frauen und Kinder. Doch das palästinensische Volk hat es alles akzeptiert, sogar die Zerstörung ihres Eigentums und andere Verluste, weil sie die israelische Besatzung hassen. Sie sind entschlossener denn je, unabhängig zu werden.

Außerdem war eine »Spannung« zu spüren, eine Atmosphäre der Feindseligkeit, besonders unter den Israelis. Jemand hatte das Gefühl, die Dinge könnten jeden Moment explodieren.

Überraschenderweise waren die jüdischen Frauen anscheinend am stärksten gespannt, am verärgertsten. Mehr als eine brachte eine »harte« Haltung gegenüber den Palästinensern zum Ausdruck und meinte: »Die Araber haben mehr als Steine geworfen. Es gibt jetzt nichts mehr, worüber zu reden wäre.«

Dennoch mag es immer noch Raum geben für bedeutungsvolle Land-für-Land-Friedensverhandlungen zwischen den streitenden Kräften. Selbst der durchschnittliche Mann auf der Straße schien bereit, eine Art Wechsel im Status quo zu akzeptieren. Sie erkennen, daß es eine Menge Blutvergießen geben wird, wenn die Situation nicht friedlich gelöst wird – und ein großer Teil davon wird aus israelischen Adern fließen.

Auf der Fahrt von Tel Aviv nach Jerusalem hörte ich eines Tages im Radio die Meldung von einer Schießerei in der Nähe der libanesischen Grenze. Mehrere Terroristen und zwei israelische Soldaten wurden bei dem Zwischenfall getötet. Mein Fahrer schlug mit seinen Fäusten auf das Lenkrad und fing an zu schreien: »Warum? Warum?« fragte er klagend.

Die Kosten steigen von Tag zu Tag

Obwohl das Mitgefühl des Fahrers nur den israelischen Soldaten galt, die ihr Leben verloren hatten, unterstrich der traurige Anblick und die anschließende Diskussion mit dem Fahrer für mich die große Sorge und das Bewußtsein, die das normale israelische Volk im Hinblick auf den Preis hat, der zweifellos zu zahlen sein wird, sollte das Problem der Palästinenser nicht bald und auf friedliche Weise gelöst werden. Sie erkennen, daß die Kosten sehr hoch sein werden, und es gibt keine Garantie dafür, daß sie dieses Mal gewinnen werden.

Beeindruckend ist die Größe und der Umfang der öffentlichen Kritik an der israelischen Regierung hinsichtlich der palästinensischen Besatzung und der Stärke der Friedensbewegung im Inneren Israels. Die Friedensbewegung beschämt die Amerikaner, besonders die amerikanischen Juden. Die Friedensadvokaten dort sind höchst lautstark und aktiv, und ihr Einfluß reicht bis in die Israel Defence Force (IDF) und in die Knesset.

Im Gespräch mit Knesset-Mitgliedern und anderen politischen Führern, die eine Verständigung mit den Palästinensern befürworten, beobachtete ich eine verstärkte Sorge um die langfristigen wirtschaftlichen Auswirkungen des Aufstandes.

»Die Kosten steigen jeden Tag«, sagte mir ein Vertreter der Legislative. »Das Geld muß von irgendwoher kommen, um die Rechnungen für die wirtschaftlichen Verlagerungen zu bezahlen. Es gibt nur eine Quelle für solche Geldmittel: amerikanische Hilfe. Ihr, die USA, verstrickt euch jeden Tag tiefer, ob ihr das merkt oder nicht.«

Es ist wie in Vietnam oder Afghanistan

Zusätzlich zu dem direkten Militär- und Polizeiaufwand, um den Aufstand niederzuschlagen, gab es steigende indirekte Kosten in Form von höheren Nahrungsmittelpreisen, weil die landwirtschaftlichen Produkte der Palästinenser nicht mehr in dem Maß wie zuvor auf die israelischen Märkte gelangen. Die Bauindustrie und das Hotelgewerbe sind stark betroffen, ebenso wie die Krankenhäuser und andere Dienstleistungsbereiche, weil die palästinensischen Arbeitskräfte fehlen. Schließungen von Läden und andere Wirtschaftsboykotte haben weitere Verluste verursacht. Außerdem kam es zu einem deutlichen Absinken der Steuereinnahmen, die die Israelis an der West Bank und in Gaza eingenommen haben.

Die anhaltende Spannung, die durch den Aufstand verursacht wurde, hat das politische Spektrum in Israel bis zum Zerreißen angespannt. Der Likud-Block und das Labour-Bündnis entfernen sich immer weiter voneinander, und die Bündnisse innerhalb der beiden Bewegungen sind zerbrechlicher als je zuvor.

Während die Extremisten auf beiden Seiten – Rabbi Meir Kahanes Kach-Partei und die National-Religiöse Partei auf der Rechten und Mapan und die Bürgerrechtsbewegung auf der Linken – an Gefolgsleuten gewinnen, hat keiner von ihnen genügend Macht angesammelt, um eine Koalition zu bilden, die stark genug wäre, um Likud oder Labour herauszufordern. Dennoch werden die extremen Flügel in den bevorstehenden Wahlen ein größerer Faktor sein, als zuvor in ihren jeweiligen Gruppen.

Unterdessen beginnen zumindest einige der aufgeklärteren politischen Beobachter und eine wachsende Zahl von Militärexperten zu fürchten, daß sich der Aufstand als ein Vietnam Israels erweisen könnte. Obwohl die Intensität der Intifada in den letzten Wochen abgenommen hat – teilweise wegen des heiligen Fastenmonats des Islam, Ramadan –, geht der Widerstand gegen die israelische Besatzung weiter, und es kommt täglich zu Gewaltakten.

»Es wird jede Woche immer einen Grund zum Demonstrieren geben«, sagte ein palästinensischer Aktivist. »Die Intifada wird weitergehen. Wir haben keine Wahl. Wir können den Israelis jetzt nicht nachgeben. Nicht nach all dem, was wir durchgemacht haben. Das ist der Unabhängigkeitskrieg des palästinensischen Volkes.«

Und genauso beginnen einige in der IDF und selbst in der Knesset die Situation zu beurteilen. »Wir begreifen langsam, daß wir mit all unserer militärischen Macht«, sagte ein israelischer Politiker, »die wahrscheinlich ausreicht, alle arabischen Armeen zu schlagen, nicht in der Lage sein werden, einen Krieg gegen das palästinensische Volk zu ge-

winnen. Es ist wie in Vietnam oder Afghanistan, wenn Sie so wollen.«

»Die Besetzung steht nicht in Einklang mit der Geschichte«, sagte das Mitglied der Knesset, Ron Cohen, von der Bürgerrechtsbewegung. »In der heutigen Zeit wirkt der Versuch, ein anderes Volk zu unterwerfen – und das ist es, was wir versuchen, mit den Palästinensern zu tun – nur gegen einen selbst. Man kann das nicht machen. Die Franzosen scheiterten in Algerien; Amerika scheiterte in Vietnam. Es gibt viele Beispiele dafür. Israel wird damit bei den Palästinensern scheitern.«

»Der Friedensplan von Außenminister George Shultz ist keine ernsthafte Bemühung, die Situation der Palästinenser zu lösen«, sagte Charlie Beton, ein anderes Mitglied der Knesset. »Es ist nichts weiter als ein cleverer Trick, um den politischen Status quo aufrechtzuerhalten und den Palästinensern ihre Unabhängigkeit zu verweigern.

Befürchtungen wegen der öffentlichen Meinung

Als solche ist sie zum Scheitern verurteilt. Washington versteht nicht, daß die Intifada nicht einfach nur ein Ausdruck des palästinensischen Nationalismus ist. Es ist eine Reflexion des erhöhten Bildungsstandes der Palästinenser und ihrer Entschlossenheit zu tun, was nötig ist, um ihre Unabhängigkeit zu gewinnen.«

Ich fand es irgendwie ironisch, daß Mitglieder der Knesset Israels und Amerikas Politik im Hinblick auf Palästina ohne weiteres kritisieren, während in den USA unsere eigenen Kongreßabgeordneten sich nicht in ähnlich ehrlicher Form äußern können oder wollen.

Viele der Israelis, mit denen ich gesprochen habe und von denen einige vor kurzem von Auslandsreisen zurückgekehrt waren, brachten große Befürchtungen hinsichtlich der internationalen öffentlichen Meinung zum Ausdruck. Sie seien besonders beunruhigt über die Kritik an Israel, der sie in Westeuropa begegnet sind. Einige der Israelis sagten, daß einige Europäer so verärgert seien über die Unnachgiebigkeit der zionistischen Regierung zum Thema der Palästinenser, daß sie sogar begonnen hätten, Israels Existenzrecht in Frage zu stellen.

Elazar Granot, Generalsekretär der Mapan-Partei, die sich von dem Labour-Bündnis abgespalten hat, sagte, seine Partei sei auch mißtrauisch in bezug auf Shultz' Friedensinitiative. Granot zufolge ist jedermann einschließlich der Palästinenser argwöhnisch über Washingtons Motive wegen deren enger Beziehung zur israelischen Führung. Außerdem, sagte er, befriedigen die Einzelheiten des Plans nicht die palästinensischen Forderungen nach Freiheit und Unabhängigkeit.

Folglich hat die Mapan selbst Kontakt zu sowjetischen Vertretern aufgenommen, um für eine internationale Friedenskonferenz zu werben. Unter dem Plan der Mapan würde die Sowjetunion im Austausch für die Beteiligung an der internationalen Konferenz Israel wieder voll diplomatisch anerkennen.

Und die Vereinigten Staaten würden Hanna Siniora, den Herausgeber der Zeitung »Al Fajr«, und Fayez Abu Rahme, den Leiter einer Anwaltsvereinigung, als Vertreter der Palästinenser akzeptieren und damit de facto die Beteiligung der PLO an dem Friedensprozeß zulassen. Shultz traf sich übrigens mit Siniora und Rahme Anfang dieses Jahres in Washington. Granot sagte weiter, der Plan der Mapan werde in Westeuropa stark unterstützt.

Ich sprach auch mit verschiedenen Friedensinitiativen, so auch unter anderem mit Professor Sari Nusseibeh von der Bir Zeit Universität in Hebron und Felicia Langer, dem feurigen israelischen Anwalt der Bürgerrechtsbewegung. Alle brachten ihre Enttäuschung über die »unterwürfige« US-Friedensinitiative zum Ausdruck, besonders Washingtons scheinbare Unfähigkeit oder Nichtbereitschaft, Israel zu drängen, kooperativer zu sein – »trotz der ganzen finanziellen Hilfe, die sie den Zionisten geben«.

Am Abend, bevor ich mit Dr. Mubarak Awad, dem amerikanischen palästinensischen Befürworter des gewaltlosen Widerstandes, zusammentreffen sollte, wurde Awad in seinem Haus in Ost-Jerusalem von einem Trupp 18 israelischer Polizisten verhaftet. Als ich am nächsten Tag mit Awads Frau Nancy sprach, fand ich sie überraschend »optimistisch und gesprächig«. Unter anderem sagte sie, sie sei erstaunt »über die ungeheure Aufmerksamkeit, die die israelische Regierung ihrem Mann schenke«.

Die Ruhe vor dem Sturm

Sie sagte, Awad sei »nicht wirklich aktiv« in der palästinensischen Widerstandsbewegung, und er »habe kein großes Gefolge«, doch die »Behörden hätten eindeutig Angst vor seinen Worten und seien entschlossen, ihn zum Schweigen zu bringen«, indem sie ihn abschieben wollen. Sie schien ehrlich überrascht und verwirrt darüber, daß sein Eintreten für den gewaltlosen Widerstand bei der israelischen Regierung eine solche Antipathie hervorrufen konnte.

Bei dem Besuch der West Bank stellte ich eine unerwartet »unterwürfige Atmosphäre« in den Tagen unmittelbar nach dem heiligen Monat Ramadan fest, normalerweise eine Zeit, in der nach langem religiösen Fasten intensiv gefeiert wird. Man erzählte mir, daß die gegenwärtige starke Hitzewelle und die Tatsache, daß die Palästinenser »nichts zu feiern hätten«, weitgehend der Grund für die Lethargie seien. Dennoch fühlte ich, daß auch noch andere Fakten eine Rolle spielten. Es war unheimlich. Es war wie die Ruhe vor dem Sturm.

Ich stellte auch fest, daß jede Stadt ihre eigene Geschichte der Intifada hat, Horrorgeschichten von Schießereien, Schlägen und Verhaftungen, von der Zerstörung von Häusern und Farmen. Es war ein Weg der Qual und Pein.

Trotz der Schwierigkeiten und der Verwüstung, trotz der Beschlagnahme von Land und Häusern, die dem Erdboden gleichgemacht wurden, merkt man spürbar, wie die Leute näher zusammenrücken. Doch der Schmerz, der ihnen von den Israelis zugefügt wird, ist sehr groß. □

Zionismus

Nicht Hingabe an Gott

Emil Rahm

Der größte Jude, Jesus Christus, sagt gemäß dem Johannes-Evangelium 5,43: »Ich bin im Namen meines Vaters gekommen, doch ihr nehmt mich nicht an; wenn ein anderer in seinem eigenen Namen kommt, den werdet ihr annehmen.« Hat sich dieses biblische Wort im weltlichen Zionismus erfüllt?

Ein weltbekannter Vertreter der zionistischen Mystik war der Philosoph Martin Buber. Er schrieb in seiner Schrift »Zion als Ziel und Aufgabe«: »Die neue Menschheit braucht uns. Aber sie braucht uns nicht zerstreut und auseinanderstrebend, sondern gesammelt und geeint, nicht vom Getue und Gerede besudelt, sondern gereinigt und bereit, nicht Gott bekennend mit unserem Wort und Gott verratend mit unserm Leben, sondern Gott getreu dienend durch Bildung einer Menschengemeinschaft nach seinem Sinn.«

Diktatur des schöpferischen Geistes

Das Königstum Gottes über alles Menschenvolk aufzurichten, sei aber – so Buber – nicht anders möglich, als »indem wir die Diktatur des schöpferischen Geistes aufrichten. Die Diktatur des schöpferischen Geistes, dem sich alle Macht und Herrlichkeit der ›privaten Initiative‹ zu beugen, dem sie zu gehorchen hat.«

In der früher erschienenen Schrift »Drei Reden über die Juden«, Frankfurt 1911, schrieb Buber, daß wir »in einer besonderen Zweiheit stehen« sollten, »nicht durch Hingabe an einen Gott, den wir wirklich nicht mehr wirklich zu machen vermögen«, sondern durch »Hingabe an den Grund unseres Wesens, an die Einheit der Substanz in uns, die so einig und einzig ist, wie der einige und einzige Gott, den die Juden damals aus ihrer Sehnsucht nach Einheit hinaufgehoben haben an den Himmel ihres Daseins und ihrer Zukunft«.

Der Glaube Bubers ist mit dem der Juden der Zeit des Alten Testaments nicht identisch. Es ist nicht mehr der ursprüngliche, biblische Offenbarungsglaube an den lebendigen Gott. Somit ist auch die Zionsidee Bubers nicht schriftgemäß, sondern verweltlicht. Ist es nicht ein rein humanistischer Messianismus mit biblischen Begriffen als Chiffre, Leerformel, ein humanistischer Messianismus, wie derjenige von Karl Marx, der wenigstens auf einen blendenden Hinweis auf die Bibel verzichtet hat?

Verwandt mit der Freimaurerei

Wenn Buber weiter über das Los des Judentums sagt, »daß sein Höchstes an sein Niedrigstes gebunden ist und sein Erlauchtes an sein Schädliches«, daß »die mutigste Wahrhaftigkeit neben der Verlogenheit des innersten Lebensgrundes, der letzte Opferwille neben der gierigsten Selbstsucht« stehe und »kein anderes Volk so niederträchtige Spieler und Verräter, kein anderes Volk so erhabene Propheten und Erlöser hervorgebracht« habe, so hat er plastisch vor Augen geführt, was »Hingabe an unser Wesen« oder »Hingabe an Gott« bedeuten kann.

In der Geschichte des Judenvolkes lesen wir vom Betrüger Jakob, den Gott am Fluß Jabok in den Zerbruch führt und segnet, von seinen Söhnen, die den Sohn Josef töten wollen, nach Ägypten verschacherten, dann aber vom großmütigen verkauften Bruder Josef mit der ganzen orientalischen Welt vom Hunger erlöste – ein Bild, das auf den größten Juden Jesus hinweist, der zwar im Auftrag frommer Pharisäer, aber um der Schuld der ganzen Welt willen gekreuzigt wurde.

Wenn der größte Mensch als inkarnierter Gott in Jesus Christus ein Jude war, wird auch der vorausgesagte andere, der in seinem eigenen Namen komme, der falsche Messias oder Antichrist, auch ein Jude sein?

Ist Bubers Glauben nicht sehr verwandt mit der Geisteswelt der Freimaurerei, in der der Mensch sich selbst zu erlösen trachtet und nach der Einheit und dem Heil strebt? Während die Freimaurerei den symbolhaften Gott als »Allmächtiger Baumeister aller Welten« kennt, ist auch Bubers Gott nicht der Gott der Bibel, sondern der vom Menschen in seiner Vorstellung geschaffene Gott. Gott, der den Menschen schuf, oder der Mensch, der seinen individuellen Gott schafft?

Wird die Bibel, auf die sich Zionisten und Freimaurer berufen, nicht verfälscht, wenn sie nicht als Offenbarung Gottes, sondern als symbolhaftes Erbauungsbuch verstanden wird? Wird hier nicht einem Anstatt-Gott, einem Anstatt-Christus gehuldigt, einem Antichristen – heißt doch »anti« soviel wie »an Stelle von«.

Gut ist, was den Zielen dient

Bezüglich Moral gibt es nach Buber nichts an sich Böses; jede Leidenschaft könne zur Tugend werden. Jede Handlung sei heilig, wenn sie auf das Heil gerichtet sei. Ist aber diese Tat-Moral nicht das gleiche wie jede andere autonome Moral, wie der Relativismus der Freimaurerei, des marxistischen Sozialismus oder des Nationalsozialismus Hitlers?

Steht der zionistische Sozialismus nicht in der gleichen Reihe? Besteht nicht die Gefahr, daß auch der zionistische Nationalismus zu einer Gefahr werden könnte, für alle Juden und viele andere, die nicht spuren?

Im Blick auf einen in den USA geführten Prozeß zwischen Zionisten und antizionistischen Juden schrieb »The Washington Observer« am 15. Dezember 1969: »Die meisten Menschen meinen, der Zweck der sogenannten zionistischen Bewegung sei es, jüdischen Flüchtlingen eine Heimat in Palästina zu schaffen. Keineswegs. Der wahre Zweck des Zionismus ist die Errichtung einer totalen, weltweiten Kontrolle durch eine Super-Weltregierung.«

Der israelische Politiker Uri Averny stellt in seinem Buch »Israel ohne Zionisten« fest, daß während des Krieges von der zionistischen Führerschaft kaum etwas unternommen worden sei, um die Juden im eroberten Europa vor der Ermordung zu bewahren. Die Zionistenführer hätten palästinensische und nicht jüdische Politik betrieben.

Zu bedauern ist, daß zum Beispiel der geniale Plan des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht aus dem Jahr 1938, der von Hitler akzeptiert war und den deutschen Juden die Ausreise unter annehmbaren Bedingungen ermöglicht hätte, von zionistischer Seite ohne Angabe von Gründen abgelehnt worden sei.

Schacht schrieb mit Blick auf das Gespräch mit dem Vermittler Lord Berstedt: »Nach zwei Tagen kam er wieder zu mir und teilte mir mit, daß er meinen Plan leider ablehnen müsse, weil Herr (Chaim) Weizman sich dagegen ausgesprochen habe. Eine Begründung hierfür gab er nicht« (Hjalmar Schacht »Magie des Geldes«, Düsseldorf und Wien, 1966).

Paßte dieses Vorgehen in die Pläne führender Zionisten? Sahen sie voraus, daß durch das Schuldbewußtsein der Menschen eine größere Offenheit für die Schaffung eines Judenstaates kommen werde und daß Wiedergutmachungszahlungen dem Aufbau des Landes dienen könnten? Chaim Weizman habe einen Auswanderungsvorschlag mit den Worten abgelehnt: »Eher will ich den Untergang der deutschen Juden sehen, als den Untergang des Landes Israel für die Juden.« Weshalb hat eine zionistische Bank der USA den Judenhasser Hitler finanziert? □

Zitate

Vergleich

Jeschajahu Leibowitz, israelischer Philosoph: »Hitler und seine Handlanger waren Idealisten. Sie kämpften und starben nicht für materiellen Gewinn, sondern für eine Idee, für die Weltherrschaft der germanischen Rasse. Das ist reiner Idealismus. Doch das Element der Unterjochung der niedrigeren Rassen war Teil jener Ideologie. Hier wäre es fein, wenn das andere Volk einfach verschwände. Diese Leute sehen nur auf die Erdscholle, nicht auf die Menschen, die sie bewohnen. Die Menschen sind in den Augen der religiösen Chauvinisten, die den Kampf um Judäa und Samaria anführen, belanglos. Sie sind einfach die Stoßtrupps des jüdischen Annexionismus. Unterhalten vom Staat Israel, bewaffnet vom Staat Israel. Und was den Ausdruck ›national-religiös‹ anbelangt, wie in National-Religiöse Partei, so nimmt das Religiöse den gleichen Platz ein wie der Sozialismus im ›Nationalismus‹ Hitlers.«

Bonn

Manfred Rommel, Stuttgarter Oberbürgermeister: »Wir sind auf dem falschen Gleis, aber dafür erhöhen wir die Geschwindigkeit.«

Nato

Henry Kissinger, Vertrauter von David Rockefeller und ehemaliger amerikanischer Außenminister: »Zwei im Grunde gegenläufige Entwicklungen bedrohen heute das Bündnis: einerseits eine lässige Zufriedenheit oder gar Nachlässigkeit und andererseits ein fast bastlerischer Hang zum Herumexperimentieren, der das bisher Erreichte für selbstverständlich hält und dazu neigt, grundsätzlich unvereinbare Ziele zu verfolgen.«

Wirtschafts-wunder

Hans-Günther Sohl, Aufsichtsratsvorsitzender der Thyssen AG und Ehrenpräsident des Bundesverbandes deutscher Industrie: »Auch in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sollten gerade wir Deutsche uns fragen, ob nicht eine lässige Zufriedenheit und der Hang, das bisher Erreichte für selbstverständlich zu halten, die Gefahr in sich birgt, bei dem sich abzeichnenden Strukturwandel in der Welt in eine Entwicklung zu geraten, die für die kommenden Generationen verhängnisvoll werden kann. Während sich in den kommunistischen Ländern – bei aller Berufung auf Marx und Lenin – eine Abwendung vom Gleichmacherstaat und eine Hinwendung zur Leistungsgesellschaft abzeichnet, sind bei uns gegenläufige Tendenzen unübersehbar. In unserer gesellschaftspolitischen Diskussion gewinnen klassenkämpferische Parolen, die wir für überwunden hielten, wieder an Gewicht. Vielleicht liegt das daran, daß wir uns an Wohlstand und Frieden gewöhnt haben, daß wir sie für selbstverständlich halten.«

Parteien

Rudolf v. Bennigsen-Foerder, Vorstandsvorsitzender der Veba AG: »Die Sozialdemokraten verstehen nichts von Geld. Die Christdemokraten auch nicht. Aber die Sozialdemokraten wissen es wenigstens.«

Dekadenz

Dr. Peter Gauweiler, Staatssekretär im bayerischen Innenministerium: »Wir stehen in diesem Jahrzehnt an einem Wendepunkt. Nämlich vor der Entscheidung, ob wir im Abstand von 20 oder 30 Jahren die Verwilderungs- und Brutalisierungserscheinungen der nordamerikanischen Metropolen bei uns nachvollziehen, oder ob es uns gelingt, eine in Jahrhunderten gewachsene bürgerschaftliche Substanz in unseren Städten zu halten. Die zunehmende Tendenz zu Rücksichtslosigkeit und Brutalität in unserer Gesellschaft läßt sich nicht nur, aber auch an der Kriminalstatistik ablesen. In den letzten 20 Jahren stiegen zum Beispiel die Raubdelikte um 192 Prozent, der schwere Diebstahl um 267 Prozent und die Rauschgiftdelikte gar um 4992 Prozent. Genauso stieg die Zahl der Opfer dieser Straftaten, von denen aber so gut wie überhaupt nicht gesprochen wird. Im Gegenteil, man hat irgendwo den Eindruck der Akzeptanz und Gleichgültigkeit. Wir haben uns daran gewöhnt, daß Brutalität und Gewalt gegen Menschen und Sachen in einem Ausmaß ›erklärt‹, relativiert und leider auch als Teil öffentlichen Vergnügens wie auch politischer Auseinandersetzung verherrlicht werden, das Beobachter noch aus den sechziger Jahren hätte zusammenzucken lassen.«

Programm

Michail Gorbatschow, Generalsekretär der KPdSU: »Wir sind uns der Bedrohung des Friedens seitens des imperialistischen Militarismus eingedenk und meinen, daß sich vorläufig noch keine Garantien für die Unumkehrbarkeit der begonnenen positiven Prozesse herausgebildet haben, das neue politische Denken erlaubt jedoch neue Möglichkeiten, der Politik der Stärke auf einer breiteren politischen Grundlage als früher zu widerstehen, zu sehen und ausfindig zu machen. Dadurch wird auch unser Verteidigungsaufbau bestimmt. In unserer praktischen Tätigkeit werden für uns die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern auch weiterhin im Vordergrund stehen. Wir werden konsequent die Linien auf die Vertiefung unserer Beziehungen zu den Entwicklungsstaaten und der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit befolgen sowie einen aktiven Dialog mit allen auf der Hauptrichtung der Weltpolitik – in den Abrüstungsfragen – führen.«

Glasnost

Milovan Djilas, ehemaliger Stellvertreter Titos und glühender Stalinverehrer: »Gorbatschow setzt sich nicht nur für eine Reparatur, sondern für eine Evolution ein, mit der die sowjetische Wirtschaft und Gesellschaft zu einer modernen demokratischen Ordnung emporgehoben werden soll. Das aber ist eine Utopie, allein schon deshalb, weil ein solcher Schritt ohne Abschaffung des Parteimonopols über Wirtschaft und Staat nicht möglich ist. Anders gesagt: Ohne Abschaffung der ideologisch bestimmten Wirtschaft und des durch die Partei beherrschten Staates wird die Sowjetunion weiter zurückbleiben und über ihre inneren Probleme stolpern, auch wenn sie vorübergehend einige Fortschritte machen kann. In Wirklichkeit ist Glasnost der bedeutendste und weitreichendste Prozeß, den Gorbatschow, teilweise wider Willen, eingeleitet hat. Die Glasnost für die Partei und für die Kommunisten, die er anstrebte – auch, um sich dadurch selber an der Macht zu halten – wird jetzt von den Nicht-Parteimitgliedern in Anspruch genommen. Mit Glasnost eröffnen sich Möglichkeiten für freie Meinungsäußerung – und zwar nicht nur im Bereich der offiziellen Ideologie, sondern – wenn auch halblegal – für Ideen, die sich von der offiziellen Linie unterscheiden. So wandeln sich Bewußtsein und Erkenntnisse – und obwohl der Pluralismus nirgendwo gesetzlich festgelegt ist, obwohl eine Rückkehr zu den parteipolitischen und bürokratischen Verboten und Einschränkungen möglich erscheint –, das neue Bewußtsein kann man schon nicht mehr aufhalten. Eine Rückkehr zur Tyrannei und bürokratischen Stagnation ist nicht mehr möglich. Darin liegt wohl die größte historische Errungenschaft Gorbatschows.«

Freizeit

Eckart van Hooven, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank: »Die Deutschen wissen mit ihrer Freizeit nur wenig anzufangen. 80 Prozent schalten den Fernseher ein. Es ist ein völlig unproduktives Verhalten, ohne eigene Aktivitäten, ohne eigene Denkansätze.«

CDU

Rainer Barzel, früherer CDU-Vorsitzender: »Ich kann mich nicht erinnern, daß die Koalition bei der Wende den Wählern die Quellensteuer, Steuerfreiheit für Flugbenzin, neue Subventionen und mehr Schulden versprochen hat.«

Erkenntnis

Lech Walesa, polnischer Arbeiterführer: »Ich schäme mich, daß der Kommunismus uns zum Bettler Europas gemacht hat.«

Presse

Dieter Stolte, ZDF-Intendant: »Der Journalist muß zwar versuchen, immer etwas herauszubringen – aber wenn er nichts herausgebracht hat, muß er das Nichts nicht auch noch senden.«

□

Medizin

Naturheilmittel Sauerstoff aus dem Wasserhahn

Zweiter Teil und Schluß

Hanspeter Sommer

Wie kommt der Mensch in unserer sauerstoffarmen Umwelt zu jenem lebensnotwendigen, gesunden und natürlichen Sauerstoff? Russische Wissenschaftler haben lange Zeit geforscht, nachdem ihnen die fast unglaubliche Gesundheit und Langlebigkeit kaukasischer Bergbewohner aufgefallen ist. Das Geheimnis der Energie jener Leute: sie lebten an einem Wasserfall, der mit der notwendigen Geschwindigkeit auf die Steinplatten prallte.

Der Nobelpreisträger Professor Philipp Lenard hat mit seinen damals bescheidenen Möglichkeiten eine bedeutende Versuchsanordnung aufgebaut, um zu beweisen, daß Wasserfälle lebendigen Sauerstoff liefern. Er baute eine kleine metallene Petroleumlampe (Rundbrenner, dessen Glaszylinder durch einen ganz kurzen aus Metall bestehenden Zylinder ersetzt war) und steckte diese an einen isolierenden Ebonitstab, der als Kollektor, als Lichtsammler diente. Die Petroleumlampe war durch einen blanken Draht mit einem Elektroskop verbunden, dessen Abweichungsanzeige den Potentialunterschied zwischen dem Ort der Flamme und der Erde angab. Wurde nun die Flamme bei schönem Wetter auf freiem Feld hochgehoben, so erschien eine positive Abweichung am Elektroskop; die bekannte Wirkung des normalen Erdpotentialgefälles. Befand man sich jedoch an einem Wasserfall, so ist das Zeichen der Abweichung (Divergenz) umgekehrt und allgemein stärker.

An wasserreichen, tosenden, selbst nur wenige Meter hohen Wasserfällen war die Luftelektrizität so stark, daß der Flammenkollektor sogar weggelassen werden mußte. Auch plätschernde Bäche mit schwach geneigtem Bett zeigten noch eine Wirkung. Glatte Wasserläufe dagegen brachten keine Reaktion.



Zweimal täglich Sauerstoffionen aus dem Troma-Ion-Gerät einatmen, eine ideale Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung von Abwehrschwächen.

Die Stärke der Wirkung richtete sich also ganz nach der Heftigkeit, mit der das Wasser fiel. Der Forscher und Naturwissenschaftler Dr. Konstantin von Brunowsky hat ein kleines handliches Gerät konstruiert, das beim Anschluß an das Gesundmittel Wasser diesen Wasserfalleffekt nachvollzieht. Das Gerät selbst sieht eher bieder aus, wenn man sein Innenleben nicht kennt.

Je stärker der Stoß, desto mehr Ionen

Das Herz und Kernstück bildet eine Düse, die in Handarbeit so präzise gearbeitet ist, daß das Wasser mit dem normalen Druck der Wasserleitung auf die Geschwindigkeit eines Wasserfalls von über 50 Meter Höhe beschleunigt und in rund 10 000 Wassertropfen in der Sekunde geformt wird.

Ein trichterähnliches Gebilde aus besonderem Material fängt diese 10 000 Tröpfchen ab. Sie prallten darauf ab, wie das Wasser auf den Steinplatten. Was hier nun passiert ist physikalisch erklär- und beweisbar. Die Oberfläche des Wassers ist mit einer elektrischen Doppelschicht versehen, deren negative Seite der Luft zugekehrt ist. Stoßen zwei Wassermassen gegeneinander, dann reißt sich etwas von der negativen Belegung los, geht in die Luft über und macht sich negativ elektrisch.

Je stärker der Stoß, desto mehr Ionen werden von dem Wasser abgegeben. Der Hauptsitz der Elektrizitätsentwicklung ist daher der Fuß des Falles. Von dort aus verbreitet sich die negative Elektrizität der Luft in die Umgebung, während die positive Elektrizität des Wassers zur Erde geht.

10 000 Tröpfchen pro Sekunde

Genauso hat Brunowsky gedacht. Er läßt den Anwender seines Sauerstoffgerätes dieses schräg halten, der Kaltwasserhahn wird aufgedreht, die 10 000 Tröpfchen pro Sekunde schlagen aus sieben Düsen kommend auf den trichterförmigen Ionisator, der dabei entstehende Wasserstaub wird von einem Trichter in ein begrenztes Maß mit einem Durchmesser von rund 25 Zentimeter gebracht und am Rande dieses Wasserstaubsackes kann man natürlichen, erfrischenden Sauerstoff durch die Nase einatmen. Das Schräghalten des Trichters ist deshalb erforderlich, daß entsprechend dem vorher Beschriebenen das positiv geladene Wasser in die Dusch- oder Badewanne abfließen kann.

Der Wasserstaub ist jedoch nicht etwa wertlos. In der »Kosmetischen Monatsschrift« hat die Diplomkosmetikerin M. Möller-Witting von der Universität Freiburg die hautfreundliche Wirkung dieser feinsten Wassertröpfchen so beschrieben:

»Die Zirkulationsträgheit mit ihren Folgen wie Blässe, Erschlaffung des Muskel- und Bindegewebes ist bei der heutigen Lebensweise ein allgemein verbreitetes Übel, unter dem Frauen aller Altersstufen leiden. Bei ihrer Bekämpfung war die Kosmetik neben der Massage in der Hauptsache auf warme Anwendungen angewiesen, die den vor allem bei der Behandlung des Gesichts sehr fatalen Nachteil haben, daß sie die Poren vergrößern, die elastischen Fasern der Haut dehnen und die Gewebe auflockern. Die Troma-Behandlung aber verbindet in vollendeter Weise die zirkulationsanregende mit der adstringierenden (zusammenziehenden, entzündungshemmenden und blutstillenden) Wirkung. Der trommelnde Wirbel der Wassertropfen aktiviert in wenigen Sekunden die Gefäßtätigkeit, und die Wasserkälte bewirkt Zusammenziehung der Poren und Festigung des Gewebes, und zwar ohne schädliche Überreizung der Haut, wie andere adstringierende Maßnahmen sie häufig hinterlassen.

Besonders bei fetter Haut und bei Akne hat Frau Möller-Witting in dieser Art der Kaltwasserbehandlung von Erfolgen geschrieben, die die Wirkung bisher üblicher Maßnahmen weit übertreffen.

Für den Organismus gesunden Sauerstoff

Irma Nietze, eine versierte Heilpraktikerin aus Rottach-Egern, berichtet von durchschlagenden Erfolgen bei der Behandlung der kaum beherrschbaren Psoriasis (Schuppenflechte): »In der Tat habe ich in meiner Praxis auch einen Mann aus dem Heilbad Krotzingen kennengelernt, der innerhalb von vier Wochen eine seit 20 Jahren bestehende Schuppenflechte verlor.«

Ob Kosmetik oder innere Anwendung, positive kosmetische Effekte kann man nur erwarten, wenn der Organismus gesunden Sauerstoff angeboten bekommt. Wir brauchen zum Gesundwerden und Gesundbleiben natürlichen Sauerstoff. Das Gerät von Brunowsky macht es möglich, ohne großen und teuren Apparateaufwand mit dem Hilfsmittel »Wasser« biologisch aktiven, natürlichen Sauerstoff einzuatmen.

Ionenwissenschaftler wollten es nicht wahrhaben, daß der Wasserfalleffekt nachgebaut werden kann. Mit dem von der Firma Kathrein gebauten Ionometer MGK 01 war es möglich zu beweisen, daß dieses Ionisationsgerät, dem Konstantin von Brunowsky den Namen »Troma-Ion« gab, tatsächlich rund 25 000 negative Sauerstoffionen pro Kubikzentimeter Luft zu liefern imstande ist.

Wen wundert es da noch, daß schon ein zweimal tägliches Einatmen einer solchen Menge negativer Ionen genügt, um den Anwender sauerstoffgeladen aktiv, fröhlich, wohlfühlig und lebensbejahend zu machen.

Professor von Ardenne hat eine Liste der Wirkungen des natürlichen Sauerstoffs verfaßt, die sich vereinfacht so darstellen läßt: Die altersbedingte Abnahme der Lungenfunktion wird durch die forcierte Sauerstoffaufnahme rückgängig gemacht. Die durch Arteriosklerose geschädigten Wände der arteriellen Gefäße werden, so man rechtzeitig mit der Zuführung natürlichen Sauerstoffs beginnt, teilweise regeneriert. Herz-Kreislaufstörungen wie Bluthoch- und -unterdruck können weitgehend normalisiert werden; eine Vorbeugungsmaßnahme gegen Herzinfarkt.

Ardenne hat auch unter Einwirkung von biologisch aktivem Sauerstoff einen Rückgang krankhafter Blutbefunde (Fettwerte und Enzymwerte) festgestellt.

Eine sehr wesentliche Auswirkung bringt natürlicher Sauerstoff auf die Schlafqualität. Der Schlafrhythmus wird normalisiert, man kann tief und erholsam schlafen.

Die allgemeine Belastbarkeit wird gefördert, die Vitalität auffallend gesteigert.

Alles in allem scheint es sich hier um eine Blut-, Kreislauf- und Zellqualitätsverbesserung zu handeln, die auch ideale Voraussetzungen schaffen, sich vor Immunschwäche und vorzeitiger, unnormaler Alterung zu schützen.

Gegen Immunschwäche und unnormale Alterung

Von Brunowsky hat jedoch weitergedacht und aus seinem Gerät ein sogenanntes Doppelgerät entwickelt. Mit einem zweiten Aufsatzstück kann der Anwender sanft und anschmiegsam über jene Körperzonen gleiten, hinter denen sich große Organe wie Nieren, Leber, Herz, Lunge und Magen befinden, die ebenso wie angeschlagene Gelenke nur darauf warten, von der aus den sieben Strahlen oder 10 000 Tröpfchen pro Sekunde entstehenden Reizdurchblutung zu profitieren.

Man verwendet dazu zwar Kaltwasser, die Haut aber empfindet einen angenehmen Wärmereiz und zeigt dies mit einer lange anhaltenden, tiefen Rötung. Gefäßtraining nennt man das. Das Frischegefühl, das nach einer solchen Anwendung entsteht, soll unbeschreiblich sein, ganz zu schweigen von der positiven Wirkung auf die kleinen und großen Gefäße.

Ältere Menschen sind häufig erstaunt, wenn sie merken, daß kaltes Wasser sehr warm sein kann. Sogar wasserscheue Kinder werden zu begeisterten Anhängern solch einfacher Wasserkuren. Hätte Sebastian Kneipp zu seiner Zeit ein solches Gerät zur Verfügung gehabt, er hätte wahrlich nicht mit Engelszungen von der Notwendigkeit der Kaltwasseranwendung überzeugen müssen.

Experten zählen diese Erfindung zu den wesentlichsten Innovationen auf dem Gesundheitssektor. Es liefert natürlichen, lebensnotwendigen Sauerstoff, ohne das giftige Ozon zu produzieren und Nebenwirkungen oder Risiken in sich zu bergen, und trainiert gleichzeitig das Blutkreislaufsystem.

Bevor die Anwendungsgebiete behandelt werden, gehe ich noch mal auf den eigentlichen Grund ein, weshalb lebendiger Sauerstoff wirksam werden kann. Es sind die bereits beschriebenen Lungenbläschen. Bevor sie auf den Plan treten, sind es die Flimmerhärchen, die für die eigentliche Sauerstoffaufnahme verantwortlich sind.

Krueger und Smith von der Universität Kalifornien haben nachgewiesen, daß sich diese Flimmerhärchen bei Zuführung ionisierten Sauerstoffs schneller bewegen, Flimmerhärchen in Luftwegen und Bronchien bewegen sich normalerweise sanft, aber immerhin 900mal auf und ab wie etwa das Korn im Wind. Werden negative Ionen zugeführt, erhöht sich die Anzahl dieser Bewegungen auf 1200, gleichzeitig nimmt der Schleimfluß zu.

Wichtig ist die Stärkung der Abwehrkraft

Inhalierter Zigarettenrauch hemmt die Bewegung der Härchen gewaltig. Dr. Krueger bemerkt dazu: »Welcher Stoff im Zigarettenrauch die Bewegung der Flimmerhärchen herabsetzt, ist noch unbekannt. Jedenfalls aber wird er durch negative Ionen neutralisiert.«

Wenn Flimmerhärchen in ihrer Bewegung gehemmt sind, verlieren sie die Fähigkeit, Fremdstoffe, darunter auch krebserregende, von der Lunge fernzuhalten.

Eine andere Theorie in Sachen Krebs hat Krueger von japanischen Wissenschaftlern übernommen. Nach dieser Theorie sterben nur wenige Krebskranke an dem sogenannten Mutterkrebs oder dem Primärcarcinom. Die meisten Todesfälle sind aufgrund der Tochtergeschwulstbildungen zu beklagen.

Tochtergeschwülste oder Metastasen lagern sich im Anfangsstadium an sogenannten Mikrothromben, das sind winzige Bluttröpfchen an einer Gefäßwand, an. Diese Thromben wachsen mit der Zeit und beginnen zu wandern.

Im Huckepackverfahren schleppen sie die kleinen Metastasen schließlich mit, bis sich die Tochtergeschwulst in einem anderen Organ festsetzt. Wer jedoch über eine gesunde Blutfließgeschwindigkeit verfügt, hat die Chance, daß bei ihm diese Mikrothromben »mikro« bleiben und sich somit nirgendwo festsetzen.

Ob nun Aids, Krebs, Bronchitis, Kreislauferkrankungen oder andere schwere Erkrankungen, die mit vernünftigen Präventivmethoden verhindert oder vermindert werden könnten: eines ist sicher, wer seine Abwehrkraft stärkt, hat die relative Chance, an diesen Erkrankungen unbeschadet vorbeizugehen.

Negative Ionen bewirken einen Anstieg der Verbindungsfähigkeit des roten Blutfarbstoffes mit dem Sauerstoff, der schon erwähnte Partialdruck von Sauerstoff im Blut steigt, während der Partialdruck von Kohlendioxid sinkt. Die Atemfolge wird herabgesetzt und der Stoffwechsel der wasserlöslichen Vitamine steigt.

Ideale Voraussetzungen für eine wirksame Bekämpfung von Abwehrschwächen.

Neben der Vorsorge gibt es nach Ardenne und Engler eine Unzahl von Erkrankungen sowie funktioneller Störungen, darunter auch jene, die deutlich auf Wetteränderung oder Wettereinflüsse reagieren, die allesamt wirksam mit Sauerstoff beeinflußt werden können.

Ein wichtiger Dienst für die Gesundheit

Ionisierter, also natürlicher, biologisch wertvoller und verfügbarer Sauerstoff vom Naturmittel Wasser gewonnen, ist dabei besonders attraktiv. Feuchte Sauerstoffionen haben für die Direktanwendung den Vorteil, daß durch die vermehrte Aktivität der oben beschriebenen Flimmerhärchen mehr Sauerstoff aufgenommen werden kann.

Wenn man so gewonnene Sauerstoffionen, wie sie mit dem einzig verfügbaren, für meine Begriffe im Verhältnis zum Nutzen gesehen preisgünstigen Wasserionisationsgerät Troma-Ion gewonnen werden, zweimal täglich einatmet und zudem das Gefäßtraining durchführt, kann man sich und seiner Gesundheit einen wesentlichen Dienst erweisen. □

Weitere Informationen über den Troma-Ion erhalten Sie über den Pro-Vital-Versand, Postf. 2468-1, D-4460 Nordhorn.

Krebs

Die untoxische Tumor-Therapie

Günter Carl Stahlkopf

Ein Mann, der vor rund 30 Jahren selbst einmal schwerst krebskrank war, dieses Leiden in allen Phasen in eigener Haut und Person »durchlebt« hat, ist Günter Carl Stahlkopf. Er ist Biologe und nicht Arzt, und er sieht darum vieles anders als ein Mediziner. Seine schicksalhaft gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse, die inzwischen in Hypothesen und Therapie seit über 15 Jahren von einem ständig wachsenden Ärztekreis therapeutisch bestätigt wurden, sind in einer Hinsicht eine Weiterführung der Arbeiten von Otto Heinrich Warburg. Für Warburg allerdings basierte die sogenannte Krebszelle auf Sauerstoffmangel; für Stahlkopf eine etwas zu vereinfachte Betrachtungsweise. Für ihn ist Krebs Endstation eines vielseitig unterschiedlichen pathogenen Zellstoffwechselprozesses eines erkrankten Zellularsystems.

Ausgangspunkt meiner Forschung war entgegen der auch heute leider noch gültigen Hypothese, daß die Krankheit im zu »sehenden« oder »meßbaren« Symptom kein Zerstörungsprozeß ist in Richtung, das Leben zu verkürzen, sondern ein, zumindest am Beginn desselben, echtes Heilstreben in Richtung Überwindung der Krankheit.

Die Natur generell, oder der ihr untergeordnete kranke Organismus, tut nichts, um sich selbst zu schaden, oder gar durch Außerkraftsetzung seiner Selbsterhaltungsbestrebungen, die wir Immunität oder Abwehrsystem gegen Infekte nennen, oder um etwas als sogenannt »krank«, fehlgesteuert oder virulent, sich selbst zerstören zu lassen.

Der Idealweg der Krankheitsbekämpfung

Vergleichbar zum ersten physikalischen Grundgesetz, daß keine Energie verloren geht im laufenden Umwandlungsprozeß, sagen wir, daß dieser »biologische Energiehaushalt« des Einzellebewesens in Fauna und Flora, dem Gesamterhaltungsprinzip – nur unter bemühter Aufrechterhaltung der Gesundheit, dienen kann. Das heißt, weil diese Gesetzmäßigkeit besteht, baut die Natur zur Überwindung der kausalen Ursachen eines jedwegen pathogenen Prozesses den bewußten Abwehrprozeß in Richtung Selbstheilung auf.

Diesen Abwehrprozeß etwa beim Krebskranken bestreiten zu wollen unter der bisherigen Behauptung, daß hier eben quasi ausnahmsweise die Abwehrfunktion versagt, und damit die Krebskrankheit Ausdruck eines Zerstörungsprozesses ist, weil sich zum Beispiel die Zellen selbstzerstörerisch teilen, die Geschwulst- und später Metastasenbildung den Untergang bewußt auslösen sollen, heißt die oben angedeuteten Gesamtzusammenhänge nicht zu erkennen oder mißzudeuten.

Verantwortlich für diese Mißdeutung ist aus meiner Sicht die »Erreger-Ursachenschau« für die Krankheiten. Mit ihr, also seit dem Streit zwischen Koch und Virchow, dem Beginn des sogenannten modern-wissenschaftlich-medizinischen Zeitalters – es fällt zusammen mit der Einführung der Impf-Sera-Therapie –, wurden die bis dato gültigen Erfahrungs-Grunderkenntnisse der Medizin, die bis über die Antike hinaus bis auf 5000 Jahre zurück verfolgt und geübt wurden, einfach aufgrund der schnellen Symptomwirkung bei der Erregerbekämpfung außer Kraft gesetzt, und man sah darin, zum größten Teil heute noch, den Idealweg der Krankheitsbekämpfung.



Das Grundgesetz der Selbsterhaltung

Die verbesserte Labortechnik chemisch wie optisch, verdrängte die seit Jahrhunderte gültige Sicht der Milieu- und Terrainschädigung, um dadurch vom ganzheitlichen Geschehen abzukommen, und nur noch krankmachende »Tierchen« als Mikroben, Bakterien oder Viren für alles Pathogene verantwortlich zu machen.

Die Ganzheitsschau und damit das Heilbestreben über das Krankheitssymptom ging mehr und mehr verloren, obwohl selbst Pasteur auf die Abhängigkeit des Bakteriums vom Nährboden aufmerksam machte.

Ab jetzt geriet die Ganzheitsschau mehr und mehr in den Hintergrund. Man suchte und sucht nur noch den Erreger, um dafür dann das entsprechende Antidot über das Serum zu entwickeln, wie man zum Beispiel jetzt krampfhaft den neuesten Grippe-Erreger sucht, um ihn »abzuschießen«.

Auf das Krebsgeschehen angewandt, marschierte man bisher in gleicher Richtung nach der falschen Auslegung des bisher erreichten, nämlich nach dem Motto: »Da unsere Erregersuche und Bekämpfung bei vorwiegend akuten und zum Teil auch chronischen Krankheiten so erfolgreich war, werden wir diese Suche beim Krebskranken intensivieren, um dann sicherlich ebenso erfolgreich zu sein.«

Dieser so verfolgte Weg führte in die Irre, weil weg vom ganzheitlichen Stoffwechselnährbo-

Otto Warburg, Biochemiker und Nobelpreisträger, war sozusagen der Wegbereiter der untoxischen Tumor-Therapie.

den inner- wie extrazellulär und damit auch im humoralen System. Er zog neue Irrtümer nach sich, die da Immun- oder Abwehr-Versagen heißen.

Bei der Regena-Kausal-Forschung gehen wir umgekehrt vom Grundgesetz der Selbsterhaltung der Natur aus, und sehen deshalb die Krankheitssymptomatik auch beim Krebskranken mit den bekannten Laborbefunden nicht als einen Prozeß an, der durch ein Versagen der Immunität zur Selbstzerstörung führt, sondern in Wahrheit als eine Bestätigung für die Wirksamkeit einer kausalen Abwehr zur Lebensverlängerung.

Beispiele der Regena-Therapie

In einigen Vergleichsbeispielen dargestellt, heißt dies: Fieber ist Ausdruck eines Heilbestrebens zum Abbau von Toxinen.

Rotzschnupfen oder Sinusitis ein Reinigungs- und Ausscheidungsprozeß im Sinn eines echten Heilbestrebens.

Husten ein bewußter Körperreiz, um pathogene Schleimmassen erleichternd im Heilbestreben, entgiftend auszuscheiden.

Entzündungen sind bewußte, körpereigen gesuchte Prozesse, um ganzheitlich gestörte oder blockierte Ausscheidungs- und Entgiftungsprozesse über die Schaffung eines Art »Notventils« zur Ausleitung zu bringen. Wäre der Toxinanfall »normal«, und der Ausscheidungsweg für diese Metabolismen ebenfalls funktionell intakt und »gesund«, entfiele die kausale Ursache für die Entzündung. Das befallene Organ, die Lunge zum Beispiel bei einer Pneunomie, ist deshalb nur sekundär geschädigt, weil einerseits der Harnsäureanfall zu hoch, wie die Purinausscheidung andererseits über die Nieren zu gering ist.

Was nützt also kausal die Erregerbekämpfung? Sie führt wohl zum Symptomerfolg, zur Einheilung statt zur echten Ausheilung, weil die Kausalität der Krankheit nicht erfaßt wird.

Entzündungen zeigen aber auch Durchblutungsstörungen an, die über die Regeneration des kleinen Gefäßsystems, von der Kapillare, der Transitstrecke, über die Zellmembrane bis hin zur Regeneration des innerzellulären Stoffwechsels kausal zu beeinflussen, das heißt auszuheilen sind.

Eine »Erregertherapie« erreicht dies nie. Sie beseitigt das Symptom, und setzt iatrogene Schäden.

»Heilen« wir über Maßnahmen der Erregerbekämpfung, oder auch über die üblichen Maßnahmen der Symptombeseitigung ein, statt durch unsere Maßnahmen im kausalen Sinne aus über echte Ab- und Ausleitung, verhärten wir Zell- und Drüsenverbände, schaffen Zell-Latenzen, bewirken statt Zellreaktion Zellaktivität, behindern den innerzellulären Stoffwechsel, und schaffen wir die Ursachen für das ständig größer werdende breite Band der chronischen Krankheiten. Diese Krankheiten werden dann in immer neuen Krankheitsbildern kaschiert und verdeckt, immer wieder symptomatisch behandelt, unterdrückt oder eingeheilt mit immer neueren Erregerbekämpfungsmethoden, doch letztlich finden alle beim »Stoffwechselleiden-Endzustand« Krebs in tausendfältigen Abarten oder Bildern ihren Endzustand.

Dies – so gesehen – ist das medizinische Patt der modernen Medizin, in dem wir uns heute befinden, und was es nun mit allen Mitteln zu durchbrechen gilt mit einzig und allein kausalen Ganzheitsbehandlungsmethoden, die nur echt zellregenerativen Charakter haben dürfen.

Wir brauchen also kein Wunderheilmittel gegen Krebs, sondern nochmals sarkastisch im banalen Vergleich ausgedrückt: Therapiemaßnahmen, die den Rotzschnupfen echt ausheilen. Das heißt mit der generellen Ursachenbehandlung einer jeden akuten oder chronischen Krankheit fängt echte Krebstherapie an.

Von der Ursachenbehandlung zur Krebstherapie

Zum Abschluß dieser Aufzählung, was wir unter Heilbestreben, unter Selbstentgiftung und damit als Ausdruck einer Lebenserhaltung des Organismus ansehen, soll auf die verschiedensten Hautkrankheiten hingewiesen werden. Sie sind Reinigungsprozesse, die der Arzt über die Gesundung des Gesamtstoffwechsels zu heilen hat und nicht durch Erregersuche und Antidote. Furunkulosen, Geschwüre, Ekzeme, Psoriasis sind nicht örtliche Prozesse, sondern ganzheitliche Stoffwechselleiden, deren Ursachen zellregenerativ zu beseitigen sind.

Unterdrücken wir diese Prozesse durch die uns geläufigen bisherigen Maßnahmen, verändern wir den inner- wie extrazellulären Stoffwechsel weiter und weiter pathogen und schaffen Krebsursachen.

Ein wesentlicher Faktor unserer Regena-Therapie besteht daher darin, die Anamnese im obigen kausalen Sinne auszuwerten, um in erster Linie die Vorkrankheiten eines Krebskranken nach solchen obigen Krankheitsursachen hin zu untersuchen und nun rückwirkend mit unseren kausalen Methoden im regenerativen Sinne zu behandeln.

Jede echte Entgiftung, jede echte Verbesserung der körpereigenen Ausscheidung, jede echte regenerative Insuffizienzbeseitigung, jede echte Verbesserung des Gesamtstoffwechsels, wirkt im stufenlosen fließenden Übergang als eine echte Krebs-Ausheilmethode.

Wenn wir also heute eine umfassende Basis-Therapie für den Krebskranken suchen, dann ist im umfassenden Sinn, individuell unterschiedlich vorzugehen, wie in einigen Beispielen vorgenannt geäußert.

Auf eine Therapie-Variante möchte ich noch hinweisen, da sie bei den verschiedensten Krebs - Außenseiter - Methoden der letzten 2 bis 3 Jahrzehnte hochgespielt wurde unter dem Namen Herd-Geschehen und seiner Sanierung durch chirurgische Maßnahmen allein, oder mit Hilfe der Neuraltherapie zur nachträglichen Sanierung oder Ausschaltung von Narben-Phänomenen.

Mit Herden meint man vorwiegend krankhafte Prozesse – mit oder ohne Eiteranfall – an den Zähnen, Kiefer-, Stirn- und Nebenhöhlen, an den Tonsillen, im Blinddarm und im gynäkologischen Raum. Man ging und geht auch heute leider dabei von der Vorstellung aus, daß die Entstehungsursache solcher Herde auf eine gestörte Immunlage des Organismus zurückzuführen wäre, ja, sich dafür anheischig fühlende Spezialisten gingen bis zum Bekanntwerden unserer konträren kausalen Vorstellungen darüber soweit, die »manifesten Herde« als einen Beweis für das Entgleisen und Versagen der körpereigenen Abwehr hinzustellen.

Die Wahrheit aus meiner Sicht

Ich sage eindeutig immer wieder konstant: Die Natur und damit auch der Organismus tut nichts, aber auch gar nichts, um sich selbst zu schaden, oder gar selbstzerstörerisch umzubringen, sondern tut alles in seiner Abwehr gegen krankmachende Einflüsse, um sich durch Gegenregulationen um Sinne der Notentgiftung des humoralen Systems von Stoffwechselgiften und anderen Toxineinflüssen freizuhalten – zumindest auf Zeit.

Krebs

Die untoxische Tumor-Therapie

Nach unserer Regena-Schau ist jedes sogenannte Herdgeschehen kein Versagen der Abwehr, sondern die Abwehr selbst.

Vereiterte Tonsillen sind nicht Ausdruck kranker Mandeln, die das Blut toxisch verseuchen und die Nieren krank machen, sondern ganz eindeutig umgekehrt der kausale Hinweis dafür, daß wir es hier mit einer Folgeerscheinung eines pathogenen Stoffwechsels zu tun haben, der das humorale System toxisch belastet oder verseucht hat, und daß hier zum Beispiel schon vorher die Nieren schleichend entzündet waren mit einer insuffizienten Entgiftungsleistung über Jahre hinaus, und daß darum in der kausalen Abwehrfunktion die Tonsillen im Lymphsystem – sozusagen als Filterorgan – bemüht sind, Blut und Lymphe zu reinigen.

Diese Ansicht haben die alten Ärzte immer vertreten, und sie ist richtig!

Nur wenn dieser toxische Gesamteinfluß auf die Tonsillen von Jahr zu Jahr anhält, dann erschöpft die »Filterstation« der Tonsillen, sie entarten, vernarben, sklerotisieren und werden funktionsuntüchtig, und können in diesem Fall sekundär als »Streuherd« nun wieder »zurückfunken« auf den Gesamtstoffwechsel.

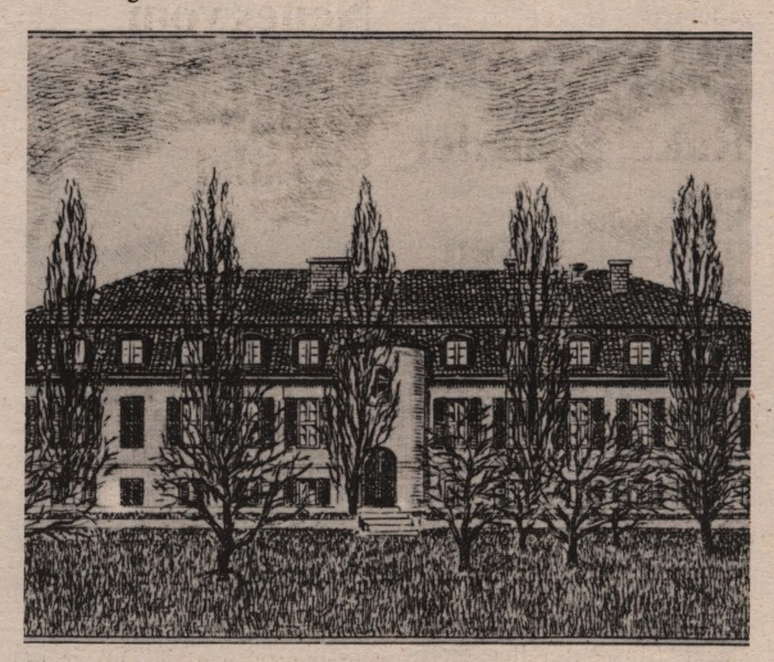
Hier ist ein operativer Eingriff dann angebracht. Er muß nur richtig in seinen Auswirkungen gesehen werden, um zu erkennen, daß mit der Operation allein ja nicht die Ausgangslage regenerativ beeinflußt werden kann. Das heißt, mit der Tonsillektomie ist wohl die Wirkung beseitigt, aber nicht die Ursache.

Bisher war eine echte Ursachenbeseitigung im zellregenerativen Sinne mit keiner Therapie möglich. Mit der Regena-Therapie ist dies möglich geworden. Bezogen auf die hier zu erarbeitenden Basistherapiemaßnahmen für Krebskranke muß es deshalb vordringlichstes Ziel dieser sein, alle Herde laut Anamnese des Kranken, ob nun chirurgisch vorbehandelt oder nicht, nunmehr zellregenerativ mit unseren dafür zur Verfügung stehenden therapeutischen Mitteln nachzubehandeln.

Die Krebszelle ist kein zerstörerischer Prozeß

Diese Maßnahme ist wichtigster Bestandteil unserer Regena-Krebs-Therapie. Was als Herd für die Tonsillitis beschrieben, gilt ähnlich kausal bezogen auf alle Herde an Zähnen, Kiefer-, Stirn- und Nebenhöhlen, für den Blinddarm und der Darmfistel.

Die chirurgische Sanierung solcher Herde beseitigt nicht die tiefen Ursachen derselben, da sie stets im gestörten Stoffwechsel und damit im pathogen belasteten Zellularsystem zu suchen sind. Wir waren und sind in all den Jahren dem Chirurgen, als stets Retter in der Not, immer dankbar für seine auch derartigen Eingriffe, weil bis dato von der inneren Medizin her die kausalen Möglichkeiten fehlten.



Max-Planck-Institut für Zellphysiologie in Berlin. Hier entdeckte Warburg den chemischen Mechanismus der Zellatmung und damit aller Gärungen.

Nachdem wir sie nun der Medizin seit über 15 Jahren in der Stille ärztlich ausgetestet und bewährt anbieten können, wird uns hierfür nun auch der Chirurg dankbar sein, und als eine echte Hilfe seines ärztlichen Schaffens und Wirkens ansehen.

Mit dieser nur groben Übersicht und Gegenüberstellung, ja Konfrontation zwischen alter Arzt-Krankheitsvorstellung im Sinne eines körpereigenen bemühten echten Heilbestrebens von der Krankheit, und den Folgen der modernen Symptombehandlungsmethoden durch Erregerbekämpfung und Substitutionstherapie, will ich die hypothetische wie auch therapeutische Brücke bauen zu unserer Regena-Krebs-Schau und Therapie.

Wenn in der kausalen Auswertung der Symptomatik der üblichen Krankheiten ein echtes Heilbestreben im Sinne Abwehr und Selbsthilfe zu erkennen ist, dann darf man gleiches Bestreben in der Selbsthilfe des Organismus beim Krebskranken nicht in Frage stellen.

Für uns ist deshalb die Krebszelle kein zerstörerischer Prozeß, der mit der abnormalen Zellteilung beginnt und eingeleitet wird, sondern ein weise vom Organismus gewählter Selbsterhaltungsprozeß, der erst in viel späterer Phase zum Ende führt, wenn ihn kein Arzt wie bisher erkennt und unterstützt von der ursächlichen Seite her.

Für uns gibt es statt der Krebszelle die bewußt aufgebaute Not-Zelle im Primär- wie später auch im Sekundärherd mit der Aufgabe, hier all die gefährlichen Stoffwechselgifte aus dem humoralen System herauszufiltern und einzulagern, das heißt zu deponieren. Damit werden diese Gifte – ob wir sie nun Krebsgifte nennen oder einfach Summen-Stoffwechselgifte – quasi als Antimetaboliten, die der Organismus wegen mangelnder Ausscheidungsfunktionen nicht mehr »los« wird oder selbst abbauen kann, nunmehr mit der Geschwulst-Bildung eingefangen und eingelagert.

Diese Alternativ - Ursachen-Schau über Krebs bringt und gibt uns den Schlüssel zur kausalen zellregenerativen Heilung, wenn wir über Therapiemöglichkeiten verfügen, die die hier geschilderten Vor- und Begleitkrankheiten eines Krebskranken ebenfalls kausal, also zellregenerativ ausheilen und nachbehandeln können.

Eine untoxische Tumor-Therapie

Dies ist also die Basis für eine echte Vorsorge- wie Nachsorge-Krebstherapie, in der wir immer wieder hilfreich der Kunst des Chirurgen bedürfen.

Mit meinem letzten Satz möchte ich alle zur klinischen Mitarbeit zur Vervollkommnung dieser unserer erstmaligen echten Zellregeneration bitten, da es der praktische Arzt allein nicht kann. Im Gegenteil, er braucht Hilfe!

Mit Erregertherapie, mit zytostatischen Mitteln, mit hormonaler und enzymatischer Substitutionstherapie sind wir ins Patt geraten, weil es mit ihr nicht möglich ist, einen pathogenen Stoffwechsel mit seiner zwangsweisen Ausschüttung von Antimetaboliten in einen gesunden, also eumetabolischen Stoffwechsel umzuwandeln.

Nur über eine echte zellregenerative Ganzheitstherapie ist dies möglich, weil nur diese gleichzeitig eine untoxische Tumor-Therapie mit einschließt. □

Weitere Informationen über die Regenal - Ganzheits - Regenerations-Therapie und über den Regena-Ärzte-Arbeitskreis mit den Anschriften der Mitglieder erhalten Sie von Günter Carl Stahlkopf, der diese Therapie erforscht und entwickelt hat. Seine Anschrift: Hof Bommerten, CH-9220 Bischofszell/TG.

Brasilien

Kehrt das Land zur Monarchie zurück?

Die brasilianische Nationalversammlung hat eine Resolution verabschiedet, die eine im Jahr 1993 durchzuführende Volksabstimmung darüber fordert, ob Brasilien ein parlamentarisches oder ein Präsidialsystem haben sollte.

Zu der gleichen Resolution gehört allerdings eine Klausel, in der es heißt, daß auch darüber abgestimmt werden soll, ob Brasilien eine Republik bleiben oder zur Monarchie zurückkehren solle. Dies ist das erste Mal, daß es eine solch offene Bestätigung der langfristigen Absichten der Oligarchie Brasiliens, den Anhängern der Bregança-Anwärtern auf den brasilianischen Thron und eines anderen Zweiges der Familie auf den portugiesischen Thron gegeben hat. □

USA

Die Politik des nächsten Präsidenten steht fest

Die nationale amerikanische Zwei-Parteien-Wirtschaftskommission ist von US-Präsident Ronald Reagan ernannt worden und hat vom Kongreß ein Mandat erhalten, ein Haushaltskürzungs-Programm für den nächsten Präsidenten zu erstellen, wer immer das auch sein mag.

Quellen aus der Kommission, die in Washington ein Büro eröffnet hat, sagen, daß ihre Führer wie der ehemalige Vorsitzende des demokratischen nationalen Komitees, Bob Strauss, nicht viel Aufhebens davon machen wollten, damit die Wähler nicht daraus schließen, es sei egal, wen sie im November wählen.

»Bob Strauss und Drew Lewis«, sagte ein Informant, »wollen nicht, daß die beiden Kandidaten die Kommission überhaupt erwähnen. Sie können es sich öffentlich nicht leisten, die Kommission mit offenen Armen zu begrüßen.«

Die Arbeit der Kommission mit einer beschlußfähigen Mitgliederzahl muß unter dem »Sunshine Law« veröffentlicht werden. Deshalb arbeiten die Kommissionsteilnehmer nach einem System, demzufolge ein paar von ihnen – weniger als die beschlußfähige Mehrheit – sich inoffiziell treffen, um Positionen beispielsweise über das Gesundheitswesen oder die Verteidigung auszuarbeiten und diese dann den anderen auf einem öffentlichen Treffen präsentierten.

Die Arbeit des Komissionsstabs und die »politische Artillerie«, die auf der Kommission lastet, konzentriert sich darauf »zu versuchen, die Kommissionsteilnehmer zu schulen«. Zwei weitere Kommissionsmitglieder werden vom neuen Präsidenten unmittelbar nach den Wahlen ernannt, was die Bedeutung der Kommission und ihrer Vorschläge aufwerten wird. □

Korea

Raketen an der entmilitarisierten Zone stationiert

Zeitungsmeldungen zufolge hat Nordkorea SA-5-Raketen sowjetischer Bauart bis 70 Meilen vor der südkoreanischen Hauptstadt Seoul stationiert. Die Stationierung stellt eine ernsthafte Bedrohung der Sicherheit Südkoreas dar, sagte Seouls Verteidigungsminister O Cha-ok bei einem Notstandstreffen hochrangiger Militärbefehlshaber.

Unter der neuen sowjetischen Stationierung sind eine Reihe von SA-5-Raketen in den letzten Monaten an vier Stellen 40 Meilen nördlich der entmilitarisierten Zone und 70 Meilen vor Seoul aufgestellt worden. Das amerikanische Außenministerium soll wegen der Stationierung einen formellen Protest an Moskau geschickt haben.

Unterdessen hat die Polizei in Seoul 120 »Studenten« festgenommen, die zu einem Treffen mit nordkoreanischen »Studenten in die entmilitarisierte Zone auf dem Weg waren, um eine Reihe von Demonstrationen zu planen, in denen die Wiedervereinigung des Landes und der Abzug der US-Truppen verlangt werden soll. Die Verhaftungen werden als die »härteste Reaktion der Regierung« beschrieben, seit der südkoreanische Präsident Roh Tae Woo das Amt übernommen hat.

In einer von den Netzwerken des Nationalen Rats der Kirchen organisierten Kampagne haben die »Studenten« aus dem Norden und Süden »einen Großmarsch« durch nord- und südkoreanisches Territorium vor, ein »gemeinsames Fest« in Panmunjom und ein »Athleten«-Treffen von Studenten aus Nord und Süd. Die beiden Gruppen wollten sich in Imjingak treffen, um die Aktivitäten zu arrangieren. □

USA

Neues vom Iran-Contra-Skandal

Russel J. Bruemmer, Anwalt der Central Intelligence Agency, hat einem amerikanischen Bezirksrichter in Washington gesagt, die im Sicherheitsinteresse geheimgehaltenen Dokumente, die Staatsanwalt Lawrence Walsh für die Anklage gegen Oberstleutnant Oliver North und andere im Iran-Contra-Skandal angefordert habe, seien so heikler Natur, daß sie nur dem US-Präsidenten und ein paar hochrangigen Beratern bekannt seien.

Bruemmer sagte, die Dokumente beziehen sich auf »unersetzliche menschliche Quellen, Methoden technischer Erfassung und kooperative Vereinbarungen mit ausländischen Geheimdiensten, die noch im Gang seien«.

Die Aussage des CIA ist tatsächlich eine Intervention in die Verteidigung mit dem Wunsch nach Zugang zu »einer Fülle der streng gehüteten Geheimnisse der Regierung einschließlich Geheimoperationen und Systemen zum Abfangen elektronischer Informationen«, schrieb die »New York Times«.

Inzwischen wurde in einer internen FBI-Aktennotiz über die eigenen Ermittlungen der Behörde in Sachen Gegner der Politik der Reagan-Regierung in Mittelamerika solches Vorgehen sehr stark kritisiert. In der Zeitung »Baltimore Sun« wurden »Regierungsquellen« genannt, »die mit der Untersuchung vertraut sind«.

Es ist nicht klar, ob in dem Bericht, der von D. Caroll Toohey und Danny Coulson vom FBI-Office of Inspections geschrieben wurde, Spitzenbeamte des FBI wegen der Art der Durchführung der Untersuchung kritisiert worden sind. Der Tonfall des Berichts soll allerdings »recht hart« gewesen sein. »Diese Burschen sind sehr weit gegangen. Einige Leute sagen: ›Moment mal, Moment mal.‹«

Die geheime Untersuchung des FBI begann im Februar und wurde dem FBI-Direktor William Sessions Ende Mai vorgelegt. Es ist bekannt, daß der FBI-Informant Frank Varelli vor dem amerikanischen Kongreß eine Zeugenaussage gemacht hat, in der er behauptete, die Behörde habe von ihm verlangt, eine Rechtfertigung für eine Untersuchung der Regierungsgegner durch die Behörde zu erfinden und daß die interne FBI-Untersuchung diese Tatsache zum Gegenstand hatte. □

China

Neue Stützpunkte auf den Nansha-Inseln

Berichten der amtlichen Zeitung »People's Daily« zufolge baut die chinesische Marine ihren ersten ständigen Stützpunkt auf den Nansha-Inseln, den Spratlys. Die Marine arbeitet seit Monaten daran, im südchinesischen Inselmeer, wo chinesische und vietnamesische Truppen in diesem Jahr zusammengestoßen sind, eine maritime Beobachtungsstation aufzubauen.

In der Bangkoker Tageszeitung »Nation« hieß es, daß das Projekt ein Teil der chinesischen Bemühungen ist, de facto die administrative Kontrolle über die Inseln zu etablieren, die teilweise von Vietnam besetzt sein sollen.

Die »China Daily« berichtete zuvor, ein Luftverkehrskontrollzentrum werde vor der Küste der Insel Hainan errichtet, um die internationalen Flüge über die Nanshas und eine andere umstrittene Inselkette im Südchinesischen Meer, die Xiahas oder Paracels, zu überwachen.

Ein japanischer Militärstratege, General Osamu Namatame, ehemaliger Chef der Luftselbstverteidigungs-Streitkräfte, behauptet, daß die Aufmerksamkeit der Chinesen auf die Insel Hainan teilweise in der Furcht begründet liegt, daß die amerikanischen Stützpunkte auf den Philippinen vielleicht entfernt werden und die Gegenwart der Sowjets in Vietnam noch stärker wird. □

Japan

Kritik an US-Verteidigungsminister Frank Carlucci

Beamte im japanischen Außenministerium haben den amerikanischen Verteidigungsminister Frank Carlucci wegen seines Vorschlags heftig kritisiert, daß die Verteilung von Japans Auslandshilfe von strategischen Überlegungen des westlichen Bündnisses beeinflußt sein sollte.

Die Beamten sagten, es sei politisch schwierig, den Haushalt für die Auslandshilfe aufrechtzuerhalten, wenn das japanische Volk glaubt, die Gelder würden aufgrund von strategischen Überlegungen ausgegeben.

Carlucci hat vor dem japanischen nationalen Presseclub geäußert, Japan sollte seine Wirtschaftsentwicklungshilfe auf Länder ausdehnen, »deren politisches und wirtschaftliches Wohlergehen wichtig ist für unsere kollektive Sicherheit«. Er nannte die Philippinen, die Türkei, Portugal, Pakistan und Afghanistan als Länder, »in denen die Hilfe unserer aller Sicherheit dienlich sein könnte«. □

Japan

Sowjets zeigen Interesse an Kontakten

Japanischen Vertretern in Moskau zufolge scheint der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow eine umfangreiche Prüfung der Sowjetpolitik gegenüber Japan begonnen zu haben. Eine starke Gruppierung im sowjetischen Militär ist gegen jegliche Konzessionen gegenüber Japan, doch die opponierende Gruppe scheint Professor Hiroshi Kimura, einem Sowjetexperten an der Hookaido-Universität, zufolge, die Oberhand zu gewinnen.

Es sind bereits versöhnliche Annäherungen im Gange. Vertreter des sowjetischen Nationalkomitees für asiatisch-pazifische Wirtschaftskooperation, das zur sowjetischen Akademie der Wissenschaft gehört, sagten, sie wären bereit, den Status der sowjetisch besetzten japanischen Kurile-Inseln in einem vorher festgelegten Symposium mit japanischen Forschern zu diskutieren.

Das Thema der Inseln, die von den Sowjets am Ende des Zweiten Weltkrieges besetzt worden sind, ist auch Mittelpunkt bei Treffen zwischen Vertretern der sowjetischen Kommunistischen Partei und Vertretern der japanischen Sozialistischen Partei. □

China

Armand Hammer vermittelt mit Taiwan

Der Sowjetfreund Armand Hammer hat sich selbst in die sehr vorteilhafte Position gebracht, in einem Geschäft zwischen China und Taiwan zu vermitteln, wie die taiwanische Zeitung »The Free China Journal« berichtete.

In dem Artikel heißt es, daß der amerikanische Ölmagnat und Sowjetliebling »mit einer Botschaft nach Taiwan gekommen sei, derzufolge Peking keinerlei Einwände dagegen habe, daß Taiwan Kohle vom Mutterland kauft und daß Hammers Firma in der Lage sein könnte, Taiwans Bedarf über Hongkong oder ein drittes Land zu decken«.

Hammer soll auf einer Konferenz in Tokio gesagt haben, daß der kommunistische chinesische Führer Deng Xiaoping Kohle aus dem chinesischen Mutterland nach Taiwan und Südkorea exportieren will.

Das »Asian Wall Street Journal« berichtete inzwischen, daß »Unterhändler« aus Beijing und Taipei »geheime Verhandlungen« in Hongkong führen würden bezüglich des Verkaufs von Kohle aus dem Mutterland, Rohöl, Baumwolle und anderen Rohstoffen an Taiwan. □

Sowjetunion

An der Wirtschaftskrise sollen die Juden schuld sein

Die jüdische Sowjetemigrantin Ida Nudel warnte vor dem »Schwindel« von Gorbatschows Reformen, vor dem wachsenden Antisemitismus in der UdSSR und den Gefahren von Edgar Bronfmans Geschäften mit dem Kreml, um den Juden die Emigration zu erlauben.

Über Gorbatschow sagte sie: »Er ist der beste Kosmetiker auf der Welt, er verdient einen Sonderpreis dafür. Ich habe Angst. Meiner Meinung nach brodelt es in der Sowjetunion und alle Gesellschaftsprobleme kommen an die Oberfläche. Unter den Armeniern, den Azerbaitschanern, den Tataren, den Bewohnern des Baltikums, unter allen brodelt es jetzt.«

Sich selbst als »ein Produkt des Antisemitismus« beschreibend, behauptete sie, daß »das beunruhigendste« Phänomen sei, daß der Antisemitismus jetzt offen sei in der Sowjetunion, besonders weil den Juden zunehmend die Schuld gegeben wird für die Krise in der Sowjetwirtschaft.

Während sie darauf hinwies, daß der Aufstieg der ultra-chauvinistischen Pamyat-Bewegung mehr Juden ermutigen könnte, aus der UdSSR zu emigrieren, verurteilt sie erbittert die Versuche seitens Israels und des Weltjudenkongreß-Führers Edgar Bronfman, die jüdischen Emigranten aus der Sowjetunion zu zwingen, über Rumänien nach Israel zu gehen.

»Ich bin nicht glücklich darüber, daß die Leute aus der Sowjetunion gezwungen werden, nach Israel zu gehen. Israel ist ein Land, für das sie sich persönlich entscheiden müssen, und nicht jeder Jude liebt Israel. Es wäre richtiger, ihnen die Wahl zu lassen.« □

Afghanistan

Ändern die Sowjets die Rückzugspläne

Radio Moskau gab weitere Hinweise dafür, daß die Sowjetunion sich schließlich doch nicht aus Afghanistan zurückziehen könnte, als es eine Warnung wiederholte, daß die UdSSR »das Programm« für den Truppenrückzug aus dem besetzten Land »ändern« könnte, falls Pakistan und die Vereinigten Staaten den Widerstandskämpfern weiterhin helfen.

Eine solche Warnung wurde von TASS bereits am 28. Mai 1988 herausgegeben. Radio Moskau verurteilte die USA für deren »Unterstützung Pakistans, die Genfer Vereinbarungen zu verletzen«, die die Grundlage für den Rückzug bilden.

Westlichen Geheimdienstquellen und jugoslawischen Presseberichten zufolge haben die Sowjets bis jetzt weniger Streitkräfte abgezogen, als nach dem Genfer Zeitplan verlangt.

Radio Wolga, das sowjetische Militär-Radio-Programm, und Radio Moskau griffen Pakistan an, weil es »sich nicht an die

Genfer Vereinbarung über Afghanistan« halte. Generalleutnant Boris Gromov, den sowjetischen Befehlshaber, zitierend, sagte Radio Wolga, seit Mai »komme es in doppelter Hinsicht zunehmend zu Zusammenstößen«, weil Pakistan damit fortfahre, »Terroristen« zu helfen und sie zu trainieren.

Radio Wolga betonte auch stark den »aktuellen politischen Kampf«, der im Inneren Pakistans zwischen jenen, »die eine Beilegung« wollten, und jenen, »die wollen, daß der Kampf in Afghanistan weitergehe«, geführt werde.

Unterdessen hat der sowjetische Befehlshaber zugegeben, daß »Sonderstreitkräfte« in die Grenzregionen Afghanistans geschickt worden sind und dort kämpften. Generalleutnant Gromov sagte in einem Interview mit Radio Wolga, daß am Vorabend des sowjetischen Truppenrückzugs »Sonderstreitkräfte« stationiert worden sind, die »mit den Leuten entlang der Rückzugsstraßen reden sollten«, wo sie »mit einer Gruppe Rebellen zusammenstießen«.

Ansonsten, so sagte er, »vollzieht sich der Abzug der Sowjettruppen nach Plan«. Gromov wurde in der »Prawda« als Befehlshaber des »begrenzten Kontingents« an Sowjettruppen in Afghanistan bezeichnet. □

Japan

Interesse am Nahen Osten

In den nächsten fünf Jahren rechnet die japanische Regierung damit, rund 50 Milliarden Dollar für Auslandshilfe auszugeben, und ein großer Teil davon zielt darauf ab, Japans politisches Gewicht im Nahen Osten zu erhöhen.

Der amerikanischen Zeitung »Los Angeles Times« zufolge wurde diese Politik vom japanischen Außenminister Sosuke Uno bei einem einstündigen Treffen mit dem israelischen Premierminister Yitzhak Shamir verkündet. Der Besuch Unos war der erste Besuch eines hochrangigen japanischen Regierungsbeamten in Israel seit der Gründung des Staates. Nach dem Treffen sagte Shamirs Sprecher Avi Pazner: »Der japanische Außenminister sagte dem Premierminister, daß Japan jetzt ein größeres Interesse an regionalen Problemen habe und helfen möchte.« □

Indien

Gewalt der Sikhs wächst weiter

Wie die Medien berichteten, wurden drei Menschen getötet und fast 30 verletzt, als in Tilak Naga, einem Vorort von Neu-Delhi, eine Bombe aus einem Wagen geworfen wurde. Am Tag zuvor wurden 17 Personen getötet und mindestens 25 ernstlich verletzt, als in der Stadt Kurukshetra im nördlichen Haryana eine von Sikhs-Extremisten in einer Tasche versteckte Bombe in einer Menschenmenge hochging, die sich auf dem Marktplatz versammelt hatte, um eine Fernsehshow anzusehen. Die Bombe war offenbar ferngesteuert.

Weitere sieben Menschen sollen in anderen Zwischenfällen am gleichen Tag in dem von Sikhs beherrschten Punjab getötet worden sein. Die Gesamtzahl der von Sikhs-Extremisten bisher dieses Jahr in Punjab Getöteten beträgt 1320. Im vergangenen Jahr starben 1030 Menschen. □

Philippinen

USA planen Reduzierung ihrer Streitkräfte

Die Vereinigten Staaten planen bereits militärische Einheiten von den Philippinen zurückzuziehen. Von dem Rückzug betroffen sein werden elf F-5-Kampfjäger und um die zwanzig Krankentransportflugzeuge vom Luftwaffenstützpunkt in Clark Field. Die Flugzeuge werden auf anderen Stützpunkten in der Region erneut stationiert werden – möglicherweise in Japan oder Mikronesien. Die Maßnahme wird bis zum Jahr 1989 abgeschlossen sein, obwohl bis jetzt kein genaues Datum dafür angegeben wird.

Ein Sprecher aus Clark Field sagte, es gäbe nicht genügend Hilfseinrichtungen für die Flugzeuge in Clark und der Abzug sei Teil eines Gesamtplans.

Die Ankündigung wurde gemacht inmitten zunehmend schwieriger Verhandlungen um die Stützpunkte, in denen der amerikanische Außenminister George Shultz sämtliche Forderungen der Philippinen nach höheren Pachtzahlungen für die Stützpunkte vollständig abgelehnt hat.

Die philippinische Präsidentin Corazon Aquino meinte, die Philippinen hätten ein Programm militärischer Selbständigkeit begonnen, um ihre Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu verringern. Sie meinte, die Philippinen versuchten ihre Waffen unter einem »unabhängigen Verteidigungsprogramm« herzustellen, und ihre Regierung habe vom philippinischen Kongreß einen Haushalt von 9,5 Milliarden Dollar verlangt, um das Projekt zu finanzieren. □

Singapore

Kühle Beziehungen zu den USA

Brigadegeneral Lee Hsien Loong, Sohn des Premierministers von Singapore, Lee Kuan Yew, sagte, nach einem jüngsten diplomatischen Streit mit den Vereinigten Staaten sei es zu einem »langfristen Verlust in den Vertrauensbeziehungen« zwischen den USA und Singapore gekommen.

Lee sagte, der Zwischenfall, bei dem ein US-Diplomat des Landes verwiesen worden sei, weil er versucht hat, Kandidaten der Opposition zu unterstützen, bedeutete, daß Singapore bei künftigen Geschäften mit Washington eine »gewisse Reserve« zeigen werde.

Der erste stellvertretende Premierminister Goh Chok Tong meinte im Parlament, daß es möglich sei, daß Singapore zu einer »neutraleren, nicht gebundenen Haltung« übergehen werde. □

Nicaragua

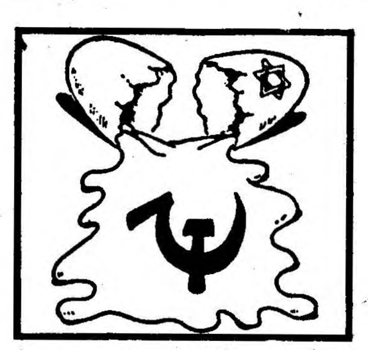
Greifen US-Truppen doch ein

»Die wachsende Möglichkeit des Einsatzes sowjetischen Militärs in Nicaragua könnte es nötig machen, US-Truppen und Militärausrüstung ›in einer Krisensituation‹ in die Region zu entsenden«, behauptete die »Washington Times« und basierte ihre Beobachtung auf einen neuen Bericht aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium, der an die Zeitung durchgesickert ist.

In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß man auf den sieben wichtigsten Flughäfen in Nicaragua jetzt mit allen sowjetischen Kampfjägern und Bombern großer Reichweite fertigwerden kann. Die drei größten Häfen Nicaraguas sind jetzt in der Lage, die größten sowjetischen Kampfschiffe aufzunehmen, heißt es in dem Bericht.

Zusätzlich zu einem unvergleichlichen militärischen Radarsystem »haben die Sandinistas auch vier Nachrichtenabfangeinrichtungen von den Sowjets erworben«.

Der Bericht schließt: »Der mögliche Einsatz sowjetischen Militärs in Nicaragua kompliziert die amerikanische Verteidigungsplanung.« Er warnt darum davor, daß »in einer Krisensituation die Vereinigten Staaten gezwungen sein könnten, Ressourcen einzusetzen, um einer solchen Möglichkeit entgegenzutreten«. □



Briefe

Betr.: Revisionismus »Die fürstliche Jüdin mit Zutritt bei Hitler«, Nr. 8/88

Die Fürstin Hohenlohe lief mit ihrem Bemühen, Hitler für eine Verständigung mit England zu gewinnen, doch offene Türen ein. Hatte doch Hitler schon in »Mein Kampf« die Grundrichtungen seiner Politik nach innen und außen festgelegt, darunter auch die Bündnisse mit Italien und England, in die er so vernarrt war, daß er Südtirol Mussolini überließ und 1940 das britische Expeditionskorps entwischen ließ, um bei Churchill für sein Bündnisangebot mit Garantie für das Empire Gutwetter zu machen. Darauf antwortete Churchill lapidar: »Dieser Krieg ist ein englischer Krieg und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands«.

Und nicht etwa die Rettung der Juden, denen die Westmächte das Asyl verweigerten, oder die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in Deutschland.

Hitler verkannte total die britische »Gleichgewichtspolitik«, die sich auch heute noch gegen jeden, jede Macht oder Koalition richtet, die versucht Europa zu einigen und zu beherrschen. Auch Heß war anglophil und sein England-Flug war genauso naiv wie die England-Politik Hitlers.

Zu den Naiven gehörten auch die »Helden des 20. Juli 1944«, die die Westmächte genau so nicht beachteten.

Schon der Freimaurer Stresemann fiel herein. Seine Freimaurerbrüder im Westen ließen ihn zwar große Reden schwingen vor dem »Völkerbund«, ohne aber grundsätzliche Lockerungen ihres Versailles-Diktates zu machen. Damit war der Weg frei für Hitler an die Macht.

Adenauer ließ man mit der »Hallstein-Doktrin« Politik machen, bis die Westmächte die »dummen Deutschen« genügend »umerzogen« zu haben glaubten, daß sie die »Entspannungspolitik«, das heißt die Verzichtspolitik, einleiten konnten, die angeblich die SPD initiiert hatte, obwohl die Bundesrepublik als auf Weisung der Westmächte etablierter Lizenzstaat gehalten ist, den Direktiven der Westmächte zu folgen. Die Liste der Dummköpfe von Stresemann bis Adenauer ließe sich bis heute fortführen.

Hitler wähnte, die UdSSR wegen der Säuberungsaktionen Stalins (in der Roten Armee) und bevor die USA fähig waren, direkt auf dem Kontinent einzugreifen, niederwerfen zu können, obwohl er die »Schlacht um England« verloren hatte. Die Besetzung Englands wäre die Voraussetzung für den Angriff auf die UdSSR gewesen, um den USA die Aufmarschbasis gegen den Kontinent wegzunehmen. Trotzdem griff Hitler die UdSSR an!

Das bedeutete den in Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg gefürchteten »Zweifrontenkrieg«, den das deutsche Volk durch den Hitler-Stalinpakt, der ein Aufatmen des deutschen Volkes verursachte, ausgeschaltet glaubte.

Hitler hatte sich in »Mein Kampf« auf die Vernichtung des Bolschewismus festgelegt. Deshalb stimmte er dem »Münchner Abkommen« nur widerwillig zu; denn er brauchte die Rüstungsschmiede Skoda für den Krieg mit der UdSSR. Die Besetzung der CSSR hatte nur einen Sinn in Hinblick auf die Auseinandersetzung mit der UdSSR. Sonst war sie politisch falsch.

Auf den Druck der Reaktionäre in der Reichswehr liquidierte Hitler die SA, die Säule der NSDAP, die ihn dann am 20. Juli 1944 und bei der Invasion verrieten, weil er sich in »Mein Kampf« festgelegt hatte, daß die Wehrmacht der »einzige Waffenträger« sein sollte. Unter vorgeschobenen Gründen ließ Hitler seine treuesten Gefährten hinrichten.

Helmuth Golz, Köln

Betr.: Europa »Bonns Weg in die Unfreiheit«, Nr. 6/88

Große Wirtschaftsräume fördern die Wirtschaftskonzentration, die Spezialisierung und die daraus folgenden Mehrtransporte. Die sich daraus ergebende größere Umweltbelastung steht im Widerspruch zu den wirklichen Notwendigkeiten. Das »Einheitseuropa« ist jedoch ein Vorprodukt der von Utopisten unterstützten Internationalisten, welche glauben, die Weltprobleme seien nur noch in einer Weltbürokratie (= Weltdiktatur) zu lösen. Wie aber schon die heutige, teilweise verwirklichte EG und andere wirtschaftliche und politische Kolosse wie die UdSSR und die USA zeigen, werden die Probleme nicht kleiner, wenn sie nach oben delegiert und aufgehäuft werden. Die Schweiz wird gut tun, sich nach Möglichkeit aus der sich anbahnenden EG-Katastrophe herauszuhalten.

Emil Rahm, Hallau

Betr.: Sowjetunion »Die Massaker von Katyn«, Nr. 8/88

Im sogenannten Nürnberger »Kriegsverbrecherprozeß« des IMT (1945/46) versuchte der russische Generalankläger Rudenko die Deutschen mit dem Verbrechen von Katyn zu belasten. Er ließ aber plötzlich den Anklagepunkt »wie eine heiße Kartoffel« fallen, und bei der Urteilsverkündung des IMT am 30. September 1946 wurde »Katyn« mit keinem Wort mehr erwähnt. Eine offizielle internationale Untersuchung unterblieb.

Wie in dem anschaulichen Artikel von Vivian Bird ausführlich dargelegt, haben Stalin, Berija und die NKWD die Ermordung der rund 4500 polnischen Offiziere auf dem Gewissen. In einer ausführlichen Darlegung (mit Bildern, Dokumenten und Literaturangaben) hat 1962 der polnische Univ.-Professor J. K. Zawodny (Stanford University) in seinem Werk: »Zum Beispiel Katyn. Klärung eines Kriegsverbrechens« (deutsch: Verlag Information und Wissen, München 1971) die wahren Täter klar entlarvt, ohne damit eine gegenseitige Schuld aufzurechnen.

Die Nemesis jedoch ruhte nicht. Im Jahre 1979 arbeiten polnische Arbeiter in der UdSSR an der »Freundschafts-Pipeline« des Sowjetblocks, in der Nähe der Stadt Orenburg (1938–1957 Tschkalow) am südlichen Ural, wo nie ein deutscher Soldat seinen Fuß hingesetzt hatte. Sie entdeckten eines Tages bei den Ausschachtungsarbeiten für die Erdgasrohre eine Anzahl von Leichen polnischer Offiziere.

Wie die in London erscheinende Monatszeitschrift der polnischen Exilregierung »Rzeczpolita Polska« (Republik Polen) meldete, verdankten die Arbeiter ihre grausame Entdeckung dem Hinweis eines älteren Sowjetbürgers. Nach dessen Angaben sollen im Gebiet der Fundstelle die Leichen von 6000 polnischen Offizieren verscharrt worden sein. Hier löste sich also ein Mysterium!

Wie aus dem Exil-Organ weiter hervorging, wurden die polnischen Arbeiter, die an der Entdeckung der Skelette unmittelbar beteiligt waren, von den Sowjets sofort in ihre Heimat abgeschoben. »Aus verständlichen Gründen«, so das Exil-Blatt, könnten ihre Namen nicht öffentlicht bekanntgegeben werden.

Die polnische »Bauern-Solidarnosc« legte gemeinsam mit dem »Komitee für gesellschaftspolitische Verteidigung« (KOS) im Jahre 1986 eine Dokumentation vor, wonach der sowjetische NKWD in der Zeit vom August bis November 1944, also in der Schlußphase des Zweiten Weltkrieges, 600 Offiziere und Soldaten (darunter auch Frauen mit Offiziersgrad) der polnischen Heimatarmee (AK) in den Wäldern von Trzebuska (nahe der Wojewodschafts-Hauptstadt Rzeszow) im südöstlichen Polen, umgebracht hatte. Das Ganze habe sich im Kampfabschnitt der »1. Ukrainischen Front« unter Marschall Iwan Konjew zugetragen.

Die Massengräber wurden bereits 1980 entdeckt; Zeugenaussagen darüber lägen bereits seit 1945 vor. Die polnische Regierung habe jedoch strikte Anweisung gegeben, das Massaker zu vertuschen. Dieses ist jedoch umso ungeheuerlicher, als es auf polnischem Territorium und an Kriegsverbündeten geschehen war, zu denen damals die AK zweifellos gehörte.

Rudolf Stubert, Kulmbach

Betr.: John Demjanjuk »Die Probleme mit dem Ausweis«, Nr. 7/88

Der abgebildete angebliche »Dienstausweis« weist ein Merkmal auf, das typisch ist für die russische Handhabung der Namensbezeichnung.

Aus meiner langjährigen Gefangenschaft in Stalingrad (bis Mai 1950) weiß ich, daß in allen Karteien und Schriftstücken sowohl jeder Russe als auch jeder Kriegsgefangene neben seinem eigenen Vornamen auch den Vornamen des Vaters angeben muß.

In keinem Dienstausweis des deutschen Heeres oder der Waffen-SS war der Vorname des Vaters anzugeben.

Zudem fällt in der Liste der Ausrüstungsgegenstände folgendes auf: Die mir bekannten Bezeichnungen waren: »Feldbluse« (statt Bluse), »Kochgeschirr« (statt Eßgeschirr). Einen »Trinkbecher« separat gab es nicht; dieser gehörte automatisch zur Feldflasche.

Und daß ein SS-Rottenführer (Obergefreiter) tatsächlich nicht weiß, wie man »Rucksack« schreibt? Hauptsache ist jedenfalls, daß der »deutsche Sachverständige« das »Dokument« für echt befunden hat. Man kann da nur fragen: »Wer begutachtet eigentlich die ›Gutachter‹?« Aber wer möchte sich schon das Prädikat »Nazi« einhandeln?

Wilhelm Hillen, Wangen

Betr.: Bonn »Ursachen der Polit-Kriminalität«, Nr. 8/88

Der Verfall von Sitte und Moral ist seit rund einem Vierteljahrhundert ringsum auf unserem Erdball zu beobachten und also keine nur deutsche Angelegenheit. Man sollte sich dementsprechend bei der Schilderung solch bedauerlichen Sachverhalts vor falschen Anschuldigungen und Übertreibungen hüten und sich dessen bewußt sein, daß mit markigen Worten eine Änderung nicht erreicht werden kann.

Es kommt vielmehr darauf an, dem geschilderten Übel mit kluger Überlegung und stiller Beharrlichkeit, sowie in Zusammenarbeit mit allen Zeitgenossen diesbezüglich guten Willens entgegenzutreten. Die Spannung zwischen größtmöglicher Freiheit und der Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens gegen allgemeine Gefahren muß im menschlichen Dasein immer wieder bewältigt werden.

Schließlich sollte man auch nicht vergessen, daß in der Welt seit eh und je alle Dinge im Flusse sind und somit keine einzige politische oder kulturelle Einrichtung auf Dauer unverändert Bestand haben kann.

Dr. Helmut Weber, Burgkirchen

